

Thüringer Zuwanderungs- und Integrationsbericht 2019



**Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,**



alle Menschen, die in Thüringen leben, sollen sich zuhause und zugehörig fühlen können. Doch die „typische Thüringerin“, den „typischen Thüringer“ gibt es nicht. Die Bevölkerung zwischen Harz und Rhön, Werra und Pleiße ist weder homogen noch statisch. Über die Jahrhunderte war die Region kleinteilig geprägt. Der Reichtum an Dialekten und Gebräuchen legt ein Zeugnis davon ab. Ebenso beeinflussten und beeinflussen Wanderungsbewegungen die Entwicklung Thüringens. Und immer spürbarer werden auch der demografische Wandel und seine Folgen. Aus all diesen Gründen ist es wichtig, einen Überblick darüber zu haben, wer in Thüringen lebt und wie sich das Miteinander von „Alteingesessenen“ und „Zugewanderten“ gestaltet.

Zuwanderung und Integration sind Themen, die aktuell sehr emotional diskutiert werden. Das ist nachvollziehbar: Beide Phänomene haben unmittelbare Auswirkungen auf das alltägliche Miteinander. Es geht darum, wie wir miteinander leben. Gegensätzliche Positionen und zu teil große Erregung polarisieren die Gesellschaft. Die Sorgen und Unsicherheiten der Menschen müssen ernst genommen werden. Gleichzeitig ist es wichtig, die gesellschaftliche und politische Debatte nicht auf der Basis von Emotionen und Stimmungen zu führen. Vielmehr gilt es, Zahlen und Fakten zu bewerten und auf ihrer Grundlage weitere Entscheidungen zu treffen.

Zuwanderung aus dem Ausland stellt in Thüringen – ebenso wie in den anderen ostdeutschen Bundesländern – ein relativ junges Phänomen dar. Aussagen zum Gelingen von Integration sind oft allein schon auf Grund der dünnen Datenlage schwierig. Nichtsdestotrotz ist es wichtig, bestimmte Fragestellungen ins Auge zu nehmen, um künftige Entwicklungen nachvollziehen zu können.

Der vorliegende Zuwanderungs- und Integrationsbericht schafft genau dafür eine Grundlage. Als eine Schlussfolgerung aus dem Thüringer Integrationskonzept – für ein gutes Miteinander! bildet der Bericht zum einen die Wanderungsbewegung in den und aus dem Freistaat ab. Zum anderen analysiert er die den Handlungsfeldern des Integrationskonzepts entsprechenden Indikatoren. Daraus leitet er Schlussfolgerungen ab, die Erfolge und Herausforderungen der Integration in Thüringen verdeutlichen.

Für einige Handlungsfelder liegen viele amtliche Statistiken vor. Das trifft beispielsweise auf den Arbeitsmarkt zu. Auf Fragen zu anderen Bereichen lassen sich hingegen aus den vorliegenden Daten nur schwer oder auch keine Antworten ableiten. Wie misst sich beispielsweise die Offenheit einer Gesellschaft? Nichtsdestotrotz sind auch diese Bereiche entscheidend für das gute Miteinander in der Gesellschaft. Der Bericht schlägt daher auch Indikatoren vor, die der Freistaat künftig stärker in den Blick nehmen könnte.

Der ZIB macht deutlich: Thüringen hat in Sachen Integration in den vergangenen Jahren schon viel erreicht. Lassen Sie uns diesen Weg gemeinsam weitergehen,

A stylized, handwritten signature in blue ink, consisting of a large 'K' followed by a horizontal line and a small flourish.

Mirjam Kruppa
Thüringer Beauftragte für Integration,
Migration und Flüchtlinge

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Dieter Lauinger' with a long, sweeping flourish at the end.

Dieter Lauinger
Thüringer Minister für Migration, Justiz und
Verbraucherschutz



Das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM-Institut) wurde mit der Erstellung des ersten Thüringer Zuwanderungs- und Integrationsberichts beauftragt.

Das DeZIM-Institut ist eine Forschungseinrichtung, die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert wird. Zentrale Aufgaben sind kontinuierliche methodisch fundierte Forschung und deren Transfer in Politik, Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft. Neben der DeZIM-Gemeinschaft ist das Institut eine der beiden tragenden Säulen des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM).

Projektleitung:

Prof. Dr. Frank Kalter,
Prof. Dr. Naika Foroutan,
Prof. Dr. Magda Nowicka

Projektteam:

Dr. Christian Hunkler (Projektkoordination),
Dr. David Schiefer,
Dr. Niklas Harder,
Janna Franke,
David Tschöp

DeZIM-Institut, Mauerstr. 76, 10117 Berlin

Inhalt

1

Einleitung 10

1.1 Relevanz des Themas 10

1.2 Integration 11

1.3 Vielfalt und Integration 13

1.4 Datenbasis 13

1.5 Struktur des Berichts 14

2

Datengrundlage und Vorgehen bei der Messung von Zuwanderung und Integration .. 15

2.1 Auswahlkriterien für administrative Daten und Umfragedaten 15

2.2 Messung des Migrationshintergrunds 16

2.3 Konfidenzintervalle zur Beurteilung der Genauigkeit von Statistiken 17

2.4 Datenquellen 18

2.4.1 Mikrozensus 18

2.4.2 Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) und IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten . 19

2.4.3 Thüringen-Monitor 20

2.4.4 DeZIM-Studie „Ost-Migrantische Analogien“ (OstMig) 20

2.4.5 Freiwilligensurvey 20

2.4.6 Thüringen-Monitor Integration 21

3

Zu- und Abwanderung 22

3.1 Geschichte der Zuwanderung nach Thüringen: ein kurzer Überblick 22

3.2 Bevölkerung, Wanderungen und Entwicklungen anhand administrativer Daten 22

3.2.1 Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund: ein Überblick 22

3.2.2 Wanderungen 30

3.3 Wanderungsmotive und Bleibeabsichten 37

3.4 Fazit 38

4

Integration in Thüringen 40

4.1 Interkulturelle Öffnung, Willkommens- und Anerkennungskultur 40

4.1.1 Indikatoren auf der Basis administrativer Daten: Charta der Vielfalt 41

4.1.2 Mikrozensus: Anteil von Beschäftigten mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst.. 42

4.1.3 Thüringen-Monitor und Thüringen-Monitor Integration:
Kontakt und Empfindungen in Bezug auf Geflüchtete 43

4.1.4 Thüringen-Monitor, Thüringen-Monitor Integration und OstMig:
Einschätzung des Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Herkunft 46

4.1.5 Thüringen-Monitor Integration und Ehrenamtsumfrage: Willkommenskultur aus zwei Perspektiven	48
4.1.6 Zwischenfazit zu interkultureller Öffnung, Willkommens- und Anerkennungskultur.....	49
4.2 Bekämpfung von Ausgrenzung, Diskriminierung, Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit	50
4.2.1 Indikatoren auf der Basis administrativer Daten	50
4.2.2 Indikatoren auf der Basis des Thüringen-Monitors.....	54
4.2.3 Indikatoren auf der Basis der DeZIM-Studie „Ost-Migrantische Analogien“ (OstMig)	55
4.2.4 Zwischenfazit zur Bekämpfung von Ausgrenzung, Diskriminierung, Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.....	56
4.3 Sprache als Schlüssel zu Integration.....	57
4.3.1 Indikatoren auf der Basis administrativer Daten	57
4.3.2 Indikatoren auf der Basis von Umfragedaten	65
4.3.3 Zwischenfazit zu Sprache als Schlüssel zu Integration	67
4.4 Bildung als Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe.....	69
4.4.1 Indikatoren auf Basis administrativer Daten	69
4.4.2 Mikrozensus	71
4.4.3 Zwischenfazit zu Bildung als Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe.....	73
4.5 Beschäftigung und Arbeitsmarkt	74
4.5.1 Indikatoren auf der Basis administrativer Daten	74
4.5.2 Mikrozensus	80
4.5.3 Indikatoren auf der Basis von Umfragedaten.....	82
4.5.4 Zwischenfazit zur Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt	82
4.6 Gesundheit.....	83
4.6.1 Indikatoren auf der Basis administrativer Daten	84
4.6.2 Indikatoren auf der Basis von Umfragedaten	87
4.6.3 Zwischenfazit zu Gesundheit	90
4.7 Wohnen	90
4.7.1 Indikatoren auf der Basis administrativer Daten	91
4.7.2 Indikatoren auf der Basis von Umfragedaten	91
4.7.3 Zwischenfazit zum Bereich Wohnen	94
4.8 Integration und gesellschaftliche Teilhabe	94
4.8.1 Indikatoren auf der Basis administrativer Daten	95
4.8.2 Indikatoren auf der Basis von Umfragedaten	100
4.8.3 Zwischenfazit zu Integration und gesellschaftlicher Teilhabe	110

5

Zusammenfassende Gesamteinschätzung 112**5.1 Zu- und Abwanderung 112****5.2 Integration in Thüringen..... 113**

5.2.1 Interkulturelle Öffnung, Willkommens- und Anerkennungskultur:
hin zu einer offenen Gesellschaft..... 113

5.2.2 Bekämpfung von Ausgrenzung, Diskriminierung, Rassismus und
gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit 114

5.2.3 Sprache als Schlüssel zu Integration..... 114

5.2.4 Bildung als Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe..... 115

5.2.5 Beschäftigung und Arbeitsmarkt: Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben 116

5.2.6 Gesundheit: ein Wert an sich 117

5.2.7 Wohnen: sich zu Hause fühlen..... 117

5.2.8 Integration und gesellschaftliche Teilhabe: sein Lebensumfeld gestalten..... 118

5.3 Langfristiges Monitoring von Zuwanderung und Integration 119**5.4 Aktuelle und zukünftige Herausforderungen 120**

6

Literatur 121

1 Einleitung

Der vorliegende erste Zuwanderungs- und Integrationsbericht für den Freistaat Thüringen stellt kompakt und verständlich dar, auf welchem Stand sich die Zuwanderung und Integration von Menschen mit Migrationshintergrund im Freistaat befindet und welche Herausforderungen sich stellen. Dieser Bericht hat zwei Ziele: Erstens werden ausgewählte Indikatoren zur Zuwanderung und Integration in Thüringen gezielt analysiert und dadurch die Grundlage für eine ver-

lässliche und differenzierte Faktenbasis geschaffen, auf die sich sowohl integrationspolitische Maßnahmen als auch gesellschaftliche Debatten und Willensbildungsprozesse im Freistaat stützen können. Zweitens werden die Bereiche ausgemacht, die mit den zur Verfügung stehenden Daten nicht ausreichend untersucht werden können. Für diese Datenlücken werden Vorschläge für zukünftige Berichte entwickelt.

1.1 Relevanz des Themas

Zuwanderung und Integration stehen schon länger im Zentrum des öffentlichen Interesses, und das wird voraussichtlich auch so bleiben. Es ist unbestritten, dass diese Themen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und den sozialen Frieden besonders wichtig sind. Die Zuwanderung liegt seit 2011 auf einem deutlich höheren Niveau als in den zehn Jahren davor, und besonders im Jahr 2015 zogen viel mehr Menschen nach Thüringen als in den Jahren davor und danach¹. Dieser Themenkomplex hat die politischen und gesellschaftlichen Debatten beherrscht und oft auch polarisiert. Auf vielen Ebenen und in vielen Bereichen ist das Bemühen gewachsen, neu Zugewanderte zu integrieren.

Die Themen Zuwanderung und Integration sind noch aus einem anderen Blickwinkel zu bewerten: Wir leben in einer alternden Gesellschaft. Schon heute werden Engpässe bei Fachkräften beklagt. Die Geburtenrate ist in den letzten Jahren zwar leicht gestiegen, lag aber im Jahr 2018 in Thüringen dennoch nur bei 1,6 Kindern je Frau². Um den Bevölkerungsstand zu erhalten, sind aber 2,1 Kinder je Frau nötig. Dadurch und durch Abwanderung hat Thüringen seit 1991 rund 470.000 Menschen verloren, also knapp ein Fünftel seiner Einwohnerinnen und Einwohner³. Die Thüringer Bevölkerung ist also geschrumpft und

älter geworden⁴ und in den nächsten Jahren werden zusätzlich viele Menschen in Rente gehen. Dadurch stehen erheblich weniger Arbeitskräfte zur Verfügung – aber beispielsweise auch weniger ehrenamtlich Engagierte und weniger Kinder, die zur Schule gehen. Damit werden die Themen Zuwanderung und Integration noch wichtiger.

Aus all diesen Gründen ist es wichtig, ein langfristiges Monitoring anzulegen, um Zuwanderung und Integration dauerhaft zu beobachten. Denn diese Prozesse sind dynamisch. Besonders in den letzten Jahren schwankte die Zuwanderung sowohl im Umfang als auch in Bezug auf die Herkunftsländer. Zudem ist Integration als ein Prozess zu sehen, der über viele Jahre, sogar über mehrere Generationen hinweg stattfindet. Auch im „Thüringer Integrationskonzept – für ein gutes Miteinander!“ ist sie als ein sehr vielschichtiger Prozess gefasst, der die gesamte Gesellschaft betrifft. Aus dieser Perspektive betrachtet ist der Integrationsprozess erst dann abgeschlossen, wenn Kategorien wie Herkunftsland, Staatsangehörigkeit und Ethnizität Teilhabe und Zugehörigkeit nicht mehr beeinflussen. Nicht zuletzt ist ein solches Monitoring unabdingbar, um auf Bedarfe rechtzeitig und angemessen reagieren und auch die Wirkung integrationspolitischer Maßnahmen einschätzen zu können.

1 Dies gilt sowohl für den Freistaat Thüringen (Knabe & Kuhn 2018: 33, Abb. 2) als auch für Deutschland insgesamt (https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Wanderungen/_inhalt.html, letzter Aufruf: 27.08.2019).

2 Wie eine Sonderauswertung des Thüringer Landesamts für Statistik für diesen Bericht zeigt, sank die zusammengefasste Geburtenziffer bezogen auf Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren Anfang der 1990er Jahre auf 0,8 Kinder je Frau; seit 1995 ist sie dann langsam wieder gestiegen auf das momentane Niveau von 1,6 Kindern je Frau.

3 Der Freistaat Thüringen hatte im Jahr 1990 2.611.319 Einwohnerinnen und Einwohner, im Jahr 2018 waren es 2.143.145 (<https://statistik.thueringen.de/datenbank/TabAnzeige.asp?tabelle=zr000101>, letzter Aufruf: 27.08.2019).

4 Das Durchschnittsalter der Thüringer Bevölkerung ist von 1990 (37,9 Jahre) bis 2016 (47,0 Jahre) um 9,1 Jahre gestiegen (https://statistik.thueringen.de/informationen/sonstiges/2018/steckbrief_bev/steckbrief_bevoelkerung.asp, letzter Aufruf: 27.08.2019).

1.2 Integration

Was mit Integration gemeint ist, wird sowohl in der Wissenschaft als auch im öffentlichen und politischen Diskurs selten eindeutig bestimmt. Der Begriff wird auf verschiedenen Ebenen verwendet. Man kann ihn etwa auf die Gesellschaft als Ganzes beziehen und damit meinen, dass diese in ihren Teilen und Teilbereichen ‚zusammenhält‘ und funktioniert. In diesem Bericht wird er vorwiegend auf die Ebene von Personen beziehungsweise Personengruppen bezogen. Hier meint ‚Integration‘ grob gesagt, dass Zugewanderte in die Gesellschaft eingebunden sind. Das bedeutet, dass sie Zugang zu zentralen Aspekten in verschiedenen gesellschaftlichen Teilbereichen suchen und diesen erhalten können (‚Teilhabe‘), dass diese Teilhabe von der übrigen Gesellschaft als berechtigt angesehen wird (‚Anerkennung‘) und dass sich daraus Grundlagen für ein erfolgreiches und gutes Leben und Zusammenleben mit anderen ergeben (‚Chancen‘).

Integration in diesem Sinne bezieht sich auf sehr viele und sehr unterschiedliche Aspekte und Lebensbereiche – die Liste möglicher Stichworte ist lang. In der sozialwissenschaftlichen Forschung hat es sich bewährt, die Aspekte zumindest grob in vier verschiedene ‚Dimensionen‘ von Integration einzusortieren (Esser 2006, Kalter 2008). ‚Kognitive‘ Integration meint dann im weitesten Sinne kulturelle Fertigkeiten und Kenntnisse (z. B. Sprache), ‚strukturelle‘ Integration meint Positionen (z. B. auf dem Arbeitsmarkt), ‚soziale‘ Integration meint Beziehungen zu anderen (z. B. Freundschaften) und ‚emotionale‘ Integration meint Werte und Einstellungen (z. B. Identifikation mit dem Aufnahmeland). Integration kann sich für einzelne Personen und Personengruppen im Hinblick auf verschiedene Dimensionen und auch innerhalb einer Dimension bei verschiedenen Aspekten sehr unterschiedlich gestalten. Es ist also nicht sinnvoll, von ‚der‘ Integration oder von Integration allgemein zu sprechen. Vielmehr muss

diese anhand verschiedener Indikatoren in ihren unterschiedlichen Facetten beleuchtet werden. Dabei ist sowohl auf eine gewisse Breite als auch auf eine gewisse Relevanz der ausgewählten Gesichtspunkte zu achten. Dieser Bericht orientiert sich an acht Schwerpunkten, die im Thüringer Integrationskonzept festgelegt wurden und einen relativ breiten Zugang zum Gesamtphänomen erlauben (siehe Infokasten 1A).

1A

Thüringer Integrationskonzept – für ein gutes Miteinander!

1. Interkulturelle Öffnung, Willkommens- und Anerkennungskultur: hin zu einer offenen Gesellschaft
2. Bekämpfung von Ausgrenzung, Diskriminierung, Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit
3. Sprache als Schlüssel zur Integration
4. Bildung als Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe
5. Beschäftigung und Arbeitsmarkt: Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben
6. Gesundheit: ein Wert an sich
7. Wohnen: sich zuhause fühlen
8. Integration und gesellschaftliche Teilhabe: sein Lebensumfeld gestalten
9. Menschenrechtsorientierte Flüchtlings- und Integrationspolitik

i

Die Frage nach Integration im skizzierten Sinne von Teilhabe, Anerkennung und Chancen in all ihren verschiedenen Aspekten stellt sich generell für alle Mitglieder einer Gesellschaft. In diesem Bericht steht die besondere Situation der Menschen mit Migrationshintergrund im Zentrum (zur Definition siehe Infokasten 1.2). Dazu ist es in der Regel hilfreich, ihre Lage anhand von statistischen Durchschnitten oder ähnlichen Parametern mit der von Menschen ohne Migrationshintergrund zu vergleichen. Integrationsprozesse werden in den Datenanalysen somit in einem statistischen, relativen Sinne gemessen. Es wird also gemessen, ob zwischen diesen Gruppen Ungleichheiten bestehen beziehungsweise ob solche tenden-

ziell schwinden. Wenn sich Durchschnittswerte unterscheiden, bedeutet dies natürlich nicht, dass alle Mitglieder der einen Gruppe schlecht integriert sind und alle Mitglieder der anderen Gruppe gut, denn auch innerhalb der Gruppen kann es große Unterschiede geben. Dauerhaft ungleiche Lebenslagen im Vergleich zu Personen ohne Migrationshintergrund sind jedoch ein starker Hinweis darauf, dass es für die Integration von Migrantinnen und Migranten und gegebenenfalls ihren Nachkommen systematische Hürden und Barrieren geben könnte. Sie verweisen damit auf Bereiche, wo politisches und zivilgesellschaftliches Handeln in besonderem Maße vonnöten sein könnte.

1B

Menschen mit Migrationshintergrund

Unter Menschen mit Migrationshintergrund werden in diesem Bericht Personen verstanden, die entweder selbst oder deren Eltern oder Großeltern aus dem Ausland zugewandert sind. Sie werden in diesem Bericht auf zwei Ebenen unterschieden:

1. Nach dem Herkunftsland beziehungsweise nach Herkunftslandgruppen. Hier werden in der Regel die Geburtsländer der Großeltern herangezogen, wenn sie in den Daten erfasst sind, ansonsten die Geburtsländer der Eltern beziehungsweise bei selbst zugewanderten Personen deren Geburtsland, wenn keine anderen Informationen vorliegen.
2. Nach „Migrationsgeneration“. Als „erste Generation“ werden Personen bezeichnet, die im Ausland geboren und selbst zugewandert sind. Die „zweite Generation“ sind Personen, die in Deutschland geboren sind, aber mindestens einen Elternteil haben, der im Ausland geboren ist.

Die verschiedenen amtlichen Statistiken verwenden andere Definitionen von Migrationshintergrund. Im Mikrozensus steht z. B. die Staatsangehörigkeit im Mittelpunkt: Danach hat eine Person einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil die deutsche Staatsangehörigkeit nicht durch Geburt besitzt. Damit gehören zum Beispiel im Zweiten Weltkrieg Vertriebene und ihre Nachkommen nicht zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund, da sie und ihre Eltern mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren sind.

Für diesen Bericht wird, soweit möglich, die Definition über das Geburtsland verwendet. Denn in vielen Bereichen von Integration hängen die Herausforderungen mit der Wanderungserfahrung (der Eltern) zusammen.

Details zur Vorgehensweise finden sich in Kapitel 2.2.

i

Integration ist keine einseitige Leistung von Zugewanderten und ihren Nachkommen, sondern ein wechselseitiger Prozess. Bereitschaft, Können und der Wille voranzukommen gehören genauso dazu wie die Möglichkeit, diese Tugenden in gleichem Maße umsetzen zu können wie andere und die Erfahrung, sich zugehörig zu fühlen und anerkannt zu sein. Eine moderne Demokratie ist gefordert, bestehende Un-

gleichheiten auszumachen, ihre möglichen Ursachen zu finden und zu ermitteln, was gegebenenfalls getan werden kann, damit Integration in diesem Sinne in der Gesellschaft breiter gelingen kann. Das heißt, dass alle Menschen prinzipiell gleichermaßen in die zentralen Bereiche des gesellschaftlichen Lebens eingebunden sind.

1.3 Vielfalt und Integration

Integration kann unterschiedliche Formen annehmen. Nicht immer ist eine Angleichung notwendig. Gleichheit ist vor allem bei den strukturellen Aspekten von Integration zentral und wünschenswert, denn hier geht es um Aspekte, die für alle Mitglieder der Gesellschaft gleichermaßen erstrebenswert, mit anderen Worten, ‚universell‘ sind. Beispiele dafür sind Einkommen und Bildung, eine angemessene Wohnsituation, aber auch Gesundheit. Man spricht hier auch von sogenannten ‚vertikalen Ungleichheiten‘. Auch für kognitive Aspekte der Integration, zum Beispiel Sprach- und Kommunikationsfähigkeiten, ist eine Angleichung in der Regel zentral, vor allem, weil sie für den Erfolg in den strukturellen Dimensionen notwendig sind. Dies bedeutet jedoch nicht, dass zum Beispiel die Herkunftssprache aufgegeben werden

muss. Vielmehr bilden diese Sprachkenntnisse einen Wert, beispielsweise für die Identität der Zugewanderten. In vielen Bereichen der kulturellen und der sozialen Integration ist eine Angleichung jedoch nicht erforderlich. So spielt es für die Integration der Gesellschaft keine Rolle, welcher Religion man angehört, oder auch, welche Musik man hört oder mit wem man seine Freizeit verbringt. Diese Ungleichheiten sind eher „horizontaler“ Natur; sie sind zunächst einmal nur Verschiedenheiten und keine Hinweise auf ‚Integrationsbedarf‘. Allerdings können sie für Lebenschancen dann problematisch werden, wenn andere Bevölkerungsgruppen wenig Akzeptanz und Offenheit zeigen und dies zu Benachteiligung führt – besonders wenn diese sich wiederum auf vertikale Dimensionen auswirkt.

1.4 Datenbasis

Der Bericht stützt sich grundsätzlich auf drei Arten von Daten: Erstens werden Daten verwendet, die in Verwaltungs- und anderen Prozessen regelmäßig erhoben werden oder die beispielsweise im Rahmen der Bildungsplanung anfallen. Solche administrativen Daten erlauben eine aktuelle und vor allem regelmäßige Beobachtung (Monitoring) von Zuwanderung und Integration. Die administrativen Daten erfassen statistische Angaben zur Bevölkerung sehr gut. Menschen mit Migrationshintergrund lassen sich damit aber nur zum Teil identifizieren. Denn diese Daten enthalten meist nur die aktuelle Staatsangehörigkeit einer Person, eingebürgerte Menschen mit Migrati-

onshintergrund sind also nicht erkennbar. Über einige Handlungsfelder geben diese Daten zudem keinen Aufschluss; das gilt etwa für „Interkulturelle Öffnung, Willkommens- und Anerkennungskultur“ oder „Integration und gesellschaftliche Teilhabe“.

Ergänzend zu den administrativen Daten werden deshalb zweitens Daten aus wissenschaftlichen Erhebungen und Umfragen verwendet. Damit lassen sich auch eingebürgerte Personen mit Migrationshintergrund erfassen. Zudem können auch Indikatoren (Merkmale) für Handlungsfelder gebildet werden, die die administrativen Daten nicht ausreichend abbil-

den. In Umfragen wird beispielsweise erhoben, wie die Mehrheitsbevölkerung zu Zuwanderung eingestellt ist. Dies kann für das Handlungsfeld „Interkulturelle Öffnung, Willkommens- und Anerkennungskultur“ ausgewertet werden.

Drittens werden Mikrozensusdaten verwendet. Der Mikrozensus steht zwischen den beiden genannten Datenformen: Als amtliche Erhebung sammelt er einerseits Daten zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Bevölkerung, die für Planungs- und Verwaltungsprozesse genutzt werden. Im Hinblick auf Zweck und Erhebungstakt handelt es sich somit um administra-

tive Daten. Andererseits ist der Mikrozensus zugleich als Mehrthemenumfrage angelegt, er beinhaltet also Fragen zu verschiedenen Lebensbereichen.

Aber auch mit den verfügbaren administrativen, Umfrage- und Mikrozensusdaten ist eine ausreichende beziehungsweise eine hinreichend aktuelle Analyse für alle Handlungsfelder des Thüringer Integrationskonzepts noch nicht möglich. Daher schlägt der Bericht für diese Teilbereiche Indikatoren vor, mit denen die Entwicklung von Zuwanderung und Integration künftig erfasst werden kann.

1.5 Struktur des Berichts

Der Bericht gliedert sich in die beiden großen Bereiche Zuwanderung und Integration: Integration ist nur im Kontext der Zuwanderungsprozesse verständlich, die ihr vorausgehen. Welche Personen kamen und kommen über welche Art von Zuwanderung (etwa über die EU-Freizügigkeit, im Rahmen von Asyl- und Flüchtlingsschutz oder als Personen mit Spätaussiedlerstatus)? Aus welchen Herkunftsländern kommen sie in den Freistaat Thüringen? Welche Ausgangsbedingungen haben sie, etwa in Bezug auf schulische und berufliche Qualifikationen? Nach einer Erläuterung der Datenauswahl und der Methoden (Kap. 2) werden daher in Kapitel 3 die Bevölkerung mit Migrationshintergrund und die Wanderungsbewegungen in den vergangenen Jahren beschrieben; der Schwerpunkt liegt dabei auf den vergangenen zehn Jahren. Diese Informationen stammen überwiegend aus administrativen Datenquellen und Auswertungen des Mikrozensus. Anschließend werden anhand von Umfragedaten Wanderungsmotive und Bleibeabsichten der Zuwanderer und Zuwanderinnen dargestellt.

Kapitel 4 widmet sich der Integration. Die Darstellung folgt den Handlungsfeldern, die im „Thüringer Integra-

tionskonzept – für ein gutes Miteinander!“ festgelegt sind (siehe Infokasten 1B). Diese Handlungsfelder decken die klassischen Dimensionen von Integration ab, die die einschlägige Forschung verwendet. Der vorliegende Bericht behandelt die Handlungsfelder (1) bis (8). Personen mit Fluchtmigrationshintergrund werden dabei, soweit möglich, als eigenständige Gruppe analysiert; daraus ergeben sich auch Hinweise für das Handlungsfeld (9) „Menschenrechtsorientierte Flüchtlings- und Integrationspolitik“. Soweit es die Daten erlauben, werden außerdem einzelne Regionen und Untergruppen miteinander verglichen, um die Situation in Thüringen möglichst detailliert darzustellen; zudem werden Entwicklungen über die vergangenen zehn Jahre dokumentiert. Damit soll die Basis gelegt werden, um die Entwicklungen hinsichtlich Zuwanderung und Integration in Thüringen fortlaufend beobachten zu können. Die Kapitel zu den einzelnen Handlungsfeldern sind jeweils in sich abgeschlossen. Kapitel 5 fasst die zentralen Befunde zusammen und zieht ein Fazit. Außerdem werden die Datenlücken zusammengefasst und Vorschläge für zukünftige Berichte entwickelt.

Datengrundlage und Vorgehen bei der Messung von Zuwanderung und Integration

Der vorliegende Zuwanderungs- und Integrationsbericht für den Freistaat Thüringen stützt sich auf administrative Daten, auf Daten verschiedener Umfragen, sowie auf Mikrozensus-Daten. Im Folgenden Kapitel 2.1 werden die Auswahlkriterien erläutert. Da sich keine einheitliche Definition von ‚Personen mit Migrationshintergrund‘ in den verschiedenen Datenquellen umsetzen lässt (vgl. Kap. 1), werden zudem die grundsätzlichen Vor- und Nachteile der verschiedenen in den Datenquellen entsprechend verwendeten Vorgehensweisen in Kapitel 2.2 diskutiert. In Kapitel 2.3 wird mit Blick auf die Analyse von Gruppenunter-

schieden das Konzept der sogenannten Konfidenzintervalle erläutert. Dieses ist vor allem für Umfragedaten mit komplexen Stichprobendesigns wichtig. Denn hier muss geprüft werden, wie wahrscheinlich es ist, dass ein in der Stichprobe ermittelter Gruppenunterschied auf tatsächlichen Unterschieden beruht oder nur auf der Auswahl der befragten Personen. Schließlich werden in Kapitel 2.4 die jeweiligen Besonderheiten der genutzten Datenquellen erläutert. Wurden administrative Daten nur für ein Handlungsfeld genutzt, finden sich die Erläuterungen dazu im jeweiligen Kapitel.

2.1 Auswahlkriterien für administrative Daten und Umfragedaten

Für die Verwendung in diesem Bericht sollten administrative Daten folgende Kriterien erfüllen:

- (1) Migrationshintergrund: Es wird mindestens zwischen deutscher und nichtdeutscher Staatsangehörigkeit unterschieden; idealerweise lässt sich das Geburtsland beziehungsweise der Migrationshintergrund bestimmen.
- (2) Regionaler Bezug: Die Daten lassen sich mindestens für den Freistaat Thüringen abgrenzen. Noch besser geeignet sind Daten, die eine kleinräumigere regionale Analyse erlauben.
- (3) Zeitlicher Bezug: Die Daten sollen möglichst aktuell sein; konkret sollten sie das Jahr 2017 oder das Jahr 2018 abbilden. Soweit sie auch die letzten zehn Jahre (ca. 2008 bis 2018) abbilden, können damit zeitliche Verläufe dargestellt werden.
- (4) Definierte Grundgesamtheit: Die Daten beziehen sich auf eine klar bestimmte und relevante Grundgesamtheit. Das ist entscheidend für die Interpretation; so können z. B. Anteile oder Mittelwerte berechnet werden. Dabei muss die Grundgesamtheit nicht unbedingt die gesamte Bevölkerung sein. Sie muss jedoch einem Teil davon entsprechen, der für den vorliegenden Bericht bedeutsam ist.

Kriterium (4) lässt sich durch zwei Beispiele veranschaulichen: Die Daten der Bundesagentur für Arbeit zu Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Leistungsbezug beinhalten zum Teil nur sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte sowie Arbeitssuchende, da etwa Selbstständige und Beamte anders beziehungsweise in anderen Zeitabständen erfasst werden. Die Grundgesamtheit ist also nur ein Ausschnitt der Bevölkerung (mit und ohne Migrationshintergrund), denn Selbstständige, Personen im Ruhestand, Hausmänner und Hausfrauen etc. sind darin nicht erfasst. Trotzdem handelt es sich um eine klar definierte Grundgesamtheit, die für den vorliegenden Bericht relevant ist. Die Daten erfassen zwar nur die aktuelle Staatsangehörigkeit der Personen, dafür können aber durch die Vollerhebung aller Beschäftigten und Leistungsbeziehenden und -bezieher auch schwach besetzte Gruppen sehr gut abgebildet werden. Die Daten wurden grundsätzlich für andere Zwecke erfasst als das Monitoring von Integration. Trotzdem lassen sich aus ihnen hilfreiche Hinweise für die strukturelle Integration in abhängige Beschäftigung ableiten.

Die Integrationskursgeschäftsstatistik des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge wiederum enthält sehr detaillierte Informationen über alle Kursteilnahmen und die Ergebnisse des Deutschtests für Zuwanderer (siehe Kap. 4.3). Diese Daten beziehen sich jedoch nicht auf eine für diesen Bericht relevante Grundgesamtheit, da nur die Kursteilnahmen in einem bestimmten Zeitraum gezählt werden. So lässt sich beispielsweise nicht ermitteln, welcher Anteil der Neuzugewanderten oder aller Personen mit Migrationshintergrund, die zu einem Stichtag in Thüringen gelebt haben, an einem Kurs teilgenommen hat oder wie die betreffenden Personen in einer Sprachprüfung abgeschnitten haben. Es handelt sich also um eine definierte Grundgesamtheit der Kursteilnehmerinnen und Kursteilnehmer. Deren Relevanz ist für den Zweck dieses Berichts allerdings eingeschränkt, da es sich nicht um Daten über individuelle Teilnehmerinnen und Teilnehmer handelt, sondern Personen mehrfach gezählt werden, etwa wenn sie Kurse wiederholen. Angesichts solcher Einschränkungen wurde in bestimmten Bereichen – etwa bei Sprachkursen – das Kriterium der definierten und relevanten Grundgesamtheit teilweise vernachlässigt, um für

alle Handlungsfelder umfassende Analysen vornehmen zu können. Bei den betreffenden Analysen wird jeweils auf das Problem hingewiesen.

Für die Auswahl von Umfragedaten wurden grundsätzlich die gleichen Kriterien angewendet wie bei administrativen Daten. Aus dem Design wissenschaftlicher Umfragen ergeben sich aber gewisse Abweichungen. In Umfragen werden üblicherweise Daten von wenigen Personen erhoben. Zusätzlich zum Kriterium einer definierten und relevanten Grundgesamtheit (Kriterium (4), siehe Kap. 2.1) wird daher bei Umfragen auch darauf geachtet, dass die befragten Personen in geeigneter Weise ausgewählt wurden (geeignet heißt hier: nach einem wissenschaftlich anerkannten Verfahren zufällig gezogen, siehe z. B. ADM 2014). Zudem wurden nur Umfragen verwendet, bei denen Personen mit Migrationshintergrund umfassend identifiziert werden können (siehe dazu Kap. 2.2) und in denen eine für Analysen ausreichende Anzahl an Personen mit Migrationshintergrund in Thüringen vorhanden ist.

2.2 Messung des Migrationshintergrunds

Personen mit Migrationshintergrund werden in diesem Bericht – sofern die Daten es zulassen – darüber identifiziert, ob sie selbst oder mindestens ein Elternteil eigene Wanderungserfahrung haben (im Folgenden als „Migrationshintergrund nach Geburtsland“-Definition bezeichnet, vgl. auch Infokasten 1B in Kap. 1). Dahinter steht die theoretische Annahme, dass das Aufwachsen in einem anderen Land – zumeist mit einer anderen Sprache, einem anderen Bildungssystem, einer anderen Kultur und weiteren Unterschieden in vielen Bereichen – das Leben der Menschen prägt, auch nach ihrer Wanderung nach Deutschland.

Soweit es die Daten erlauben, wurden Personen mit Migrationshintergrund nach Herkunftsland getrennt ausgewertet. Ist dies nicht möglich, wurden die Befragten nach Herkunftskontexten zusammengefasst. Neben geografischen Abgrenzungen und EU-Zugehö-

rigkeit wurden zwei zusätzliche Gruppen gebildet. Die eine ist die der Hauptfluchtländer: Darin sind Angehörige der Länder zusammengefasst, aus denen vor allem Asylsuchende nach Thüringen (und auch nach Deutschland) kommen. Diese Gruppe zeichnet sich dadurch aus, dass die betreffenden Personen alle erst sehr kurze Zeit in Deutschland sind (2016 betrug die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in dieser Gruppe zwei Jahre); zudem sind ihre Lebensbedingungen sehr speziell, besonders in der Zeit vor der Entscheidung über den Asylantrag. Beispiele dafür sind Wohnsitzauflage, Residenzpflicht oder die Vorrangprüfung bei Arbeitsaufnahme. Die andere Gruppe sind Personen mit (Spät-)Aussiedlerstatus, die beispielsweise im Mikrozensus identifiziert werden können. Sie werden als eigener Herkunftskontext behandelt, weil für sie spezielle Zuwanderungsbedingungen gelten. Diese Herkunftskontexte können nicht in allen Da-

tensätzen gebildet werden. In administrativen Daten liegt meist nur das Merkmal Staatsangehörigkeit vor: Hier können lediglich Ausländerinnen und Ausländer, teilweise detailliert nach Staatsangehörigkeit, von Deutschen unterschieden werden. Personen mit Migrationshintergrund, die die deutsche Staatsangehörigkeit angenommen haben oder sie von Geburt an hatten wie die im Zweiten Weltkrieg Vertriebenen, werden hier also grundsätzlich nicht als Personen mit Migrationshintergrund sichtbar. Auch in einigen der verwendeten Umfragen liegen nicht alle relevanten Merkmale für die Konstruktion detaillierter Herkunftskontexte vor oder die Fallzahlen erlauben keine detaillierten Unterscheidungen. Gerade für die neuere Zuwanderung nach Thüringen (vgl. Kap. 3) sind diese Unterschiede noch nicht besonders relevant. Lediglich bei Daten, die nur die aktuelle Staatsan-

gehörigkeit enthalten, werden sehr unterschiedliche Anteile der Personen mit Migrationshintergrund „unsichtbar“. Beispielsweise können 96 Prozent der Personen mit syrischem Migrationshintergrund über ihre Staatsangehörigkeit identifiziert werden. Von den Personen mit Migrationshintergrund aus Polen sind es dagegen nur 58 Prozent und bei Personen aus der russischen Föderation sogar nur 25 Prozent.

Die Unterscheidung nach Generationenstatus (1. Generation: selbst zugewandert vs. 2. Generation: in Deutschland geboren und mindestens ein Elternteil ist im Ausland geboren) wird für diesen Bericht nicht standardmäßig angewendet. In den meisten Daten und Handlungsfeldern ist die 2. Generation zu schwach besetzt, um sie getrennt auswerten zu können.

2.3 Konfidenzintervalle zur Beurteilung der Genauigkeit von Statistiken

In Abbildungen, die auf Umfragedaten basieren, wird neben Mittelwerten und sonstigen Parametern auch das sogenannte Konfidenzintervall eingezeichnet. Das Konfidenzintervall kann vereinfacht gesagt verstanden werden als der Bereich, in dem der Mittelwert für die jeweilige Bevölkerungsgruppe auf Basis der Werte in der befragten Stichprobe zu erwarten ist. In diesem Bericht wird ein 95 Prozent-Konfidenzintervall verwendet. Das bedeutet, dass die Grenzen dieses Bereichs oder Intervalls in 95 Prozent der Fälle den tatsächlichen Mittelwert der Bevölkerung umschließen, nur in fünf Prozent der Fälle liegt dieser Wert außerhalb der Grenzen des Intervalls. Wie genau (kleines Konfidenzintervall) oder ungenau (großes Konfidenzintervall) eine Schätzung ist, hängt maß-

geblich von der Größe der Stichprobe, also der Zahl befragter Personen, und der Varianz des Merkmals ab (Kühnel & Krebs 2004: 242 f.). Je kleiner die Stichprobe ist oder je unterschiedlicher die individuellen Angaben - etwa zum Einkommen - sind, desto größer wird das Konfidenzintervall.

Daraus folgt, dass Unterschiede in Mittelwerten oder Anteilen bei den betrachteten Merkmalen dann nicht als bedeutsam interpretiert werden sollten, wenn die Konfidenzintervalle in einer oder beiden Gruppen sehr groß sind und den Mittelwert oder Anteil der jeweils anderen Gruppe einschließen. Es ist dann sehr wahrscheinlich, dass sich die tatsächlichen Mittelwerte in der Bevölkerung nicht unterscheiden.

2.4 Datenquellen

2.4.1 Mikrozensus⁵

Der Mikrozensus ist eine jährlich durchgeführte Erhebung, bei der ein Prozent der Bevölkerung befragt wird. Er ist als Mehrthemenumfrage angelegt und enthält insbesondere Fragen zur Zusammensetzung der Familie und des Haushalts, zu Erwerbstätigkeit und Einkommen und zur schulischen und beruflichen Ausbildung. Eine Besonderheit ist, dass die Befragten für einen Großteil der Standardfragen auskunftspflichtig sind. Alle vier Jahre werden außerdem zusätzliche Fragen zu Gesundheit, Krankenversicherung, Wohnsituation und Altersvorsorge gestellt; hier ist die Beantwortung freigestellt. Mit Ausnahme von Personen ohne festen Wohnsitz (Obdachlose) sowie Angehörigen ausländischer Streitkräfte und diplomatischer Vertretungen wurde bis einschließlich 2016

die gesamte Wohnbevölkerung erfasst, auch jene, die in Gemeinschaftsunterkünften leben.

Für die Auswertungen waren die Daten der Jahre bis 2016 verfügbar. Da die Nationalitäten in den einzelnen Jahren unterschiedlich erfasst wurden, werden die Jahre 2010, 2013 und 2016 des Mikrozensus herangezogen. In den Auswertungen wird der Migrationshintergrund anhand der Angaben zum Geburtsland, zur aktuellen und früheren eigenen Staatsangehörigkeit sowie zur aktuellen und früheren Staatsangehörigkeit der Eltern bestimmt. Es wird also die (frühere) Staatsangehörigkeit als Hinweis auf das vermutliche Geburtsland verwendet. Unterschieden werden die in Tabelle 2.1 aufgeführten Herkunftskontexte:

Tabelle 2.1: Herkunftskontexte in den Mikrozensusauswertungen

DE	Personen und ggf. ihre im Haushalt lebenden Eltern haben beziehungsweise hatten von Geburt an die deutsche Staatsbürgerschaft.
Hauptfluchtländer	Angelehnt an die Abgrenzung in BA-Daten ⁶ werden hier Personen mit einem Migrationshintergrund aus Afghanistan, Eritrea, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan, Somalia und Syrien zusammengefasst. ⁷
Personen mit (Spät) Aussiedlerstatus	Diese Gruppe umfasst insbesondere Personen, die aus Kasachstan, der Russischen Föderation, Rumänien, der Ukraine, Polen und anderen EU-Ost-Ländern stammen.
Ehem. Sowjetunion (andere)	In dieser Gruppe werden Personen aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion zusammengefasst. Hierbei gibt es zwei Ausnahmen: Personen mit (Spät)Aussiedlerstatus sowie Personen aus Ländern, die mittlerweile zur EU gehören (Estland, Lettland und Litauen), werden den jeweiligen Gruppen zugeordnet. Diese Kategorie enthält demnach Personen aus Russland, Weißrussland, der Ukraine, Republik Moldau, Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan.
EU-Ost (andere)	Diese Gruppe umfasst Personen aus den verschiedenen Ländern, die seit 2004 der EU beigetreten sind. Ausgenommen sind auch hier Personen mit (Spät)Aussiedlerstatus aus diesen Ländern. Es handelt sich demnach um Personen mit einem Migrationshintergrund aus Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, Slowenien, Slowakei, Tschechien, Ungarn und Zypern.
EU-West	Die Gruppe umfasst Personen aus Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Italien, Irland, Luxemburg, den Niederlanden, Österreich, Portugal, Spanien, Schweden, dem Vereinigten Königreich, Norwegen und der Schweiz. ⁸
Übrige Welt/ Staatenlos (andere)	Dieser Gruppe werden alle anderen Herkunftsländer zugeordnet.

2A

i

⁵ Die volle Zitation der Datenquelle lautet: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2010, 2013, 2016, eigene Berechnungen. In den inhaltlichen Kapiteln wird eine Kurzzitation verwendet, „Mikrozensus 2016“.

⁶ Vgl. den Eintrag „Asylherkunftsländer“ in Bundesagentur für Arbeit (Mai 2019): Glossar der Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA), S. 10.

⁷ Dabei kann mit den Daten des Mikrozensus nicht sichergestellt werden, dass es sich tatsächlich in allen Fällen um Geflüchtete handelt. Daten des Ausländerzentralregisters zeigen jedoch, dass Zuwanderinnen und Zuwanderer aus diesen Ländern nach Deutschland überwiegend Personen sind, die einen Asylantrag gestellt haben.

EU-Ost (andere) Diese Gruppe umfasst Personen aus den verschiedenen Ländern, die seit 2004 der EU beigetreten sind. Ausgenommen sind auch hier Personen mit (Spät)Aussiedlerstatus aus diesen Ländern. Es handelt sich demnach um Personen mit einem Migrationshintergrund aus Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, Slowenien, Slowakei, Tschechien, Ungarn und Zypern.

EU-West Die Gruppe umfasst Personen aus Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Italien, Irland, Luxemburg, den Niederlanden, Österreich, Portugal, Spanien, Schweden, dem Vereinigten Königreich, Norwegen und der Schweiz.

Übrige Welt/Staatenlos (andere) Dieser Gruppe werden alle anderen Herkunftsländer zugeordnet.

Die Forschungsdatenzentren der statistischen Ämter des Bundes und der Länder, die die Mikrozensusdaten für wissenschaftliche Auswertungen zur Verfügung stellen, raten davon ab, für die neuen Bundesländer Auswertungen auf Länderebene vorzunehmen, weil die Zahl der Personen mit Migrationshintergrund be-

ziehungsweise der Ausländerinnen und Ausländer zu gering sei. Zudem sei diese Gruppe ungleich über die Ziehungsfläche verteilt, was zu starken Klumpungseffekten⁹ führen kann. Empfohlen werden zusammengefasste Auswertungen für alle neuen Bundesländer. Verglichen mit wissenschaftlichen Umfragen enthält der Mikrozensus jedoch auch für diese Gruppe in Thüringen recht hohe Fallzahlen. Daher weist dieser Bericht trotz dieses Hinweises Ergebnisse für den Freistaat Thüringen auf der Grundlage des Mikrozensus aus. Daneben wurden wie angeraten auch zusammengefasste Analysen für alle neuen Bundesländer durchgeführt, um die dargestellten Ergebnisse zu stützen.

Die Daten des Mikrozensus 2017 waren bei Erstellung des Berichts noch nicht zugänglich. Für diese Daten wurden bei den Forschungsdatenzentren der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder verschiedene Datenabfragen in Auftrag gegeben und ausgewertet. Diese sind entsprechend gekennzeichnet.

2.4.2 Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) und IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten¹⁰

Das Sozio-oekonomische Panel ist eine Befragung, die seit 1984 durchgeführt wird (bzw. in den östlichen Bundesländern seit 1991). Panelbefragung bedeutet, dass grundsätzlich jedes Jahr dieselben Personen befragt werden. Durch verschiedene Erweiterungen enthalten die Daten genügend Personen mit Migrationshintergrund. Zuletzt wurden zwei große Erweiterungen im Rahmen der IAB-BAMF-SOEP-Studie zu Geflüchteten und zu neuerer Migration vorgenommen. Die Daten dieser Erweiterungen sind in die Grundstruktur des Sozio-oekonomischen Panels (im Folgenden SOEP) integriert. Das SOEP und die integrierten Zusatzstudien beziehen sich auf Haushalte, wobei auch hier – zumindest indirekt – Informationen über alle im Haushalt lebenden Personen erhoben werden. Durch das spezielle Sampling von Menschen

mit Migrationshintergrund werden diese im Verhältnis häufiger befragt als Menschen ohne Migrationshintergrund. Trotzdem ist 2017 die Fallzahl der Personen, die selbst oder deren Eltern eingewandert sind, für Thüringen mit 226 Personen eher niedrig. Daher werden für die Analysen mit den SOEP-Daten nur zwei Gruppen von Herkunftsländern unterschieden: „Hauptfluchtländer“, die so definiert sind wie in den Daten der BA und des Mikrozensus (siehe oben Kap. 2.4.1), und „Andere Herkunftsländer“. Für den Migrationshintergrund wurde die Geburtsland-Definition verwendet. Weil die Fallzahlen für Thüringen bei den vorgesehenen Indikatoren zu klein sind, ist es nicht möglich, die Herkunftsländerguppen weiter aufzuschlüsseln.

⁸ Auch Personen aus Norwegen und der Schweiz werden dieser Gruppe zugeordnet, da ihre Bedingungen vergleichbar sind, obwohl diese Länder nicht zur Europäischen Union gehören.

⁹ Damit ist gemeint, dass manche Gruppen in bestimmten Wohngebieten deutlich häufiger zu finden sind, bei Städten etwa in bestimmten Stadtteilen. Sind diese Gruppen vergleichsweise klein, werden sie mit dem Stichprobenverfahren des Mikrozensus unter Umständen nicht bestmöglich erfasst.

¹⁰ Die volle Zitation der Daten lautet: Sozio-oekonomisches Panel (SOEP), Daten für die Jahre 1984-2017, Version 34, SOEP, 2017, doi:10.5684/soep.v34. In den inhaltlichen Kapiteln wird die Kurznotation „SOEP v34“ verwendet.

2.4.3 Thüringen-Monitor¹¹

Der Thüringen-Monitor ist eine Langzeitstudie zur politischen Kultur im Freistaat Thüringen und wird im Auftrag der Thüringer Staatskanzlei von einem Forscherteam der FSU Jena erarbeitet.¹² Seit dem Jahr 2000 erfasst er jährlich die Entwicklung der Demokratiezufriedenheit, der Demokratieunterstützung und der politischen Einstellungen der Thüringer Bevölkerung. Sie stützt sich auf eine repräsentative telefonische Befragung von jährlich ca. 1.000 wahlberechtigten Thüringerinnen und Thüringern. Die aktuellste Befragung, die für diesen Bericht genutzt

werden konnte, fand im Juni und Juli 2018 statt. Themen dieser Erhebung sind besonders die Verbundenheit der Befragten mit der Region sowie ihre Bewertung der dortigen Lebens- und Strukturbedingungen. Außerdem enthält der Thüringen-Monitor Fragen zur Zufriedenheit mit wichtigen Aspekten der Wohnumgebung sowie Fragen zur Beurteilung ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit. Ein Vorteil dieser Befragung ist, dass einige Einstellungen und Merkmale seit 2000 immer gleich erhoben wurden und somit als Zeitreihe analysiert werden können.

2.4.4 DeZIM-Studie „Ost-Migrantische Analogien“ (OstMig)¹³

Für OstMig wurden zwischen Juni 2018 und Januar 2019 insgesamt 7.233 Menschen in Ost- und Westdeutschland telefonisch befragt. Ausgewählt wurden die Befragten über eine Zufallsziehung von Telefonnummern mit dem sogenannten Dual-Frame Verfahren (Kombination von zufällig ausgewählten Festnetz- und Mobilfunknummern), das in der Umfrageforschung gängig ist. Die Feldarbeit wurde vom Zentrum für empirische Sozialforschung (ZeS) an der Humboldt-Universität zu Berlin in Kooperation mit dem Sozialwissenschaftlichen Umfragezentrum (SUZ) in Duisburg durchgeführt. Die Stichprobe besteht aus deutschsprachigen Personen ab 14 Jahren, die in Deutschland leben. Aufgrund entsprechender Gewichtungungsverfahren ist sie für Ostdeutschland repräsentativ. Gefragt wurde hauptsächlich nach Einstellungen zu Ostdeutschen und zu Musliminnen und

Muslimen. Einzelheiten zum methodischen Vorgehen und zu den Inhalten können dem Methodenbericht entnommen werden (Zentrum für empirische Sozialforschung 2019). Weil die Stichprobe für Thüringen sehr klein ist, werden Personen mit Migrationshintergrund nicht gesondert ausgewiesen. OstMig enthält jedoch einige Themen, die in den anderen Datensätzen nicht enthalten sind. Zudem ermöglicht die Studie eine vergleichende Einordnung der Einstellungsmessungen mit dem Daten des Thüringen-Monitor. Für den vorliegenden Bericht wurden vor allem die Einstellungen der 324 Befragten aus Thüringen analysiert und mit denen der Befragten aus den anderen ostdeutschen Bundesländern (mit Berlin) und denen der Befragten aus den westdeutschen Bundesländern verglichen.

2.4.5 Freiwilligensurvey¹⁴

Der Deutsche Freiwilligensurvey erhebt seit 1999 alle fünf Jahre Daten zum freiwilligen Engagement in Deutschland (Simonson et al. 2017b). Befragt werden in Deutschland ansässige Personen ab 14 Jahren in Privathaushalten. Gefördert wird die repräsentative Erhebung vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Für diesen Bericht wurden Daten aus der aktuellsten Erhebung analysiert, dem Freiwilligensurvey aus dem Jahr 2014. Seit

2014 wird der Migrationshintergrund im Freiwilligensurvey genau erfasst; in den früheren Wellen war das noch nicht der Fall (Vogel et al. 2017b). 2014 wurden außerdem erstmals Interviews in anderen Sprachen geführt (Russisch, Türkisch, Polnisch, Arabisch, Englisch), um mehr Menschen mit Migrationshintergrund zu erfassen. Für Thüringen liegen insgesamt Interviews mit 1.444 Personen vor; 92 davon haben einen Migrationshintergrund. Für die Analysen in diesem

11 Die volle Zitation der Daten lautet: Schmitt, Karl; Best, Heinrich; Reiser, Marion (2019): Thüringen-Monitor 2000-2018. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA6345 Datenfile Version 3.0.0, doi:10.4232/1.13311. In den inhaltlichen Kapiteln wird die Kurzzitation „Thüringen-Monitor“ verwendet.

12 Weitere Informationen und Auswertungen sind auf der folgenden Internetseite zugänglich: <https://www.landesregierung-thueringen.de/regierung/th-monitor/>, letzter Aufruf: 10.09.2019.

13 Die volle Zitation lautet: Ost-Migrantische Analogien 2018/19. OstMig. Berlin: DeZIM-Institut. In den inhaltlichen Kapiteln wird die Kurzzitation „OstMig“ verwendet.

14 Die Datengrundlage bilden die Daten des Deutschen Freiwilligensurveys (FWS), die vom Forschungsdatenzentrum des Deutschen Zentrums für Altersfragen (FDZ-DZA) herausgegeben wurden. DOI: 10.5156/FWS.2014.M.004. In den inhaltlichen Kapiteln wird die Kurzzitation „Freiwilligensurvey“ verwendet.

Bericht wird unterschieden, ob eine Person einen Migrationshintergrund hat oder nicht (Migrationshintergrund nach Geburtsland, vgl. Kap. 2.2). Eine genauere Unterscheidung nach Herkunftslandgruppen ist aufgrund der niedrigen Fallzahlen nicht möglich.

Im Gegensatz zum Sozio-oekonomischen Panel (siehe Kap. 2.4.2) wurde keine disproportionale Stichprobenziehung angewandt (Schupp & Burkhardt 2017). Dadurch ist unklar, ob die Befragten mit Migrationshintergrund im Freiwilligensurvey für die Personen mit Migrationshintergrund in Thüringen repräsentativ sind. So enthält der Freiwilligensurvey, verglichen mit anderen Datenquellen für Thüringen, überdurchschnittlich viele Personen mit Migrationshintergrund der zweiten Generation; Personen der

ersten Migrationsgeneration sind dagegen weniger stark vertreten. Im Sozio-oekonomischen Panel und im Mikrozensus ist die Verteilung umgekehrt, was Thüringens Migrationsgeschichte entspricht: Die dort lebenden Personen mit Migrationshintergrund sind überwiegend selbst zugewandert (siehe Kap. 2.2 und Kap. 3). Dies kann auch die zur Verfügung gestellte Gewichtung nicht korrigieren, denn bei der Erstellung der Gewichte wurde der Migrationshintergrund nicht einbezogen. Daraus ergibt sich, dass die Ergebnisse dieses Berichts aus dem Freiwilligensurvey in Bezug auf Personen mit Migrationshintergrund für Thüringen nicht repräsentativ sind. Dies wird bei ihrer Interpretation berücksichtigt.

2.4.6 Thüringen-Monitor Integration

An verschiedenen Stellen wird auch auf die Auswertungen der Umfrage Thüringen-Monitor Integration zurückgegriffen (Beelmann et al. 2019). Für die zwischen März und Oktober 2018 durchgeführte Umfrage wurden in standardisierten schriftlichen Befragungen insgesamt 949 Geflüchtete auf Arabisch und Persisch befragt. Genauer: Es wurden anerkannte Flüchtlinge, Asylsuchende in laufenden Verfahren, Personen mit abgelehntem Asylantrag und Personen, die über den Familiennachzug nach Deutschland gekommen sind, befragt (ebd.: 14). Neben demographischen Merkmalen wurden Fragen zu vielen relevanten Bereichen gestellt. Themen waren unter anderem Flucht und

derzeitige Lebenssituation, Einstellungen, Meinungen, Überzeugungen, Beziehungen und Kontakte zu Deutschen, Sprachkenntnisse, Sprachkurse, sowie Ausbildung und Erwerbstätigkeit. Zur Rekrutierung für die Umfrage wurden in den drei größten Städten Jena, Gera, Erfurt und in einer nicht näher genannten Anzahl an Kleinstädten und ländlichen Regionen Einrichtungen angesprochen (beispielsweise Gemeinschaftsunterkünfte, Sprachkursträger, örtliche Imame und religiöse Gruppen etc.). Zudem wurden über die Netzwerke der Interviewerinnen und Interviewer weitere Geflüchtete für die Umfrage rekrutiert. Es handelt sich also nicht um eine Zufallsstichprobe.

3 Zu- und Abwanderung

3.1 Geschichte der Zuwanderung nach Thüringen: ein kurzer Überblick

Als ostdeutsches Bundesland blickt der Freistaat Thüringen auf eine andere Zuwanderungsgeschichte zurück als die westdeutschen Bundesländer. Die Zuwanderung nach Westdeutschland war zwischen dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Wiedervereinigung 1989 vor allem davon geprägt, dass Arbeitskräfte aus Südeuropa, der Türkei und den Maghreb-Staaten angeworben wurden und deren Familien nachzogen; ab den 1980er Jahren wurden dann immer mehr Asylsuchende sowie Aussiedlerinnen und Aussiedler aufgenommen (Hanewinkel & Oltmer 2017). Auch die damalige DDR warb sogenannte Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter aus dem Ausland an, als ab Ende der 1960er Jahre immer mehr Arbeitskräfte fehlten. Allerdings tat sie das nur in den „sozialistischen Bruderländern“ (Hanewinkel & Oltmer 2017: 3). In die DDR kamen also Menschen aus Vietnam, Polen, Mosambik, der Sowjetunion, Ungarn, Kuba oder Angola. Eine gesellschaftliche Teilhabe dieser Menschen war nicht vorgesehen. Sie lebten nur befristet in der DDR und wohnten weitestgehend in separierten Unterkünften; der Kontakt mit der deutschen Bevölkerung war streng geregelt. Neben den Arbeitskräften kamen in kleinerer Zahl auch Studierende und Auszubildende sowie politische Geflüchtete in die DDR, entweder aus sozialistischen Ländern oder als verfolgte Mitglieder

kommunistischer Organisationen, zum Beispiel aus Griechenland. Im Jahr 1989 lebten auf dem Gebiet der ehemaligen DDR noch ca. 191.000 Ausländerinnen und Ausländer. Davon waren circa 60.000 Personen aus Vietnam, gut 50.000 aus Polen und gut 15.000 aus Mosambik (Statistisches Bundesamt 1990: 544). In den Monaten nach der Wiedervereinigung kehrten viele der Vertragsarbeiterinnen und -arbeiter in ihre Herkunftsländer zurück, vor allem, weil ihre Arbeitsverträge und Aufenthaltsgenehmigungen nicht verlängert wurden. Diejenigen, die trotz der Umstände blieben, waren überwiegend Personen aus Vietnam. Ab den frühen 1990er Jahren kamen dann Asylsuchende sowie Personen mit (Spät-)Aussiedlerstatus nach Ostdeutschland; sie wurden über einen bundesweiten Verteilungsschlüssel auch den neuen Bundesländern zugewiesen¹⁵ (zur Geschichte der Migration in die DDR siehe u. a. Bade & Oltmer 2004, Eppenstein & Kiesel 2012, Hanewinkel & Oltmer 2017, SVR 2014, Weiss & Dennis 2005). Schließlich stieg die Zuwanderung nach Thüringen auch durch die Arbeitnehmerfreizügigkeit innerhalb der EU, die allgemein seit 1993 gilt und seit 2011/2014 auch für die neuen Länder der Europäischen Union besteht.¹⁶ Sie erlaubt allen Bürgerinnen und Bürgern aus der EU, in einem anderen EU-Land zu wohnen, dort zu arbeiten und Arbeit zu suchen.

3.2 Bevölkerung, Wanderungen und Entwicklungen anhand administrativer Daten

3.2.1 Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund: ein Überblick

Nach den Daten des Mikrozensus lebten im Freistaat Thüringen 2017¹⁷ insgesamt 132.000 Menschen mit Migrationshintergrund (Abb. 3.1), das entspricht gut sechs Prozent der Bevölkerung des Bundeslandes

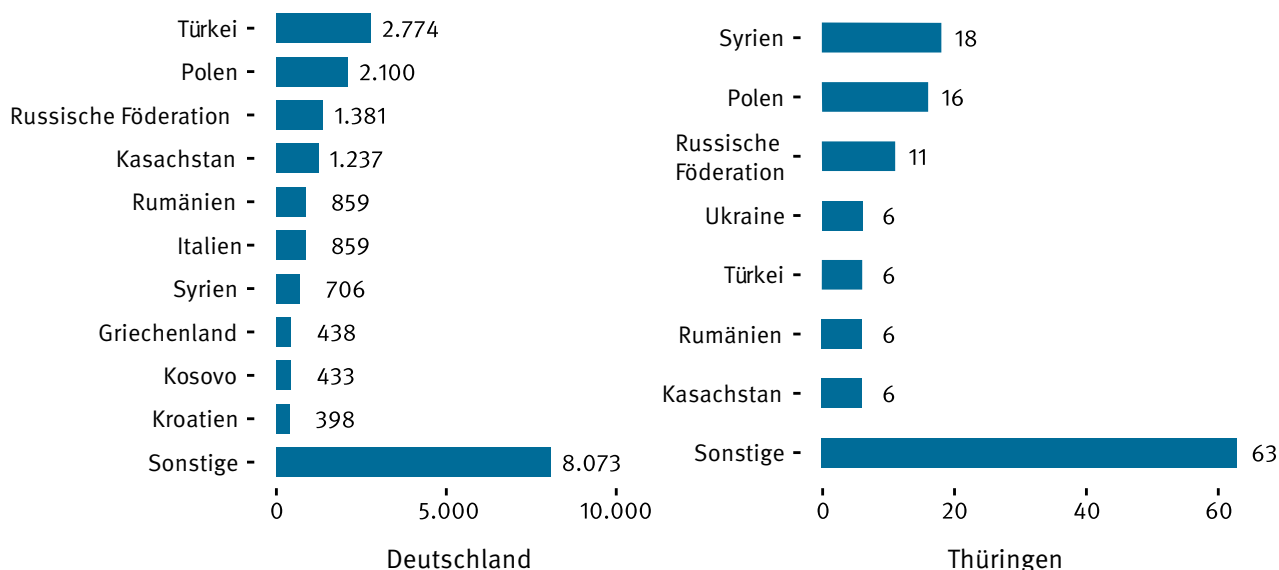
(Statistisches Bundesamt 2018a: 129, Statistisches Bundesamt 2018b). Die drei zahlenmäßig größten Herkunftsgruppen waren 2017 Personen aus Syrien, Polen und der Russischen Föderation.

¹⁵ Dieser sog. Königsteiner Schlüssel stützt sich auf die Einwohnerzahl und das Steueraufkommen eines Bundeslandes. Für Asylsuchende gilt dieser Verteilungsschlüssel bis heute. Er wird jährlich neu festgelegt. Die Verteilungsquoten für die ostdeutschen Flächenländer liegen 2019 zwischen zwei Prozent (Mecklenburg-Vorpommern) und fünf Prozent (Sachsen), Thüringen liegt bei 2,6 Prozent, die bundesweit höchste Quote hat Nordrhein-Westfalen mit gut 21 Prozent (<http://www.bamf.de/DE/Fluechtlingsschutz/AblaufAsylv/Erstverteilung/erstverteilung-node.html>, letzter Aufruf: 05.09.2019).

¹⁶ 2004 wurden Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern in die EU aufgenommen. Für die Bürgerinnen und Bürger dieser Länder war die Arbeitnehmerfreizügigkeit in Deutschland bis 2011 eingeschränkt. 2007 wurden Bulgarien und Rumänien in die EU aufgenommen; für deren Bürgerinnen und Bürger gilt die volle EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit seit 2014.

¹⁷ Daten des Mikrozensus 2018 wurden nicht rechtzeitig vor Redaktionsschluss veröffentlicht.

Abbildung 3.1: Menschen mit Migrationshintergrund in Thüringen und Gesamtdeutschland 2017 nach Herkunftsländern (in Tausend)



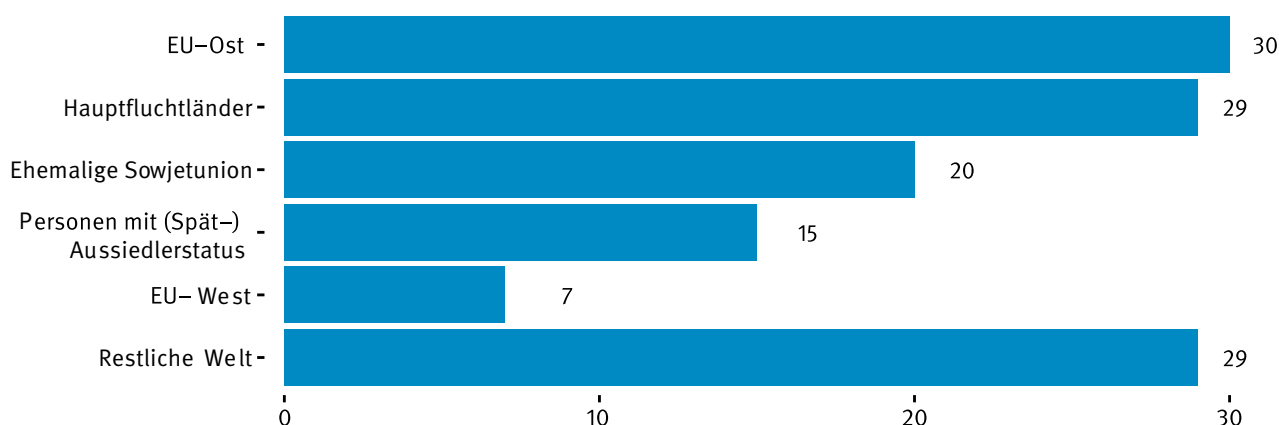
Anmerkung: Für Thüringen weist der Mikrozensus nur die hier dargestellten Herkunftsländer getrennt aus, bei den anderen Ländern sind die Fallzahlen zu klein.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus; eigene Darstellung.

Insgesamt stammten 2017 32,6 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund in Thüringen aus anderen EU-Staaten, davon wiederum gut 83 Prozent aus Ländern, die der EU 2004 beigetreten sind (EU-Ost). Weitere 22,7 Prozent kamen aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion. Teilt man die Herkunftsländer und -kontexte in die in Kapitel 2 vorgestellten Kategorien ein (Hauptfluchtländer, EU-Ost, EU-West, Personen mit (Spät-)Aussiedlerstatus, Gebiet der

ehemaligen Sowjetunion, Übrige Welt), so lebten in Thüringen im Jahr 2017 laut Mikrozensus 15.000 Personen mit (Spät-)Aussiedlerstatus (Abb. 3.2). Diese zählen damit ebenfalls zu den größten Herkunftsgruppen in Thüringen; in Abbildung 3.1 sind sie jedoch in den Zahlen für die einzelnen Herkunftsländer enthalten (dies sind insbesondere Kasachstan, die Russische Föderation, Polen und die Ukraine).

Abbildung 3.2: Menschen mit Migrationshintergrund in Thüringen 2017 nach Herkunftsregionen bzw. Zuwanderergruppen (in Tausend)



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus; eigene Darstellung.

Im Mikrozensus 2017 nicht erfasst sind Geflüchtete, die im Freistaat noch in Gemeinschaftsunterkünften leben; diese müssen somit noch hinzugerechnet werden.¹⁸ Die Größe dieser Personengruppe kann anhand der Statistik der Empfängerinnen und Empfänger von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) geschätzt werden, denn diese umfasst vor allem Asylsuchende und Personen mit einer Duldung¹⁹ und unterscheidet nach der Art der Unterbringung (Statistisches Bundesamt 2019a).

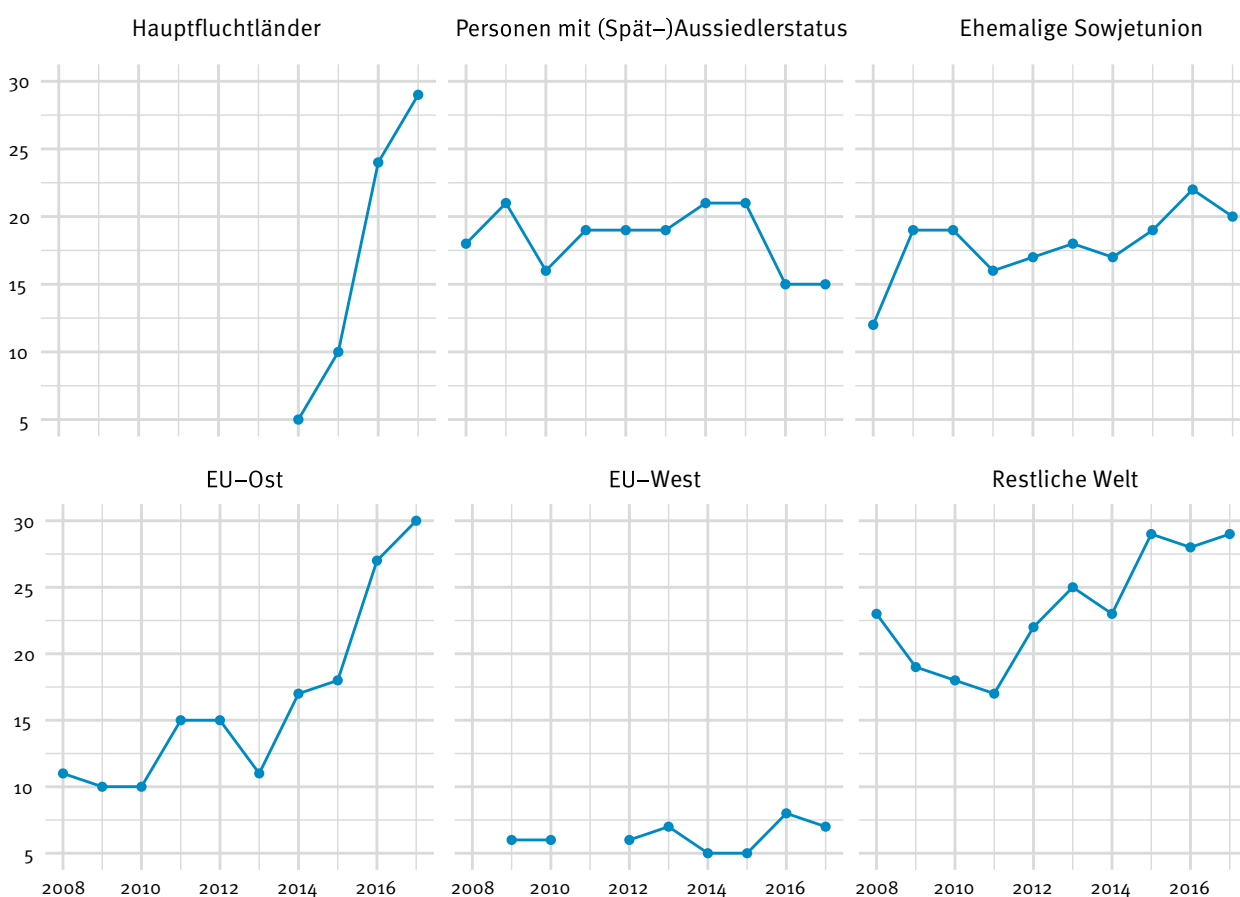
Danach lebten in Thüringen zum 31.12.2017 etwa 4.500 Empfängerinnen und -empfänger von Leistungen nach dem AsylbLG in Erstaufnahmeeinrichtungen oder Gemeinschaftsunterkünften. Weitere 4.600 Leistungsempfängerinnen und -empfänger lebten in sogenannten dezentralen Unterkünften. Das sind meistens Wohnungen oder Häuser, die von den Aufnahmebehörden angemietet wurden; diese Haushalte werden also von der Mikrozensusbefragung abgedeckt (Statistisches Bundesamt 2018a).

Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist stark gewachsen

Seit 2011 hat sich der Bevölkerungsanteil der Personen mit Migrationshintergrund in Thüringen von einem sehr geringen Niveau aus nahezu verdoppelt; damals lag er bei 3,5 Prozent (Statistisches Bundesamt 2012).²⁰ Abbildung 3.3 zeigt die zeitliche Ent-

wicklung der Bestandszahlen für die Gesamtgruppe mit Migrationshintergrund und für verschiedene Herkunftsgruppen. Gewachsen sind vor allem die Bevölkerung aus anderen EU-Staaten und die Bevölkerung mit Fluchthintergrund (vgl. auch Kap. 3.2.2).

Abbildung 3.3: Entwicklung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Thüringen nach Herkunftsgruppen



Anmerkung: Hauptfluchtländer: Syrien, Afghanistan, Irak, Iran, Nigeria, Pakistan. Zu Personen aus Eritrea und Somalia, die in diesem Bericht ebenfalls zu den Fluchtländern gezählt werden (siehe Kap. 2.4), konnte das statistische Bundesamt keine Daten liefern. EU-West: Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande, Dänemark, Irland, Vereinigtes Königreich,

18 Statistische Angaben zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund gibt es im Mikrozensus 2017 nur für Personen in Privathaushalten, nicht für jene in Gemeinschaftsunterkünften (Statistisches Bundesamt 2018a: 6).

19 Von den Personen, die zum Stichtag 31.12.2017 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bezogen, hatten 86,2 Prozent eine Aufenthaltsgestattung (Asylsuchende) oder eine Duldung (Statistisches Bundesamt 2019a: 10).

20 In den Ausgaben des Mikrozensus vor 2011 wurden Personen mit Migrationshintergrund in Thüringen nicht getrennt ausgewiesen, weil die Fallzahlen zu klein waren.

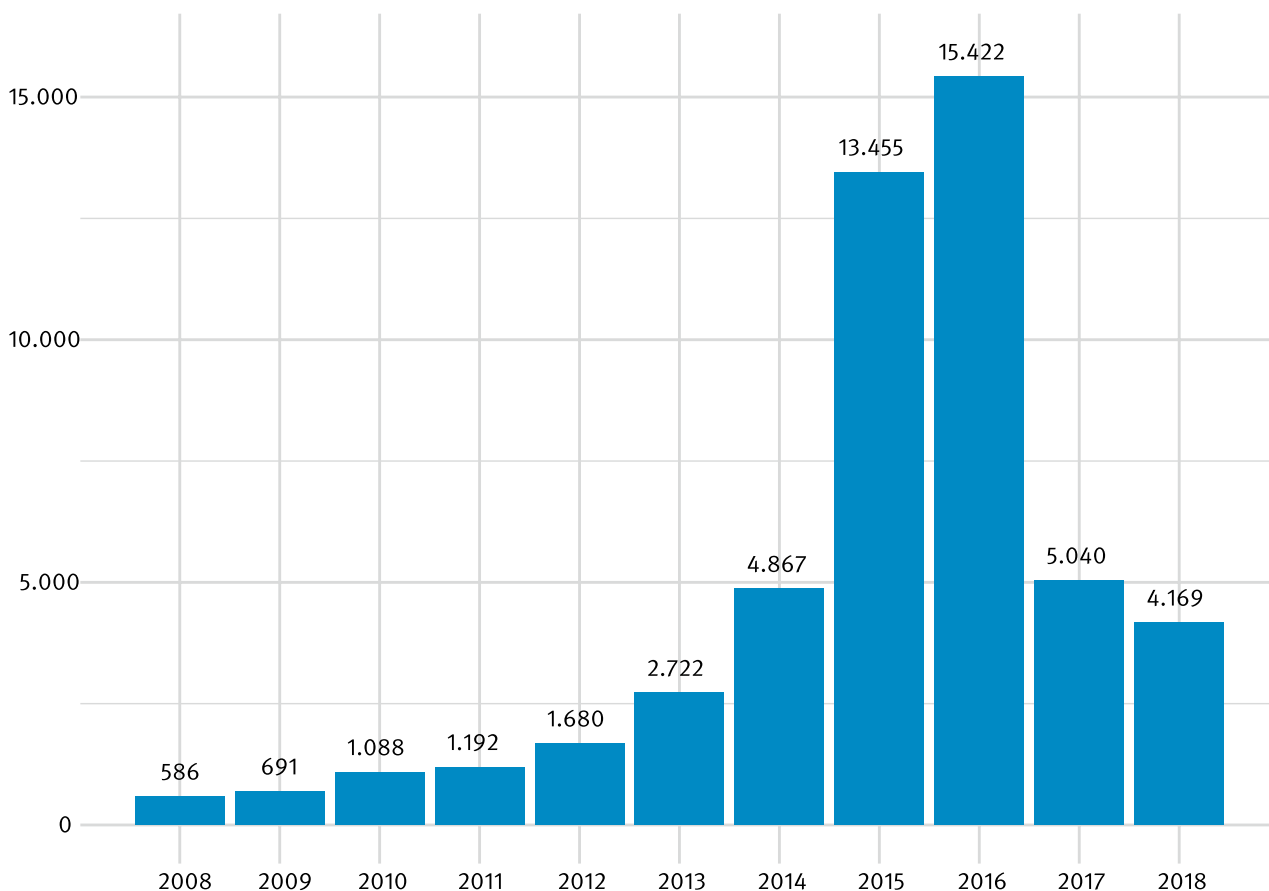
Griechenland, Portugal, Spanien, Finnland, Österreich, Schweden. EU-Ost: Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn, Malta, Zypern, Bulgarien, Rumänien, Kroatien, ehemalige Tschechoslowakei. Ehemalige Sowjetunion: Republik Moldau, Russische Föderation, Ukraine, Armenien, Aserbaidshan, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan, außerdem „ehemalige Sowjetunion“, was in der Befragung ebenfalls genannt werden konnte. Übrige Welt: alle übrigen Länder. Staatenlose Personen und Personen ohne Angaben zum Herkunftsland sind nicht dargestellt. Die in der Abbildung fehlenden Datenpunkte wurden vom Statistischen Bundesamt wegen zu unsicherer Zahlenwerte (zu kleine Fallzahlen) nicht berichtet.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus; eigene Darstellung.

Der Anstieg der Zahl der Geflüchteten lässt sich auch an den Zahlen der Asylanträge ablesen (Abb. 3.4). Diese sind seit 2008 stetig und zwischen 2014 und

2016 sogar sprunghaft gestiegen; das entspricht dem bundesweiten Trend. Seit 2016 gehen die Zahlen wieder zurück.

Abbildung 3.4: Asylerstanträge in Thüringen im Zeitverlauf



Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Ausländerzentralregister; eigene Darstellung.

Aufenthaltsstatus: EU-Staatsangehörige und Geflüchtete sind die größten Gruppen

Anders als im Mikrozensus können nichtdeutsche Staatsangehörige im Ausländerzentralregister (im Folgenden: AZR) nach ihrem Aufenthaltsstatus unterschieden werden (Tab. 3.1). Danach sind gut ein Drittel (37,8 Prozent) der Ausländerinnen und Ausländer in Thüringen Staatsangehörige von EU-Ländern; sie benötigen also keine Aufenthaltserlaubnis. Etwa zehn Prozent aller Ausländerinnen und Ausländer haben einen zeitlich unbefristeten Aufenthaltstitel, zum Beispiel eine Niederlassungserlaubnis (§ 9 Aufenthaltsgesetz [AufenthG]). Weitere rund 20 Prozent

haben einen Aufenthaltstitel aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen; hierunter fallen alle anerkannten Geflüchteten.²¹ Hinzu kommen gut elf Prozent, die keinen Aufenthaltstitel haben; dazu gehören etwa Personen im Asylverfahren oder jene mit einer Duldung. Die Gruppe der Geflüchteten verteilt sich in den AZR-Daten also auf verschiedene aufenthaltsrechtliche Kategorien. Insgesamt macht sie aber einen recht hohen Anteil der ausländischen Bevölkerung in Thüringen aus.

Tabelle 3.1: Ausländische Bevölkerung in Thüringen und Deutschland zum 31.12.2018 nach Aufenthaltsstatus

Insge- sam	Mit Freizügig- keit nach EU-Recht*	Aufenthaltstitel erforderlich								
		Mit Aufenthaltstitel							Antrag auf Aufenthalts- titel gestellt	Ohne Aufenthalts- titel (z. B. Duldung, im Asyl- verfahren)
		Davon								
		Zeitlich unbefristet	Zeitlich befristet	Zum Zweck der Ausbildung	Zum Zweck der Erwerbs- tätigkeit	Völker- rechtliche, humanitäre, politische Gründe	Familiäre Gründe	Beson- dere Aufent- halts- rechte		

Thüringen

100.955	41.100 (37,8 %)	10.540 (9,7%)	38.845 (35,7%)	5.080 (4,7%)	2.045 (1,9%)	21.925 (20,2%)	9.105 (8,4%)	690 (0,6%)	5.680 (5,2%)	12 620 (11,6%)
---------	--------------------	------------------	-------------------	-----------------	-----------------	-------------------	-----------------	---------------	-----------------	-------------------

Deutschland

10.915.455	4.897.485 (44,9%)	2.491.805 (22,8 %)	2.429.895 (22,3 %)	220.185 (2,0 %)	220.405 (2,0%)	1.052.480 (9,6 %)	800.515 (7,3%)	136.310 (1,2 %)	260.795 (2,4 %)	826.375 (7,6%)
------------	----------------------	-----------------------	-----------------------	--------------------	-------------------	----------------------	-------------------	--------------------	--------------------	-------------------

Anmerkung: Bei Prozentangaben, die sich zu 100 Prozent addieren sollten, sind Abweichungen von 100 Prozent Rundungseffekte. *Kein Aufenthaltstitel erforderlich.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Ausländerzentralregister; eigene Darstellung.

²¹ Dazu zählen unter anderem Personen, die als Asylberechtigte nach dem Grundgesetz (Art. 16a Grundgesetz [GG]) oder als Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention (§ 3 Asylgesetz [AsylG]) anerkannt sind, sowie Personen mit subsidiärem Schutz (§ 4 AsylG) oder mit einem Aufenthaltstitel auf der Grundlage eines nationalen Abschiebungsverbots (§ 60 Abs. 5 und 7 AufenthG) (vgl. SVR 2018).

Jüngere Zuwanderungsgeschichte prägt die heutige Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Die Zusammensetzung der Thüringer Bevölkerung mit Migrationshintergrund wird insbesondere von der jüngeren Zuwanderung (seit der Wiedervereinigung) bestimmt. Dies zeigt sich an verschiedenen Merkmalen. So bestehen die größten Gruppen vorwiegend aus Personen mit (Spät-)Aussiedlerstatus, aus EU-Ländern oder aus Hauptfluchtländern.²² Die Gruppen, die vor 1989 in die DDR gewandert sind (vgl. Kap. 3.1), finden sich in den aktuellen Zahlen des Mikrozensus dagegen kaum noch wieder. So zählten Menschen mit Migrationshintergrund aus Vietnam und Mosambik im Jahr 1989 zu den größten Herkunftsgruppen auf dem Staatsgebiet der DDR (Statistisches Bundesamt 1990: 544); in den aktuellen Mikrozensus-Statistiken werden sie nicht mehr getrennt ausgewiesen, weil die Fallzahlen zu niedrig sind. Eigene Analysen des Mikrozensus 2016 ergaben für die ehemals große Gruppe der Vietnamesinnen und Vietnamesen in Thüringen weniger als 2.000 Personen, im AZR waren zum

31.12.2018 nur 2.935 Staatsangehörige aus Vietnam registriert (Statistisches Bundesamt 2019b). Der größte Teil der Menschen mit Migrationshintergrund in Thüringen ist zudem selbst nach Deutschland gewandert, weniger als 20 Prozent sind in Deutschland als Kinder von Zuwanderinnen und Zuwanderern geboren (Tab. 3.2). Gut 42 Prozent der Bevölkerung mit Migrationshintergrund sind erst innerhalb der letzten fünf Jahre nach Deutschland gekommen, 51,5 Prozent innerhalb der letzten zehn Jahre. Auch ein Blick auf die Staatsangehörigkeit macht die vergleichsweise junge Zuwanderungsgeschichte deutlich: Nach den Zahlen des Mikrozensus waren 2017 zwei Drittel der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Thüringen nichtdeutsche Staatsangehörige, das sind etwa 83.000 Menschen (Tab. 3.2).²³ Diese Zahl liegt etwas unter der von nichtdeutschen Staatsangehörigen in Thüringen, die im AZR registriert sind; Ende 2017 lag sie für Thüringen bei 100.955 Personen (Tab. 3.1).²⁴

Zuwanderungsbevölkerung ist vergleichsweise jung

Menschen mit Migrationshintergrund in Thüringen sind im Schnitt deutlich jünger als jene ohne Migrationshintergrund (33,3 vs. 47,5 Jahre, Statistisches Bundesamt 2018b). Gut ein Viertel ist minderjährig, das sind deutlich mehr als bei den Menschen ohne

Migrationshintergrund (Tab. 3.2). Von allen Personen unter 18 Jahren in Thüringen hat etwa jede zehnte einen Migrationshintergrund (Statistisches Bundesamt & WZB 2018: 35).

22 Siehe auch Kapitel 3.2.1. Die vergleichsweise große Gruppe der Personen aus der Russischen Föderation umfasst sowohl Personen mit (Spät-)Aussiedlerstatus als auch Asylsuchende und andere Zuwanderergruppen.

23 Der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit setzt unter anderem voraus, dass die betreffende Person sich seit mindestens acht Jahren rechtmäßig in Deutschland aufhält, vgl. <http://www.bamf.de/DE/Willkommen/Einbürgerung/InDeutschland/indeutschland-node.html> (letzter Aufruf: 10.09.2019).

24 Im AZR sind alle nichtdeutschen Staatsangehörigen erfasst, die sich nicht nur vorübergehend (weniger als drei Monate) in Deutschland aufhalten. Grundlage sind die Meldungen bei den zuständigen kommunalen Ausländerbehörden, beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und bei der Bundespolizei. Die Zahlen des AZR und des Mikrozensus weichen voneinander ab, weil sich die Methoden der Datenerfassung und der Hochrechnung auf die Gesamtbevölkerung unterscheiden (vgl. u. a. Mediendienst Integration 2017, Statistisches Bundesamt 2018c).

Tabelle 3.2: Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in Thüringen und Deutschland 2017 nach ausgewählten Merkmalen

		Anteil an Gesamt-Bevölkerung (%)	Darunter					
			Frauen (%)	Unter 18 Jahren (%)	Mit eigener Migrations-erfahrung (%)	Vor weniger als fünf Jahren selbst nach Deutschland gewandert (%)	In Gemeinden mit 20.000 oder mehr Einwohnern (%)	Mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit (%)
Thüringen	Mit Migrationshintergrund	6,3	45,5	25,8	83,3	42,4	68,2	66,7
	Ohne Migrationshintergrund	93,8	50,6	14,3	--	--	41,4	--
Deutschland	Mit Migrationshintergrund	23,6	48,6	25,5	68,4	15,6	73,3	48,9
	Ohne Migrationshintergrund	76,4	51,0	13,7	--	--	55,5	--

Anmerkung: Wo sich Werte zu 100 Prozent addieren sollten, sind Abweichungen zu 100 Prozent Rundungseffekte.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus; eigene Berechnungen, eigene Darstellung.

Leben in städtischen Räumen

Wie die Daten des Mikrozensus 2017 zeigen, leben in Thüringen etwa zwei Drittel der Menschen mit Migrationshintergrund in Städten mit 20.000 oder mehr Einwohnerinnen und Einwohnern (Tab. 3.2). Anhand der Statistik der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes²⁵ lässt sich die räumliche Verteilung genauer bestimmen. Hier kann aber nicht nach Migrationshintergrund unterschieden werden, sondern nur nach Staatsangehörigkeit (Deutsche vs. Ausländerinnen und Ausländer). Abbildung 3.5 zeigt, dass der Anteil der nichtdeutschen Staatsangehörigen in städtischen Räumen höher ist als in ländlichen Gebieten.²⁶ Die vergleichsweise hohen Anteile von Ausländerinnen und Ausländern in manchen Regionen Thüringens gehen unter anderem darauf zurück, dass diese Hochschulstandorte sind und dort viele internationa-

le Studierende leben. So zeigen die Daten des AZR, dass im Jahr 2017 der Anteil der Personen, die sich zum Zweck der Ausbildung in Thüringen aufhielten, in den Regionen Jena (16,1 Prozent), Weimar (13,5 Prozent) und Ilm-Kreis (14,1 Prozent) deutlich höher war als im Thüringer Durchschnitt (4,5 Prozent in 2017, vgl. Statistisches Bundesamt 2018c²⁷). In Erfurt hingegen lebten 2017 gemessen am Thüringer Durchschnitt weniger Ausländerinnen und Ausländer, die wegen einer Ausbildung in Thüringen sind (2,7 Prozent); hier wirkt sich der Hochschulstandort also weniger auf die ausländische Bevölkerung in Erfurt insgesamt aus.²⁸ Dabei muss jedoch beachtet werden, dass die Anzahl Studierender an der Universität Erfurt in Relation zur Größe der Stadt deutlich geringer ist.

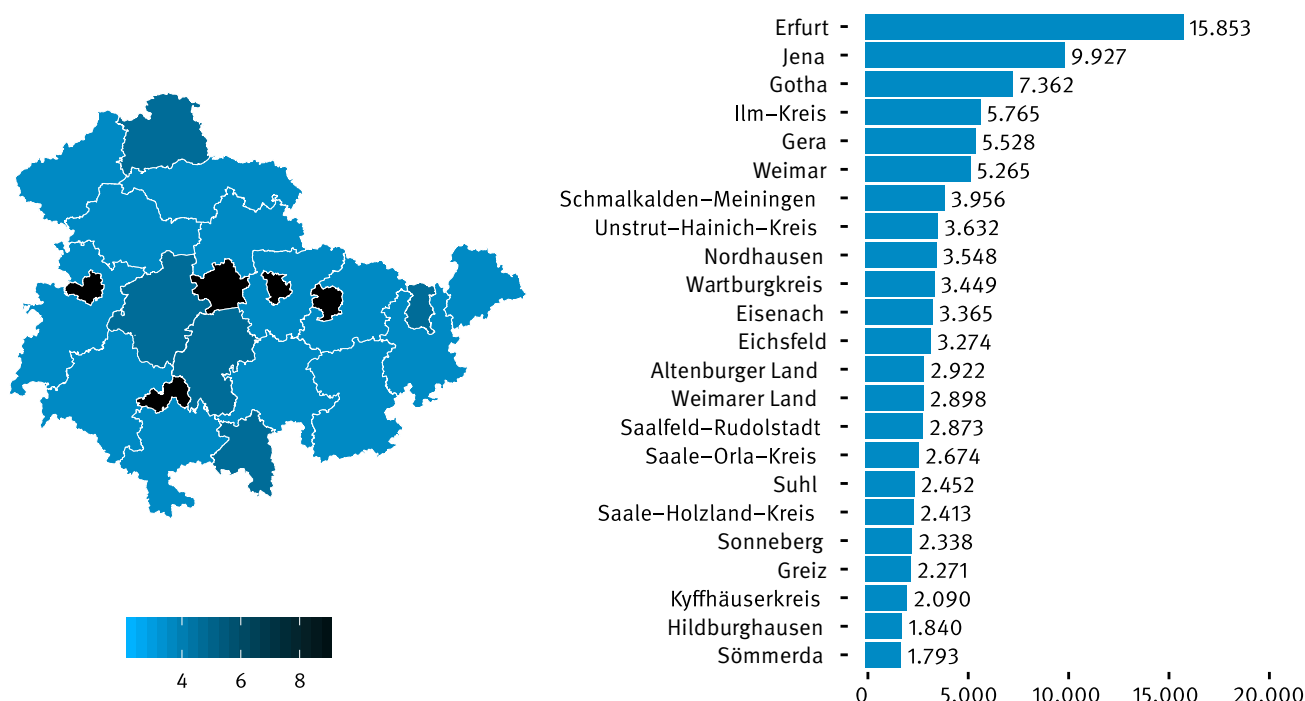
25 Die Statistik der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes basiert auf den Ergebnissen der jeweiligen letzten Volkszählung (derzeit Zensus 2011) sowie den Angaben der Statistiken der Geburten und Sterbefälle sowie der Wanderungsstatistik. Ferner fließen Staatsangehörigkeitswechsel, sonstige Bestandskorrekturen und Gebietsänderungen und zum Nachweis des Familienstandes die Daten zu Eheschließungen, Ehescheidungen und Lebenspartnerschaften ein.

26 Bei Reaktionsschluss lagen bereits Daten der Statistik der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes für 2018 vor. Zum besseren Vergleich mit den in diesem Kapitel beschriebenen Daten des Mikrozensus 2017 basiert Abbildung 3.5 jedoch auf Daten von 2017.

27 Bei Redaktionsschluss lagen bereits AZR-Daten für 2018 vor. Zum besseren Vergleich mit den in diesem Kapitel berichteten Daten des Mikrozensus 2017 werden hier aber die Zahlen für 2017 herangezogen.

28 Die beschriebenen Prozentangaben beziehen sich auf den Anteil der ausländischen Bevölkerung in den entsprechenden Regionen. Der Anteil ausländischer Studierender innerhalb von Hochschulen einer Region kann davon natürlich abweichen. So hatte die Universität Erfurt im Wintersemester 2017/18 einen Anteil ausländischer Studierender von 7,1 Prozent, die Fachhochschule Erfurt einen Anteil von 6,6 Prozent (<https://statistik.thueringen.de/datenbank/TabAnzeige.asp?table=nt001313%7C%7C>, letzter Aufruf: 06.09. 2019).

Abbildung 3.5: Ausländerinnen und Ausländer in Thüringen 2017 nach Landkreisen und kreisfreien Städten, in Prozent (links) und in absoluten Zahlen (rechts)



Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik, Statistik der Fortschreibung des Bevölkerungsstandes; eigene Darstellung.

Mehr Menschen mit eigener Migrationserfahrung als in Deutschland insgesamt

Im Vergleich zum gesamten Bundesgebiet leben in Thüringen anteilig weniger Menschen mit Migrationshintergrund (23,6 Prozent vs. 6,3 Prozent in 2017, Tab. 3.2). Innerhalb der Thüringer Bevölkerung mit Migrationshintergrund haben mehr Menschen eine eigene Migrationserfahrung (83,3 Prozent vs. 68,4 Prozent) und eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit (66,7 Prozent vs. 48,9 Prozent) als im Bundesdurchschnitt. Ebenfalls höher liegt der Anteil an Personen, die erst innerhalb der letzten fünf Jahre nach Deutschland gekommen sind (42,4 Prozent vs. 15,6 Prozent). Die Zuwanderungsbevölkerung in Thüringen besteht also zu einem größeren Teil als im Bundesgebiet aus Personen, die erst in jüngerer Zeit zugewandert sind. Die Zahlen zu den Herkunftsländern (Abb. 3.1) spiegeln zum Teil die Unterschiede in der ost- und der westdeutschen Migrationsgeschichte wider. So sind

Personen aus Ländern, aus denen die Bundesrepublik Deutschland zwischen 1955 und 1973 „Gastarbeiter“ angeworben hat (etwa die Türkei, Italien, Griechenland), in Thüringen gemessen am Bundesdurchschnitt unterrepräsentiert.

Ein Blick auf den Aufenthaltsstatus der Ausländerinnen und Ausländer zeigt auch, dass in Thüringen anteilig weniger EU-Bürgerinnen und -Bürger leben als im Bundesgebiet (36,7 Prozent vs. 45,1 Prozent), dafür anteilig mehr Personen mit einem humanitär, politisch oder völkerrechtlich begründeten Aufenthaltstitel (19,5 Prozent vs. 8,7 Prozent, Tab. 3.1). Bei letzterer Gruppe ist zu bedenken, dass die meisten dieser Personen ihren Wohnsitz nach der Ankunft in Deutschland nicht selbst gewählt haben.²⁹

²⁹ Bei Personen mit einem humanitär begründeten Aufenthaltstitel handelt es sich vorwiegend um Geflüchtete. Diese können (bis auf wenige Ausnahmen) ihren Wohnsitz in der ersten Zeit ihres Aufenthalts in Deutschland nicht selbst wählen. Sie werden nach ihrer Ankunft in Deutschland nach dem sogenannten Königsteiner Schlüssel auf die Bundesländer verteilt (siehe SVR-Forschungsbereich 2016: 8). Danach nimmt der Freistaat Thüringen 2,6 Prozent der Asylsuchenden auf (siehe <http://www.bamf.de/DE/Fluechtlingsschutz/AblaufAsylv/Erstverteilung/erstverteilung-node.html>, letzter Aufruf 10.09.2019). Erhalten Asylsuchende nach dem Asylverfahren einen Schutzstatus, so müssen sie trotzdem noch mindestens drei Jahre in Thüringen wohnen bleiben, es sei denn, sie (oder ihre Ehegatten/Lebenspartnerinnen oder -partner oder ihre minderjährigen Kinder) finden in einem anderen Bundesland Arbeit oder einen Ausbildungsplatz oder durch die Vorgabe des Wohnsitzes entsteht eine unzumutbare Härte (§ 12a AufenthG).

3.2.2 Wanderungen

Die im vorigen Kapitel beschriebenen Bestandsdaten zeigen, wer zu einem bestimmten Stichtag in Thüringen seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Die Wanderungsstatistik wiederum gibt Aufschluss darüber, wer in einem bestimmten Zeitraum gekommen und gegangen ist: Sie erfasst die Zu- und Fortzüge über Gemeindegrenzen, kann also die Wanderungen in-

nerhalb des Freistaats und über die Landes- und Bundesgrenze hinaus abbilden. Wanderungsdaten geben somit einen Einblick in die Migrationsdynamik des Freistaats Thüringen.³⁰ Wegen der Datenbasis kann bei den Wanderungen im Folgenden nur zwischen Menschen mit deutscher und Menschen mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit unterschieden werden.³¹

Thüringer Wanderungszahlen: ein Überblick

Im Jahr 2017³² sind nach Thüringen 25.665 Deutsche und 28.265 Ausländerinnen und Ausländer zugewandert; 30.449 Deutsche und 19.489 Ausländerinnen und Ausländer sind über die Grenzen des Freistaats in andere Bundesländer oder ins Ausland abgewandert (Tab. 3.3). Bei den deutschen Staatsangehörigen ist der Wanderungssaldo also negativ;³³ in dieser Gruppe entfallen 54,3 Prozent der Wanderungsbewegungen auf Fortzüge. Bei den Ausländerinnen und Ausländern ist der Wanderungssaldo hingegen positiv; hier sind nur 40,8 Prozent der Wanderungsbewegungen Fortzüge. Dieses positive Wanderungssaldo von ausländischen Staatsangehörigen betrifft jedoch nur Wanderungen zwischen Thüringen und dem Ausland; es sind deutlich mehr ausländische Staatsangehörige aus dem Ausland zugezogen als dorthin fortgezogen.

Bezogen auf Wanderungen zwischen Thüringen und anderen Bundesländern sind die Wanderungssalden sowohl für Deutsche als auch für Ausländerinnen und Ausländer negativ: 53,3 Prozent der Wanderungen von deutschen Staatsangehörigen und 53,6 Prozent der Wanderungen von nichtdeutschen Staatsangehörigen entfallen auf Fortzüge in andere Bundesländer. Insgesamt sind etwas mehr Männer als Frauen über die Thüringer Landesgrenze sowohl zu- als auch abgewandert; dieser Unterschied ist bei den Ausländerinnen und Ausländern stärker ausgeprägt als bei den Deutschen. Wie bereits die Daten des Mikrozensus in Kapitel 3.2.1 zeigten, sind ausländische Staatsangehörige zu großen Teilen aus östlichen EU-Ländern und aus den Hauptfluchtländern eingewandert.

30 Die Wanderungsstatistik basiert auf den An- und Abmeldungen von Personen bei den kommunalen Melderegistern. Eine ausführliche Beschreibung ihrer Methodik sowie der aktuellen Wanderungsbewegungen in Thüringen findet sich bei Knabe & Kuhn (2018).

31 Wanderungsdaten beinhalten nur Informationen zur aktuellen Staatsangehörigkeit einer Person, nicht eine eventuelle frühere Staatsangehörigkeit oder das Geburtsland. Deshalb kann hier nicht zwischen Menschen ohne und mit Migrationshintergrund unterschieden werden, sondern nur zwischen Personen mit deutscher und nichtdeutscher Staatsangehörigkeit.

32 In diesem Kapitel werden Wanderungsdaten bis zum Jahr 2017 verwendet. Entsprechende Daten aus 2018 waren nicht rechtzeitig vor Redaktionsschluss veröffentlicht.

33 Der Wanderungssaldo entspricht der Zahl der Zuzüge abzüglich der Fortzüge.

Tabelle 3.3: Wanderungsbewegungen in Thüringen 2017

	Insgesamt		Davon				Wanderungs- saldo	
			Deutsche		Ausländer und Ausländerinnen		Deutsche	Ausländer und Aus- länderinnen
	Zuzüge	Fortzüge	Zuzüge	Fortzüge	Zuzüge	Fortzüge		
Insgesamt	53.930	49.938	25.665	30.449	28.265	19.489	-4.784	8.776
Männer	30.532	28.486	13.216	15.912	17.316	12.574	-2.696	4.742
Frauen	23.398	21.452	12.449	14.537	10.949	6.915	-2.088	4.034
Nach Herkunfts- bzw. Zielregion								
Anderes Bundesland	28.041	32.062	23.210	26.482	4.831	5.580	-3.272	-749
Ausland	25.889	17.876	2.455	3.967	23.434	13.909	-1.512	9.525
Davon								
EU-West	2.076	1.801	487	556	1.589	1.245	-69	344
EU-Ost	10.746	6.384	128	132	10.618	6.252	-4	4.366
Fluchtländer	3.962	270	9	6	3.953	264	3	3.689
Ehem. Sowjetunion	975	548	45	38	930	510	7	420
Übrige Welt	6.495	4.130	743	783	5.752	3.347	-40	2.405
Unbekannt, ohne Angabe	1.506	4.590	955	2.328	551	2.262	-1.373	-1.711

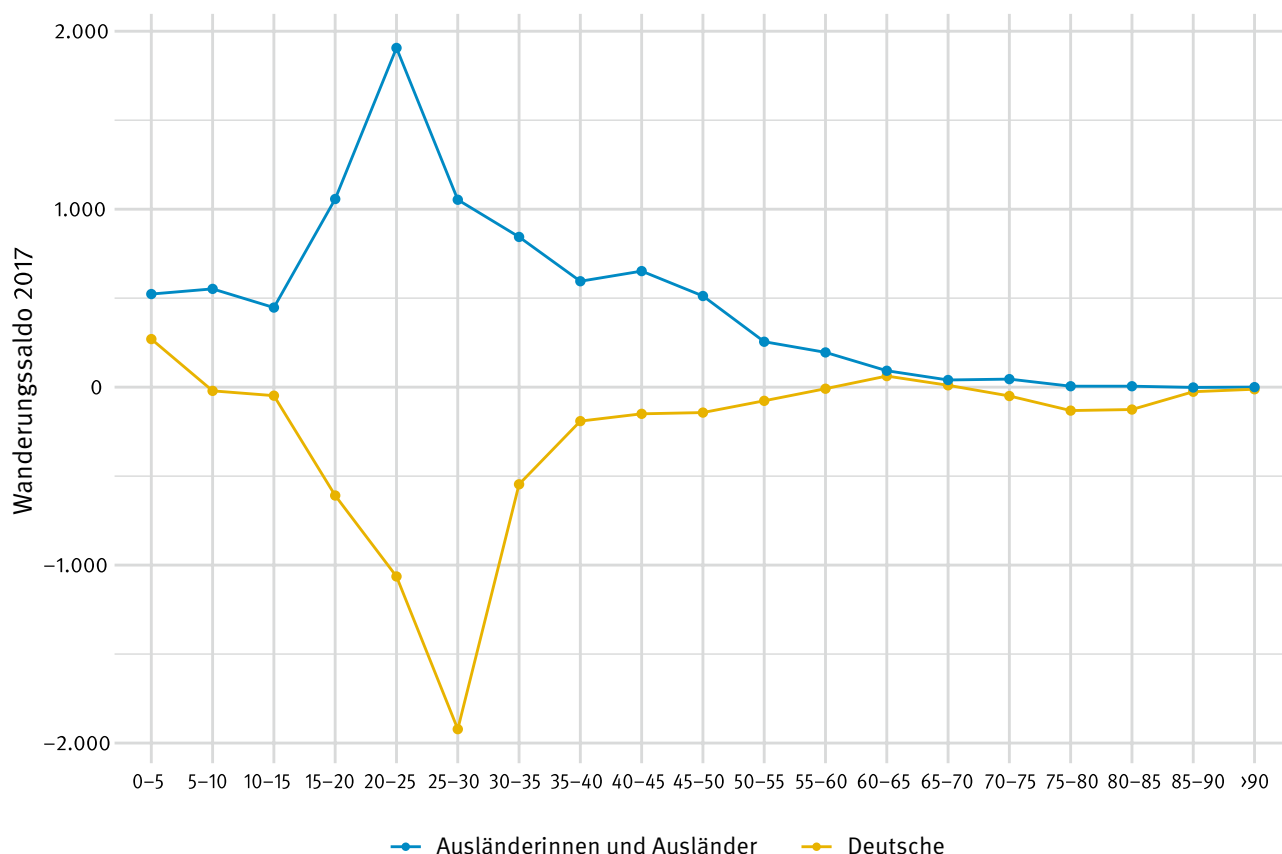
Anmerkung: *Fluchtländer*: Syrien, Afghanistan, Iran, Irak, Eritrea, Nigeria, Somalia. *EU-West*: Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien, Großbritannien. *EU-Ost*: Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn, Zypern. Ehem. Sowjetunion: Aserbaidschan, Kasachstan, Republik Moldau, Russische Föderation, Ukraine, Weißrussland. Übrige Welt: Alle in den vorherigen Kategorien nicht erfassten Zu- und Fortzüge außer jene aus den Kategorien „unbekanntes Ausland“ und „ungeklärt/ohne Angabe“.

Quelle: Statistisches Bundesamt & Thüringer Landesamt für Statistik, Wanderungsstatistik; eigene Darstellung.

Die Wanderungsbewegungen zwischen dem Freistaat Thüringen und anderen Bundesländern beziehungsweise dem Ausland (hier gemeinsam betrachtet) zeigen im Altersbereich von 15 bis 40 Jahren die größte Dynamik. Dies ist mit Blick auf die Verfügbarkeit von Auszubildenden oder Arbeitskräften für den Thüringer Arbeitsmarkt eine sehr relevante Altersgruppe.

Die Wanderungssalden gehen hier bei deutschen und nichtdeutschen Staatsangehörigen in unterschiedliche Richtungen (Abb. 3.6): Bei Ersteren sind in diesem Altersbereich die Abwanderungszahlen aus Thüringen höher als in anderen Altersbereichen, bei Letzteren sind die Zuwanderungszahlen nach Thüringen höher (vgl. auch Knabe & Kuhnt 2018: 38-40).

Abbildung 3.6: Wanderungssalden für Thüringen 2017 nach Herkunft und Altersgruppen



Anmerkung: Die Zahlen fassen Wanderungsbewegungen zwischen dem Freistaat Thüringen und anderen Bundesländern sowie dem Ausland zusammen.

Quelle: Statistisches Bundesamt & Thüringer Landesamt für Statistik, Wanderungssstatistik; eigene Berechnungen, eigene Darstellung.

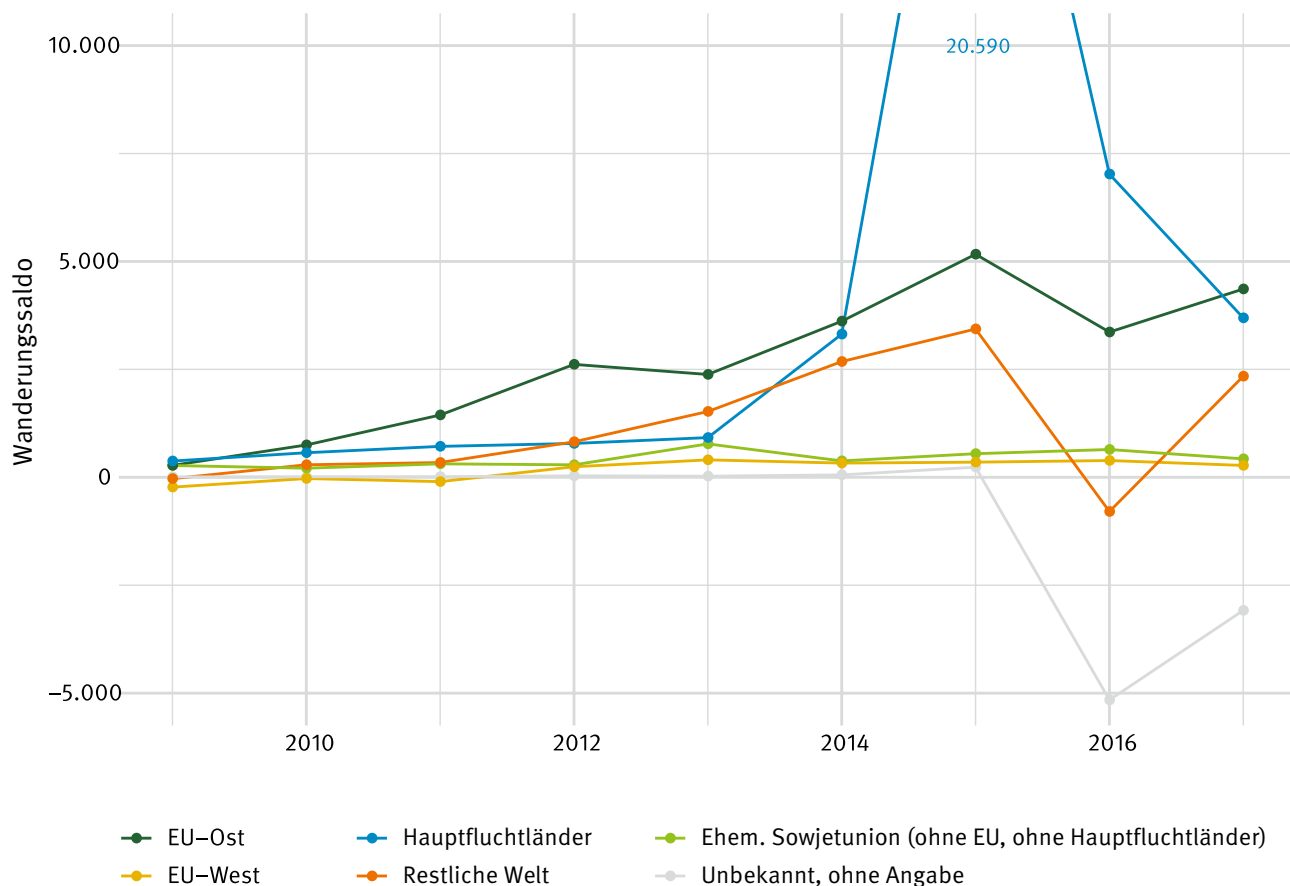
Außenwanderung: Flucht- und EU-Ost-Zuwanderung prägen die letzten Jahre

Der zeitliche Verlauf der Wanderungen zwischen Thüringen und dem Ausland bestätigt die Entwicklung, die bereits in Kapitel 3.2.1 anhand der Bestandszahlen deutlich wurde: Für Personen aus Fluchtländern und aus östlichen EU-Ländern sind die Wanderungssalden seit 2008 positiv und die Wanderungsgewinne haben zugenommen (Abb. 3.7). Die bis 2015 stark gestiegene Fluchtzuwanderung drückt sich auch in den Zuzugszahlen der Kategorie „Übrige Welt“ aus, für die der Wanderungssaldo von 2010 bis 2015 ebenfalls positiv war. Sie enthält unter anderem Länder,

aus denen bis 2016 überwiegend Asylsuchende kamen, die aber kaum Aussicht auf einen Schutzstatus hatten; dazu gehörten etwa Personen aus den Balkanstaaten. Nach 2015 ebte dieser Zuzug stark ab, gleichzeitig verließen viele Menschen aus solchen Ländern mit einer sogenannten schlechten Bleibeperspektive³⁴ Deutschland wieder. Dies ist einer der Gründe, warum das Wanderungssaldo für Personen aus der Kategorie „Übrige Welt“ zwischen 2015 und 2016 stark abfällt und 2016 sogar im negativen Bereich liegt.

³⁴ Zum Begriff der Bleibeperspektive siehe <https://www.bamf.de/SharedDocs/FAQ/DE/IntegrationskurseAsylbewerber/001-bleibeperspektive.html> (letzter Aufruf: 27.06.2019).

Abbildung 3.7: Wanderungssalden für Wanderungen zwischen Thüringen und dem Ausland nach Herkunfts- bzw. Zielregionen



Anmerkung: Die Wanderungszahlen umfassen Personen mit deutscher und nichtdeutscher Staatsangehörigkeit. Die Kategorien umfassen folgende Herkunfts- und Zielländer: Fluchtländer: Syrien, Afghanistan, Iran, Irak, Eritrea, Nigeria, Somalia. EU-West: Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien, Großbritannien. EU-Ost: Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn, Zypern. Ehem. Sowjetunion: Aserbaidschan, Kasachstan, Republik Moldau, Russische Föderation, Ukraine, Weißrussland. Übrige Welt: Alle in den vorherigen Kategorien nicht erfassten Ziel- und Herkunftsländer, sofern eine Information dazu vorliegt. Unbekannt/ohne Angabe: Personen, für die keine Information über Herkunfts- oder Zielregion vorliegt. In der Wanderungsstatistik wird zwischen den Kategorien „unbekanntes Ausland“, „ungeklärt/ohne Angabe“ unterschieden.

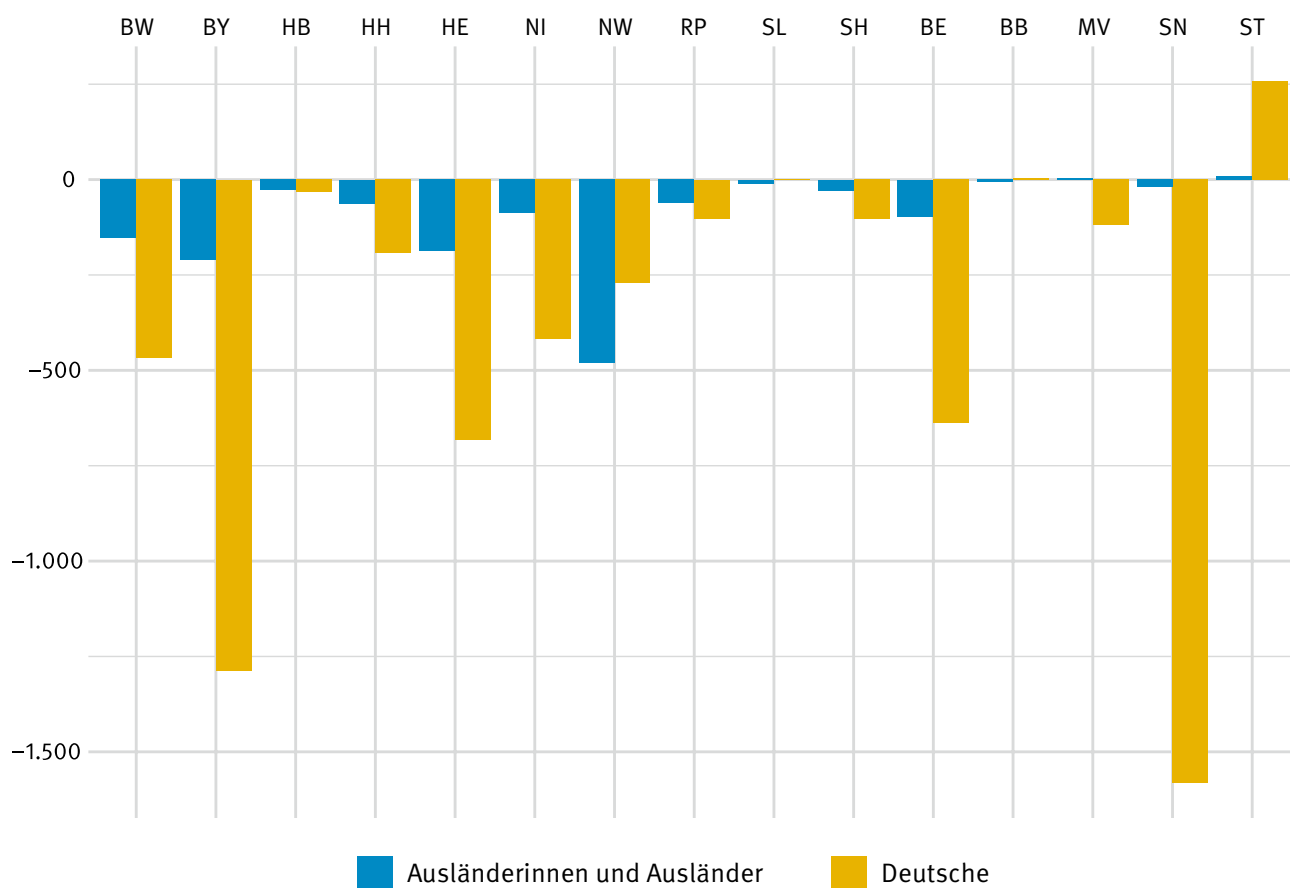
Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik, Wanderungsstatistik; eigene Darstellung.

Binnenwanderung: Thüringen verliert weiterhin Menschen an andere Bundesländer

Wie gestaltet sich die Wanderungsdynamik zwischen Thüringen und den anderen Bundesländern? Abbildung 3.8 zeigt für die Jahre 2008 bis 2017 den Durchschnitt der Wanderungssalden für Thüringen bezogen auf die einzelnen Bundesländer. Hier ist zu erkennen, dass die Wanderungssalden mit Ausnahme von Sachsen-Anhalt durchgängig negativ sind. Das heißt: Es wandern mehr Menschen aus Thüringen in die anderen Bundesländer ab als von dort zu.³⁵ Das gilt vor allem für das Nachbarland Sachsen, die Hauptstadt Berlin sowie die westlichen Bundesländer, wo wiederum Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen besonders hervorstechen. Die negativen Wanderungssalden zwischen Thüringen und den westdeutschen Bundesländern entstehen v.a.

durch Wanderungen von nichtdeutschen Staatsangehörigen. So ging das durchschnittliche Wanderungssaldo zwischen Thüringen und den westdeutschen Bundesländern der Jahre 2014 und 2017 zu 56 Prozent auf Wanderungen ausländischer Staatsangehöriger zurück, das durchschnittlichen Saldo von Thüringen mit Nordrhein-Westfalen beruhte im gleichen Zeitraum sogar zu rund 98 Prozent auf Wanderungen dieser Gruppe (Knabe & Kuhnt 2018: 48-49).³⁶ Nach Sachsen und Berlin wandern jedoch eher Deutsche als Personen mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit. Insgesamt sind die Wanderungsverluste bezogen auf die neuen Bundesländer nur zu 6,3 Prozent auf Wanderungen nichtdeutscher Staatsangehöriger zurückzuführen (Knabe & Kuhnt 2018: 48).

Abbildung 3.8: Wanderungssalden für Thüringen nach Bundesländern (Durchschnitt 2008-2017)



Anmerkung: BW = Baden-Württemberg, BY = Bayern, HB = Bremen, HH = Hamburg, HE = Hessen, NI = Niedersachsen, NW = Nordrhein-Westfalen, RP = Rheinland-Pfalz, SL = Saarland, SH = Schleswig-Holstein, BE = Berlin, BB = Brandenburg, MV = Mecklenburg-Vorpommern, SN = Sachsen, ST = Sachsen-Anhalt.

Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik, Wanderungsstatistik; eigene Berechnungen, eigene Darstellung.

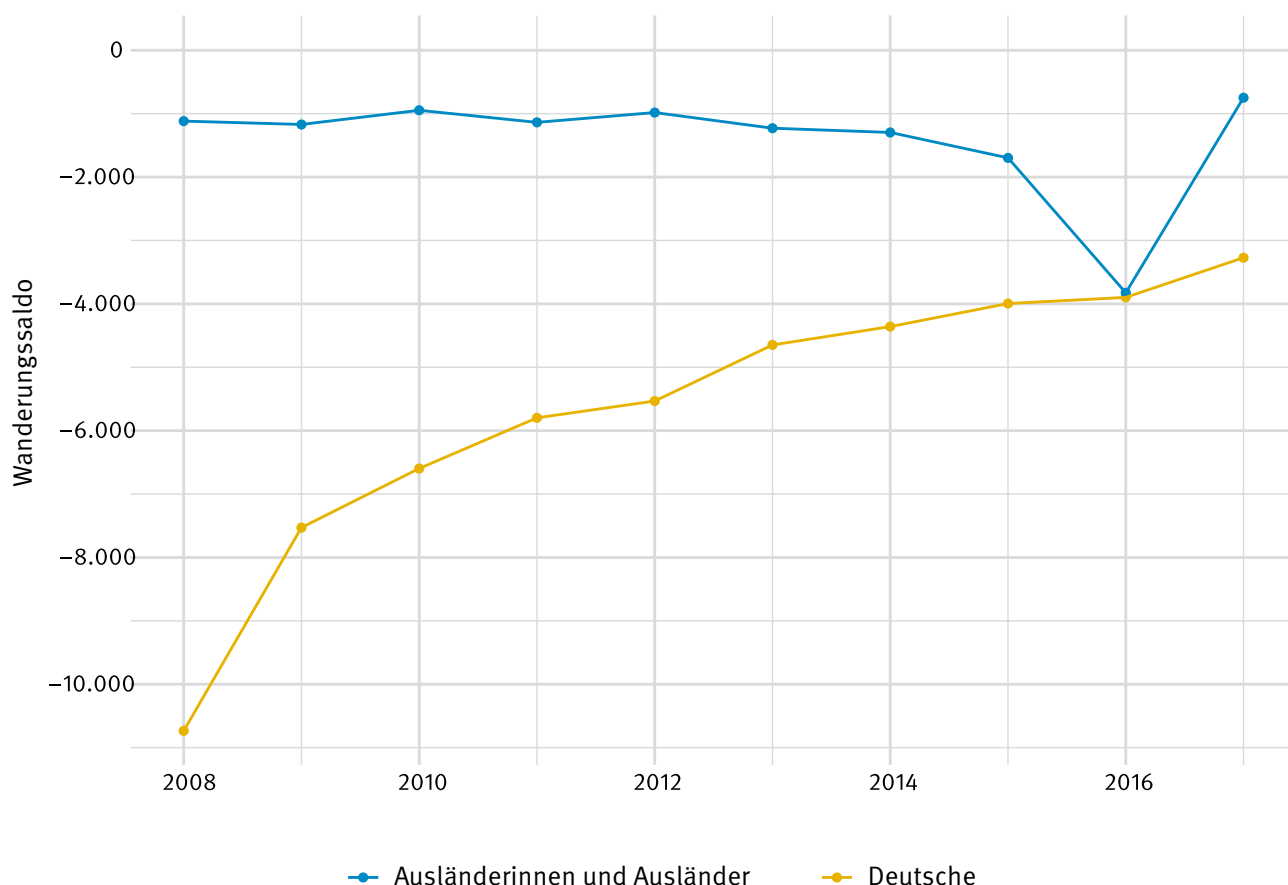
³⁵ Die Wanderungssalden sind allerdings nicht in allen Jahren gleich. 2016 hatten z. B. Ausländerinnen und Ausländer insgesamt einen deutlich höheren negativen Saldo als in den anderen Jahren (vgl. auch Knabe & Kuhnt 2018: 53). 2008 waren die negativen Salden bei den Deutschen z. B. für Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen deutlich höher als in den anderen Jahren.

³⁶ Um dies am Beispiel Nordrhein-Westfalens zu veranschaulichen: Der durchschnittliche Wanderungssaldo zwischen Thüringen und Nordrhein-Westfalen des Zeitraums 2014 bis 2017 lag bei -3020. Für deutsche Staatsangehörige lag er bei -64, für nichtdeutsche Staatsangehörige bei -2956. Daraus ergibt sich der Anteil von 98 Prozent am Wanderungssaldo, der auf Wanderungen ausländischer Staatsangehöriger zurückgeht (Knabe/Kuhnt 2018: 49).

Thüringens Wanderungsverlust bezogen auf die alten Bundesländer ist schon seit der Wiedervereinigung zu beobachten; seit 2007 schwächt er sich jedoch ab (Knabe & Kuhnt 2018: 48). Wie Abbildung 3.9 zeigt, gilt dies besonders für deutsche Staatsangehörige. Bei den Ausländerinnen und Ausländern stieg der Wanderungsverlust bezogen auf andere Bundesländer hingegen bis 2016. Danach ging er stark zurück. Dies ist darauf zurückzuführen, dass für anerkannte

Geflüchtete eine Wohnsitzauflage eingeführt wurde, die im August 2016 in Kraft trat. Sie müssen nun nach Anerkennung ihres Asylantrags in der Regel mindestens drei Jahre in dem Bundesland wohnen bleiben, dem sie für das Asylverfahren zugewiesen wurden (§ 12a AufenthG).³⁷ Knabe & Kuhnt (2018: 51-52) können zeigen, dass die Fortzüge sehr plötzlich zurückgingen, und zwar im September 2016, also unmittelbar nach Einführung der Wohnsitzauflage.

Abbildung 3.9: Wanderungssalden für Wanderungen zwischen Thüringen und den anderen Bundesländern nach Staatsangehörigkeit



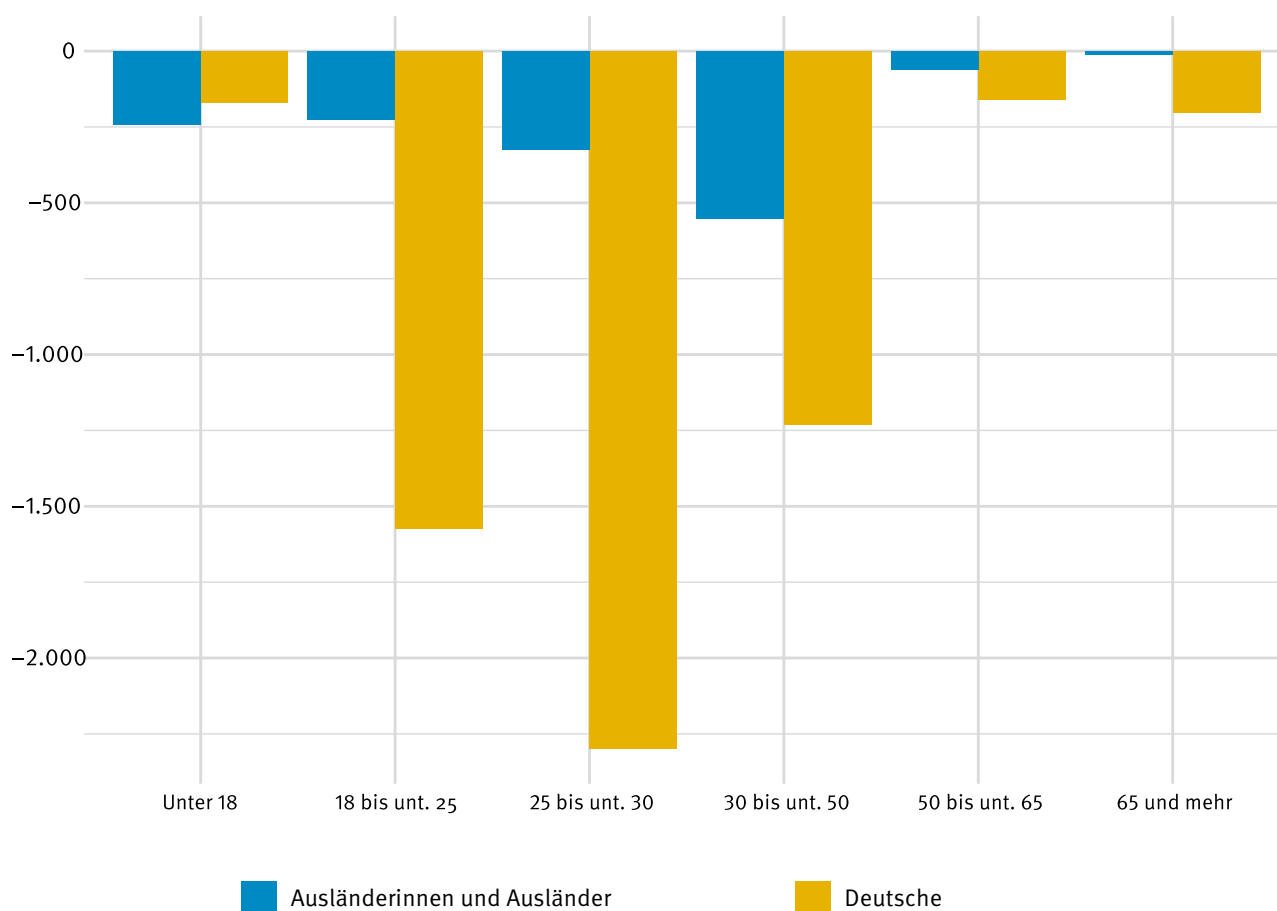
Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik, Wanderungsstatistik; eigene Berechnungen, eigene Darstellung.

Wie beim Wanderungsgeschehen in Thüringen insgesamt (Tab. 3.3) wanderten auch zwischen Thüringen und den anderen Bundesländern 2017 etwas mehr Männer als Frauen: Sie stellen 52,4 Prozent derer, die aus einem anderen Bundesland zuzogen, und 51,7 Prozent derer, die in ein anderes Bundesland fortzogen. Dieser Unterschied geht vor allem auf die Gruppe der nichtdeutschen Staatsangehörigen zurück: Hier betrug der Männeranteil bei den Zuzügen 63,5

Prozent und bei den Fortzügen 59,8 Prozent. Bei den deutschen Staatsangehörigen war das Geschlechterverhältnis ausgeglichener. Auch das Alter spielt beim Wanderungsgeschehen zwischen Thüringen und den anderen Bundesländern eine Rolle (Abb. 3.10). Negativ sind die Wanderungssalden besonders in den mittleren Altersbereichen: bei den Deutschen im Bereich von 25 bis 30, bei den Ausländerinnen und Ausländern im Bereich von 30 bis 50 Jahren.

³⁷ Die Wohnsitzauflage kann unter bestimmten Bedingungen aufgehoben werden, z. B. wenn die Person eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von mindestens 15 Stunden wöchentlich aufnimmt. Ausführlicher zur Wohnsitzauflage siehe <http://www.bamf.de/SharedDocs/FAQ/DE/ZugangArbeitFluechtlinge/011-wohnsitzauflage-arbeitsaufnahme.html>, letzter Aufruf: 06.09.2019.

Abbildung 3.10: Durchschnittliche Wanderungssalden für Thüringen bezogen auf die anderen Bundesländer 2008-2017 nach Altersgruppen



Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik, Wanderungsstatistik; eigene Berechnungen, eigene Darstellung.

Wanderung innerhalb Thüringens: Daten zu nichtdeutschen Staatsangehörigen durch die Verteilung der Geflüchteten im Freistaat geprägt

Menschen aus Thüringen wandern nicht nur in andere Bundesländer oder ins Ausland ab; viele Wanderungsbewegungen finden innerhalb der Grenzen des Freistaats statt. Wie andere Flächenländer steht auch Thüringen vor der Herausforderung, die Lebensbedingungen in strukturschwachen ländlichen Regionen so zu gestalten, dass sie gegenüber den städtischen Räumen attraktiver werden (TMIL 2016: 22-23, TMM-JV 2017: 8, 17). Nicht zuletzt durch die gestiegene Zahl an Geflüchteten wird Zuwanderung bundesweit auch als Chance für ländliche Räume gesehen (Franke & Magel 2016, Mehl et al. 2017). Gleichzeitig wird be-

fürchtet, dass Menschen mit Migrationshintergrund sich zu sehr in den städtischen Räumen ballen.

Wie sich die gegenwärtige Land-Stadt-Wanderung in Thüringen gestaltet, kann ausschließlich für Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit verlässlich festgestellt werden. Denn die Wanderungsstatistik der Personen mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit wird dadurch verzerrt, dass Asylsuchende in Thüringen (wie in allen Bundesländern) von der Behörde (dem Thüringer Landesverwaltungsamt) auf die Landkreise und kreisfreien Städte verteilt werden.³⁸

³⁸ Asylsuchende in Thüringen werden in der Erstaufnahmeeinrichtung in Suhl untergebracht; dort können sie bei der Thüringer Außenstelle des BAMF ihren Asylantrag stellen. Aus der Erstaufnahmeeinrichtung werden sie dann auf die Gemeinden verteilt. Die Verteilungsquoten richten sich nach der Einwohnerzahl der Orte (§ 3 Abs. 1 Thüringer Flüchtlingsaufnahmegesetz i. V. m. § 2 Thüringer Flüchtlingsverteilungsverordnung, siehe auch SVR-Forschungsbereich 2016: 28). Wegen der hohen Zuwanderung 2015 und 2016 wurden neben der Erstaufnahmeeinrichtungen in Suhl zwischenzeitlich zusätzliche Einrichtungen in Gera, im Unstrut-Hainich-Kreis, in Gotha, im Saale-Orla-Kreis und im Saale-Holzland-Kreis betrieben. Diese wurden mittlerweile aufgrund der rückläufigen Zuzugszahlen wieder geschlossen.

Es handelt sich folglich nicht um eine von den Asylsuchenden bestimmte Wanderung. Gleichwohl hat sie noch Einfluss auf die Wanderungsdaten, auch wenn die Zahl der Asylsuchenden seit 2016 zurückgeht. Vor diesem Hintergrund verzeichneten im Jahr 2017 alle Landkreise außer dem Altenburger Land, dem Saale-Holzland-Kreis und dem Saale-Orla-Kreis mehr Zuzüge ausländischer Staatsangehöriger aus kreisfreien Städten als Fortzüge dorthin.³⁹ Ein Großteil davon geht auf Zuzüge aus der kreisfreien Stadt Suhl zurück, in der sich die Erstaufnahmeeinrichtung für Asylsuchende in Thüringen befindet. Diese verteilsbedingte Dynamik der Wanderung innerhalb des Freistaats hatte 2015 ihren Höhepunkt, seitdem geht sie zurück.

Bei den deutschen Staatsangehörigen zeigt sich, dass die Landkreise – insgesamt betrachtet – seit 2008

weniger Personen an kreisfreie Städte verlieren; 2017 hielten sich Zu- und Fortzüge in etwa die Waage. Es bestehen jedoch erhebliche Unterschiede zwischen den Landkreisen. Im Jahr 2017 waren in vielen Landkreisen die Wanderungssalden bezogen auf die kreisfreien Städte negativ: Es wanderten mehr Personen aus den Landkreisen in die kreisfreien Städte ab als von dort zu. Betroffen waren insbesondere die stärker an der Thüringer Landesgrenze gelegenen Landkreise (z. B. Saale-Orla-Kreis, Unstrut-Hainich-Kreis, Wartburgkreis). Positiv waren diese Wanderungssalden hingegen für die Landkreise im Randgebiet der sechs kreisfreien Städte (z. B. Sömmerda, Weimarer Land und Saale-Holzland-Kreis). Dass in Thüringen viele Menschen aus bestimmten ländlichen Regionen in die Zentren des Freistaats abwandern, stellt keine neue Entwicklung dar (vgl. TMIL 2016: 18, 22).

3.3 Wanderungsmotive und Bleibeabsichten

Die bislang genannten Zahlen der Zu- und Fortzüge ausländischer Staatsangehöriger zeigen die tatsächlichen Wanderungsbewegungen. Sie sagen jedoch nichts über wanderungsbezogene Absichten aus. Hierzu gibt es insgesamt kaum Daten aus Umfragen, besonders solche, die sich konkret auf Thüringen beziehen.

Nach den Daten der SOEP-Befragung sehen die Menschen mit Migrationshintergrund, die in Thüringen leben, ihre Zukunft offenbar mehrheitlich in Deutschland: 2017 gaben 79,0 Prozent der dort befragten Personen mit Migrationshintergrund an, dass sie für immer in Deutschland bleiben wollen.⁴⁰ Das sind ähnlich viele wie im gesamten Bundesgebiet (84,8 Prozent). Bei den Befragten aus den Hauptfluchtländern ist der Anteil mit 94,7 Prozent deutlich höher als bei jenen aus anderen Ländern (78,6 Prozent).⁴¹ In der Befragung von 2016 waren es 95,4 Prozent (Hauptfluchtländer) bzw. 95,6 Prozent (andere Herkunftsländer).

Auch die teilnehmenden Geflüchteten des Thüringen-Monitors Integration wurden gefragt, wo sie langfristig leben möchten (Beelmann et al. 2019: 144). Sie

konnten dabei eine oder mehrere der Antwortoptionen „Thüringen“, „Deutschland“, „Heimatland“ oder „Anderswo“ wählen. Rund 40 Prozent gaben an, langfristig in Thüringen leben zu wollen und ebenfalls rund 40 Prozent wählten die Antwortoption „Deutschland“.⁴² Die Absicht, langfristig in Thüringen zu bleiben, hängt dabei von gegenwärtigen Lebensumständen und Erfahrungen ab, etwa dem Wohnort (Großstadt vs. ländlicher Raum), Erwerbsbeteiligung, sozialen Kontakten und Diskriminierungserfahrungen. Nur etwa 20 Prozent der Befragten konnten sich zum Zeitpunkt der Befragung vorstellen, langfristig wieder in ihrem Heimatland zu wohnen. Der Anteil war hier unter syrischen Staatsangehörigen höher als unter afghanischen und irakischen Staatsangehörigen. Ein direkter Vergleich mit den Daten der IAB-BAMF-SOEP-Befragung ist hier jedoch nicht möglich, da der Thüringen-Monitor Integration nicht auf einer Zufallsauswahl der Teilnehmenden basiert und somit nicht verallgemeinerungsfähig ist.

In der SOEP-Befragung wurden die Teilnehmenden zudem gefragt, welches der Hauptgrund für das Verlassen ihres Herkunftslandes war. Hier kann unterschieden werden zwischen familiären, wirtschaftli-

39 Die Daten zur Wanderung zwischen Landkreisen und kreisfreien Städten in Thüringen wurden vom Thüringer Landesamt für Statistik zur Verfügung gestellt.

40 Die Frage ist zwar nicht speziell auf Thüringen bezogen, sie lässt aber zumindest darauf schließen, inwieweit die Befragten ihre Zukunft in Deutschland sehen.

41 Aufgrund der niedrigen Fallzahlen für Thüringen ist eine genauere Auswertung für einzelne Gruppen nicht möglich.

42 Wegen der Option der Mehrfachauswahl können diese Zahlen nicht addiert werden.

chen, politischen und sonstigen Gründen. Von den Befragten aus den Hauptfluchtländern nannten 57,3 Prozent politische Gründe, die anderen 42,7 Prozent sonstige Gründe.⁴³ Von den Befragten aus anderen Ländern nannten 37,9 Prozent wirtschaftliche Gründe. Etwa genauso viele (37,2 Prozent) gaben zudem familiäre Gründe an. Das Wohlergehen und der Zusammenhalt der Familie ist also – neben der eigenen wirtschaftlichen Situation – für viele ein wichtiges Wanderungsmotiv (vgl. auch Statistisches Bundes-

amt 2018a: 493 ff.). Weitere 5,3 Prozent dieser Gruppe gaben politische oder andere Gründe an.⁴⁴ Die Teilnehmenden des Thüringen-Monitors Integration wurden danach gefragt, was ihnen für die Zukunft wichtig ist. Die Mehrheit der Befragten sah Frieden und Sicherheit als wichtigsten Aspekt an, gefolgt von beruflichen Perspektiven. Aber auch Perspektiven für die eigenen Kinder wurden als wichtig erachtet (Beelmann et al. 2019: 148).

3.4 Fazit

Die wichtigsten Erkenntnisse zum Stand und zur Entwicklung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund beziehungsweise mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit in Thüringen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Die heutige Zusammensetzung der Thüringer Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist vor allem durch die Zuwanderung seit der Wiedervereinigung bestimmt. Dabei zeigen sich zwei große Trends: Zum einen ist die Fluchtzuwanderung ab 2008 stetig, zwischen 2014 und 2016 sogar sprunghaft gestiegen. Zum anderen ist auch die Zuwanderung aus den östlichen EU-Ländern (mit einem zwischenzeitlichen Abfall 2016) stetig gestiegen. Beide Trends entsprechen der bundesweiten Entwicklung der letzten Jahre.
- Im Vergleich zum Bundesgebiet insgesamt sind die Personen mit Migrationshintergrund, die in Thüringen leben, häufiger erst seit Kurzem in Deutschland, sind häufiger selbst eingewandert und haben seltener die deutsche Staatsangehörigkeit.
- Nach wie vor ziehen mehr Menschen – mit und ohne Migrationshintergrund – aus Thüringen fort als nach Thüringen zu. Besonders in die alten Bundesländer wandern viele ab. Vor allem Personen im jüngeren Erwerbsalter ziehen aus dem Freistaat in andere Regionen Deutschlands.
- Innerhalb Thüringens zogen in den letzten Jahren insgesamt weniger deutsche Staatsangehörige aus ländlichen Regionen in städtische Räume, allerdings sind Landkreise, die eher an der Thüringer Landesgrenze und weniger im Einzugsbereich der

kreisfreien Städte gelegen sind, nach wie vor von Abwanderung betroffen. Wanderungen nichtdeutscher Staatsangehöriger innerhalb Thüringens sind gegenwärtig noch vorwiegend von der Verteilung von Geflüchteten im Rahmen des Aufnahmeprozesses bestimmt.

- Die meisten Geflüchteten sehen ihre Zukunft in Deutschland. Für den Verbleib von Geflüchteten in Thüringen sind verschiedene Aspekte ausschlaggebend, etwa der genaue Wohnort, die Erwerbsbeteiligung oder die Erfahrungen mit der Thüringer Bevölkerung.
- Die befragten Geflüchteten haben ihr Herkunftsland vor allem aus politischen Gründen verlassen. Das wichtigste Bleibemotiv für Geflüchtete ist der Wunsch nach Frieden und Sicherheit. Bei den befragten Zugewanderten aus anderen Herkunftsländern waren wirtschaftliche, aber auch familiäre Gründe für das Verlassen des Herkunftslandes ausschlaggebend.

Das Kapitel gibt einen vertieften Einblick in die Struktur der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Thüringen. Diese zu kennen und deren Veränderungen über die Zeit im Blick zu behalten, ist wichtig, denn die verschiedenen Hintergründe, Geschichten und Eigenschaften der Menschen mit Migrationshintergrund haben Auswirkungen auf ihre Integration. Für Thüringen relevant ist hier z. B. der Befund, dass ein großer Teil der Menschen mit Migrationshintergrund selbst eingewandert ist, erst kurze Zeit in Deutschland lebt und häufig nicht die deutsche

⁴³ In der Befragung wurden die Gründe für das Verlassen des Herkunftslandes differenzierter abgefragt. Für Thüringen mussten die Antworten in Kategorien zusammengefasst werden, weil die Fallzahlen zu niedrig waren.

⁴⁴ Die verbleibenden rund 20 Prozent haben die Frage nicht beantwortet.

Staatsangehörigkeit hat. Hier spielen verschiedene integrationsrelevante Aspekte zusammen: Erstens stehen diese Menschen vor anderen Herausforderungen, haben aber auch andere Möglichkeiten als jene, die schon vor Jahrzehnten in Thüringen Fuß gefasst haben (z. B. Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter aus der Zeit vor 1989) oder die in Thüringen geboren sind. Viele Integrationsmaßnahmen (z. B. Integrationskurse, Maßnahmen zur Förderung des Zugangs zum Arbeitsmarkt, Projekte zur Förderung sozialer Teilhabe) wurden erst in den letzten zehn bis 15 Jahren eingeführt (vgl. Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2007), somit konnten frühere Zuwanderergruppen daraus noch keinen Nutzen ziehen. Zweitens bedeutet eine mehrheitlich noch kurze Aufenthaltsdauer, dass diese Menschen erst in einigen Jahren die Chancen auf eine Einbürgerung bekommen werden. Die deutsche Staatsangehörigkeit zu haben geht jedoch wiederum mit besseren Integrationschancen einher, etwa wegen der langfristigen Bleibeperspektive, aber auch z. B. wegen eines leichteren Zugangs zum Arbeitsmarkt (siehe z. B. Bratsberg et al. 2002, Euwals et al. 2010). Drittens zeigen Studien, dass sich die gesellschaftliche Teilhabe für Menschen, die selbst eingewandert sind, schwieriger gestaltet als für Menschen, die seit Geburt in Deutschland leben, z. B. weil letztere von Anfang an im deutschen Bildungssystem aufgewachsen sind oder die deutsche Sprache bereits in der Kindheit erlernt haben (siehe etwa Kalter & Granato 2018). Migrationserfahrung und Aufenthaltsdauer sind aber nicht die einzigen Merkmale, die für Integration wichtig sind, auch das Herkunftsland spielt eine entscheidende Rolle: Sowohl Personen aus EU-Staaten als auch jene aus Fluchtländern sind in Thüringen anteilig stark vertreten. Beide Gruppen haben sehr verschiedene Integrationsvoraussetzungen und für sie gelten in Deutschland unterschiedliche rechtliche Rahmenbedingungen, die unter anderem den Zugang zu Integrationsmaßnahmen bestimmen. Beide Grup-

pen müssen daher differenziert betrachtet werden. Dass die meisten Menschen mit Migrationshintergrund ihre Zukunft in Deutschland sehen, zeigt, dass nachhaltige Integrationsmaßnahmen eine gute Investition sind. Besonders für viele der seit 2015 nach Deutschland gekommenen Geflüchteten ist die Zukunft in ihren Herkunftsländern ungewiss und sie können sich zumindest im Moment nicht vorstellen, dorthin zurückzukehren (siehe auch De Vroome & Van Tubergen 2014, Di Saint Pierre et al. 2015).⁴⁵ Die kommenden Jahre werden zeigen, ob diese Menschen nicht nur in Deutschland bleiben, sondern auch in den Thüringer Landkreisen und Städten langfristig Fuß fassen und bleiben oder weiterhin eher in andere Regionen Deutschlands abwandern.⁴⁶ Viele Geflüchtete werden aufgrund der Wohnsitzregelung zumindest noch einige Zeit im Freistaat bleiben. Langfristig wird für sie (wie auch für andere Zuwanderergruppen) aber maßgeblich sein, welche Lebensbedingungen und Teilhabemöglichkeiten sich ihnen bieten, besonders in Bezug auf Arbeit und Ausbildung, Infrastruktur, soziale Teilhabe und auch Akzeptanz in der Bevölkerung (vgl. Küpper et al. 2019, Schiefer 2017: 37-49). Zudem verlassen Menschen ihr Herkunftsland nicht nur aus rein beruflichen oder politischen Gründen. Für manche sind es auch oder ausschließlich familiäre Gründe, etwa wenn Personen mit ihren Partnerinnen oder Partnern ins Ausland gehen oder zur Wahrung der Familieneinheit zu ihnen nachziehen. Welche Voraussetzungen und Pläne oder Wünsche gerade diese letztgenannte Gruppe von Zugewanderten mitbringen und wie sie wirtschaftlich abgesichert sind, darüber ist wenig bekannt (vgl. z. B. Wälde & Evers 2018). Für eine gute Integrationsarbeit bedarf es daher Maßnahmen, mit denen auch diese Zielgruppe in den Blick genommen wird. So werden z. B. angeworbene Fachkräfte eher in Thüringen bleiben, wenn ihre Familien ebenfalls gut im Freistaat Fuß fassen können.

45 Da Geflüchtete ihre Herkunftsländer vor allem aus politischen Gründen verlassen haben, ist natürlich nicht auszuschließen, dass ihr Wunsch nach Rückkehr stärker wird, wenn sich die politischen Verhältnisse dort wieder ändern.

46 Das Bild der Wanderungen ausländischer Staatsangehöriger innerhalb Thüringens und in andere Bundesländer war insbesondere 2015 und 2016 dadurch verzerrt, dass Asylsuchende regional zugewiesen wurden (siehe Kap. 3.2.2). Seit 2016 geht die Zahl der Asylsuchenden zurück. Sofern dieser Trend anhält, können die Wanderungsdaten der kommenden Jahre die Binnenwanderung wieder realistischer abbilden.

Die folgenden Unterabschnitte sind entlang der ersten acht Handlungsfelder des Thüringer Integrationskonzepts aufgebaut (siehe Infokasten 1A in Kap. 1). Wo immer möglich, werden dabei Geflüchtete gesondert dargestellt, sodass sich auch Rückschlüsse auf das Handlungsfeld „Menschenrechtsorientierte Flüchtlings- und Integrationspolitik“ ergeben.

In den folgenden Unterkapiteln wird zunächst das jeweilige Handlungsfeld knapp beschrieben und die Auswahl der Indikatoren begründet. Die Beschreibung und Interpretation der Indikatoren gliedert sich nach der Art der zugrunde liegenden Daten (administrative Daten, Mikrozensus, Umfragedaten). Jedes Unterkapitel schließt mit einer zusammenfassenden Darstellung der Ergebnisse, die gegebenenfalls auch Hinweise für zukünftige Integrationsberichte enthält.

4.1 Interkulturelle Öffnung, Willkommens- und Anerkennungskultur

Das Handlungsfeld „Interkulturelle Öffnung, Willkommens- und Anerkennungskultur“ hat im Thüringer Integrationskonzept zwei Dimensionen: Es bezieht sich einerseits auf die Offenheit der Bevölkerung für andere Kulturen (interkulturelle Öffnung), andererseits auf die interkulturelle Öffnung von staatlichen und nicht staatlichen Organisationen. In beiden Bereichen ist das Ziel, den Herausforderungen und Chancen Rechnung zu tragen, die sich aus einer zunehmenden gesellschaftlichen Vielfalt ergeben. Wie das Thüringer Integrationskonzept betont, geht es dabei nicht nur um die Anwerbung hoch qualifizierter Arbeitskräfte, sondern um umfassende Wertschätzung und darum, alle im Freistaat lebenden Menschen mit Migrationshintergrund „willkommen zu heißen“. Damit soll eine interkulturelle Öffnung einhergehen, ebenfalls auf beiden Ebenen.

Indikatoren auf der Basis administrativer Daten sind für diesen Bereich nur punktuell vorstellbar. Eine Möglichkeit bietet die sogenannte Charta der Vielfalt: Wenn Unternehmen, staatliche und nicht staatliche Organisationen diese Charta unterzeichnen, erklären sie damit ausdrücklich, dass sie Vielfalt in der Arbeitswelt anerkennen, wertschätzen und fördern wollen (4.1.1). Der Zuwachs an unterzeichnenden Unternehmen und Organisationen kann jährlich betrachtet werden. Ein zweiter Indikator für die Öffnung staatlicher Organisationen ist der Anteil der Personen

mit und ohne Migrationshintergrund, die im öffentlichen Dienst beschäftigt sind (4.1.2). Dazu wurden für diesen Bericht Daten des Mikrozensus ausgewertet. Umfragedaten erlauben dann weitere Einblicke. Für Willkommenskultur und Offenheit der Bevölkerung für andere Kulturen ist die jüngere Zuwanderungsgeschichte besonders aufschlussreich. Durch die Verteilung der Asylsuchenden auf nahezu alle Kreise ist seit 2015/2016 die Chance deutlich höher, auch in den ländlichen Gebieten Ostdeutschlands und Thüringens mit Personen mit Migrationshintergrund in Kontakt zu kommen. Mithilfe der Daten des Thüringen-Monitors können die Reaktionen darauf in ihrer zeitlichen Entwicklung von 2016 bis 2018 untersucht werden. Ein umfassendes Bild für alle Gruppen von Menschen mit Migrationshintergrund vermitteln auch die aktuellen Daten der DeZIM-Studie „OstMig“ (siehe Kap. 2.4.4). Diese Studie enthält mehrere Fragen, die eine Einschätzung der interkulturellen Öffnung der Bevölkerung erlauben. Zudem lassen sich die Ergebnisse für Thüringen hier mit denen der anderen ostdeutschen Bundesländer und der westdeutschen Bundesländer vergleichen. Weitere Hinweise für dieses Handlungsfeld können aus dem Thüringen-Monitor Integration (Beelmann et al. 2019) sowie der Ehrenamtsumfrage der Beauftragten für Integration, Migration und Flüchtlinge des Freistaats Thüringen gewonnen werden.

4.1.1 Indikatoren auf der Basis administrativer Daten: Charta der Vielfalt

Die Charta der Vielfalt e. V.⁴⁷ ist eine Arbeitgeberinitiative zur Förderung von Vielfalt in Unternehmen und anderen Organisationen. Seit 2006 können Unternehmen und andere Organisationen sich selbst verpflichten, Vielfalt und Wertschätzung in der Arbeitswelt zu fördern. Dabei geht es ausdrücklich darum, Arbeitsumfelder zu schaffen, die frei sind von Vorurteilen in Bezug auf Geschlecht, geschlechtliche Identität, Nationalität, ethnische Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexuelle Orientierung und Identität. Die vielfältigen Potenziale sollen anerkannt und gefördert werden. Erreicht werden soll dies, indem eine bestimmte Organisationskultur gepflegt wird, die Personalprozesse überprüft und angepasst werden, über die Aktivitäten berichtet und die interne und externe Kommunikation zu diesem Thema gestärkt wird.

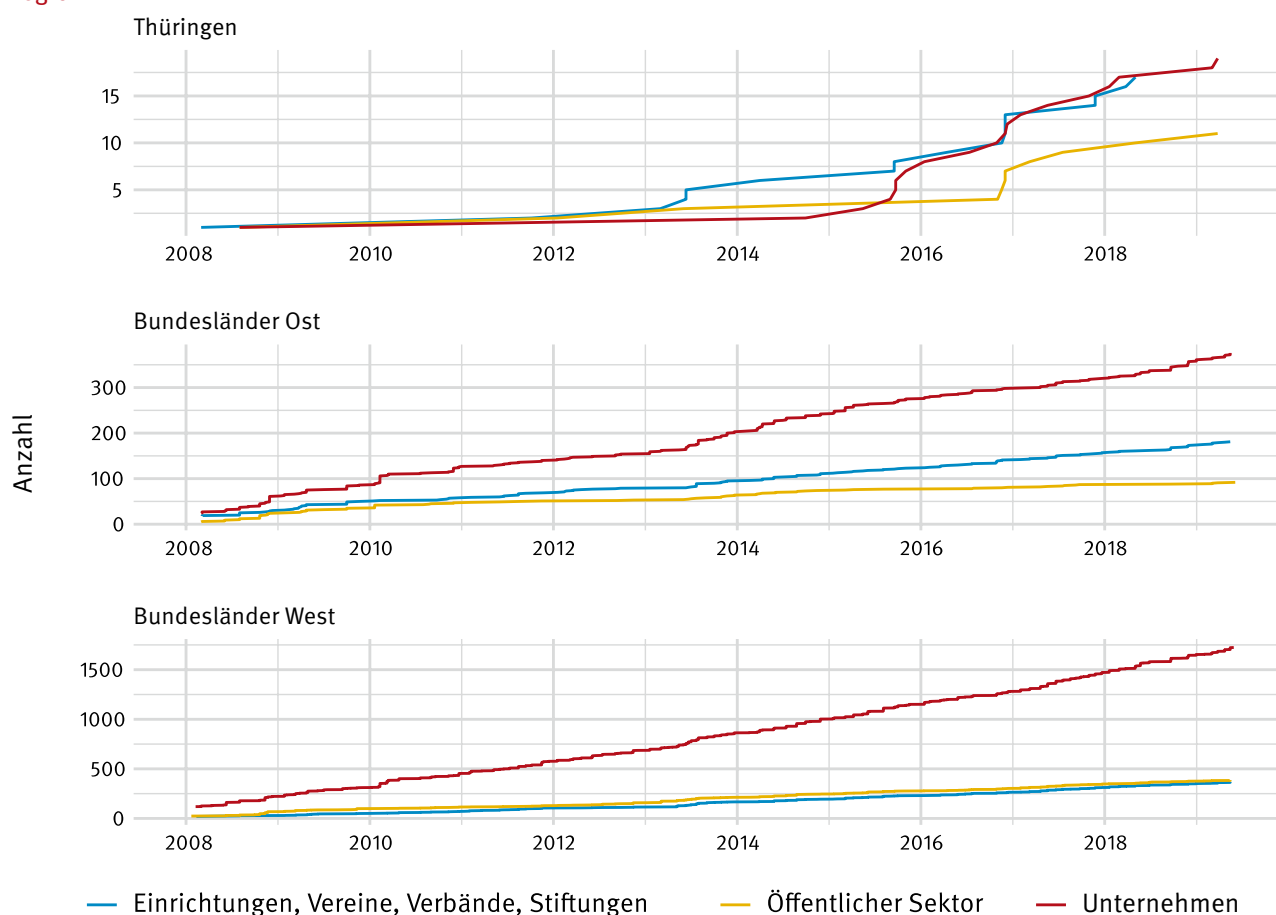
Abbildung 4.1.1 zeigt die absolute Zahl der unterzeichnenden Organisationen im Zeitverlauf. Die Charta der Vielfalt unterteilt sie in Unternehmen, Organisationen des öffentlichen Sektors und sonstige Einrichtungen, Vereine, Verbände und Stiftungen. Beim Vergleich von Thüringen mit den anderen ostdeutschen bzw. den westdeutschen Bundesländern ist zu beachten, dass die Grundgesamtheit – die Zahl von Unternehmen und Organisationen, die die Charta der Vielfalt prinzipiell unterzeichnen können –, dort

deutlich größer ist als in Thüringen. Die sichtbaren Niveauunterschiede sind also wenig überraschend. Da die Zahl der tatsächlichen Unterzeichnerinnen und Unterzeichner in allen dargestellten Gebieten von der aller möglichen Unterzeichnerinnen und Unterzeichner weit entfernt ist, können jedoch die Veränderungen über die Zeit interpretiert werden.

Auffällig ist erstens, dass in Thüringen die Zahl der unterzeichnenden Organisationen erst ab 2013 stetig steigt. In den anderen östlichen und in den westlichen Bundesländern beginnt das deutlich früher, nämlich etwa 2009. Zweitens fällt ins Auge, dass unter den Organisationen, die die Charta bisher unterzeichnet haben, in Thüringen absolut gesehen etwa ebenso viele Unternehmen sind wie sonstige Einrichtungen. Dies ist überraschend – da die Initiative von der Wirtschaft ausgeht, hätte man annehmen können, dass auch in Thüringen die Zahl der Unternehmen die der anderen Organisationen deutlich übersteigt. Hier besteht also vermutlich Nachholbedarf bei den Unternehmen. Alternativ könnten natürlich auch die anderen Organisationen in Thüringen besonders fortschrittlich sein. Die Ursachen für diesen Befund können im Rahmen dieses Berichts nicht abschließend geklärt werden. Es könnte beispielsweise auch daran liegen, dass die Charta der Vielfalt in Thüringen weniger bekannt war und ist als in den anderen Regionen.

47 Charta der Vielfalt (2019): Für Diversity in der Arbeitswelt. Für den Wortlaut der Charta siehe <https://www.charta-der-vielfalt.de/ueber-uns/ueber-die-initiative/urkunde-charta-der-vielfalt-im-wortlaut/>, letzter Aufruf 08.07.2019.

Abbildung 4.1.1: Charta der Vielfalt: Zahl der unterzeichnenden Unternehmen und Organisationen nach Typ und Region



Anmerkung: „Bundesländer Ost“: ohne Thüringen, mit Berlin. Berliner Unternehmen und Organisationen sind sehr stark vertreten; ohne Berlin verlaufen die drei Kurven in der Darstellung „Bundesländer Ost“ fast gleich.
Quelle: Geschäftsstelle der Charta der Vielfalt e. V.; eigene Berechnung, eigene Darstellung.

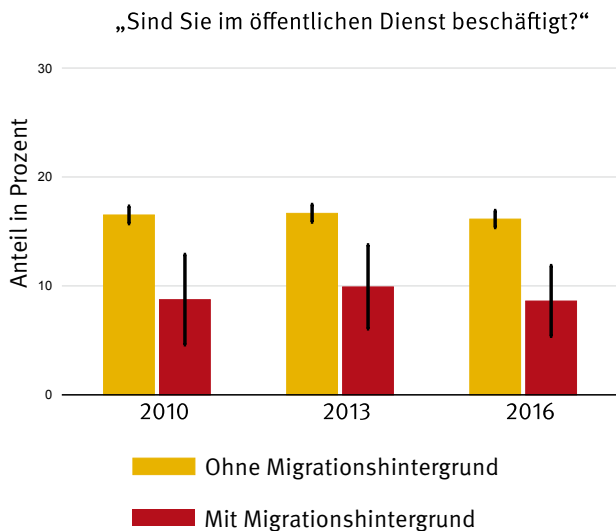
4.1.2 Mikrozensus: Anteil von Beschäftigten mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst

Ein Indikator für die interkulturelle Öffnung staatlicher Organisationen ist der Anteil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund. Auch die recht große Stichprobe des Mikrozensus enthält nur wenige Personen mit Migrationshintergrund, die nach eigenen Angaben im öffentlichen Dienst beschäftigt sind. Deshalb kann hier nicht weiter nach Herkunftsländern unterschieden werden. Im Beobachtungszeitraum von 2010 bis 2016 lag der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund, die im öffentlichen Dienst beschäftigt waren, in Thüringen sehr deutlich unter dem der Menschen ohne Migra-

tionshintergrund: Die Differenz beträgt 6,8 bis 7,8 Prozentpunkte (Abb. 4.1.2).⁴⁸ Ein ähnliches Bild zeigt sich in den anderen ostdeutschen Bundesländern; dort ist die Differenz mit 8,8 bis 9,0 Prozentpunkten noch etwas größer. In den westdeutschen Bundesländern liegt die Differenz sogar bei 9,6 bis 10,1 Prozentpunkten. In Thüringen sind Menschen mit Migrationshintergrund also im öffentlichen Dienst noch am wenigsten unterrepräsentiert. Hier wie auch in den anderen betrachteten Gebieten zeichnet sich jedoch kein Trend ab, dass sich diese Lücke schließt.

⁴⁸ Die dargestellten Anteile ändern sich nur unwesentlich, wenn man Personen aus den Hauptfluchtländern aus der Analyse ausschließt.

Abbildung 4.1.2: Anteil der im öffentlichen Dienst Beschäftigten Personen an allen Personen von 25 bis 65 Jahren in Thüringen



Anmerkung: Dargestellt ist der Anteil an allen Personen von 25 bis 65 Jahren, die im öffentlichen Dienst beschäftigt sind. Fallzahl: zwischen 8.525 und 9.021 je nach Jahr. Quelle: Mikrozensus 2010, 2013, 2016; eigene Berechnungen, eigene Darstellung.

Eine Detailanalyse⁴⁹ der Beschäftigung im öffentlichen Dienst für Thüringen zeigt zudem, dass die dort angestellten Personen mit Migrationshintergrund überwiegend in den einfacheren Tätigkeiten beschäftigt sind. Bei den Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richtern – also bei Berufsgruppen, für die teilweise die deutsche Staatsangehörigkeit gesetzlich vorausgesetzt ist – ist ihr Anteil deutlich niedriger als der der Personen ohne Migrationshintergrund (ähnliche Muster zeigen sich auch in den anderen Bundesländern). In welchen Bereichen diese Unterschiede vorliegen, kann mit den Mikrozensusdaten nicht untersucht werden. Weiterhin wurde geprüft, ob die Unterschiede in Thüringen durch die demografische Zusammensetzung der Gruppen (Alter und Geschlecht) oder durch Bildung und Ausbildung erklärt werden können. Die Unterschiede verändern sich jedoch kaum, wenn man Geschlecht und Alter berücksichtigt. Vergleicht man Personen mit gleich hoher Bildung und Ausbildung, werden sie sogar noch größer. Das ist nicht überraschend, denn die Menschen mit Migrationshintergrund in Thüringen sind im Durchschnitt recht hoch gebildet (vgl. hierzu auch Kap. 4.4).

4.1.3 Thüringen-Monitor und Thüringen-Monitor Integration: Kontakt und Empfindungen in Bezug auf Geflüchtete

Eine recht einfache Maßnahme, um eine Willkommenskultur aufzubauen beziehungsweise zu verbessern oder allgemeiner die Einstellungen der Bevölkerung zu Zugewanderten positiv zu beeinflussen, ist die Herstellung von Kontakt (Landmann et al. 2017). Dies zeigen verschiedene sozialpsychologische Studien zur sogenannten Kontakthypothese (Pettigrew & Tropp 2006): Wenn Personen zu einer Gruppe Kontakt haben, sind sie zu dieser Gruppe positiver eingestellt als Personen, die keinen Kontakt zu dieser Gruppe haben. Verschiedene Studien belegen auch, dass die Wirkung von Kontakt langfristig anhält; beispielsweise verringert der Kontakt Vorurteile gegenüber ethnischen Gruppen. Dieser Zusammenhang ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass positiv eingestellte Personen mehr Kontakt zu Angehörigen

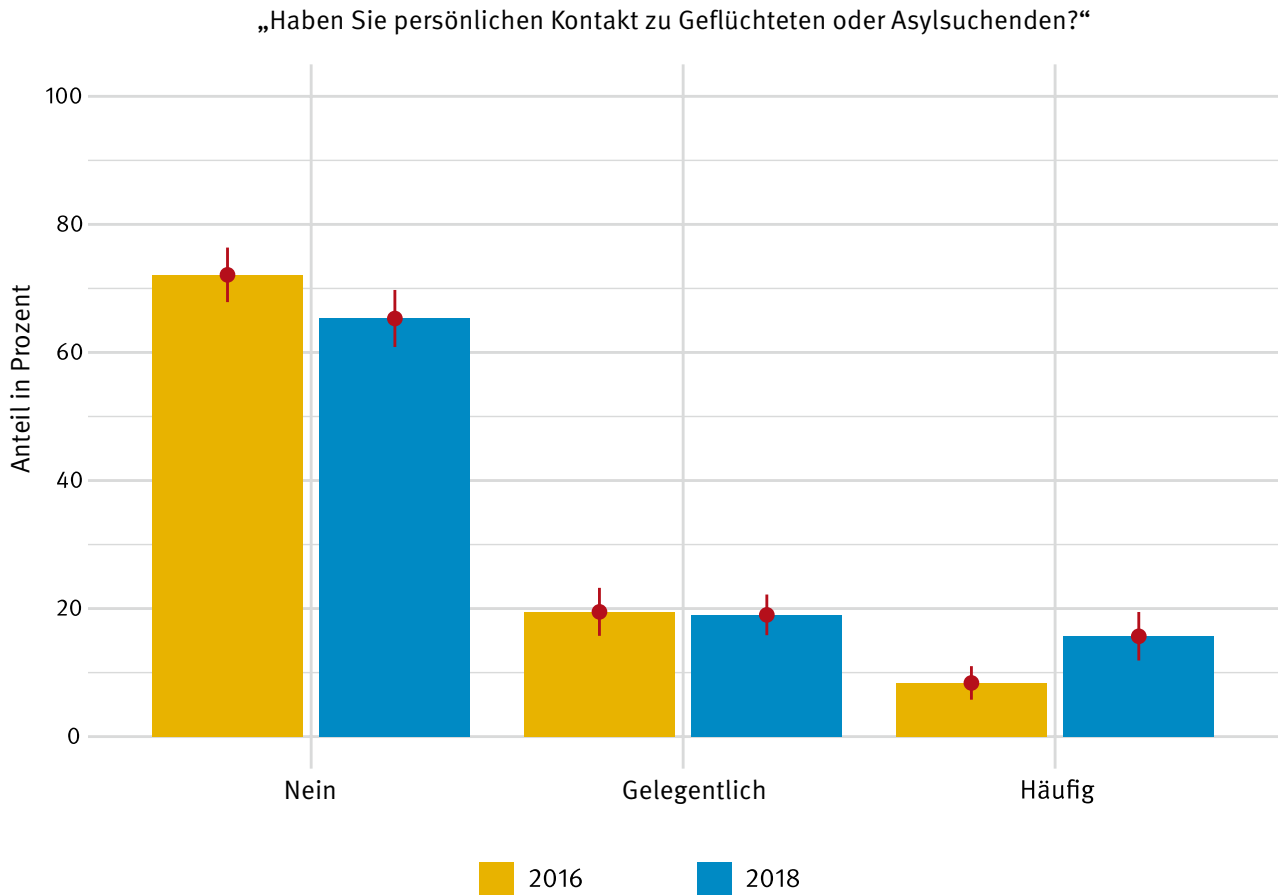
anderer Gruppen suchen. Der Abbau von Vorurteilen zeigt sich aber auch bei Personen, die den Kontakt zu der betreffenden Gruppe nicht selbst gewählt haben (Landmann et al. 2017). Die neuere Forschung zeigt, dass Kontakt nicht nur das Wissen über die Gruppe verbessert und dadurch Vorurteile abgebaut werden. Vielmehr verändert er vor allem die Gefühle: Kontakt verringert Angst und erhöht die Bereitschaft, sich in die anderen einzufühlen (Pettigrew & Tropp 2008). Vor diesem Hintergrund ist es besonders interessant, dass seit 2015 Geflüchtete auf fast alle Regionen des Freistaats Thüringen verteilt wurden, denn das schafft ein spannendes Untersuchungsfeld für die Vorhersagen der Kontakthypothese. Diese können anhand der Thüringen-Monitor-Erhebungen von 2016 und 2018 analysiert werden.

⁴⁹ Die entsprechende Analyse wird aus Platzgründen nicht dargestellt. Sie erfolgte mit gepoolten Daten der Mikrozensus für 2010, 2013 und 2016 um ausreichende Zellbesetzungen bezüglich der Stellung im Beruf zu erreichen (manche Kategorien sind im öffentlichen Dienst naturgemäß schwach bzw. nicht besetzt). Die Stellung im Beruf der aktuellen Tätigkeit wird mit bis zu 17 Kategorien erhoben.

Abbildung 4.1.3 zeigt die Antworten von 2016 und 2018 auf die Frage nach Kontakt. Tatsächlich ist der Anteil der Befragten, die zur Gruppe der Geflüchteten und Asylsuchenden häufig Kontakt hatten, in diesem

Zeitraum merklich gestiegen. Allerdings hatte auch im Jahr 2018 noch die Mehrheit der Bevölkerung (rund 65 Prozent) keinen persönlichen Kontakt zu Geflüchteten oder Asylsuchenden.

Abbildung 4.1.3: Kontakt zu Geflüchteten und Asylsuchenden 2016 und 2018 in Thüringen



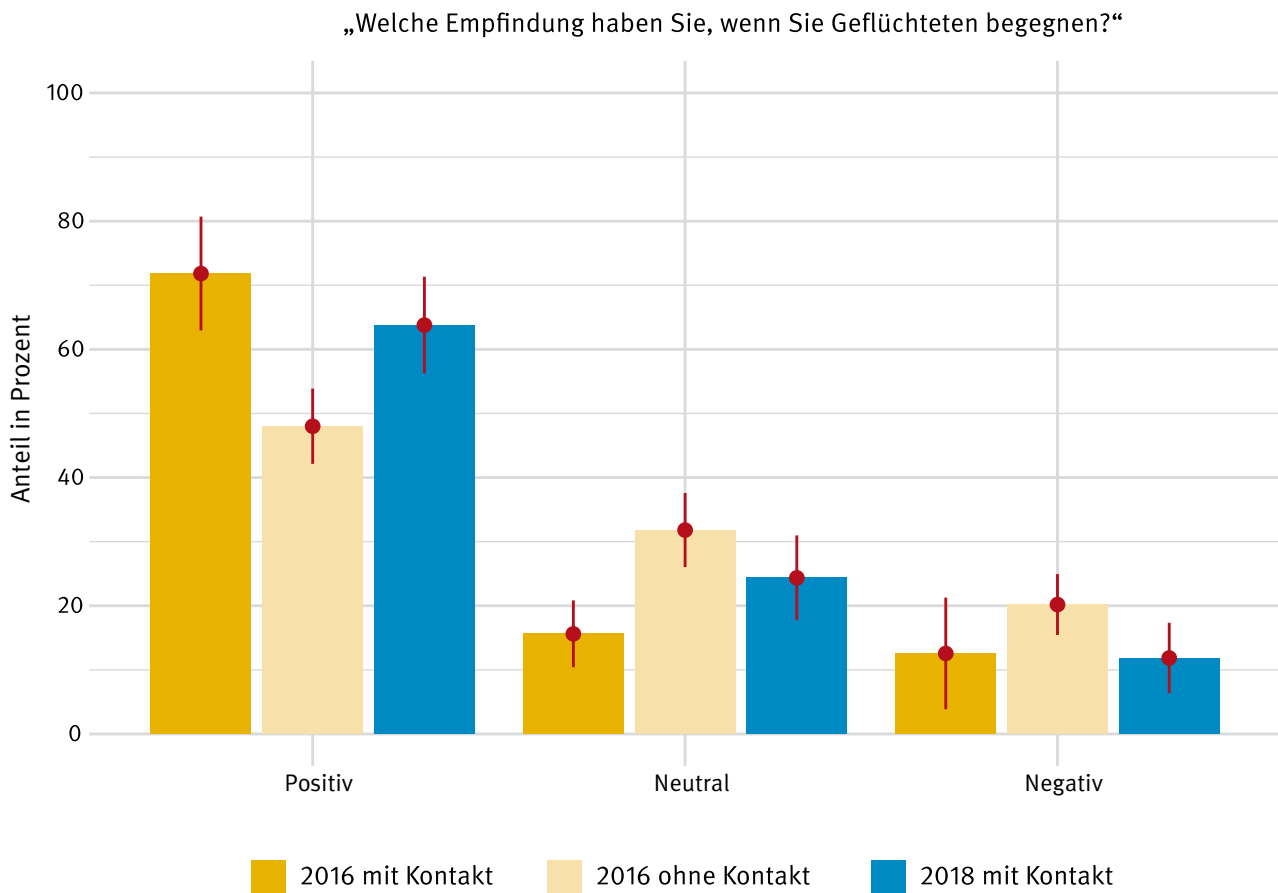
Fallzahl: zwischen 1000 und 1055 je nach Jahr.

Quelle: Thüringen-Monitor; eigene Berechnungen, eigene Darstellung.

Abbildung 4.1.4 zeigt den Zusammenhang zwischen Kontakt zu Geflüchteten und Empfindungen in Bezug auf diese Gruppe; diese werden hier hilfsweise als Indikator für interkulturelle Öffnung herangezogen. 2016 wurden alle Befragten auch nach ihren Empfindungen bei der Begegnung mit Geflüchteten gefragt, unabhängig davon, ob sie von persönlichem Kontakt berichteten oder nicht. 2018 wurde diese Frage nur denjenigen gestellt, die nach eigenen Angaben persönlichen Kontakt zu Geflüchteten oder Asylsuchenden hatten. Das Antwortmuster für 2016 entspricht den Vorhersagen der Kontakthypothese: Bei Personen, die mit Geflüchteten und Asylsuchenden Kon-

takt hatten, sind die Empfindungen erheblich positiver als bei jenen ohne Kontakt. Zwischen 2016 und 2018 sind die positiven Empfindungen bei den Personen mit Kontakt leicht zurückgegangen: 2016 berichteten über 70 Prozent von positiven Empfindungen, 2018 waren es nur noch etwas weniger als 65 Prozent. Dieser Rückgang könnte daran liegen, dass mehr Personen Kontakt hatten und darunter auch einige mit stärkeren Vorbehalten sind. Eine Analyse der demografischen Eigenschaften zeigt allerdings, dass sich die Personen mit Kontakt zwischen 2016 und 2018 kaum unterscheiden.

Abbildung 4.1.4: Empfindungen gegenüber Geflüchteten in Thüringen



Fallzahl 2016: 962, Fallzahl 2018: 416.

Quelle: Thüringen-Monitor; eigene Berechnungen, eigene Darstellung.

Kontakt und Empfindungen können mit Hilfe des Thüringen-Monitor Integration auch aus dem Blickwinkel der Geflüchteten analysiert werden (Beelmann et al. 2019). Von den befragten Geflüchteten gaben 19,8 Prozent eine enge Beziehung zu einer deutschen Person an, weitere 18,3 Prozent unterhielten vier oder mehr enge Freundschaften zu Deutschen (Beelmann et al. 2019: 87). Allerdings hatten 33,7 Prozent noch keine freundschaftlichen Beziehungen zu Deutschen

aufgebaut. Der Thüringen-Monitor Integration enthält auch eine Frage zu den Empfindungen der Geflüchteten bei Kontakt zu deutschen Personen. Die Hälfte (49,9 Prozent) erleben Kontakte oft oder immer positiv. Weitere 47,0 Prozent berichten von gelegentlich positiven Kontakten und nur ein sehr kleiner Anteil (3,1 Prozent) berichtet von seltenen oder keinen positiven Kontakterfahrungen.

4.1.4 Thüringen-Monitor, Thüringen-Monitor Integration und OstMig: Einschätzung des Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Herkunft

Der Thüringen-Monitor enthält auch eine Frage zum Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religionen und Kulturen allgemein. Die Frage wurde 2012, 2016 und 2018 gestellt. Der erste Beobachtungszeitpunkt liegt also deutlich vor dem starken Anstieg der Fluchtzwanderung, die anderen beiden danach. Der Anteil der Personen, die das Zusammenleben unterschiedlicher Menschen als sehr gut oder gut einschätzen, ist zwischen 2012 und 2016 deutlich zurückgegangen und bleibt 2018 in etwa auf diesem Niveau. Leider wurde die Frage in den Jahren 2013 bis 2015 nicht gestellt, so dass unklar bleibt, ob diese Veränderung schon vor oder erst mit beziehungsweise nach dem Anstieg der Fluchtzwanderung stattfand. Offensichtlich haben sich die Einstellungen der Bevölkerung in diesem Zeitraum jedoch verändert (vgl. Abb. 4.1.5). Interessanterweise ist die im Thüringen-Monitor Integration von Geflüchteten abgefragte Einschätzung deutlich positiver (Beelmann et al. 2019: 110). 89 Prozent schätzen das Zusammenleben als sehr gut oder gut ein. Hier ist allerdings zu beachten, dass der Thüringen-Monitor Integration hauptsächlich in Großstädten durchgeführt wurde, während sich die Daten des Thüringen-Monitors auf ganz Thüringen beziehen. Ein Teil der Differenz in den Beurteilungen könnte damit zusammenhängen.

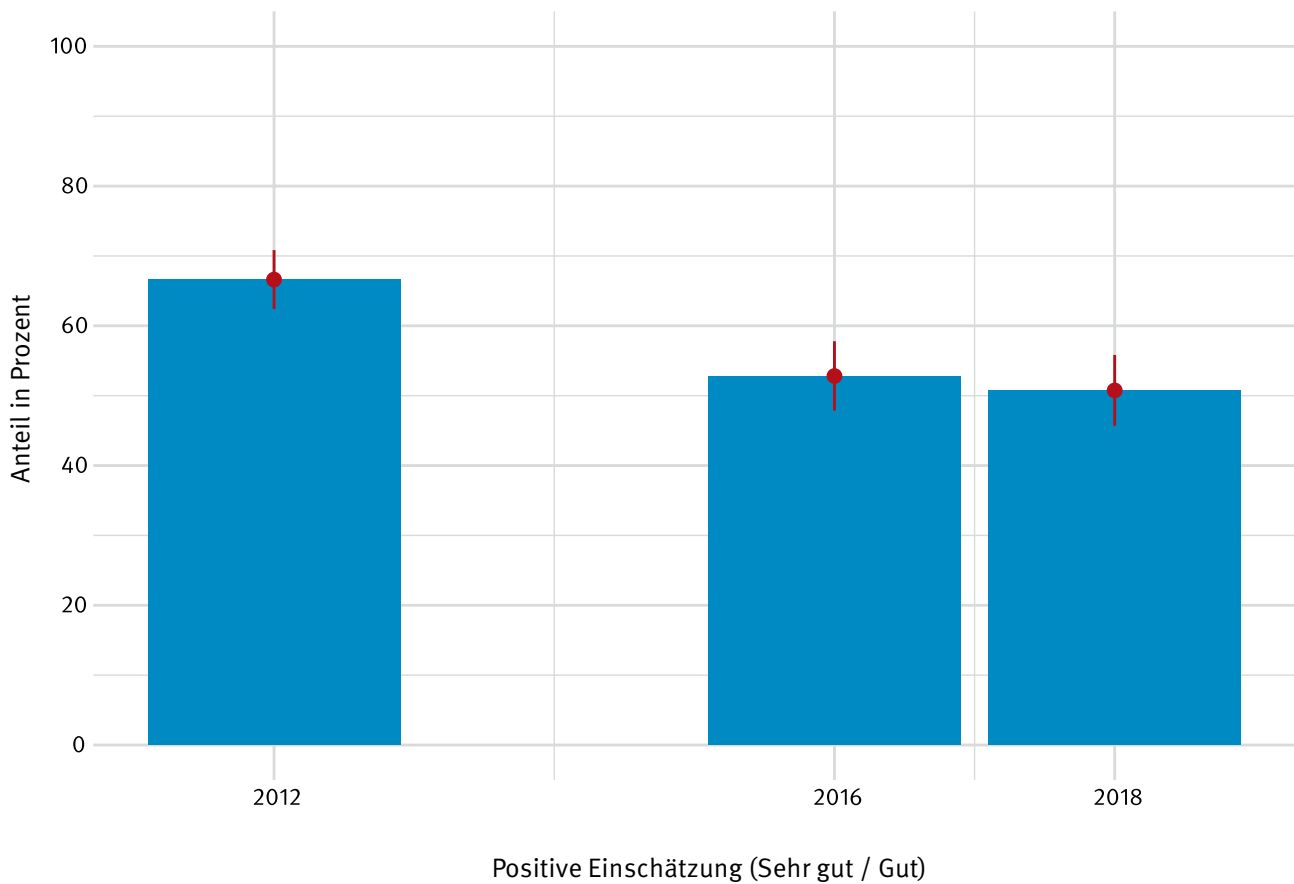
Um die im Thüringen-Monitor erhobenen Einstellungen zum Zusammenleben besser einordnen zu

können und um die Willkommenskultur und die interkulturelle Öffnung der Bevölkerung etwas breiter darzustellen, wurden zusätzlich Daten der DeZIM-Studie OstMig herangezogen. Im Unterschied zum Thüringen-Monitor wurden hier deutschlandweit Einstellungen erhoben; so kann die Offenheit der Thüringer Bevölkerung vergleichend betrachtet werden. Als Vergleichsgruppen dienen die Bevölkerung der anderen ostdeutschen Bundesländer (mit Berlin), und die der westdeutschen Bundesländer. Abbildung 4.1.6 zeigt die Zustimmung der Teilnehmenden zu der Aussage „Migranten sind gut für ...“ bezogen auf drei Bereiche: Wirtschaft, soziales Miteinander und kulturelles Leben in Deutschland.

Die Frage, ob Migrantinnen und Migranten gut für das soziale Miteinander sind, ist der im Thüringen-Monitor abgefragten Einschätzung des Zusammenlebens sehr ähnlich. Bei dieser Frage ist die Zustimmung der Thüringer Bevölkerung im Vergleich der drei Regionen am geringsten: Nur knapp 40 Prozent der befragten Personen in Thüringen stimmen der Aussage zu, das sind weniger als in den anderen ostdeutschen Bundesländern und deutlich weniger als in den westlichen Bundesländern. Auch bei den anderen Bereichen sind die Einschätzungen der Thüringer Bevölkerung tendenziell am negativsten; hier sind die Unterschiede aber nicht so groß wie beim sozialen Miteinander.

Abbildung 4.1.5: Einschätzung des Zusammenlebens 2012, 2016 und 2018 in Thüringen

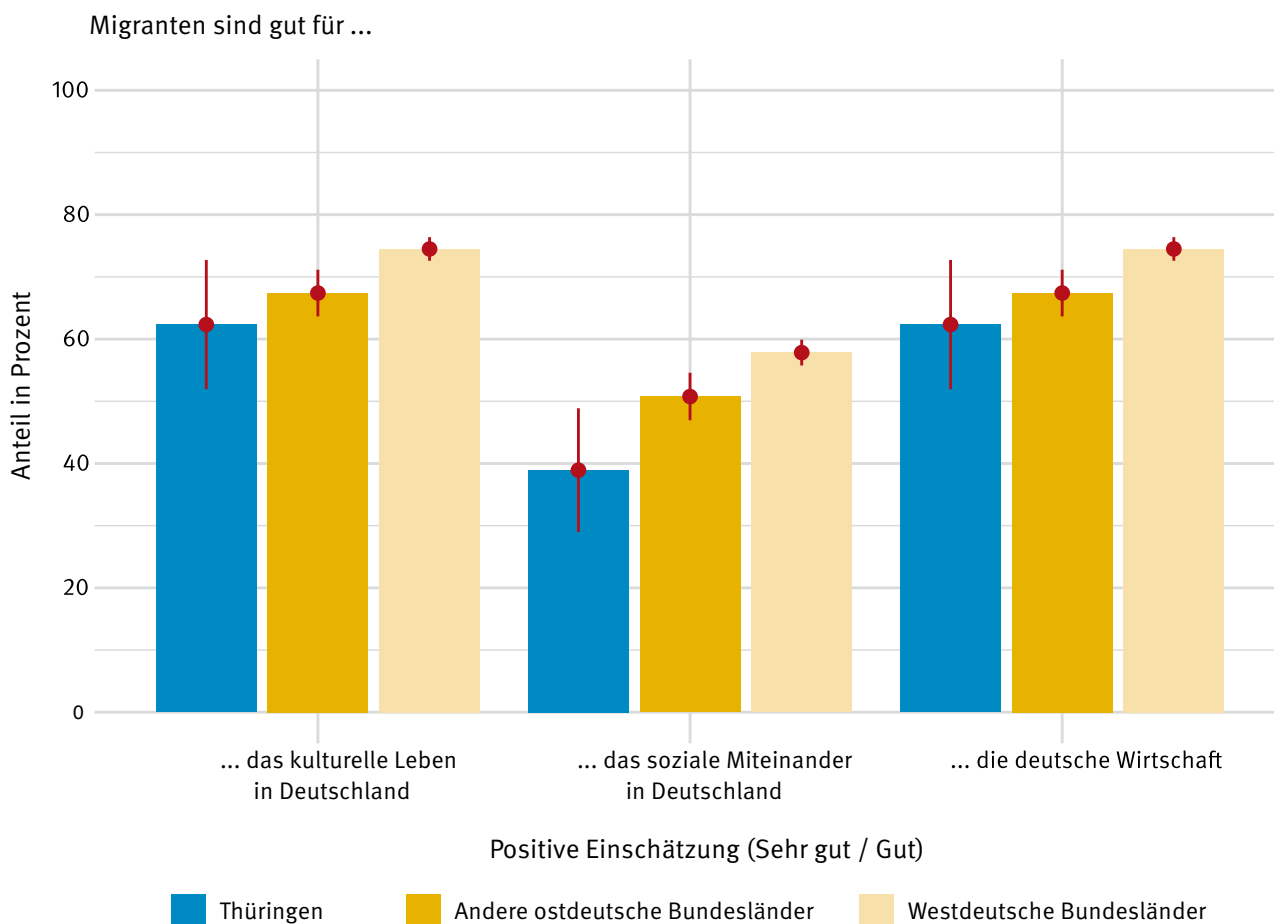
„Wie schätzen Sie das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religionen und Kulturen hier in Thüringen ein?“



Anmerkung: Dargestellt ist der Anteil an Befragten, die das Zusammenleben sehr gut oder gut einschätzen. Fallzahl: zwischen 877 und 944 je nach Jahr.

Quelle: Thüringen-Monitor; eigene Berechnungen, eigene Darstellung.

Abbildung 4.1.6: Einstellungen zu Migranten und Migrantinnen nach Region



Anmerkung: Dargestellt ist der Anteil an Befragten, die die jeweilige Aussage sehr gut oder gut einschätzen. Fallzahl: zwischen 6.877 und 6.974 je nach Frage.

Quelle: OstMig; eigene Berechnungen, eigene Darstellung.

4.1.5 Thüringen-Monitor Integration und Ehrenamtsumfrage: Willkommenskultur aus zwei Perspektiven

Die Willkommenskultur wurde gerade in den Jahren mit sehr hoher Fluchtzuwanderung auch von vielen Ehrenamtlichen geleistet. Wie die Ehrenamtsumfrage⁵⁰ der Thüringer Beauftragten für Integration, Migration und Flüchtlinge zeigt, rekrutieren sich Ehrenamtliche aus allen Altersgruppen, jedoch sind Frauen mit 67 Prozent deutlich häufiger ehrenamtlich engagiert als Männer. Ihre Motivation, sich für Geflüchtete zu engagieren, sind hauptsächlich humanitäre Gründe, ihre Weltanschauung und „einfach helfen wollen“.

Als größte Herausforderung für ihr Engagement für Geflüchtete sehen die Umfrageteilnehmerinnen und Teilnehmer bürokratische Barrieren, Zeit sowie die „ablehnende Haltung der Gesellschaft“. Letzteres deckt sich mit den anderen Befunden in diesem Bericht. Zu Problemen im Umgang mit Behörden wurden weitere Fragen gestellt. Hier wird vor allem von fehlendem Verständnis für die Situation Geflüchteter sowie Kommunikationsproblemen berichtet. Im Durchschnitt wenden Ehrenamtliche zwischen fünf

⁵⁰ Die Ehrenamtsumfrage wurde Anfang 2019 über verschiedene Kanäle und Verteiler verschickt. Es handelte sich um eine Online-Umfrage, die das Ziel hatte alle ehrenamtlich tätigen Personen in Thüringen zu erreichen. Bei Bedarf konnten die Fragebögen auch ausgedruckt werden. Insgesamt beantworteten 542 Ehrenamtliche die Fragen insbesondere zu den verschiedenen Aspekten der ehrenamtlichen Tätigkeit.

und zehn Stunden pro Woche für ihr Engagement auf, teilweise (19,0 Prozent) sogar mehr als zehn Stunden. Dieses Ausmaß an Engagement der Ehrenamtlichen und auch der Bevölkerung insgesamt wird auch von Seiten der Geflüchteten wahrgenommen. Die im Thüringer-Monitor Integration befragten Geflüchteten wurden zu der wahrgenommenen sozialen Unterstützung als Indikator für soziale Ressourcen befragt (Beermann et al. 2019). 53 Prozent der Befragten gaben an, dass sie oft oder meistens einen sehr vertrauten Menschen haben, mit dessen Hilfe sie immer rechnen könnten. 49 Prozent wissen oft oder meistens, zu wem sie gehen können, wenn sie sehr bedrückt sind. Bei den Aussagen stimmen Frauen häufiger zu als Män-

ner. Der Aussage, dass sie sich oft oder meistens bei Bedarf ohne Probleme bei Freunden oder Nachbarn etwas ausleihen könnten, stimmen 44 Prozent der Befragten zu. 55 Prozent geben an, dass sie oft oder meistens ohne Zögern Freunde oder Angehörige bitten können, wichtige Dinge für sie zu erledigen, wenn sie krank sind. Bei diesen beiden Aussagen gibt es keine deutlichen Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Ohne Vergleichsgruppe ist es schwierig, eine Aussage darüber zu treffen, ob die wahrgenommene soziale Unterstützung von Geflüchteten in Thüringen geringer oder höher ist als bei Geflüchteten in anderen Bundesländern oder als die durch andere Bevölkerungsgruppen wahrgenommene Unterstützung.

4.1.6 Zwischenfazit zu interkultureller Öffnung, Willkommens- und Anerkennungskultur

Interkulturelle Öffnung, Willkommens- und Anerkennungskultur konnten nur punktuell anhand von Indikatoren untersucht werden. Hinsichtlich der Öffnung staatlicher und nicht staatlicher Organisationen ist das Bild uneinheitlich. Die Charta der Vielfalt haben erst wenige Thüringer Unternehmen unterzeichnet und dies auch später als in den Vergleichsregionen. Gleichzeitig ist der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund, die im öffentlichen Dienst beschäftigt sind, in Thüringen tendenziell höher als in den anderen west- und ostdeutschen Bundesländern. Allerdings hat sich dieser Anteil zwischen 2010 und 2016 kaum erhöht.

Die Offenheit der Bevölkerung wurde mithilfe von Umfragedaten untersucht. Hier nimmt der Anteil mit positiven Einstellungen und Empfindungen tendenziell ab; im Vergleich mit den anderen Bundesländern deuten sie tendenziell auf weniger Offenheit hin. Dies könnte damit zu erklären sein, dass der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund in Thüringen bis 2015 deutlich niedriger war als in den westdeutschen Bundesländern. Diese Annahme wird gestützt, wenn man die Einstellungen von Personen, die zu Geflüchteten und Asylsuchenden Kontakt hatten, mit denen von Personen vergleicht, die zu dieser Gruppe keinen Kontakt hatten. Kontakt erhöht die Offenheit.

Insofern ist es wichtig, bei der Gestaltung von Integrationsmaßnahmen auch den sozialen Aspekt von Teilhabe in den Blick zu nehmen. So sollten Räume und Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es ermöglichen, dass aus Kontakten zwischen Personen auch positive persönliche Beziehungen entstehen (vgl. dazu Schiefer 2017: 64-76, 96-97). Denn soziale Beziehungen sind letztlich eine wichtige Grundlage gesellschaftlicher Teilhabe.

Auch für zukünftige Berichte sind für das Handlungsfeld „Interkulturelle Öffnung, Willkommens- und Anerkennungskultur“ nur wenig Indikatoren vorstellbar, die in administrativen Daten enthalten und regelmäßig verfügbar sind. Die interkulturelle Öffnung des öffentlichen Dienstes (über den Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund) ließe sich möglicherweise genauer untersuchen, wenn stichprobenartig Daten aus den Personalabteilungen etwa für verschiedene Bereiche des öffentlichen Dienstes und Arten öffentlicher Arbeitgeber sowie für einzelne Herkunftsländer und Jobniveaus aufgeschlüsselt werden könnten. Dies könnte Aufschluss darüber geben, in welchen Bereichen und dadurch eventuell auch warum im öffentlichen Dienst in Thüringen deutlich weniger Personen mit Migrationshintergrund beschäftigt sind.⁵¹

51 In diesem Zusammenhang ist dabei darauf hinzuweisen, dass die Öffentliche Verwaltung durch Art. 33 Abs. 2 Grundgesetz an den Grundsatz der Bestenauslese gebunden ist und sich hieraus Einschränkungen für ggf. aus anderen gesellschaftspolitischen Gründen wünschenswerte Entwicklungen ergeben.

4.2 Bekämpfung von Ausgrenzung, Diskriminierung, Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit

Integration setzt voraus, dass gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit jeglicher Art überwunden wird (TMMJV 2017). Diese kann sich als Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, und Islamfeindlichkeit äußern, aber zum Beispiel auch als Sexismus oder Homophobie, also Ablehnung von Homosexualität (Zick et al. 2011). Ganz allgemein richten sich abwertende Äußerungen oder Handlungen oft gegen Gruppen, die aufgrund bestimmter Merkmale als „anders“, „fremd“ oder „unnormale“ angesehen werden (ebd.). Da Integration immer ein wechselseitiger Prozess ist, sind Ausgrenzung, Diskriminierung, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit für eine gelingende Integration hinderlich, ob sie sich gegen Menschen ohne Migrationshintergrund richtet oder gegen Menschen mit Migrationshintergrund. „Zuwanderer/innen müssen teilhaben können und wollen, Alteingesessene hingegen bereit sein, ‚Neuankömmlinge‘ als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft zu akzeptieren; das beinhaltet, sie teilhaben zu lassen, ihnen aber zugleich eine gewisse kulturelle

Eigenständigkeit zuzubilligen“ (Zick et al. 2011: 120). Ausgrenzung, Diskriminierung, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit können sich auf sehr vielfältige Art und Weise zeigen. In diesem Bericht werden diese Phänomene durch Einstellungen der Bevölkerung, das Wahlverhalten und anhand der Kriminalstatistik untersucht.

Im Folgenden werden zuerst auf der Grundlage administrativer Daten (Thüringer Kriminalstatistik) fremdenfeindliche Straftaten abgebildet, dann werden rechtspopulistisches und rechtsextremes Wahlverhalten bei den letzten Landtagswahlen und die Neigung zu solchen Parteien in aktuellen Wahlumfragen dargestellt. Schließlich werden anhand von Umfragedaten Stereotype und Vorurteile in Bezug auf Menschen mit Migrationshintergrund untersucht. In Kapitel 4.7.2. werden zudem Befunde mit dem Thüringen-Monitor Integration (Beelmann et al. 2019) zu Benachteiligung bei der Wohnungssuche berichtet.

4.2.1 Indikatoren auf der Basis administrativer Daten

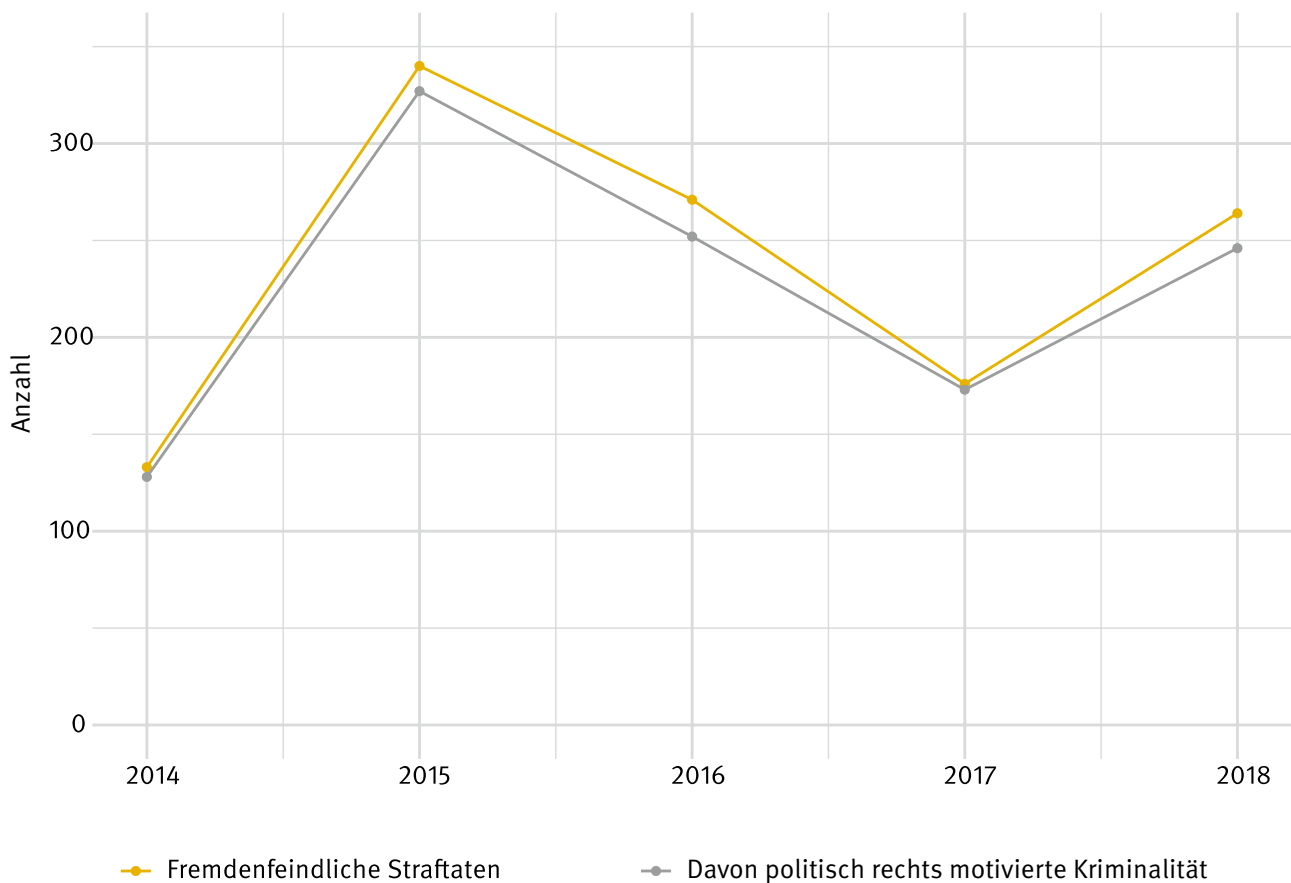
Diskriminierung, Rassismus und allgemein gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit können verschiedene Formen annehmen. Zu den auffälligsten gehören Straftaten; diese werden auf unterschiedliche Weise in der Thüringer Kriminalstatistik erfasst.

Am deutlichsten drückt sich die Ablehnung zugewanderter Menschen wohl in explizit fremdenfeindlichen Straftaten aus.⁵² Diese Straftaten fallen in den Bereich der politisch motivierten Kriminalität und wurden vom Thüringer Ministerium für Inneres und Kom-

munes für den Zeitraum 2014 bis 2018 gesondert ausgewiesen. Diese Daten zeigen, dass sich die Zahl der fremdenfeindlichen Straftaten von 2014 auf 2015 mehr als verdoppelt hat und 2018 mit 264 Straftaten noch immer knapp doppelt so hoch lag wie 2014. Verteilt man diesen Wert gleichmäßig über das Kalenderjahr, entspricht dies ungefähr einer fremdenfeindlichen Straftat je Werktag. Fast alle dieser fremdenfeindlichen Straftaten in Thüringen hatten einen rechtsextremen Hintergrund (Abbildung 4.2.1).

52 Hier folgt der Bericht vom Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales verwendeten Definition von Fremdenfeindlichkeit.

Abbildung 4.2.1: Fremdenfeindliche Straftaten in Thüringen

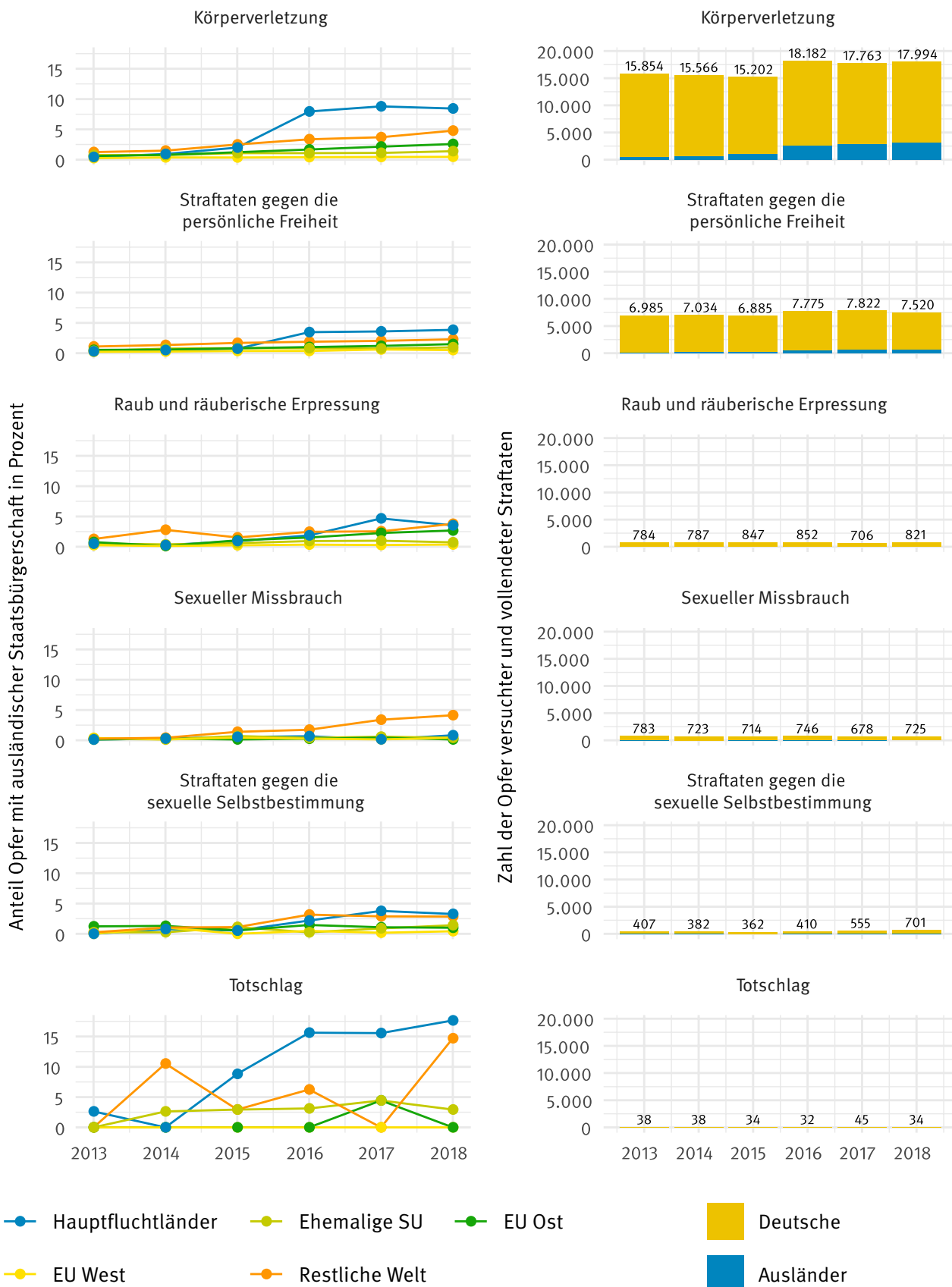


Anmerkung: Abgebildet sind alle fremdenfeindlichen Straftaten, die in den jeweiligen Jahren in Thüringen verzeichnet wurden. Quelle: Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales: Politisch motivierte Kriminalität; eigene Darstellung.

Neben den Daten zu explizit fremdenfeindlichen Straftaten liefert das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales in der Polizeilichen Kriminalstatistik auch Daten zur Staatsangehörigkeit der Täter und Opfer sonstiger Straftaten. Hier ist wieder zu beachten, dass die Zahlen allein nach aktueller Staatsbürgerschaft und nicht nach Migrationshintergrund oder Staatsangehörigkeit bei Geburt ausgewiesen werden. Weiter muss betont werden, dass diese Daten nur Straftaten darstellen können, die der Polizei bekannt werden und bei denen ein Opfer klar identifiziert werden kann. Mit diesen Einschränkungen

gibt die Kriminalstatistik einen Eindruck davon, in welchem Ausmaß Ausländerinnen und Ausländer in Thüringen Straftaten ausgesetzt sind. Abbildung 4.2.2 zeigt aufgeschlüsselt nach verschiedenen Straftaten, dass seit 2015 sowohl der Anteil ausländischer Opfer gestiegen ist, als auch die Zahl der Opfer von versuchten und vollendeten Straftaten insgesamt. Dabei wurden Menschen aus den Hauptfluchtländern und der übrigen Welt überdurchschnittlich häufig Opfer von Straftaten. Die Zahl der deutschen Opfer hingegen blieb annähernd konstant.

Abbildung 4.2.2: Anteil ausländischer Opfer nach Herkunftsgruppen und absolute Zahlen der Opfer versuchter und vollendeter Straftaten über Jahre nach Straftatenschlüsseln in Thüringen



Anmerkung: Die Beschreibung der Straftatenschlüssel wurde vereinfacht. Gezeigt werden die Straftatenschlüssel 220000, 230000, 210000, 130000, 110000 und 020000. Lesehilfe: 2017 wurden 17.763 Personen Opfer von vollendeter oder versuchter Körperverletzung. Etwa 2.500 davon hatten keine deutsche Staatsbürgerschaft. Knapp 10 Prozent waren Staatsbürger eines Hauptfluchtlandes.

Quelle: Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales: Polizeiliche Kriminalstatistik Thüringen, Tabelle 911. Eigene Darstellung.

Die meisten deutschen und ausländischen Opfer werden im Bereich der versuchten oder vollendeten Körperverletzung gezählt. Der Anstieg der Opfer aus den Hauptfluchtländern sollte in diesem Bereich daher als eine deutliche Entwicklung interpretiert werden. Bei den teilweise sehr hohen Anteilen ausländischer Opfer im Bereich Totschlag ist zu beachten, dass die zugrundeliegenden Fallzahlen – die seit 2015 nicht erkennbar anstiegen – insgesamt sehr gering sind. Durch diese geringen Fallzahlen reichen schon wenige Fälle, um die Anteile ausländischer Opfer stark zu verändern.

Seit 2015 ist der Anteil ausländischer Opfer in Thüringen gestiegen. Zudem liegt die Wahrscheinlichkeit, als Ausländerin oder Ausländer Opfer einer Straftat zu werden, in fast allen untersuchten Bereichen – insbesondere im zahlenmäßig stärksten Bereich Körperverletzung – über der im Mittel zu erwartenden Wahrscheinlichkeit (Anteil der Gruppe an der Gesamtbevölkerung). Somit leben in Thüringen Ausländerinnen und Ausländer – insbesondere die aus den Hauptfluchtländern – mit einem größeren Risiko, Opfer einer Straftat zu werden als Deutsche. Es ist jedoch wichtig festzuhalten, dass nicht davon ausgegangen werden kann, dass alle ausländischen Opfer versuchter oder vollendeter Straftaten Opfer von deutschen Tätern oder fremdenfeindlichen Übergriffe waren.

Ein weiterer Indikator für Ausgrenzungstendenzen in einer Gesellschaft ist rechtspopulistisches bzw. rechtsextremes Wahlverhalten. Typischerweise lehnen rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien

Entwicklungen wie etwa Multikulturalismus, europäische Integration oder Geschlechtergerechtigkeit ab und grenzen entsprechende Personengruppen damit aus der Gesellschaft aus. Personen, die beispielsweise der AfD zuneigen, verorten sich tendenziell eher rechts, zeigen sich mit der Demokratie in Deutschland unzufrieden und sehen Zuwanderung eher mit großer Sorge (Kroh & Fetz 2016).

Bei der Landtagswahl 2004 in Thüringen haben rechtspopulistische bzw. rechtsextreme Parteien 3,6 Prozent der Stimmen erhalten.⁵³ Seitdem ist der Anteil bei jeder Landtagswahl gestiegen; 2009 lag er bei 4,7 Prozent. Mit der AfD 2014 erhöhte sich der Anteil der rechtspopulistischen bzw. rechtsextremen Stimmen dann auf 14,2 Prozent. Bei der SOEP-Befragung 2017 nannten in Thüringen 10,7 Prozent der Befragten eine rechtspopulistische bzw. rechtsextreme Parteineigung (AfD/NPD/ Republikaner/Die Rechte).⁵⁴ In einer Umfrage in Thüringen vom 27.06.2019 nannten auf die Frage, welche Partei sie wählen würden, wenn am nächsten Sonntag Landtagswahl wäre, 20 Prozent der Befragten die AfD.⁵⁵

Der Zuspruch zu rechtspopulistischen bzw. rechtsextremen Parteien steigt also weiter deutlich an. Eine Ausnahme bildet die im SOEP 2017 erhobene Parteineigung. Allerdings misst das SOEP die allgemeine politische Richtung, es bezieht sich nicht auf die Kommunal-, Landes- oder Bundesebene. Das könnte – neben den unterschiedlichen Zeitpunkten der Abfrage – erklären, warum die SOEP-Ergebnisse von dem ansonsten deutlichen Trend abweichen.

⁵³ Die Zahlen zu den Landtagswahlen stammen vom Thüringer Landesamt für Statistik (https://wahlen.thueringen.de/landtagswahlen/lw_wahlergebnisse.asp, letzter Aufruf 11.07.2019).

⁵⁴ Die Daten stammen aus der SOEP-Befragung. Einige Personen geben bei der Parteineigung mehrere Parteien an. Sofern die Doppelnennungen eindeutig nicht rechtspopulistischen bzw. rechtsextremen oder eindeutig rechtspopulistischen bzw. rechtsextremen sind, wurden diese Personen der betreffenden Kategorie zugeordnet. Beispielsweise zeigt eine Person mit der Angabe „SPD, Linke“ keine entsprechende Parteineigung. Eine Person, die z. B. „SPD, AfD“ angibt, gehört zu der Gruppe der Unentschlossenen, die aber in Thüringen nicht vorkommt.

⁵⁵ <https://www.wahlrecht.de/umfragen/landtage/thueringen.htm>, letzter Aufruf 11.07.2019.

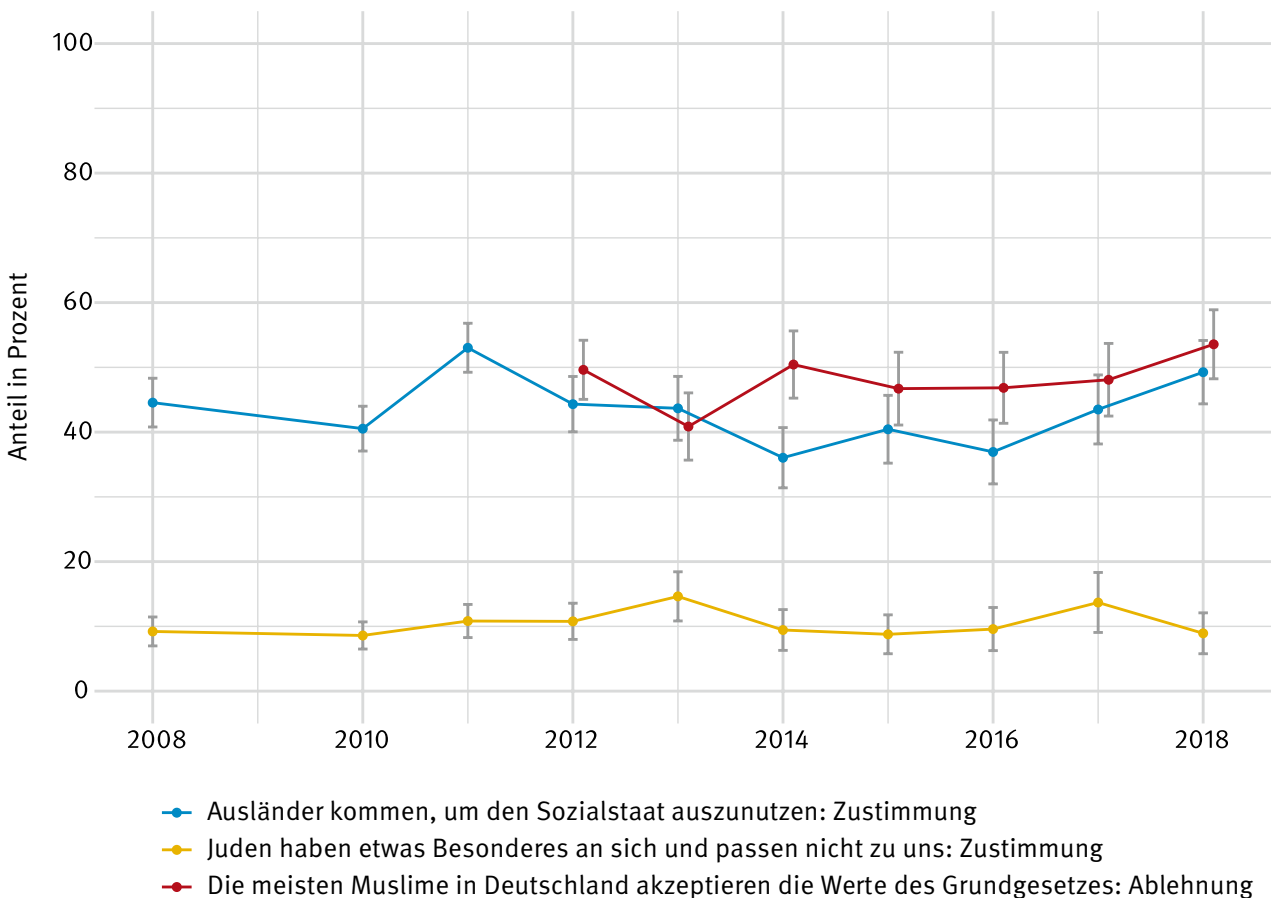
4.2.2 Indikatoren auf der Basis des Thüringen-Monitors

Vorurteile und Einstellungen der Bevölkerung sind ein Indikator für das gesellschaftliche Klima (Zick et al. 2011). Vorurteile gehen nicht unbedingt mit ausgrenzendem oder diskriminierendem Verhalten einher. Sie können aber als Grundlage für solches Verhalten dienen, es begünstigen oder rechtfertigen (ebd.). Vorurteile und Diskriminierung können dazu führen, dass die davon Betroffenen in allen Lebensbereichen (z. B. Arbeitsmarkt, Wohnraum oder Bildung) schlechtere Chancen haben. Aber auch das psychische und physische Wohlbefinden sowie die Leistungsfähigkeit können darunter leiden (ebd.).

Im Thüringen-Monitor bestätigten zwischen 2008 und 2018 in den meisten Jahren über 40 Prozent der Befragten die Aussage, dass Ausländer und Ausländerinnen nach Deutschland kommen, um den Sozialstaat auszunutzen (siehe Abb. 4.2.3). Der Anteil der Zustimmung hat sich über die Jahre verändert: Zunächst stieg er bis

2011, danach fiel er ab, um dann ab 2017 wieder leicht anzusteigen. Bei der Aussage, dass Juden etwas Besonderes an sich haben und nicht in die deutsche Gesellschaft passen, beträgt die Zustimmung im beobachteten Zeitraum durchschnittlich knapp 10 Prozent. Hier hat sich der Anteil über die Jahre kaum verändert. Etwas weniger als die Hälfte verneinte die Aussage, dass die meisten Muslime in Deutschland die Werte des Grundgesetzes akzeptieren. Der Anteil der Ablehnung blieb insgesamt stabil, nur 2013 lag er etwas niedriger als in den anderen Jahren. Bei keiner dieser drei Aussagen ist ab 2015, also mit der starken Zunahme der Zahl an Geflüchteten, die Zustimmung beziehungsweise Ablehnung erheblich gestiegen. Um das Ausmaß der Zustimmung oder Ablehnung genauer bestimmen zu können, wäre ein Vergleich mit den anderen ostdeutschen und den westdeutschen Bundesländern notwendig. Einige Hinweise dazu liefert die vergleichende Analyse der OstMig-Daten im nächsten Abschnitt.

Abbildung 4.2.3: Einstellungen zu bestimmten Bevölkerungsgruppen in Thüringen



Anmerkung: Abgebildet sind alle Personen, die den ersten beiden Aussagen (blau, gelb) voll und ganz oder überwiegend zustimmen. Bei der dritten Aussage (rot) ist die Frage umgekehrt formuliert, deshalb sind hier die Personen abgebildet, die die Aussage überwiegend oder völlig ablehnen. Diese Frage wird seit 2012 gestellt. 2009 wurde der Thüringen-Monitor nicht erhoben. Fallzahl: zwischen 802 und 1020 je nach Jahr und Frage.

Quelle: Thüringen-Monitor; eigene Berechnungen, eigene Darstellung.

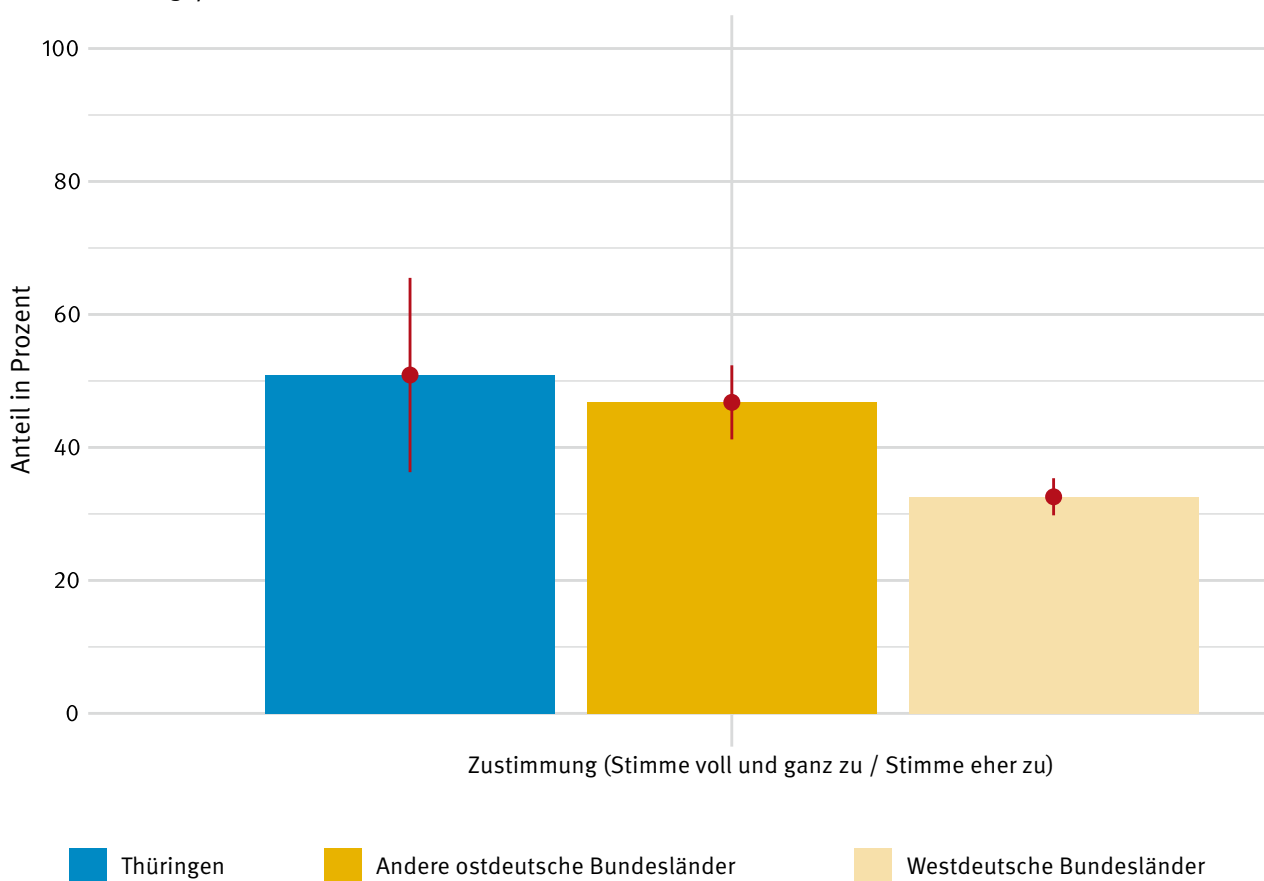
4.2.3 Indikatoren auf der Basis der DeZIM-Studie „Ost-Migrantische Analogien“ (OstMig)

Die DeZIM Studie „Ost-Migrantische Analogien“ (OstMig) fragt Vorbehalte gegenüber muslimischen Menschen in Deutschland ab. Anstatt nach generellen Vorbehalten zu fragen, konzentriert sich die Studie auf die Frage, inwieweit sich die Befragten in Konkurrenz mit Musliminnen und Muslimen in Deutschland sehen. In Thüringen stimmt aktuell etwa die Hälfte der Befragten der Aussage zu, dass sie ein schlechtes Gefühl hätten, wenn immer mehr Muslime in wichti-

ge Führungspositionen auf dem Arbeitsmarkt kämen (siehe Abb. 4.2.4). In den anderen ostdeutschen Bundesländern liegt dieser Anteil etwas niedriger. Die Konfidenzintervalle (siehe Kap. 2.3) deuten jedoch darauf hin, dass dieser Unterschied auch auf die niedrige Zahl der Befragten in Thüringen zurückgehen könnte. Personen aus Westdeutschland stimmen dieser Aussage deutlich seltener zu.

Abbildung 4.2.4: Einstellungen zu Muslimen in Führungspositionen 2018/19 nach Region

„Ich hätte ein schlechtes Gefühl, wenn immer mehr Muslime in wichtige Führungspositionen auf dem Arbeitsmarkt kämen.“



Anmerkung: Abgebildet sind alle Personen, die der Aussage voll und ganz oder eher zustimmen. Fallzahl: 3.449.

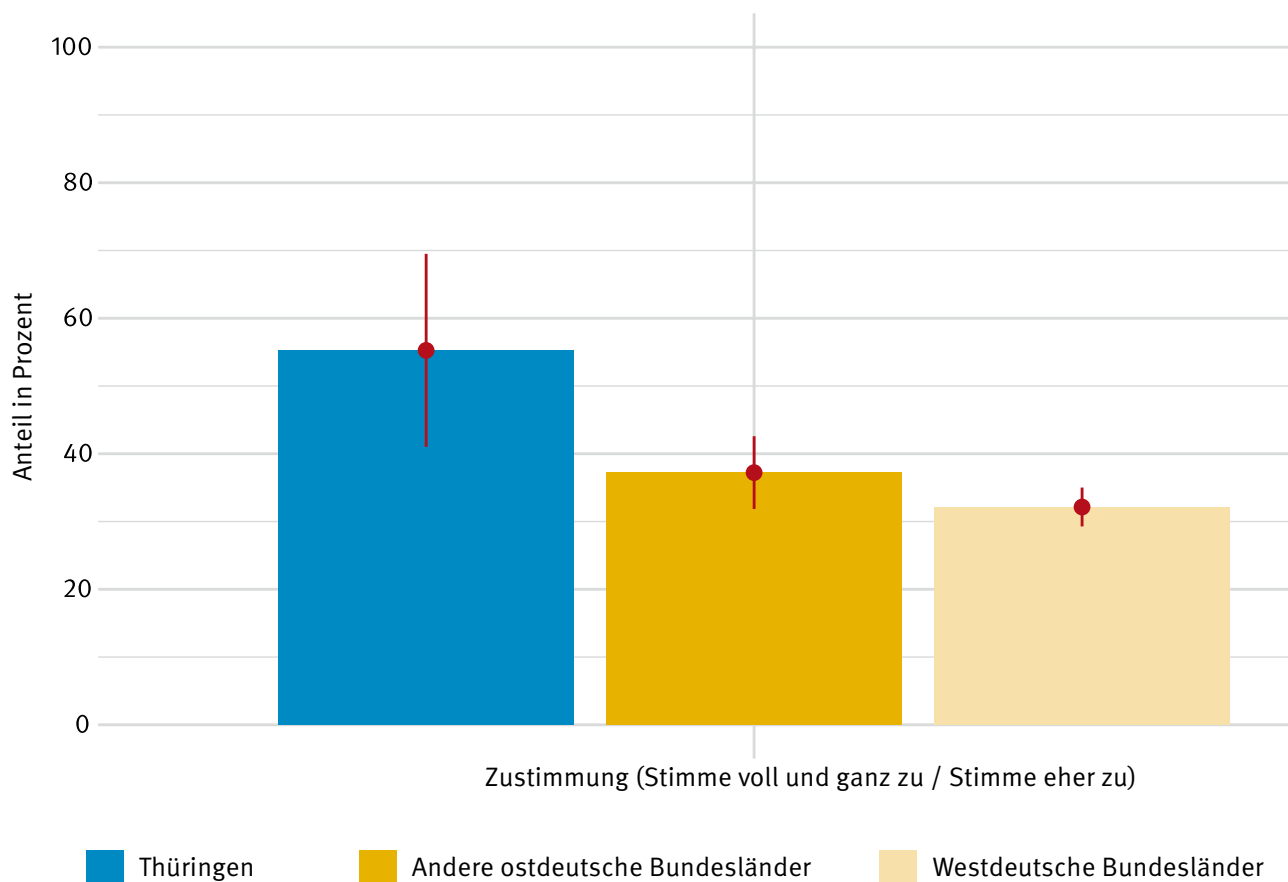
Quelle: OstMig; eigene Berechnungen, eigene Darstellung.

Der Aussage, es müsse aufgepasst werden, dass Bildungserfolge von Muslimen nicht zulasten der Bildungschancen der Restbevölkerung gehen, stimmen in Thüringen deutlich über die Hälfte der Befragten zu

(siehe Abb. 4.2.5). In den westdeutschen Bundesländern ist die Zustimmung deutlich geringer und auch in den anderen ostdeutschen Bundesländern liegt die Zustimmung leicht niedriger.

Abbildung 4.2.5: Einstellungen zu Bildungserfolgen von Muslimen 2018/19 nach Region

„Wir müssen aufpassen, dass Bildungserfolge von Muslimen nicht zu Lasten der Bildungschancen der Restbevölkerung gehen.“



Anmerkung: Abgebildet sind alle Personen, die der Aussage voll und ganz oder eher zustimmen. Fallzahl: 3.392.
Quelle: OstMig; eigene Berechnungen, eigene Darstellung.

4.2.4 Zwischenfazit zur Bekämpfung von Ausgrenzung, Diskriminierung, Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit

In Bezug auf Ausgrenzung, Diskriminierung, Rassismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Thüringen zeigen die hier vorgestellten Daten ein gemischtes Bild. Fremdenfeindliche Straftaten sind in Thüringen überwiegend politisch rechts motiviert⁵⁶, und rechtspopulistische Parteien werden im Bundesvergleich stärker bevorzugt. Diese Ergebnisse verweisen auf ein erhöhtes Ausmaß gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Dies äußert sich insbesondere in dem zuletzt konstant hohen Niveau fremdenfeindlicher Straftaten. Die Daten der Kriminalstatistik zeigen zudem, dass Ausländerinnen und Ausländer in Thüringen im Vergleich zu deutschen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern einem höheren Risiko ausgesetzt sind, Opfer einer Straftat zu werden. Anhand

der Daten der Kriminalstatistik kann jedoch nicht abschließend geklärt werden, mit welchen Tätergruppen und Motiven dieses Risiko verbunden werden kann.

Im Vergleich zu den westdeutschen Bundesländern vertreten Befragte in Thüringen häufiger abwertende Einstellungen zu Muslimen. Während die Neigung zu rechtspopulistischen bzw. rechtsextremen Parteien gestiegen ist, hat sich jedoch die Zustimmung zu abwertenden Aussagen über Personen aus anderen Ländern seit 2008 kaum verändert. Die gestiegene Zahl von Geflüchteten seit 2015 hat solche Tendenzen also offensichtlich nicht verstärkt.

⁵⁶ Die übrigen fremdenfeindlichen Straftaten fallen größtenteils in die Kategorie „nicht zuzuordnen“. 2017 und 2018 fallen ein paar wenige Fälle (weniger als 5) auch in die Kategorien „ausländische Ideologie“, „religiöse Ideologie“ und „links“.

4.3 Sprache als Schlüssel zu Integration

Die Sprache des Aufnahmelandes zu sprechen und zu verstehen ist unter zwei Aspekten wichtig: Einerseits ist es zentrale Voraussetzung für soziale und kulturelle Teilhabe, etwa den Aufbau von sozialen Kontakten, das Kennenlernen der Lebensweise und Kultur des aufnehmenden Landes und die Teilnahme am öffentlichen sozialen und kulturellen Leben. Andererseits ist Sprache insbesondere für den Zugang zu Bildung und Beschäftigung grundlegend wichtig (Brücker et al. 2019). Im Bereich der Beschäftigung wirkt sich Sprache unmittelbar aus, etwa wenn die Arbeitstätigkeit direkte Kommunikation erfordert und somit Einstellungskriterium ist. Zumeist nimmt sie aber auch indirekt Einfluss, denn praktisch jede Arbeitstätigkeit

erfordert ein Mindestmaß an Kommunikation (Chiswick 1991, Esser 2006: 403). Sprachfähigkeiten beeinflussen zudem den Erfolg der Arbeitssuche (Kalter 2006). Darüber hinaus ist die Beherrschung der Landessprache auch für andere Lebensbereiche wichtig, etwa um im Gesundheitssystem oder auf dem Wohnungsmarkt zurechtzukommen. Das Thüringer Integrationskonzept bezeichnet Sprache daher zu Recht als Schlüssel zu Integration und setzt sich zum Ziel, allen Zugewanderten so früh wie möglich flächendeckend Deutschförderung anzubieten. Auch die Zuwanderinnen und Zuwanderer selbst sehen Sprache als Schlüssel, der ihnen den Zugang zu praktisch allen Lebensbereichen eröffnet (z. B. Schiefer 2017).

4.3.1 Indikatoren auf der Basis administrativer Daten

Die vielleicht wichtigste Maßnahme zur Förderung der sprachlichen Integration von Menschen mit Migrationshintergrund sind Sprachkurse. Daher geht dieses Kapitel anhand administrativer Daten der Frage nach, inwieweit das Sprachkursangebot für Menschen mit Migrationshintergrund in Thüringen den Bedarf abdeckt. Zwei Aspekte werden dabei in den Blick genommen:

- Angebot und Teilnahme: Werden in allen Regionen des Freistaats ausreichend Sprachkurse angeboten? Nehmen an diesen Kursen alle Zielgruppen gleichermaßen teil?
- Erfolg: Wie viele der Teilnehmerinnen und Teilnehmer schließen die Kurse mit Erfolg ab?

Für diesen Bericht liegen drei administrative Datenquellen vor: Zum einen veröffentlicht das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) regelmäßig Statistiken zu den Integrationskursen. Diese sind die wichtigste Maßnahme des Bundes, um die Sprachkompetenz von Neuzugewanderten zu fördern. Anspruch auf einen Integrationskurs haben Ausländerinnen und Ausländer, die dauerhaft in Deutschland leben und eine (erstmal erteilte) Aufenthaltserlaubnis haben (§ 44 Aufenthaltsgesetz [AufenthG]). Ausgenommen sind Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, die in Deutschland eine schulische Ausbildung aufnehmen oder fortsetzen.

Wenn genügend Plätze frei sind, stehen die Kurse zudem Personen offen, die noch im Asylverfahren sind, sofern sie aus einem Land stammen, das der Kategorie „gute Bleibeperspektive“ zugeordnet ist (das sind derzeit Syrien und Eritrea).⁵⁷ Auch Personen mit einer Duldung können dann teilnehmen. Integrationskurse vermitteln Sprachkenntnisse bis zur Niveaustufe B1 des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen (GER, siehe Trim et al. 2001).⁵⁸ Das Kursprogramm wird vom BAMF abgestimmt und in den Städten und Gemeinden von privaten und öffentlichen Sprachkursanbietern durchgeführt (siehe auch SVR 2018: 93).

Zum anderen setzt der Thüringer Volkshochschulverband e.V. das Kursangebot des Landesprogramms „Start Deutsch“ um, das vom Freistaat Thüringen aufgesetzt wurde, und dokumentiert es. Ziel des Programms ist die Vermittlung von grundlegenden deutschen Sprachkenntnissen. Es startete im Juli 2016 und richtet sich an Personen, die keinen Zugang zu Integrationskursen haben (TMMJV 2017: 30). Das Programm umfasst Kurse bis zur Niveaustufe B1 (GER).⁵⁹

Die dritte Datenquelle bilden die Ergebnisse von Sprachprüfungen des Deutschen Sprachdiploms (DSD) der Kultusministerkonferenz (KMK).

⁵⁷ <https://www.bamf.de/SharedDocs/FAQ/DE/IntegrationskurseAsylbewerber/001-bleibeperspektive.html>, letzter Aufruf: 27.06.2019.

⁵⁸ <http://www.europaer-referenzrahmen.de/>, letzter Aufruf: 28.08.2019.

⁵⁹ www.vhs-th.de/start-deutsch/, letzter Aufruf: 27.06.2019.

Dieses Sprachdiplom wurde ursprünglich für das Auslandsschulwesen entwickelt. Seit 2012 können die Länder es bei der schulischen Erstintegration von neu Zugewanderten unterstützend einsetzen, und zwar das DSD auf der Niveaustufe B1 des GER (DSD I) und das allgemein berufsorientierte DSD der KMK für berufliche Schulen (DSD I PRO).⁶⁰ In Thüringen kommt das DSD I seit dem Schuljahr 2017/2018 zum Einsatz. Mit dem Bund-Länder-Projekt „DSD Inland“ können Schülerinnen und Schüler mit nichtdeutscher Herkunftssprache in der Regel ab Klassenstufe 7 ein Sprachdiplom erwerben. Im Schuljahr 2018/2019 wurde in Thüringen erstmals auch das DSD I PRO eingesetzt, das gezielt auf Schülerinnen und Schüler der berufsbildenden Schulen ausgerichtet ist. DSD I und DSD I PRO ermöglichen den Erwerb des Deutschen Sprachdiploms auf der Niveaustufe B1 (GER), einer Bescheinigung „Sprachdiplom A2“ oder von Teilleistungsbescheinigungen über Sprachkompetenzen auf den Niveaustufen A2 und/oder B1 in den Kompetenzbereichen Leseverstehen, Hörverstehen, Schreiben und Sprechen.

Neben den genannten Kurs- und Prüfungsangeboten gibt es in Thüringen eine Reihe weiterer Angebote zur Vermittlung deutscher Sprachkenntnisse.⁶¹ Diese werden hier nicht berücksichtigt, v. a. weil dafür keine statistischen Daten zugänglich sind, aber auch wegen ihrer oft spezifischen Zielgruppen und inhaltlichen Ausrichtungen. Zu nennen ist hier etwa das Kursprogramm „Erstorientierung und Deutsch lernen für Asylbewerber“ des BAMF; es richtet sich vor allem an Asylsuchende mit unklarer Bleibeperspektive und vermittelt neben Sprachkenntnissen v. a. landeskundliches Wissen zur Werte- und Erstorientierung.⁶² Seit November 2017 wird außerdem das Landesprogramm „Start Bildung“ durchgeführt. Es soll Menschen mit Migrationshintergrund zwischen 16 und 27 Jahren unabhängig von Aufenthaltsstatus und Herkunftsland eine Grundbildung vermitteln. Das Programm umfasst auch Module zur Vermittlung deutscher Sprachkenntnisse.⁶³ Darüber hinaus stellen z. B. die Volkshochschulen und andere Anbieter weitere Sprachkurse bereit.⁶⁴

Im Jahr 2018 begannen in Thüringen insgesamt 231 Integrationskurse des BAMF und 100 Kurse aus dem Landesprogramm „Start Deutsch“. Von Letzteren waren 19 Alphabetisierungskurse, 47 A1-Kurse, 28 A2-Kurse, 2 A2/B1-Kurse und 4 B1-Kurse. An den Integrationskursen nahmen 2018 insgesamt 3.563 Personen teil, am Landesprogramm „Start Deutsch“ 1.672 Personen.⁶⁵ Seit seinem Start 2016 hat das Landesprogramm insgesamt 3.780 Personen erreicht.⁶⁶

Deckt das Sprachangebot nun den Bedarf der neu zugewanderten Menschen an Sprachförderung in allen Regionen Thüringens? Diese Frage lässt sich nur eingeschränkt beantworten. Dafür wären Daten nötig, aus denen hervorgeht, wie viele neu zugewanderte Menschen in welchem Alter und aus welchen Herkunftsländern in Thüringen leben und wie viele von ihnen einen Sprachkurs benötigen, sowie wie viele gerade einen Sprachkurs besuchen oder einen solchen bereits erfolgreich abgeschlossen haben. Es gibt zwar Daten zur Zahl der in Thüringen lebenden Ausländerinnen und Ausländer und zumindest in Teilen auch zur Zahl von Sprachkursen und Kursteilnehmenden (siehe oben). Es ist jedoch derzeit nicht möglich, die beiden Datenquellen zusammenzuführen. Man kann sich der Frage, inwieweit der Bedarf an Sprachkursen gedeckt ist, also nur annähern. Dafür werden im Folgenden das Kursangebot nach Regionen bzw. die Kursteilnehmenden nach Herkunftsländern dargestellt und die Zahlen jeweils zu einer einschlägigen Bevölkerungsgruppe (relevante Grundgesamtheit, siehe Kap. 2) in Beziehung gesetzt.

Abbildung 4.3.1 zeigt die Zahl der Integrationskurse des BAMF und der Sprachkurse des Landesprogramms „Start Deutsch“ in Thüringer Landkreisen und kreisfreien Städten. Um die Kurszahlen zur Größe der Zielgruppe in Beziehung zu setzen, sind die Landkreise und kreisfreien Städte nach der Zahl der dort gemeldeten Personen mit einem völkerrechtlich, humanitär oder politisch begründeten Aufenthaltstitel, Personen im Asylverfahren und Personen mit einer Duldung sortiert.⁶⁷ Wie die Abbildung erkennen lässt, entspricht die Verteilung der Kurse im Großen und Ganzen der Größe der gesamten Zielgruppe in den entsprechenden Regionen.⁶⁸ In den kreisfreien Städten Erfurt, Jena und Gera leben mit Abstand die meisten Geflüchteten, und dort werden auch die meisten Sprachkurse angeboten; in den Landkreisen mit den niedrigsten Zahlen an Geflüchteten (Saale-Holzland-Kreis, Sömmerda, Greiz, Suhl) gibt es die wenigsten Kurse. Dazwischen schwanken die Kurszahlen über die Landkreise hinweg. So werden etwa im Eichsfeld und im Wartburgkreis im Vergleich zu anderen Landkreisen mit ähnlichen Zahlen an Geflüchteten recht wenige Sprachkurse angeboten.⁶⁹ Im Ilmkreis und im Weimarer Land wiederum sind die Kurszahlen vergleichsweise hoch. Zu beachten ist zudem, dass die hier dokumentierten Sprachkurse nur einen Teil des gesamten Sprachkursangebots in Thüringen abdecken.⁷⁰

60 https://www.auslandsschulwesen.de/Webs/ZfA/DE/Deutsch-lernen/DSD/DSD-Inland/dsd-inland_node.html, letzter Aufruf: 30.08.2019.

61 Siehe z. B. https://www.thueringen.de/mam/th4/justiz/migration/sprachfoerderung_daz_angebote.pdf, letzter Aufruf: 30.08.2019.

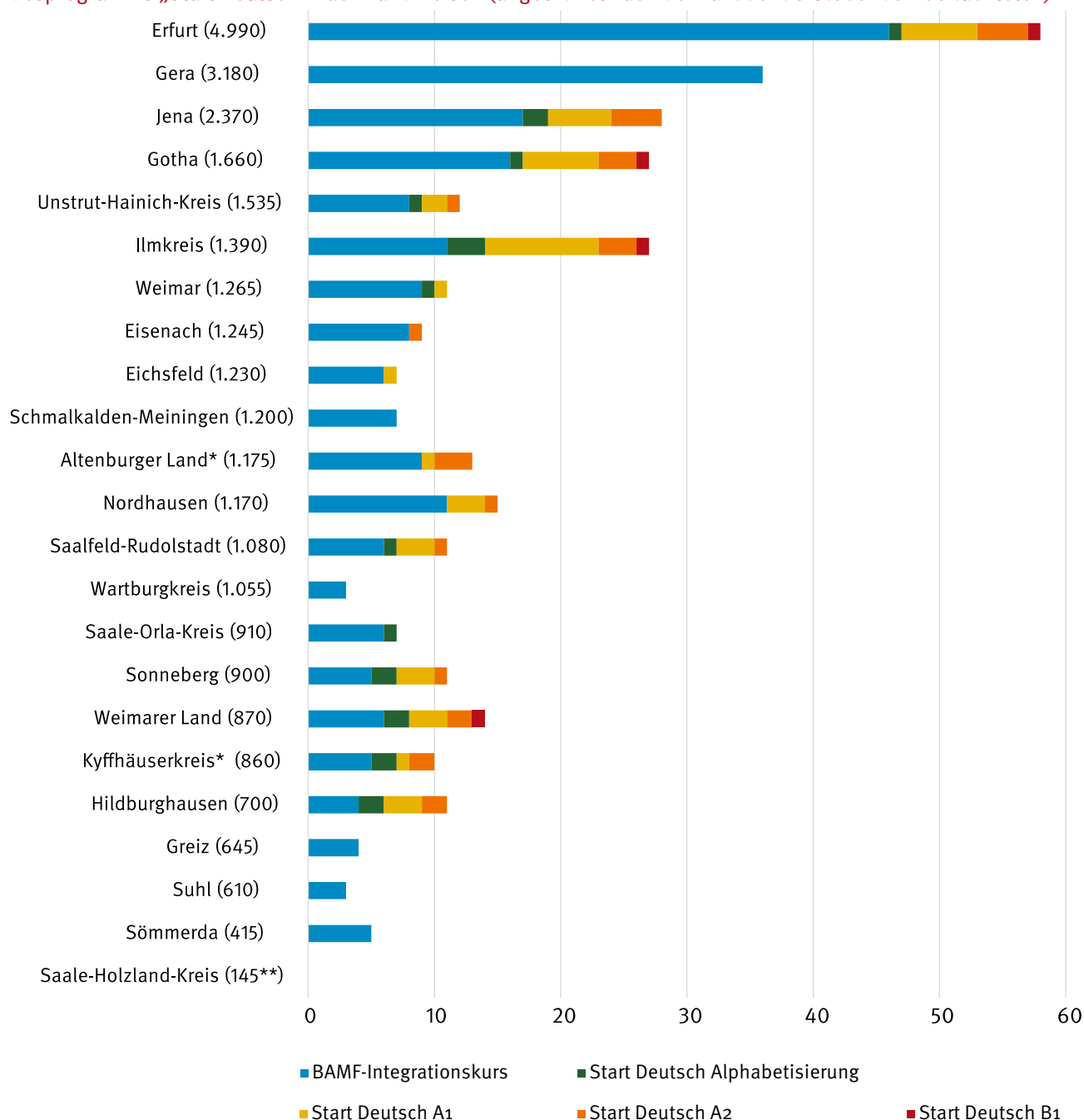
62 Siehe <https://www.vhs-th.de/erstorientierungskurse/>, letzter Aufruf: 30.08.2019.

63 <https://www.vhs-th.de/startbildung/>, letzter Aufruf: 20.09.2019. Siehe auch Kap. 4.4.1.

64 Diese Kurse sind jedoch zum Teil kostenpflichtig und daher z. B. für Neuzugewanderte mit geringen finanziellen Mitteln kaum erschwinglich.

65 Die hier genannten Zahlen zu den Kursteilnehmenden im Landesprogramm „Start Deutsch“ liegen unter denen, die der Thüringer Volkshochschulverband e.V. im Abschlussbericht des Programms angibt (Thüringer Volkshochschulverband 2019). Zu begründen ist dies durch die unterschiedlichen Vorgehensweisen bei der Zuordnung von Teilnehmenden zu Kalenderjahren entsprechend der jeweilig unterschiedlichen Berichtsansforderungen.

Abbildung 4.3.1: Zahl der 2018 in Thüringen begonnenen Integrationskurse des BAMF und Sprachkurse des Landesprogramms „Start Deutsch“ nach Landkreisen (angeordnet nach der Zahl der dort lebenden Geflüchteten)



Anmerkung: Die Anordnung der Landkreise richtet sich nach der Zahl der dort gemeldeten Personen mit einem völkerrechtlich, humanitär oder politisch begründetem Aufenthaltstitel, einer Aufenthaltsgestattung (Personen im Asylverfahren) oder einer Duldung (siehe Zahlen in Klammern, Datenbasis: AZR). In Erfurt z. B. waren dies 2018 4.990 Personen. Zu beachten ist, dass die Abbildung nur einen Teil des Sprachkursangebots in Thüringen abdeckt.

*Plus ein Kurs mit Niveaustufe A2/B1 im Rahmen des Landesprogramms „Start Deutsch“.

**Die für den Saale-Holzland-Kreis angegebene Zahl schließt Geduldete nicht ein. Das entsprechende Datenfeld wurde in der Statistik des Statistischen Bundesamts anonymisiert, weil die Fallzahl zu niedrig war.

Quellen: Thüringer Volkshochschulverband e.V., Teilnahmestatistik des Landesprogramms „Start Deutsch“; BAMF, Integrationskursgeschäftsstatistik; Statistisches Bundesamt, AZR.

66 Viele Kursteilnehmende haben dabei mehrere (aufeinander aufbauende) Kurse besucht.

67 Diese Kategorisierung basiert auf der Statistik des AZR (siehe Statistisches Bundesamt 2019b, siehe auch Tab. 3.1. und Fußnote 21) Hier wird davon ausgegangen, dass dies die Personengruppe ist, die gegenwärtig den größten Bedarf an Sprachförderung hat. Denn die meisten dieser Personen leben erst seit wenigen Jahren in Thüringen, und 2015 und 2016 war dies die mit Abstand größte Zuwanderergruppe (vgl. Abb. 3.7 in Kap. 3). Zudem wurden vor allem mit Blick auf diese Zielgruppe seit 2015 die Integrationskurse ausgebaut und besonders das Landesprogramm „Start Deutsch“ geschaffen.

68 Auch wenn die Verteilung der Kurse über die Regionen in etwa die Verteilung der Geflüchteten abbildet, sagt dies noch nichts darüber aus, ob ihre Zahl in den Regionen den Bedarf deckt. Dazu müsste man die Zahl der Teilnahmeberechtigten, die noch keinen Kurs besucht haben, zur Zahl der freien Kursplätze in Beziehung setzen. Entsprechende Daten standen jedoch nicht zur Verfügung.

69 Im Wartburgkreis wurden allerdings im Jahr 2017 drei Sprachkurse im Rahmen des Landesprogramms „Start Deutsch“ angeboten.

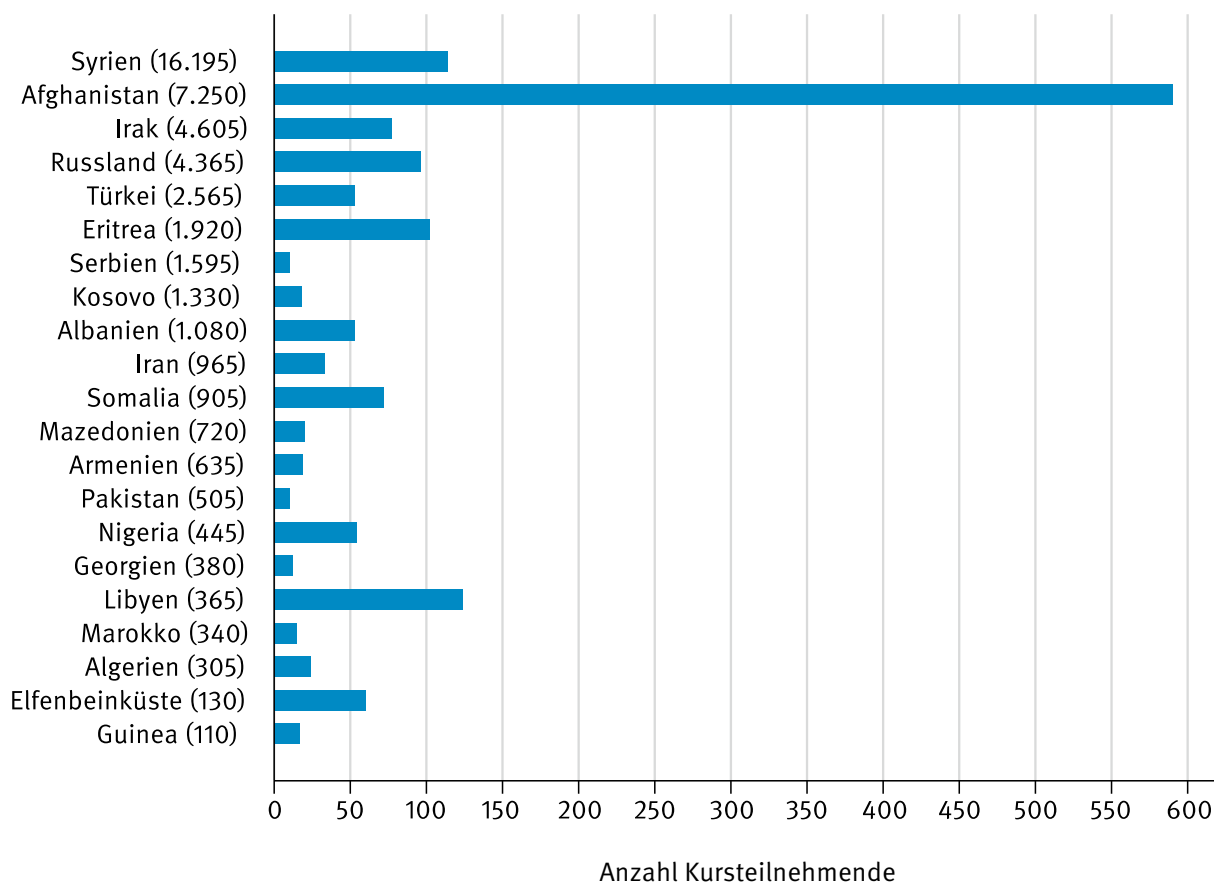
70 So gibt es z. B. im Wartburgkreis eine Reihe weiterer Sprachkursangebote, deswegen wurden die abgebildeten Kurstypen weniger genutzt (Mitteilung des Thüringer Volkshochschulverband e.V.). In Kreisen, wo keine Kurse stattfanden, wurden zudem Personen mit entsprechendem Bedarf auch in andere Landkreise vermittelt (siehe z. B. Thüringer Volkshochschulverband 2018: 17).

Zu der Frage, ob an den Kursen alle Herkunftsgruppen gleichermaßen teilnehmen, können für den vorliegenden Bericht nur die Daten des Landesprogramms „Start Deutsch“ genutzt werden. Denn die Integrationskursstatistik des BAMF unterscheidet nicht nach Herkunftsländern, sondern nur zwischen deutscher und nichtdeutscher Staatsangehörigkeit.

Abbildung 4.3.2 zeigt die Zahl der Kursteilnehmenden im Landesprogramm „Start Deutsch“ nach Herkunftsländern. Um auch hier eine entsprechende Bezugsgröße zu haben, wurden die Herkunftsländer danach sortiert, wie viele Staatsangehörige dieser Länder 2018 in Thüringen registriert waren.⁷¹ Ins Auge fällt zunächst, dass der Anteil der Teilnehmenden aus Afghanistan sehr groß ist.⁷² Zudem zeigt sich, dass viele Teilnehmende aus Ländern kommen, die zwischen 2015 und 2019 die meiste Zeit zur Kategorie „gute Bleibeperspektive“ gehörten (Syrien, Eritrea, Irak, Iran, Somalia).⁷³ Es handelt sich hier zum Beispiel um Personen, die trotz dieser Zuordnung⁷⁴

keinen Zugang zu einem Integrationskurs haben, z. B. weil für ihr Asylverfahren nach der sog. Dublin-III-Regelung ein anderer EU-Staat zuständig ist. Eine weitere Teilnehmergruppe sind Personen aus sog. sicheren Herkunftsstaaten (Albanien, Serbien, Kosovo, Mazedonien). Diese haben nur sehr geringe Aussichten, in Deutschland zu bleiben, und sind von Integrationsmaßnahmen des Bundes weitgehend ausgeschlossen. Für sie ist das Landesprogramm „Start Deutsch“ daher eine Möglichkeit, deutsche Sprachkenntnisse zu erwerben. Personen aus Serbien und dem Kosovo nehmen hier verglichen mit Ländern mit ähnlich großen Herkunftsgruppen selten an den Sprachkursen teil. Personen aus Libyen besuchen im Vergleich zu ähnlich großen Herkunftsgruppen (z. B. Georgien oder Marokko) häufiger einen Kurs. Dies liegt vermutlich daran, dass der Anteil der Neuzugewanderten hier höher ist als in den anderen Ländern mit ähnlich großen Teilnehmergruppen.⁷⁵ Personen aus der Türkei wiederum besuchen eher selten einen Sprachkurs, obwohl ihr Zuzug seit 2008 tendenziell steigt.⁷⁶

Abbildung 4.3.2: Teilnehmende an Deutschkursen im Rahmen des Landesprogramms „Start Deutsch“ in Thüringen 2018 nach Herkunftsländern (angeordnet nach der Anzahl der in Thüringen lebenden Ausländerinnen und Ausländer)



71 Bei beiden Abbildungen ist Folgendes zu beachten: Die Bevölkerungszahlen, zu denen die Sprachkursdaten in Beziehung gesetzt werden, sagen für sich genommen nichts darüber aus, wie lange eine Person bereits in Thüringen lebt, d. h. ob sie neu zugewandert ist und damit höchstwahrscheinlich Sprachförderung benötigt. Neu zugewanderte Personen werden in den öffentlich zugänglichen Statistiken nicht eigens ausgewiesen (die Statistik zur Zahl der ausländischen Staatsangehörigen auf der Basis des AZR weist z. B. nur die durchschnittliche Aufenthaltsdauer aus, vgl. Statistisches Bundesamt 2019b: 360). Um entsprechende Daten zu gewinnen, müssen die datenhaltenden Einrichtungen also Sonderauswertungen vornehmen. Aufgrund der zeitlichen Beschränkungen bei der Erstellung des vorliegenden Berichts konnte dies nicht umgesetzt werden. Zukünftige Berichte könnten jedoch Zahlen zu neu Zugewanderten nutzen.

72 Das Programm „Start Deutsch“ richtet sich an Personen, die die keine Zugangsberechtigung zu einem Integrationskurs haben bzw. deren Antrag auf Zulassung beim BAMF nicht erfolgreich war und die nicht der Schulpflicht unterliegen. In Thüringen betrifft dies insbesondere afghanische Geflüchtete. Diese stellen in Thüringen die größte Gruppe von Asylsuchenden aus Ländern ohne „gute Bleibeperspektive“ dar (siehe <https://www.vhs-th.de/themen/projekte/integration/startdeutsch/zielgruppen/#c1696>, letzter Aufruf: 01.07.2019).

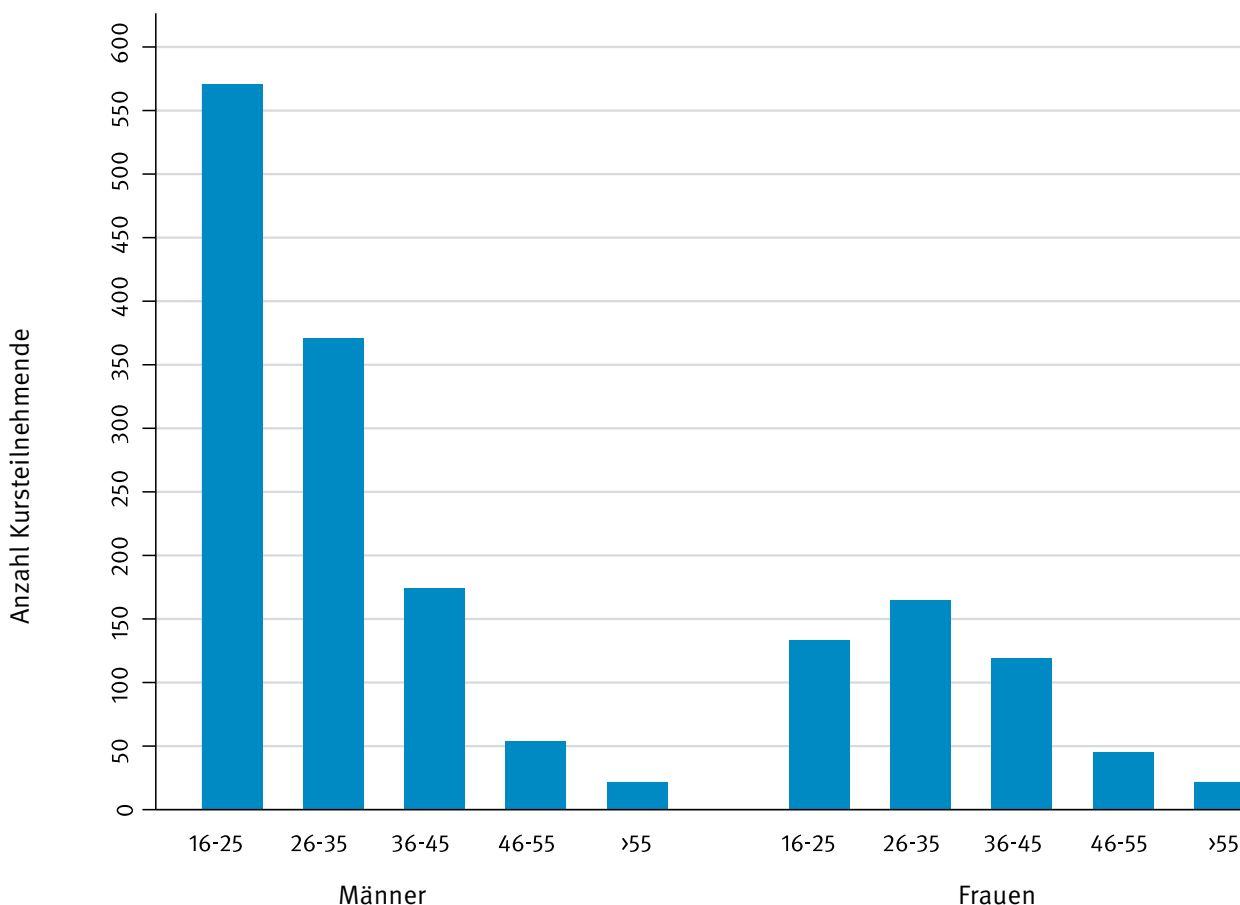
Anmerkung: Die Reihenfolge der Herkunftsländer richtet sich nach der Zahl der Staatsangehörigen dieser Länder, die im Jahr 2018 bei den Ausländerbehörden in Thüringen registriert waren (siehe Zahlen in Klammern, Datenbasis: AZR). Bei Syrien z. B. waren dies 2018 16.195 Personen. Nicht dargestellt sind Herkunftsländer, aus denen insgesamt weniger als 10 Personen an einem Kurs teilgenommen haben.

Quellen: Thüringer Volkshochschulverband e.V., Teilnahmestatistik des Landesprogramms „Start Deutsch“; Statistisches Bundesamt, AZR.

Im Jahr 2018 nahmen in Thüringen 1.688 Männer (47,4 Prozent aller Teilnehmenden) und 1.875 Frauen (52,6 Prozent) erstmals an einem Integrationskurs teil (Integrationsgeschäftsstatistik 2018: 16). Von den knapp 1.700 Personen, die im gleichen Jahr an einem Sprachkurs des Landesprogramms „Start Deutsch“ teilnahmen, waren hingegen 71,0 Prozent Männer

und nur 28,8 Prozent Frauen.⁷⁷ Dabei ist der Frauenanteil seit Beginn der Landesprogramme schon gestiegen: 2016 lag er noch bei rund 15 Prozent. Abbildung 4.3.3 zeigt, wie sich die Teilnehmenden auf die Altersgruppen verteilen. Besonders die männlichen Teilnehmenden sind überwiegend jung; bei den Frauen ist die Altersverteilung etwas ausgeglichener.

Abbildung 4.3.3: Teilnehmende an Deutschkursen im Rahmen des Landesprogramms „Start Deutsch“ in Thüringen 2018 nach Geschlecht und Alter



Anmerkung: Die Altersuntergrenze von 16 Jahren wurde entsprechend der Zugangsvoraussetzung für Teilnehmende des Landesprogramms gewählt.

Quelle: Thüringer Volkshochschulverband e.V., Teilnahmestatistik des Landesprogramms „Start Deutsch“.

⁷³ Asylsuchende aus Syrien und Eritrea zählen seit Einführung dieser Kategorie im Jahr 2015 zu den Personen mit guter Bleibeperspektive, Asylsuchende aus dem Iran und dem Irak zählten von 2015 bis August 2019 dazu und jene aus Somalia von 2016 bis August 2019.

⁷⁴ Asylsuchende mit „guter Bleibeperspektive“ können grundsätzlich schon während des Asylverfahrens an einem Integrationskurs teilnehmen.

⁷⁵ Die Zahl der in Thüringen neu registrierten Staatsangehörigen aus Libyen ist zwischen 2016 und 2017 stark gestiegen, von 80 auf 350 Personen pro Jahr. Ein solcher Anstieg war z. B. für Georgien und Marokko nicht zu verzeichnen (Statistisches Bundesamt, eigene Auswertungen über <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online>, letzter Aufruf: 30.08.2019).

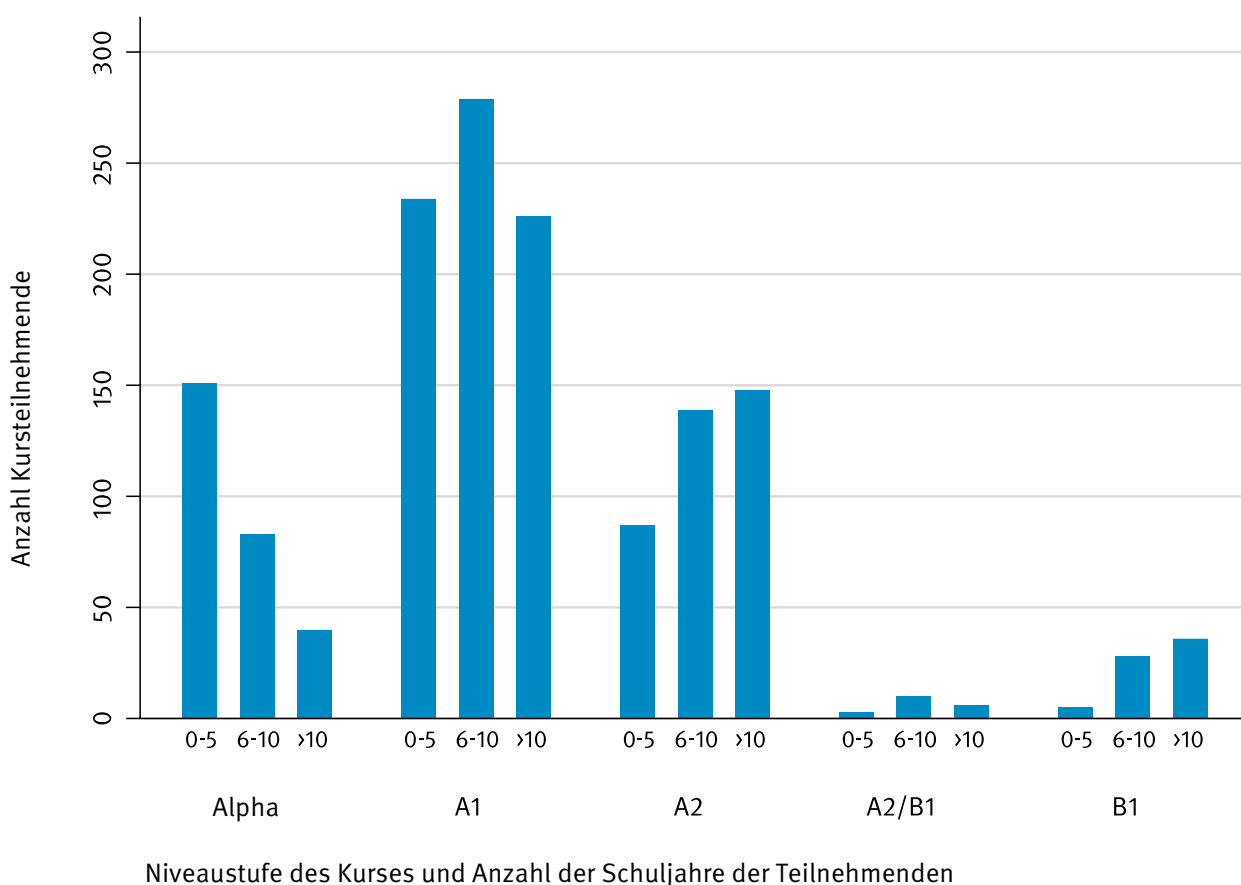
⁷⁶ Zwischen 2008 und 2017 sind die jährlichen Zuzüge aus der Türkei nach Thüringen von 186 Personen auf 657 Personen gestiegen (mit einem zwischenzeitlichen leichten Rückgang 2013 und 2014). Im Jahr 2018 wurden 564 Zuzüge verzeichnet (vgl. Thüringer Landesamt für Statistik 2019 und Vorjahresberichte).

⁷⁷ Bei 2 Personen (0,1 Prozent) war das Geschlecht nicht angegeben. Die übrige Differenz zu 100 Prozent sind Rundungseffekte.

Die Integrationskursstatistiken des BAMF unterscheiden nicht nach dem Bildungshintergrund der Kursteilnehmenden. In den Daten des Thüringer Landesprogramms „Start Deutsch“ zeigt sich beim Bildungsniveau insgesamt ein breites Spektrum. Über alle Jahre hinweg waren 28,6 Prozent der Teilnehmenden im Herkunftsland maximal fünf Jahre zur Schule gegangen, bei 32,1 Prozent waren es zwischen sechs und zehn Jahren und bei 27,2 Prozent zehn Jahre oder mehr.⁷⁸ Abbildung 4.3.4 zeigt die Schulbildung der Teilnehmenden im Jahr 2018, unterteilt nach der Ni-

veaustufe der Kurse. In den Alphabetisierungskursen liegt der Anteil der Personen mit sehr geringer Schulbildung bei etwa 50 Prozent und damit erwartungsgemäß hoch. Die A1-Kurse bilden weitgehend das gesamte Bildungsspektrum aller Kursteilnehmenden ab. In den Kursen mit höherer Niveaustufe dagegen steigt der Anteil der Personen mit höherer Schulbildung. Inwieweit eine Person eine höhere Niveaustufe erreicht, hängt also u. a. von ihrer schulischen Vorbildung ab (vgl. auch Brücker et al. 2016: 38-39).

Abbildung 4.3.4: Teilnehmende an Deutschkursen im Rahmen des Landesprogramms „Start Deutsch“ in Thüringen 2018 nach Niveaustufe des Kurses und Zahl der Schuljahre im Herkunftsland



Anmerkung: 0-5: maximal 5 Schuljahre im Herkunftsland, 6-10: zwischen 6 und 10 Schuljahre im Herkunftsland, > 10: mehr als 10 Schuljahre im Herkunftsland.

Quelle: Thüringer Volkshochschulverband e.V., Teilnahmestatistik des Landesprogramms „Start Deutsch“.

⁷⁸ Bei 12,1 Prozent der Teilnehmenden lag keine Information zur Schulbildung vor.

Die Teilnahme an einem Sprachkurs allein sagt nichts darüber aus, inwieweit eine Person davon profitiert hat. Zudem setzt zum Beispiel die Teilhabe am Arbeitsmarkt oder im Bildungssystem in der Regel voraus, dass die Sprachfähigkeit durch ein Zertifikat nachgewiesen wird. Im Folgenden werden daher die Prüfungserfolge in den Integrationskursen und den Kursen des Landesprogramms „Start Deutsch“ betrachtet.

Daten zu Prüfungserfolgen in den Integrationskursen (Deutschtest für Zuwanderer) lagen bei Erstellung dieses Berichts bis zum Jahr 2017 vor (Länderoffene Arbeitsgruppe „Indikatorenentwicklung und Monitoring“ der Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister/Senatorinnen und Senatoren der Länder 2019). Von den Personen, die 2017 in Thüringen eine A2-Sprachprüfung abgelegt hatten, haben 43,1 Prozent bestanden. Bei den B1-Sprachprüfungen waren es 39,8 Prozent. In den Vorjahren (ab 2008) lag die Bestehensquote für A2-Prüfungen durchweg niedriger (zwischen 29,1 Prozent im Jahr 2015 und 40,1 Prozent im zweiten Halbjahr 2009). Für B1-Prüfungen war sie hingegen in den Vorjahren höher (zwischen 51,8 Prozent im zweiten Halbjahr 2009 und 65,4 Prozent im ersten Halbjahr 2012). Zu beachten ist, dass diese Quoten auch Personen umfassen, die bereits zum wiederholten Mal an der Prüfung teilgenommen haben.

Von den knapp 3.800 Personen, die seit 2016 am Landesprogramm „Start Deutsch“ teilgenommen haben, besuchten 751 einen Sprachkurs, bei dem keine

Prüfung vorgesehen war. Dies gilt v. a. für Alphabetisierungskurse, außerdem waren in der Pilotphase des Programms 2016 noch keine Prüfungen vorgesehen. Weitere 403 Personen nahmen nur an VHS-internen Lernfortschrittsfeststellungen teil. Insgesamt war also für ca. 30 Prozent der Teilnehmenden gar keine Sprachzertifizierung vorgesehen. Die übrigen Teilnehmenden der Landesprogramme sind in Abbildung 4.3.5 dokumentiert. Wie der Abbildung zu entnehmen ist, standen bei einem Teil dieser Personen zum Zeitpunkt der Erfassung die Ergebnisse der Prüfung noch aus. Das betrifft vor allem jene, die 2018 einen Kurs begonnen haben.

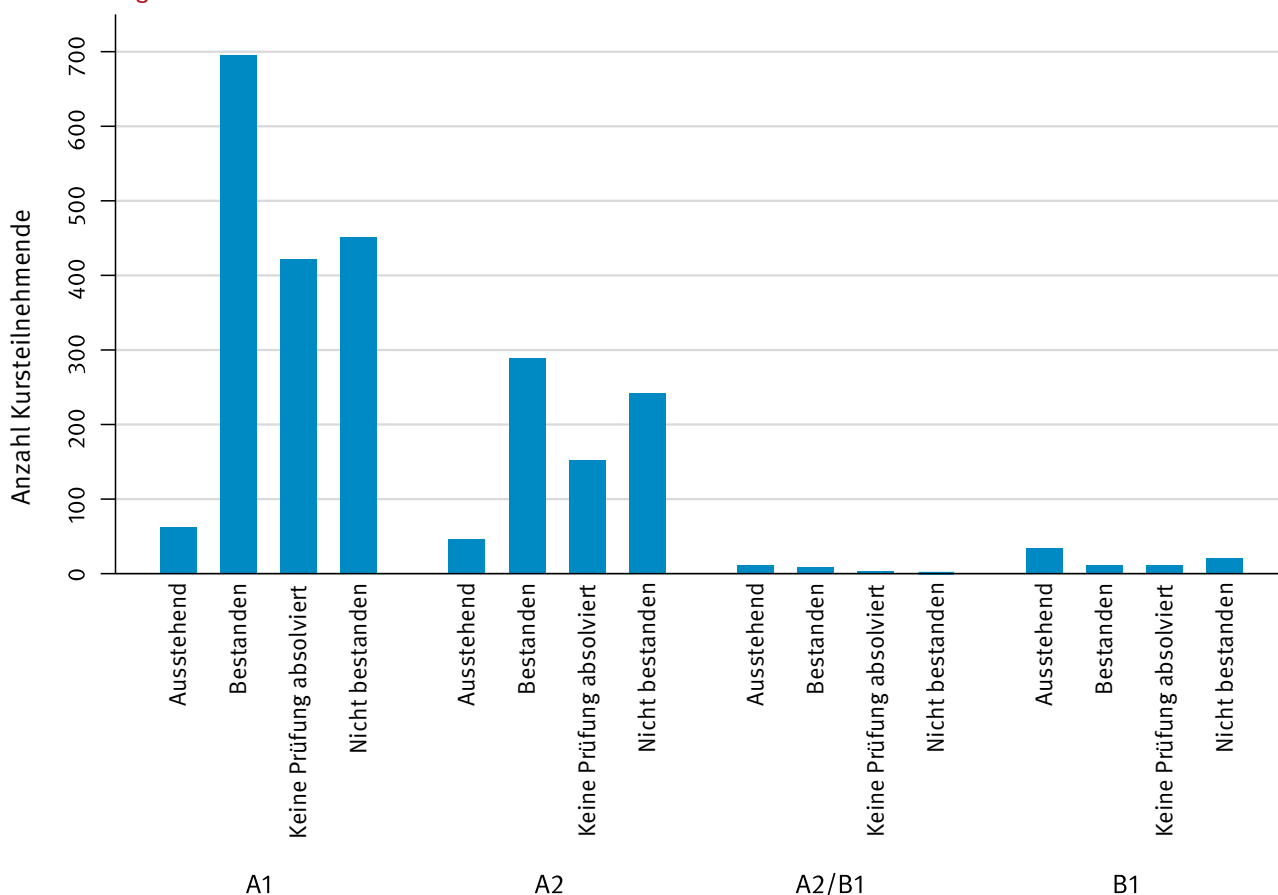
Sofern ein Kurs des Landesprogramms „Start Deutsch“ eine Sprachprüfung vorsieht, ist diese für die Teilnehmenden nicht verpflichtend. Anders als z.B. in Integrationskursen wird sie den Teilnehmenden als eine Möglichkeit angeboten. Dies erklärt, warum in den Sprachkursen A1 und A2 recht viele Teilnehmende zwar die Möglichkeit hatten, an einer Prüfung teilzunehmen, letztendlich aber keine abgelegt haben. Bei den A1-Kursen etwa waren dies knapp 26 Prozent der Teilnehmenden.⁷⁹ Von denjenigen, die die Prüfung abgelegt haben und für die das Ergebnis vorlag, haben bei den A1-Kursen 60,6 Prozent bestanden, bei den A2-Kursen 54,4 Prozent.⁸⁰ Sofern die Teilnehmenden also eine zertifizierende Prüfung absolviert hatten und ein Ergebnis bereits vorlag, haben sie diese mehrheitlich bestanden. Positiv zu werten ist, dass die Bestehensquote der A2-Prüfungen 2018 höher lag als jener der A2-Prüfungen in den Integrationskursen (43,1 Prozent, siehe oben).⁸¹

79 Personen, für die keine Angaben zur Prüfungsteilnahme bzw. zum Prüfungsergebnis vorlagen, wurden bei der Berechnung der Anteile nicht einbezogen.

80 Die Quoten für die Kurse höherer Niveaustufen können nur eingeschränkt interpretiert werden, weil die Fallzahlen zu niedrig sind.

81 Dies gilt v. a. vor dem Hintergrund, dass an Integrationskursen auch Staatsangehörige aus EU-Ländern teilnehmen, die bessere Voraussetzungen für einen Prüfungserfolg mitbringen als Personen aus Fluchtherkunftsländern, da die Bildungssysteme in diesen Ländern denen in Deutschland vergleichbar sind.

Abbildung 4.3.5: Prüfungsergebnisse des Landesprogramms „Start Deutsch“ nach Niveaustufe der vorgesehenen Prüfung



Anmerkung: Dargestellt sind zertifizierende Prüfungen der Jahre 2016 bis 2018 für das Landesprogramm „Start Deutsch“ in Kursen, bei denen die Teilnahme an einer Prüfung angeboten wurde. In der Darstellung nicht enthalten sind interne Lernfortschrittsfeststellungen der VHS-Niederlassungen, die im Rahmen der jeweiligen Kurse durchgeführt wurden, da hier keine Angaben zu den Prüfungsergebnissen vorliegen. Ebenfalls nicht berücksichtigt wurden Personen aus Kursen, für die keine Prüfung vorgesehen war (v. a. Alphabetisierungskurse), und Personen, für die keine Angaben zum Prüfungsergebnis vorlagen. Quelle: Thüringer Volkshochschulverband e.V., Teilnahmestatistik der Landesprogramme „Start Deutsch“.

Im Schuljahr 2017/2018 wurden erstmals Prüfungen zum Erwerb des Deutschen Sprachdiploms (DSD I) an sieben Thüringer Schulen durchgeführt. 87 Schülerinnen und Schüler nahmen daran teil, davon bestanden 56 Prozent die Prüfung auf der Niveaustufe B1, 31 Prozent die auf der Niveaustufe A2 und 8 Prozent erhielten Teilleistungsbescheinigungen für einen oder mehrere der Kompetenzbereiche. Im Schuljahr 2018/2019 nahmen in Thüringen insgesamt 190

Schülerinnen und Schüler an den Prüfungen für das DSD I und das DSD I PRO teil. Die Prüfungen wurden an zehn allgemeinbildenden und fünf berufsbildenden Schulen durchgeführt. Insgesamt erwarben 38 Prozent der Schülerinnen und Schüler ein Sprachdiplom B1, weitere 28 Prozent eine Bescheinigung „Sprachdiplom A2“ und 27 Prozent Teilleistungsbescheinigungen.⁸²

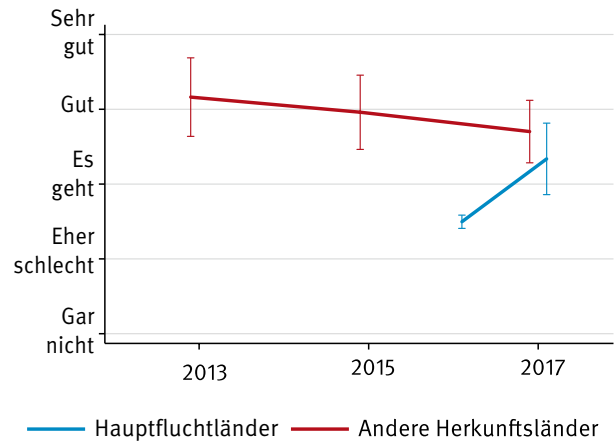
⁸² Die Zahlen zur Teilnahme an Prüfungen zum Erwerb des Deutschen Sprachdiploms sowie zu Bestehensquoten wurden vom Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport zur Verfügung gestellt.

4.3.2 Indikatoren auf der Basis von Umfragedaten

Wie schätzen die Menschen mit Migrationshintergrund in Thüringen selbst ihre Deutschkenntnisse ein? Im SOEP 2013 konnten die Befragten dies auf einer fünfstufigen Antwortskala von „gar nicht“ bis „sehr gut“ einstufen. Wie aus Abbildung 4.3.6 hervorgeht, beurteilten Personen der Kategorie „andere Herkunftsländer“ (die Einteilung der Personen aus der SOEP-Befragung wird in Kap. 2.4.2 genauer beschrieben) ihre Deutschkenntnisse im Durchschnitt als gut. Zwischen 2013 und 2017 haben sich die Einschätzungen zwar anscheinend geringfügig verschlechtert. Die Konfidenzintervalle der einzelnen Jahre überschneiden sich jedoch mit den Mittelwerten der jeweils anderen Jahre, darum ist ein Unterschied zwischen den Jahren nicht nachweisbar (zur Interpretation der Konfidenzintervalle siehe Kap. 2.3). Auch im übrigen Ostdeutschland und in Westdeutschland blieben die Selbsteinschätzungen dieser Personengruppe relativ stabil (ohne Abbildung). Insofern lässt sich die Veränderung in den Mittelwerten zwischen 2013 und 2017 nicht als Veränderung interpretieren. Für Personen aus den Hauptfluchtländern in Thüringen liegen aus der IAB-BAMF-SOEP-Stichprobe der SOEP-Befragung Daten aus zwei Erhebungsjahren vor. 2016 bewerteten die Befragten dieser Personengruppe ihre eigenen Deutschkenntnisse im Mittel mit „eher schlecht“ bzw. „es geht“ (Abb. 4.3.6) und lagen damit unter den Einschätzungen der Teilnehmenden aus der Kategorie „andere Herkunftsländer“. Diese Einschätzung hat sich im Folgejahr jedoch um etwa eine Stufe verbessert. Somit ist für das Befragungsjahr 2017 zu Personen aus „anderen Herkunftsländern“ kein Unterschied mehr nachweisbar (die Konfidenzintervalle überschneiden sich). Eine ähnliche Verbesserung zeigt sich bei den Personen aus den Hauptfluchtländern im übrigen Ostdeutschland und in Westdeutschland (ohne Abbildung).

Abbildung 4.3.6: Einschätzung der eigenen Deutschkenntnisse bei Menschen mit Flucht- und Migrationshintergrund in Thüringen

„Wie gut können Sie die deutsche Sprache sprechen?“



Anmerkung: Die Einschätzung der eigenen Deutschkenntnisse wird in der SOEP-Befragung für Personen der Kategorie „andere Herkunftsländer“ alle zwei Jahre erhoben. Für Thüringen liegen ab dem Jahr 2013 genug Fälle für eine Auswertung vor. Personen aus den Hauptfluchtländern erhalten die Frage seit 2016 jährlich. Diese Frage wird nur Personen mit Migrationshintergrund gestellt. Fallzahl: zwischen 46 und 205 je nach Gruppe und Erhebungsjahr.

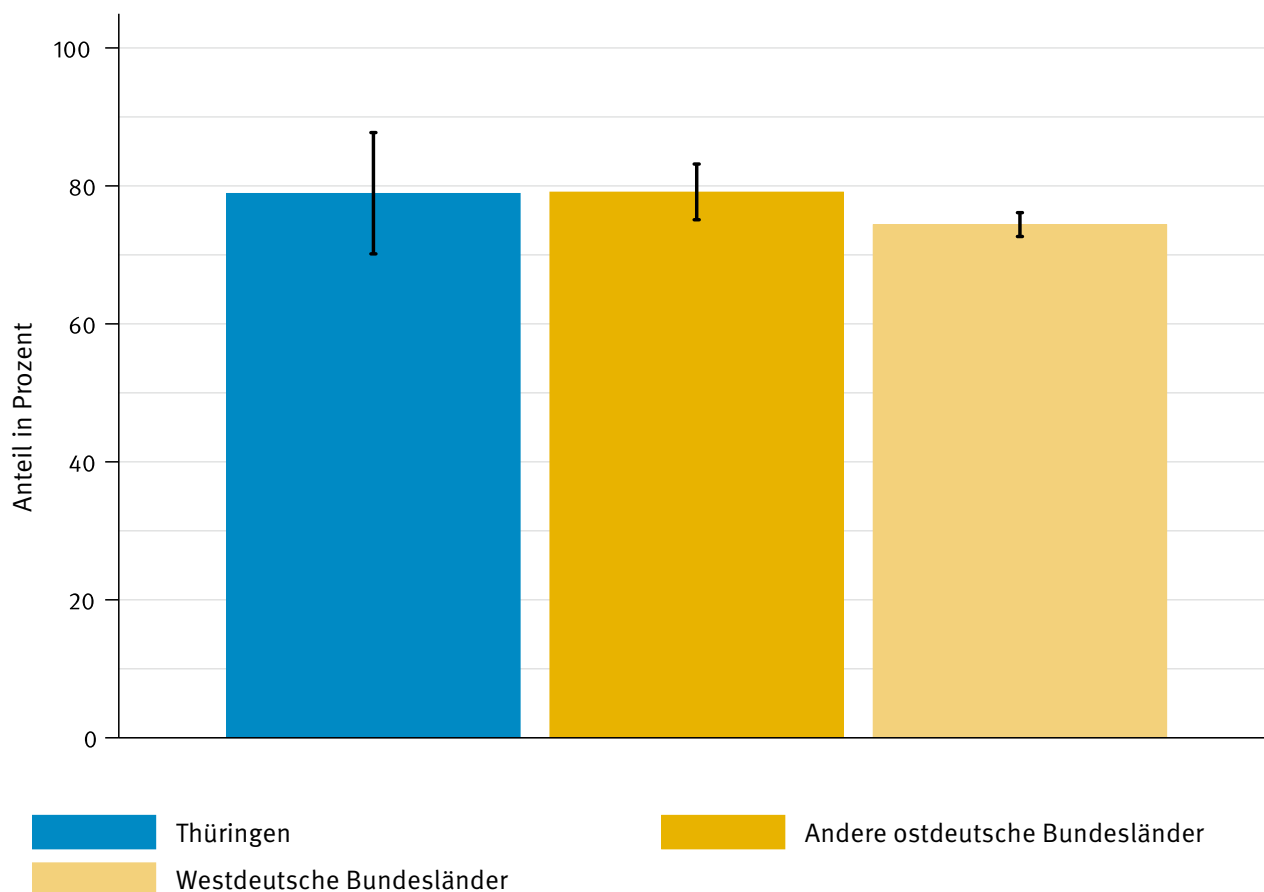
Quelle: SOEP v34; eigene Berechnungen, eigene Darstellung.

Auch im Thüringen-Monitor Integration (Beelmann et al. 2019) wurden die teilnehmenden Geflüchteten gebeten, ihre Sprachkenntnisse auf einer fünfstufigen Skala (von „sehr gut“ bis „gar nicht“) einzuschätzen. Am häufigsten gewählt wurde die Antwortkategorie „mittelmäßig“, diese wählten zwischen 36 Prozent (Lesen) und 43 Prozent (Verstehen und Sprechen) der Befragten. Die zweithäufigste Kategorie war „gut“. Dazu passt, dass die bescheinigten Deutschkenntnisse der Befragten nach eigenen Angaben am häufigsten auf der Niveaustufe B1 lagen, am zweithäufigsten auf der Niveaustufe A2; das entspricht einem geringen bis mittleren Sprachniveau. Ein direkter Vergleich mit den Daten der IAB-BAMF-SOEP-Befragung ist hier jedoch nicht möglich, denn der Thüringen-Monitor Integration basiert nicht auf einer Zufallsauswahl der Teilnehmenden und ist somit nicht verallgemeinerungsfähig.

Die IAB-BAMF-SOEP-Stichprobe von Geflüchteten liefert auch Daten zur Teilnahme an Sprachkursen. Von den Personen aus Thüringen, die in den Jahren 2016 und 2017 befragt wurden, hatten insgesamt 78,9 Prozent bereits einen Kurs besucht (Abb. 4.3.7). In den übrigen ostdeutschen Bundesländern (mit Berlin) lag

der Anteil mit 79,1 Prozent ähnlich hoch, in den westdeutschen Bundesländern mit 74,4 Prozent etwas darunter. Die Unterschiede in den Teilnahmequoten sind jedoch insgesamt gering, und das große Konfidenzintervall in den Thüringer Daten lässt nicht auf tatsächliche Unterschiede schließen.

Abbildung 4.3.7: Teilnahmequoten der Sprachkurse des BAMF bzw. der Bundesagentur für Arbeit 2016/17



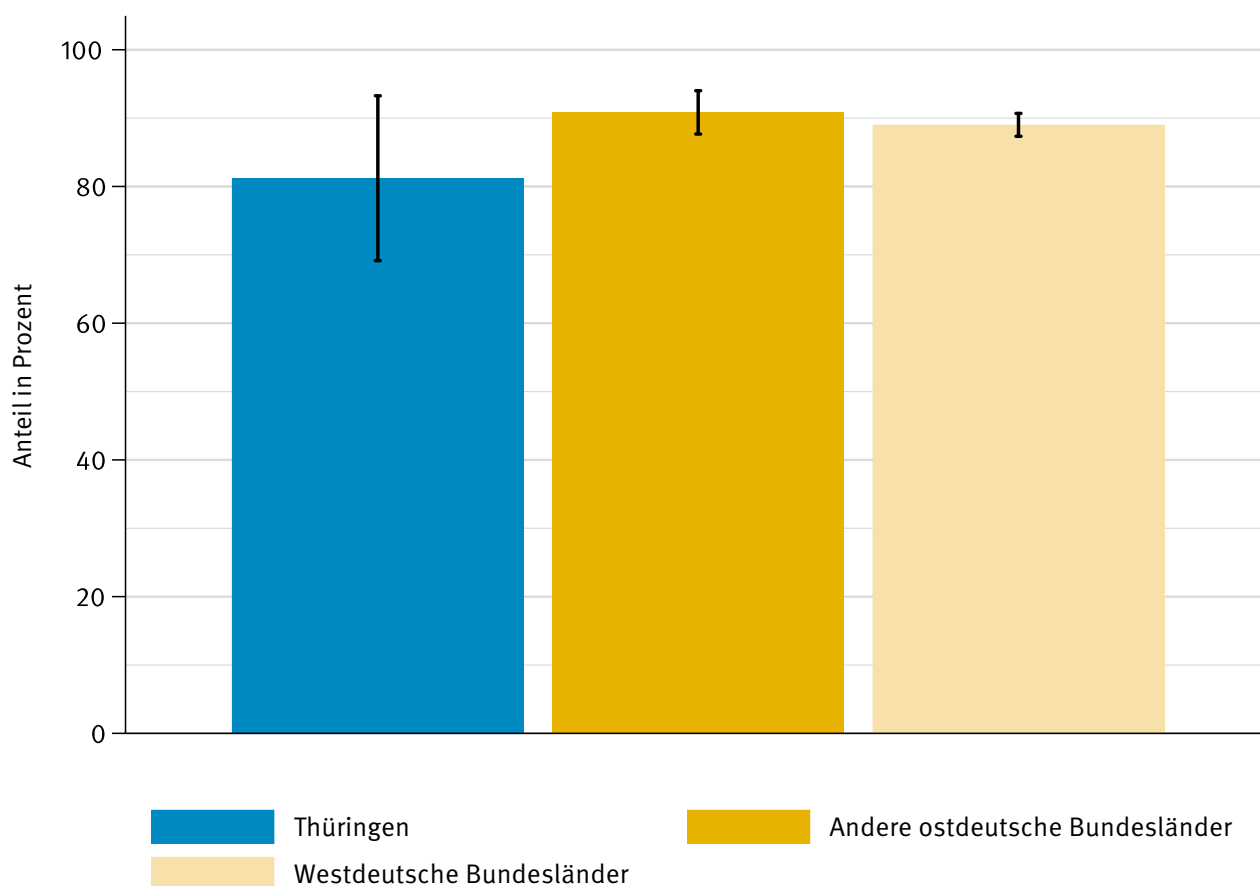
Anmerkung: Die Prozentangaben beziehen sich auf den Anteil der Personen, die zum Zeitpunkt der Befragung an mindestens einem der folgenden Sprachkurse teilgenommen hatten: BAMF-Integrationskurs, ESF-BAMF-Kurs zur berufsbezogenen Sprachförderung, Maßnahme der Agentur für Arbeit („Perspektiven für Flüchtlinge“, „Perspektiven für weibliche Flüchtlinge“, „Perspektiven für jugendliche Flüchtlinge“ und „KompAS: Kompetenzfeststellung, frühzeitige Aktivierung und Spracherwerb“) und „anderer Deutschsprachkurs“. Da es sich bei den Befragungen 2016 und 2017 zum Teil um eine Wiederholungsbefragung handelt, liegen für manche Befragten Angaben aus beiden Jahren vor. Die Daten wurden entsprechend bereinigt, sodass eine Kursteilnahme für jede Person nur einmal gezählt wurde. Bei der Auswertung wurde nicht nach Herkunftsland unterschieden, weil fast alle Befragten aus den Hauptfluchtländern kamen. Fallzahl: 7.389.

Quelle: SOEP v34; eigene Berechnungen, eigene Darstellung.

In der IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten wurden die Teilnehmenden auch gefragt, wie hilfreich sie die von ihnen besuchten Sprachkurse fanden. Die überwiegende Mehrheit empfand die Kurse als „sehr“ oder „eher“ hilfreich (Abb. 4.3.8; Thüringen: 81,2 Prozent, andere ostdeutsche Bundesländer (mit Ber-

lin): 90,8 Prozent, westdeutsche Bundesländer: 89,0 Prozent). Da sich jedoch das große Konfidenzintervall in der Thüringer Stichprobe mit den Mittelwerten der anderen regionalen Gruppen überschneidet, ist auch hier kein Unterschied nachweisbar.

Abbildung 4.3.8: Bewertung der Teilnahme an einem Sprachkurs als hilfreich



Anmerkung: Abgebildet ist der Anteil der Befragten, die die Teilnahme an einem Sprachkurs als „sehr hilfreich“ oder „eher hilfreich“ empfanden. Die beiden anderen Antwortmöglichkeiten lauteten „eher nicht hilfreich“ und „kaum hilfreich“. Die Prozentangaben fassen die Antworten aus den Jahren 2016 und 2017 zu folgenden Sprachkursen zusammen: BAMF-Integrationskurs, ESF-BAMF-Kurs zur berufsbezogenen Sprachförderung, Maßnahme der Agentur für Arbeit („Perspektiven für Flüchtlinge“, „Perspektiven für weibliche Flüchtlinge“, „Perspektiven für jugendliche Flüchtlinge“ und „KompAS: Kompetenzfeststellung, frühzeitige Aktivierung und Spracherwerb“) und „anderer Deutschsprachkurs“. Bei der Auswertung wurde nicht nach Herkunftsland unterschieden, weil fast alle befragten Personen aus den Hauptfluchtländern kamen. Fallzahl: 3.100.
Quelle: SOEP v34; eigene Berechnungen, eigene Darstellung.

4.3.3 Zwischenfazit zu Sprache als Schlüssel zu Integration

Die Integrationskurse des BAMF stehen nur einem Teil der neu zugewanderten Menschen in Thüringen offen. Der Freistaat hat hier mit dem Landesprogramm „Start Deutsch“ gegengesteuert: Es soll vor allem Personen erreichen, die zu Integrationskursen (noch) keinen Zugang haben. Dadurch hat das Land ein Sprachangebot für sehr viele Personen geschaffen, die ansonsten kaum Möglichkeiten hätten, die deutsche Sprache systematisch zu lernen. Wie die Auswertung zeigt, können dadurch in fast allen Regionen des Freistaats für eine große Bandbreite von Herkunftsgruppen Sprachkurse angeboten werden.

Trotzdem finden in manchen Regionen weniger Kurse statt als in anderen, wo ähnlich viele Geflüchtete leben. Hier ist jedoch zu beachten, dass die dargestellten Kurszahlen nur einen Teil der Sprachkurse abbilden, die in Thüringer Landkreisen und kreisfreien Städten insgesamt angeboten werden. Zudem haben die Wanderungsbewegungen nach und innerhalb von Thüringen in den letzten Jahren stark geschwankt (vgl. Kap. 3.2.2); dadurch kann zwischen der Zahl der Sprachkurse und der der Geflüchteten in einzelnen Regionen zeitweise ein Missverhältnis entstehen.

Personen aus bestimmten Herkunftsländern sind im Verhältnis zu ihrer Gesamtzahl in Thüringen in den Sprachkursen unter- bzw. überrepräsentiert. Das kann u. a. damit zusammenhängen, dass die Menschen unterschiedlich lange in Thüringen leben und dass die Zuzugszahlen schwanken. Grundsätzlich ist es für die Förderung von Integration wichtig, dass Menschen aller Herkunftsgruppen gleichermaßen Zugang zu Sprachkursen erhalten. Neben dem Abbau rechtlicher Zugangshürden kommt es hier u. a. darauf an, dass Kommunikations- und Informationswege gut funktionieren. Wie Studien zeigen, wissen Geflüchtete oft zu wenig über Integrationsangebote, was verschiedene Ursachen haben kann. So können Informationsmaterialien nicht in den relevanten Herkunftssprachen zur Verfügung stehen, Beratungsangebote können entweder nicht ausreichend vorhanden sein oder Geflüchtete kennen diese nicht, oder Informationen können in Beratungsgesprächen nur eingeschränkt vermittelt werden, weil für bestimmte Herkunftssprachen nicht genug Dolmetscherinnen und Dolmetscher zur Verfügung stehen (siehe dazu Schiefer 2018).

Der hohe Anteil männlicher und jüngerer Sprachkursteilnehmender entspricht der Geschlechts- und Altersverteilung in der Gesamtgruppe der Geflüchteten (vgl. Statistisches Bundesamt 2018d: 22, 35). Die Ergebnisse der IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten weisen darauf hin, dass insbesondere bei der Teilnahme von Frauen an Sprachkursen auch die Betreuung von Kindern eine wichtige Rolle spielt (Brücker et al. 2016: 41, Brücker et al. 2019: 6). Erfahrungsberichte aus dem Landesprogramm „Start Deutsch“ stützen diese Interpretation (Thüringer Volkshochschulverband 2018: 19).

Weiterhin ist es wichtig, dass eine Sprachkursteilnahme nach Möglichkeit auch zu einem zertifizierten Abschluss führt, denn solche Bescheinigungen sind besonders für den Einstieg in den Arbeitsmarkt und das Bildungssystem von großer Bedeutung. Die in diesem Kapitel beschriebenen Erfolgsquoten von Prüfungen bei Integrationskursen, im Landesprogramm „Start Deutsch“ sowie beim Sprachdiplom für neu zugewanderte Schülerinnen und Schüler an allgemein- und berufsbildenden Schulen lagen im jeweiligen Erfas-

sungszeitraum je nach Niveaustufe bei 40 bis 60 Prozent. Die Quoten für das Landesprogramm „Start Deutsch“ lagen dabei z. T. über jenen der Integrationskurse. Die Daten des Landesprogramms zeigen aber auch, dass viele Teilnehmende ihren Kurs ohne Sprachprüfung abschließen, obwohl sie die Möglichkeit dazu hätten. Welche Ursachen dies hat, lässt sich aus den Daten nicht ableiten. Dies könnte aber für die weitere Gestaltung des Programms in den Blick genommen werden, denn das Landesprogramm wird seit seinem Beginn stetig weiterentwickelt. Es greift aktuelle Bedarfe und Evaluationsergebnisse auf und nimmt entsprechende Anpassungen vor.

Optimistisch stimmt der Befund, dass Menschen mit Fluchthintergrund in Thüringen die Sprachkurse, an denen sie teilgenommen haben, überwiegend positiv bewerten. Zudem schätzten die im Jahr 2017 befragten Geflüchteten ihre eigene Sprachkompetenz besser ein als jene von 2016. Dies deutet darauf hin, dass sie von den Sprachkursen profitieren konnten, wenngleich ein direkter Zusammenhang zwischen Kursteilnahme und besserer Selbsteinschätzung wegen der geringen Fallzahlen für Thüringen nicht hergestellt werden kann. Die IAB-BAMF-SOEP-Daten zeigen für Deutschland, dass im Jahr 2017 Personen, die einen Kurs besucht haben, ihre Sprachfähigkeit etwas besser einschätzten als Personen ohne Kursbesuch (ohne Abbildung).

Ob das Angebot zum Erwerb von Deutschkenntnissen in Thüringen der Nachfrage entspricht, lässt sich mit den hier analysierten Daten insgesamt nur bedingt untersuchen. Dafür wären Daten nötig, die erfassen, wann eine in der Region lebende Person zugewandert ist und ob sie bereits einen Sprachkurs absolviert hat. Denkbar wäre eine solche Erhebung mit einem kommunalen Integrationsmonitoring, das Daten verschiedener Behörden und Institutionen – etwa von Ausländerbehörden und Sprachkursanbietern – systematisiert und vernetzt. Erste Ansätze dazu gibt es bereits. So hat die Stadt Erlangen eine gemeinsame Integrationsdatenbank geschaffen, auf die verschiedene öffentliche und nicht öffentliche Stellen zugreifen können, ohne dass datenschutzrechtliche Vorgaben verletzt werden (siehe Ohliger et al. 2019).

4.4 Bildung als Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe

Bildung ist in modernen Wissensgesellschaften eine entscheidende Ressource. Das betrifft nicht nur den Arbeitsmarkt, sondern auch viele andere Lebensbereiche. Das Ausfüllen einer Steuererklärung oder Behördengänge sind zum Beispiel ohne Hilfe nur möglich, wenn man sich zumindest einen Teil der nötigen Informationen selbst erschließen kann. Bildung und berufliche Qualifikationen werden dadurch noch wichtiger, dass formale Nachweise auf dem deutschen Arbeitsmarkt eine große Rolle spielen⁸³ (vgl. Pollak et al. 2007: 17; Winkelmann 1993: 13) und dass sich im Zuge des Strukturwandels allgemein ein Trend zu Höherqualifizierung abzeichnet

(Möller 1999). Wie wichtig Bildungsabschlüsse sind, zeigt sich empirisch etwa, wenn man ethnische Unterschiede in der Stellung auf dem Arbeitsmarkt betrachtet: Die Nachteile von Personen mit Migrationshintergrund auf dem Arbeitsmarkt lassen sich zum großen Teil damit erklären, dass sie weniger formale Bildungsnachweise haben (etwa Granato & Kalter 2001, Kalter & Granato 2007). Zusätzlich dürfte eine Rolle spielen, dass im Herkunftsland erworbene Qualifikationen nur eingeschränkt auf Deutschland übertragbar sind. Im Folgenden wird neben schulischen und akademischen Bildungsabschlüssen auch die berufliche Ausbildung betrachtet.

4.4.1 Indikatoren auf Basis administrativer Daten

Das Thüringer Integrationskonzept bezieht sich neben der klassischen Schulbildung auch auf frühkindliche Bildung, außerschulische Jugendbildung und Erwachsenenbildung. Am besten dokumentiert sind formale Bildungsabschlüsse. Im Folgenden werden daher hauptsächlich erreichte Bildungsabschlüsse untersucht.

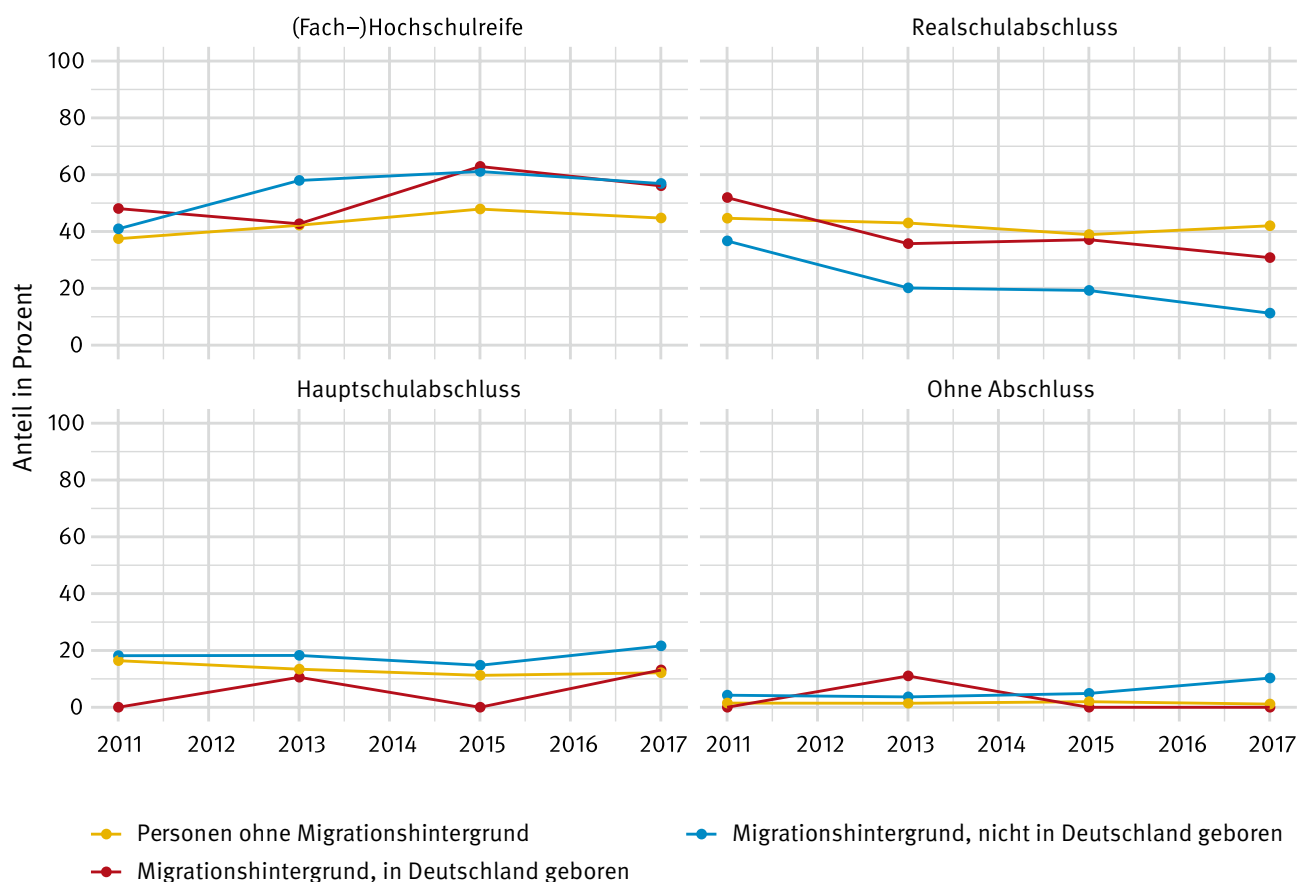
Laut einer Sonderauswertung der Thüringer Schuljahresstatistik wurden im Sommer 2018 in Thüringen an allgemeinbildenden Schulen 13.269 Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund unterrichtet. Damit wuchs der Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund von 6,7 Prozent in 2017 auf 7,5 Prozent. Dieser Anteil verteilt sich jedoch höchst ungleich über verschiedene Schultypen. Während er an Grundschulen 8,5 Prozent betrug, waren es an Gymnasien nur 3,5 Prozent.

Das Integrationsmonitoring der Länder (Länderoffene Arbeitsgruppe „Indikatorenentwicklung und Monitoring“ der Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister/Senatorinnen und Senatoren der Länder 2019) erlaubt einen Blick auf die Entwicklung des Bildungserfolgs von Menschen mit Migrationshintergrund in Thüringen.

Das Integrationsmonitoring der Länder weist den höchsten erreichten allgemeinbildenden Schulabschluss der 18- bis 25-jährigen Thüringerinnen und Thüringer nach Migrationshintergrund und Geburtsort aus (Abbildung 4.4.1). Die Daten basieren auf Hochrechnungen aus dem Mikrozensus und betreffen Abschlüsse, die in Thüringen oder anderswo erreicht wurden. Entsprechend ist hier von statistischen Unsicherheiten auszugehen, die bei der Interpretation berücksichtigt werden müssen. Diese Unsicherheit kann jedoch nicht genauer bestimmt werden, da das Integrationsmonitoring der Länder dazu keine Angaben enthält. Trotz dieser Einschränkung lässt sich Abbildung 4.4.1 so interpretieren, dass die erworbenen Abschlüsse allgemeinbildender Schulen bei den betrachteten Gruppen in Thüringen in den meisten Fällen nicht bedeutsam voneinander abweichen. Eine bedeutende Lücke zeigt sich 2017 bei den Realschulabschlüssen. Hier fallen Menschen mit Migrationshintergrund, die nicht in Thüringen geboren wurden, deutlich ab. Dieser Unterschied lässt sich am ehesten damit erklären, dass ein Realschulabschluss eine Eigenheit des deutschen Bildungssystems ist und es daher unwahrscheinlich ist, dass Geflüchtete einen solchen Abschluss bereits mitbringen.

83 So orientieren sich Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen eher an Bescheinigungen für eine bestimmte Ausbildung, wenn solche vorliegen, als in ein (teureres) Screening zu investieren, um die tatsächliche (oder potenzielle) Produktivität für eine bestimmte Position zu ermitteln (Müller & Gangl 2003).

Abbildung 4.4.1: Höchster allgemeinbildender Schulabschluss von 18- bis 25-Jährigen nach Migrationshintergrund und Geburtsort.



Anmerkung: Bei den Werten muss von statistischen Unsicherheiten ausgegangen werden, da sie auf Hochrechnungen von Daten aus dem Mikrozensus basieren. Diese Unsicherheiten werden in der Quelle jedoch nicht angegeben. Dazu müssen die Eigenheiten der Bildungsdaten aus dem Mikrozensus beachtet werden (siehe Kapitel 4.4.2).

Quelle: Integrationsmonitoring der Länder (Länderoffene Arbeitsgruppe „Indikatorenentwicklung und Monitoring“ der Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister/Senatorinnen und Senatoren der Länder 2019).

Dieses insgesamt positive Bild kann nicht über weiteren Handlungsbedarf hinwegtäuschen; das zeigen weitere Auswertungen der Schulstatistik und des Integrationsmonitorings der Länder. So hatten 2018 71,5 Prozent der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund Förderbedarf im Bereich Deutsch als Zweitsprache. Laut dem Integrationsmonitoring der Länder erreichten 64,7 Prozent der Schülerinnen und Schüler ohne Migrationshintergrund 2016 in der vierten Jahrgangsstufe die Regelstandards im Fach Mathematik. Im Fach Deutsch waren es 68,3 Prozent. Für die Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund lagen beide Werte um 57 Prozent, also rund

8 und 11 Prozentpunkte niedriger. Neben diesem deutlichen Unterschied ist bemerkenswert, dass die Leistungen der Schülerinnen und Schüler ohne Migrationshintergrund in Thüringen unter dem Bundesmittel von 69,5 Prozent in Mathematik und 73,4 Prozent in Deutsch liegen. Bei den Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund liegen sie hingegen leicht über dem Bundesmittel von 52,8 bzw. 54,8 Prozent. Bei den Ausführungen zu den Regelstandards muss beachtet werden, dass die Anzahl der getesteten Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund sehr niedrig ist.

Zusammengenommen werfen diese Statistiken die Frage auf, ob die geringen Unterschiede in den erworbenen Schulabschlüssen in erster Linie darauf zurückgehen, dass die Zuwanderinnen und Zuwanderer bereits bei der Zuwanderung höher qualifiziert sind, und ob es dem thüringischen Schulsystem gelingen wird, ähnliche Werte bei Thüringer Absolventinnen und Absolventen zu erreichen.

Eine spezifische Maßnahme der Thüringer Landesregierung zur Förderung der Bildung von Menschen mit Migrationshintergrund ist das Landesprogramm „Start Bildung“: Es zielt auf Personen ab, die in ihren Herkunftsländern nicht oder nur sehr geringfügig an Bildungsangeboten teilnehmen konnten oder die ihre Bildungslaufbahn frühzeitig, z.B. durch Flucht, unterbrechen mussten. Problematisch ist dies vor allem für Personen, die bei ihrer Ankunft in Deutschland nicht mehr schulpflichtig sind, denen aber trotzdem die allgemeinschulischen Bildungsvoraussetzungen fehlen, um z. B. einen berufsqualifizierenden Bildungsabschluss zu erwerben. Das Programm richtet

sich daher an nicht mehr schulpflichtige Menschen mit Migrationshintergrund zwischen 16 und 27 Jahren, unabhängig von Aufenthaltsstatus und Herkunftsland. Ziel des Programms ist die Vermittlung schulischer Grundbildung in den Bereichen Deutsch, Mathematik, Gesellschaft und Politik sowie Berufsorientierung.⁸⁴

Im Bereich der frühkindlichen Bildung konnten wenige Daten ausgewertet werden. Für 2017 weist das Integrationsmonitoring der Länder jedoch die Betreuungsquoten⁸⁵ von 3- bis 6-jährigen Kindern nach Migrationshintergrund aus. Hier zeigt sich ein deutlicher Unterschied zwischen Kindern mit Migrationshintergrund (77,5 Prozent) und Kindern ohne Migrationshintergrund (96,9 Prozent). Aus diesem Unterschied lässt sich jedoch noch keine Bildungsungleichheit konstruieren und aufgrund der fehlenden Werte über einen längeren Zeitraum lässt sich auch nicht sagen, ob es sich bei diesen Unterschieden um eine Folge der gestiegenen Fluchtmigration oder um einen längerfristigen Trend handelt.

4.4.2 Mikrozensus

Mit den Daten des Mikrozensus können Bildung und Ausbildung nach Migrationshintergrund und Herkunftslandgruppen dargestellt werden (Definition des Migrationshintergrunds nach Geburtsland, vgl. Kap. 2.4.1). Bei der Interpretation sind zwei Dinge zu beachten: Erstens gibt der Mikrozensus als Antwortmöglichkeiten nur die deutschen Bildungs- und Ausbildungsabschlüsse vor; Personen, die ihre Bildungsabschlüsse im Ausland erworben haben, werden gebeten, einen gleichwertigen deutschen Abschluss anzugeben. Dadurch kann es zu Fehleinschätzungen kommen, wenn sich die Bildungssysteme unterscheiden. Zweitens können Bildungsabschlüsse nur für die gesamte jeweilige Bevölkerungsgruppe dargestellt werden. Abgrenzungen nach Alter sind nicht möglich, weil die Fallzahlen sonst zu niedrig werden. Dadurch wird einerseits die Bildung der Personen mit Migrationshintergrund unterschätzt, weil diese im Schnitt jünger sind und sich zum Teil noch in der Schule, in der Ausbildung oder im Studium befinden. Andererseits finden sich in der Vergleichsgruppe ohne Migrationshintergrund anteilig mehr ältere Personen, die

ihre Bildungsabschlüsse noch vor der sogenannten Bildungsexpansion⁸⁶ erworben haben.

Abbildung 4.4.2 zeigt die jeweils höchsten Abschlüsse allgemeinbildender Schulen nach Migrationshintergrund. Der Anteil der Personen mit Abitur (oder einem entsprechenden Abschluss) liegt in allen Herkunftsländerguppen höher als bei den Personen ohne Migrationshintergrund. Das gilt insbesondere für Personen aus der EU und der übrigen Welt. Gleichzeitig ist bei den Menschen mit Migrationshintergrund aber auch der Anteil derjenigen, die gar keinen allgemeinen Bildungsabschluss haben (oder keinen angegeben haben), teilweise sehr viel größer als bei den Menschen ohne Migrationshintergrund. Das betrifft insbesondere die Personen aus den Hauptfluchtländern. Gerade bei dieser Gruppe, die erst seit wenigen Jahren in Deutschland lebt, könnte der hohe Anteil der Personen ohne Abschluss (beziehungsweise ohne eine entsprechende Angabe) aber zum Teil auch darauf zurückgehen, dass sie das deutsche Bildungssystem nicht kennen und dadurch

⁸⁴ Für weitere Informationen siehe <https://www.vhs-th.de/startbildung/>, letzter Aufruf: 20.09.2019.

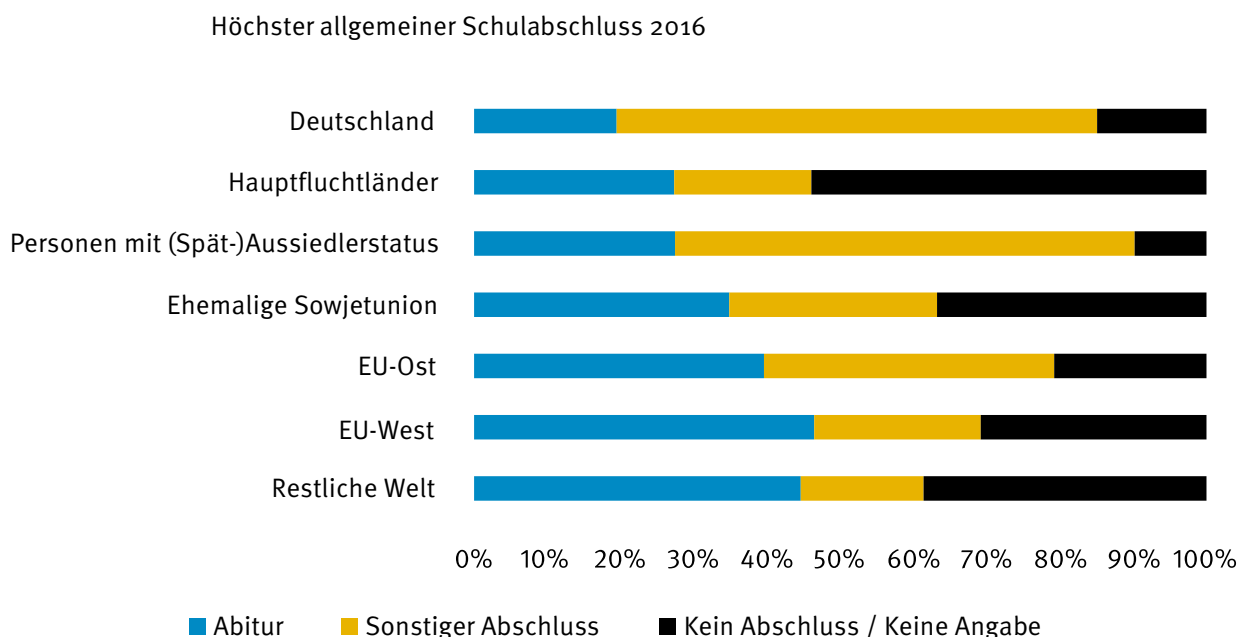
⁸⁵ Kinder in Kindertageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege.

⁸⁶ Als Bildungsexpansion wird der seit den 1950er Jahren gestiegene Anteil sekundärer und tertiärer Bildungsabschlüsse bezeichnet.

unzutreffende Angaben machen. Weiterhin mussten viele Personen dieser Gruppe wegen der Konflikte im Herkunftsland ihre Bildungslaufbahn unterbrechen. Das Bild der Abschlüsse führt also möglicherweise dazu, dass das tatsächliche Bildungsniveau dieser Gruppe unterschätzt wird. Andere Studien (etwa der

Thüringen-Monitor Integration, Beelmann et al. 2019) nennen für Menschen mit Fluchthintergrund ähnlich hohe Anteile von Personen mit Abitur und mittlerem Schulabschluss, jedoch deutlich niedrigere Anteile von Personen ohne Abschluss (20 Prozent laut Thüringen-Monitor Integration, ebd.: 42).

Abbildung 4.4.2: Allgemeine Schulabschlüsse von Personen mit und ohne Migrationshintergrund in Thüringen nach Herkunftsrgruppen



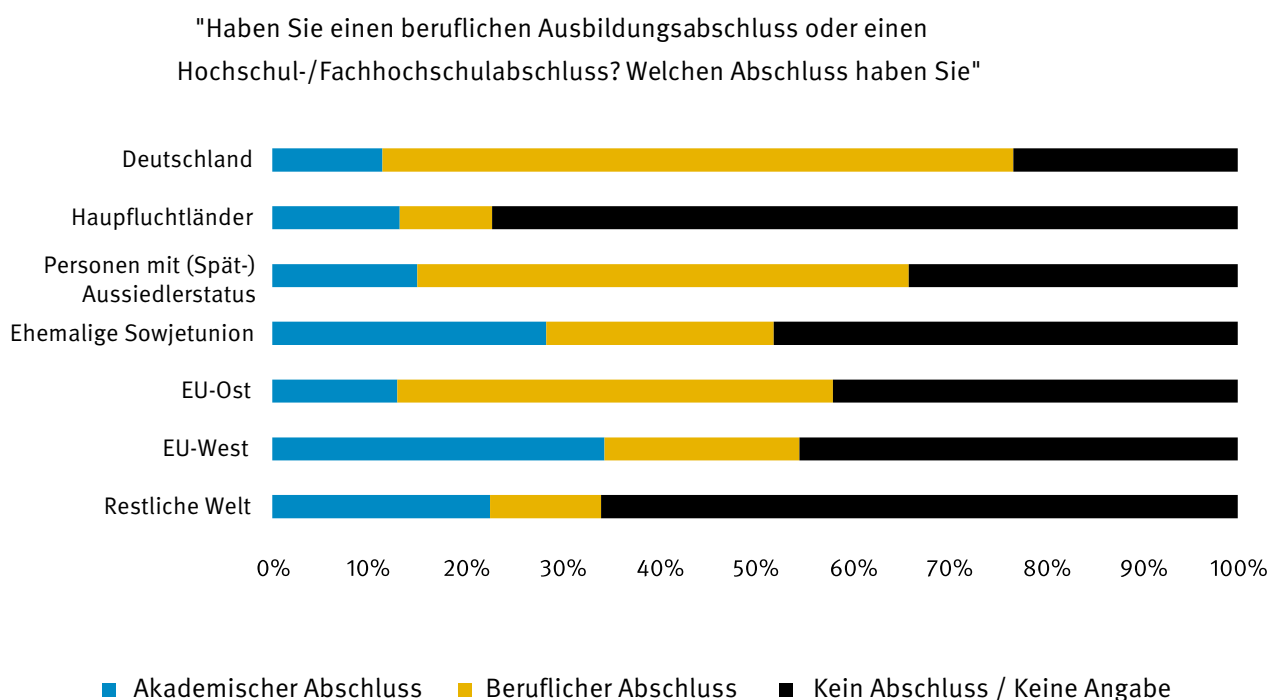
Fallzahl: 20.223.

Quelle: Mikrozensus 2016; eigene Berechnungen, eigene Darstellung.

Eine Auswertung nach Geschlecht ergibt für die Menschen mit Migrationshintergrund in Thüringen deutliche Unterschiede: Insgesamt 27 Prozent der Frauen haben Abitur (bzw. einen gleichwertigen Abschluss), bei den Männern sind es mit 35 Prozent deutlich mehr. Einen sonstigen Schulabschluss haben dagegen mit 49 Prozent mehr Frauen als Männer (38 Prozent). In der Gruppe der Personen ohne Migrationshintergrund liegen Frauen und Männer dagegen bei allen allgemeinen Schulabschlüssen fast gleichauf. Bei beruflicher Bildung und akademischen Abschlüssen sind die Unterschiede ähnlich stark ausgeprägt (Abb. 4.4.3). Einen Studienabschluss haben (ähnlich wie das Abitur) in den meisten Herkunftsrgruppen anteilig deutlich mehr Personen als Thüringerinnen und Thüringer ohne Migrationshintergrund. Im Be-

reich der Berufsabschlüsse wiederum zeigen sich sehr große Unterschiede. Das ist erwartbar, denn solche sind in vielen Herkunftsländern nicht üblich. Nur Personen mit (Spät-)Aussiedlerstatus sowie Personen aus den EU-Ost-Ländern haben annähernd so oft einen beruflichen Abschluss wie diejenigen ohne Migrationshintergrund. Die Geschlechterunterschiede bei den Personen mit Migrationshintergrund sind bei der akademischen und beruflichen Bildung weniger ausgeprägt: Von den Männern dieser Gruppe haben 18,4 Prozent einen akademischen Abschluss, die Frauen liegen mit 16,6 Prozent knapp darunter. Bei den beruflichen Abschlüssen liegt der Anteil der Frauen mit 39,4 Prozent sogar höher; von den Männern mit Migrationshintergrund können nur 35,4 Prozent einen solchen Abschluss vorweisen.

Abbildung 4.4.3: Weiterführende Schulabschlüsse von Personen mit und ohne Migrationshintergrund in Thüringen nach Herkunftsgruppen.



Fallzahl: 20.223.

Quelle: Mikrozensus 2016; eigene Berechnungen, eigene Darstellung.

4.4.3 Zwischenfazit zu Bildung als Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe

Die oft festgestellten Bildungsungleichheiten von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund sind in Thüringen deutlich weniger ausgeprägt als in anderen Bundesländern. Stattdessen zeigen die Daten, dass in fast jeder Herkunftsgruppe der Anteil von Menschen mit Abitur beziehungsweise einem akademischen Abschluss höher ist als unter Thüringerinnen und Thüringern ohne Migrationshintergrund. Gleichzeitig ist in diesen Gruppen allerdings auch der Anteil von Menschen ohne einen formalen Abschluss höher als der unter Thüringerinnen und Thüringern ohne Migrationshintergrund. Anstatt von einer pauschalen Bildungsungleichheit muss in Thüringen also eher von stark polarisierten Bildungserfolgen gesprochen werden. Anhand der Datenlage kann allerdings nicht zweifelsfrei festgestellt werden, zu welchen Teilen diese Polarisierung „hausgemacht“ ist - also durch Prozesse im thüringischen Bildungssystem entstanden ist - und zu welchen Teilen sich diese Polarisierung aus der noch jungen thüringischen Zuwanderungsgeschichte ergibt. Der Blick auf die Leistungen von

Schülerinnen und Schülern in der 4. Jahrgangsstufe und der hohe Bedarf an Sprachförderung zeigen jedoch, dass das Sicherstellen gleicher Bildungschancen und Bildungserfolge weiterhin ein sehr wichtiges Zukunftsthema der thüringischen Integrationspolitik bleibt. Das Landesprogramm Start Bildung greift diese Herausforderung auf und bietet jungen Erwachsenen die Möglichkeit schulische Bildung nachzuholen.

Im Rahmen dieses ersten Berichts konnten die wichtigen Bereiche Kindergarten und frühkindliche Bildung sowie die Anerkennung von im Ausland erworbenen Schul- und Berufsabschlüssen noch nicht aufgegriffen werden. Hinsichtlich der universitären Bildung wurden zwar die Abschlüsse der in Thüringen lebenden Bevölkerung analysiert. Der wichtige Bereich der Internationalisierung von Universitäten und anderen Bildungseinrichtungen, etwa in Bezug auf ausländische Studierende sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurde in diesem Bericht ebenfalls noch nicht aufgegriffen.

4.5 Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Die Stellung auf dem Arbeitsmarkt – ob man erwerbstätig ist und in welcher Position – hat für fast alle Lebensbereiche weitreichende Folgen. Erwerbstätigkeit ist in modernen Gesellschaften der übliche Weg, um Einkommen und soziale Wertschätzung zu erlangen (Esser 2000: 304 ff.). Dementsprechend kommt der Beschäftigungssituation in der empirischen Integra-

tionsforschung auch eine zentrale Rolle zu und ist oft sogar der einzige verwendete Indikator. Kapitel 4.4 beschreibt bereits, welche Personengruppen welche beruflichen Abschlüsse in Thüringen erworben haben. Dieses Kapitel wird sich mit der Situation auf dem Arbeitsmarkt auseinandersetzen und Aspekte der beruflichen Bildung nicht weiter diskutieren.

4.5.1 Indikatoren auf der Basis administrativer Daten

Der wichtigste Lieferant administrativer Daten zum deutschen Arbeitsmarkt ist die Bundesagentur für Arbeit. Sie bietet verschiedene Statistiken zur Beschäftigungssituation in Thüringen; die meisten lassen sich auch getrennt nach Staatsangehörigkeit auswerten. Ein Migrationshintergrund deutscher Staatsangehöriger wird allerdings nicht gesondert erfasst. Die aktuellsten und genauesten Angaben kann die Bundesagentur für Arbeit zu den folgenden drei Gruppen machen: arbeitslos gemeldete Personen, sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und geringfügig Beschäftigte. Aufgeschlüsselte Angaben zu Selbstständigen, Beamten oder Grenzpendlerinnen und -pendlern sind hingegen nicht immer (kurzfristig) verfügbar. Verkompliziert wurde die Datenaufbereitung der Bundesagentur für Arbeit durch die gestiegene Fluchtzuwanderung 2015 und 2016. Insbesondere in kleineren geografischen Räumen (z.

B. Landkreise oder Bezirke der Bundesagentur für Arbeit) veränderte sich die tatsächliche Zahl ausländischer Erwerbstätiger und Arbeitsloser so schnell, dass eine verlässliche Berechnung der Arbeitslosenquote nicht möglich war. Gleichzeitig stieg das öffentliche Interesse an aktuellen, nach Staatsbürgerschaft getrennt ausgewiesenen Arbeitsmarktzahlen. Um beiden Entwicklungen Rechnung zu tragen, entwickelte die Bundesagentur für Arbeit die Arbeitslosenquote mit eingeschränkter Bezugsgröße (siehe Infokasten 4.5A). Hier ist es wichtig zu berücksichtigen, dass die eingeschränkte Bezugsgröße zwar alle arbeitslos gemeldeten Personen, nicht aber alle erwerbstätigen Personen umfasst. Aus diesem Grund liegt die Arbeitslosenquote mit eingeschränkter Bezugsgröße immer etwas über der tatsächlichen Arbeitslosenquote.

Eingeschränkte Bezugsgröße

In Folge der 2015 und 2016 gestiegenen Fluchtzuwanderung veröffentlicht die Bundesagentur für Arbeit neben der üblichen Arbeitslosenquote aller zivilen Erwerbspersonen, die aufgrund der Datelage in Zähler und Nenner periodenungleich berechnet wird, eine periodengleich berechnete (Zähler und Nenner werden zum gleichen Zeitpunkt gemessen) Arbeitslosenquote für die sogenannte eingeschränkte Bezugsgröße. Die eingeschränkte Bezugsgröße beinhaltet alle Personengruppen, zu denen die Bundesagentur für Arbeit auch kurzfristig Angaben machen kann (arbeitslos gemeldete Personen, sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und geringfügig Beschäftigte). Im Dezember 2018 umfasste die sogenannte eingeschränkte Bezugsgröße etwa 85 Prozent aller zivilen Erwerbspersonen in Deutschland und rund 90 Prozent aller ausländischen zivilen Erwerbspersonen. Angaben mit der eingeschränkten Bezugsgröße können also wichtige Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt abbilden. Sie sind aber zugleich mit Vorsicht zu interpretieren. So werden z. B. damit errechnete Arbeitslosenquoten immer etwas höher liegen als die Arbeitslosenquote aller zivilen Erwerbspersonen, weil die Bezugsgröße kleiner ist.

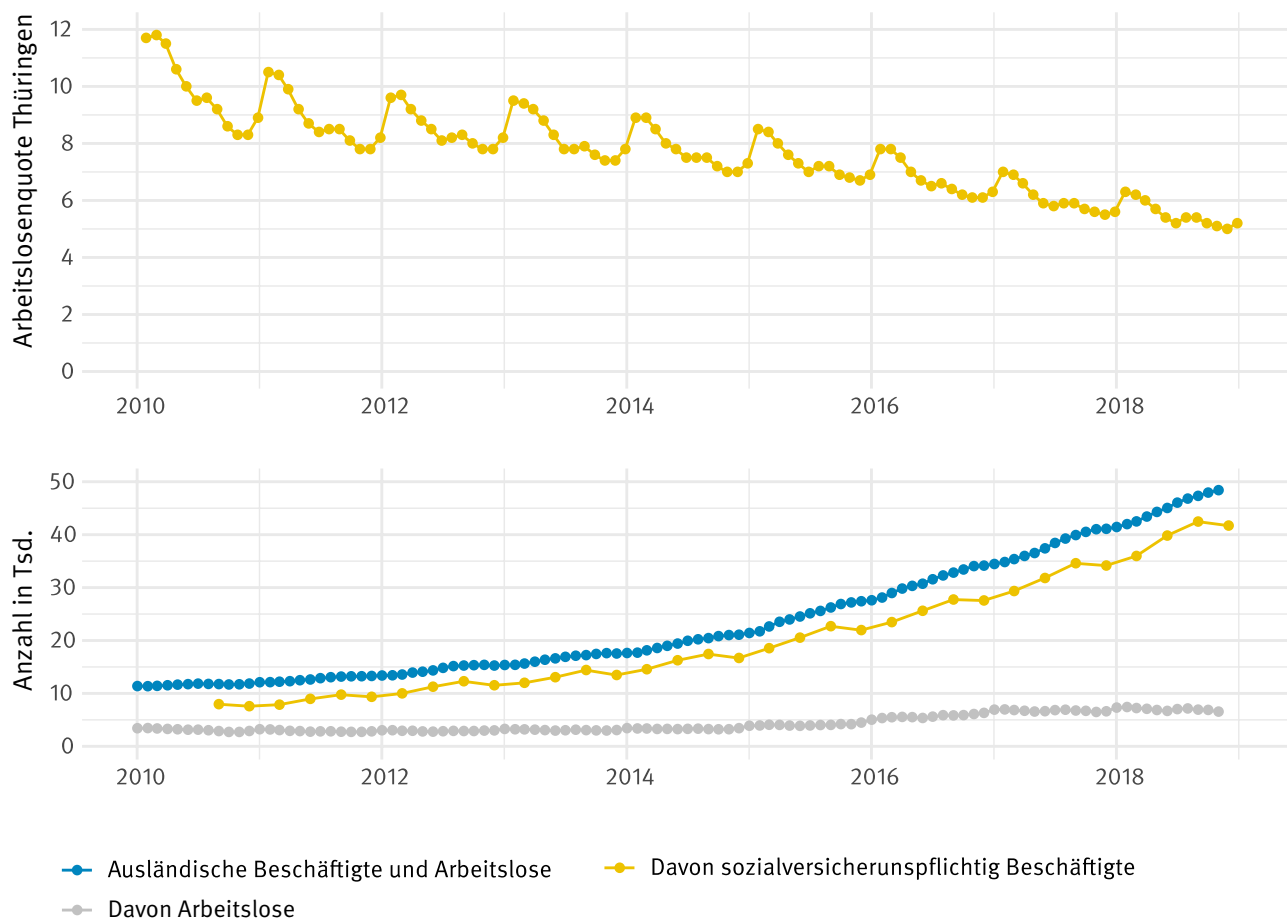
4.5A

i

Legt man die Arbeitslosenquote zugrunde, ist die Arbeitslosigkeit in Thüringen in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen. Im ersten Quartal 2010 betrug sie noch knapp 12 Prozent; im letzten Quartal 2018 lag sie mit etwa 5 Prozent niedriger als in allen anderen ostdeutschen Bundesländern und nur

unwesentlich über dem Bundesdurchschnitt von 4,9 Prozent (siehe Abb. 4.5.1). Im gleichen Zeitraum haben sich auch die saisonalen Schwankungen sichtbar abgeschwächt. Dies kann als Hinweis darauf gedeutet werden, dass der Anteil der langfristigen Beschäftigungsverhältnisse zugenommen hat.

Abbildung 4.5.1: Arbeitslosenquote und Zahl der ausländischen Beschäftigten und Arbeitssuchenden in Thüringen 2010-2018



Anmerkung: Dargestellt sind die Arbeitslosenquote aller zivilen Erwerbspersonen (oben) und die sogenannte eingeschränkte Bezugsgröße der ausländischen Beschäftigten und arbeitslos gemeldeten Ausländer (unten).

Quellen: Bundesagentur für Arbeit: Migrations-Monitor Arbeitsmarkt, Ausländerarbeitsquoten und Beschäftigte nach Staatsangehörigkeiten; Statistisches Bundesamt, Destatis; eigene Darstellung der monatlichen Werte.

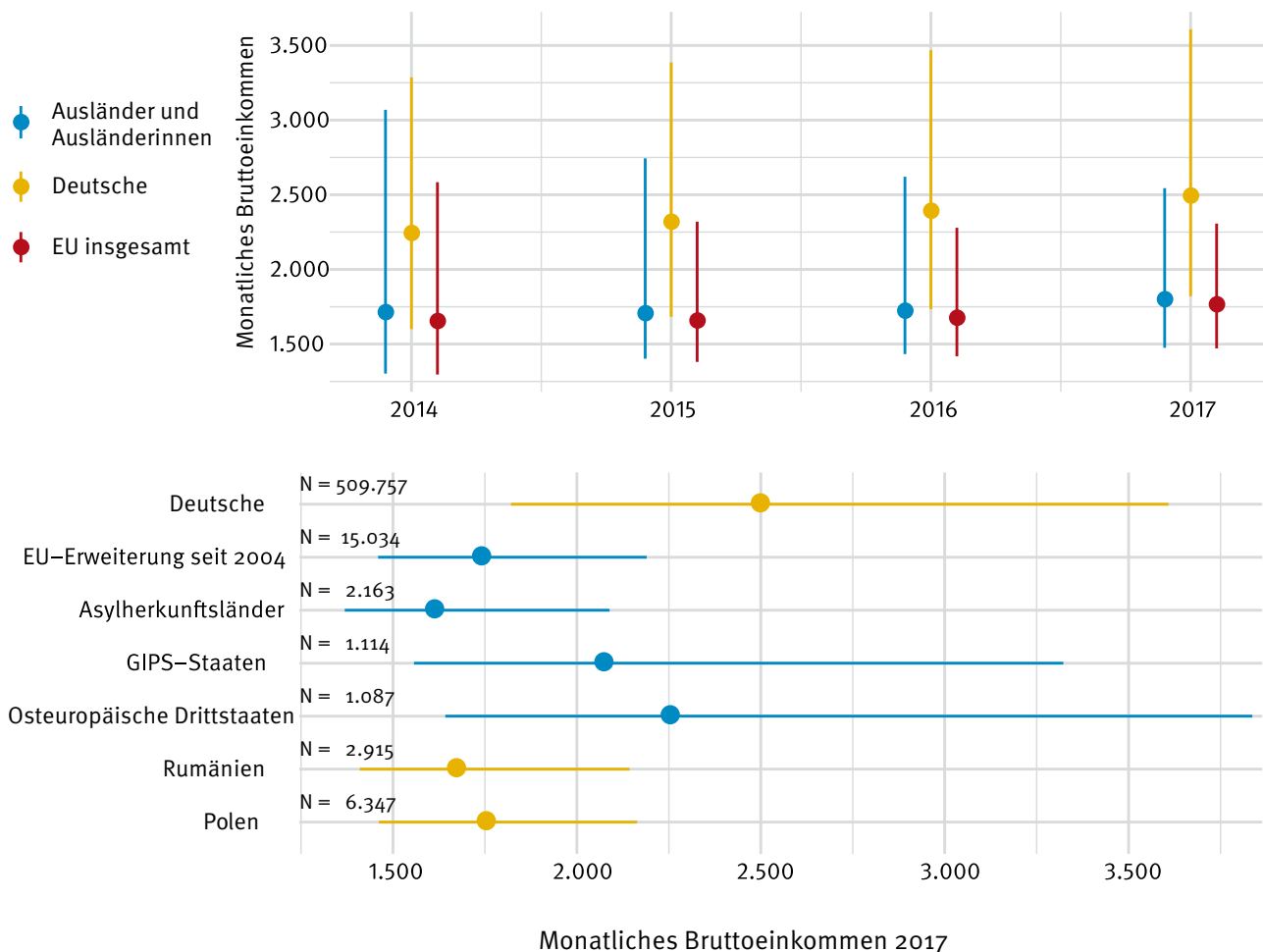
Beim Blick auf die Situation der ausländischen Beschäftigten und Arbeitslosen fällt vor allem auf, dass diese Gruppe seit 2010 stark gewachsen ist: Von gut 10.000 Personen im Januar 2010 stieg die Zahl bis Dezember 2018 auf fast 50.000. Weiterhin ist auffäl-

lig, dass die Zahl der ausländischen Arbeitssuchenden bei Weitem nicht so stark gestiegen ist wie die der ausländischen Beschäftigten. Somit ist in Thüringen seit 2010 auch die Beschäftigungsquote der Ausländerinnen und Ausländer gestiegen.

Die sinkende Arbeitslosenquote und die steigende Beschäftigungsquote der Ausländerinnen und Ausländer in Thüringen zeigen zwei grundsätzlich positive Entwicklungen. Diese sollten jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass der im Thüringer Integrationskonzept formulierte Anspruch der gleichberechtig-

ten Teilhabe am Erwerbsleben zumindest nach den vorliegenden administrativen Indikatoren noch nicht vollständig erreicht worden ist. Dies zeigt etwa ein Blick auf das monatliche Bruttoeinkommen der sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigten (Abb. 4.5.2).

Abbildung 4.5.2: Monatliches Bruttoeinkommen: Median und mittlere 60 Prozent von 2014 bis 2017 und für ausgewählte Gruppen für das Jahr 2017

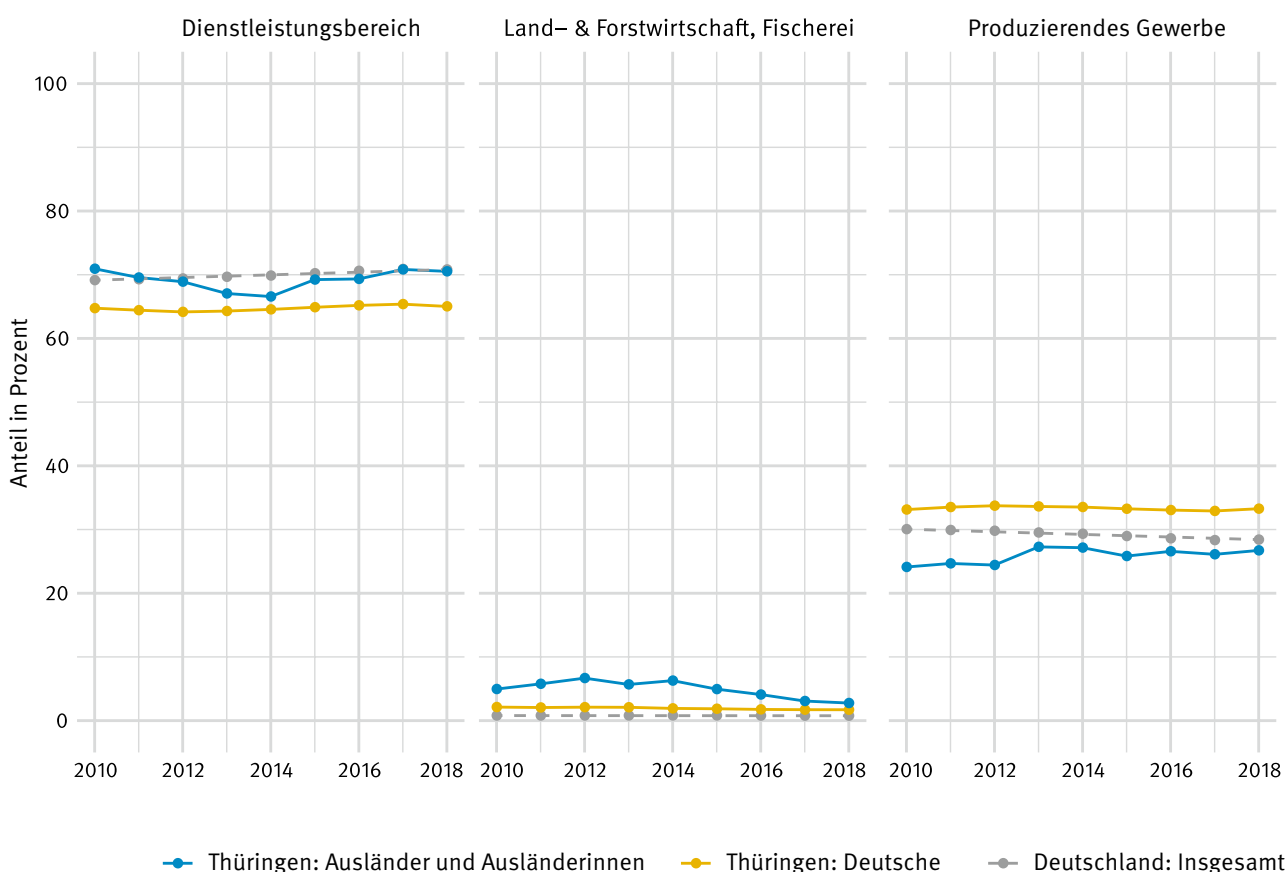


Anmerkung: Dargestellt sind jeweils die Werte zum 31.12. eines Jahres. Die Punkte markieren den Median, die Linien das Intervall, in dem die mittleren 60 Prozent der Einkommen liegen. Die in der oberen Grafik rot markierten EU-Ausländerinnen und Ausländer sind ein Teil der blau markierten Gruppe aller Ausländerinnen und Ausländer. Die in der unteren Grafik blau markierten Gruppen überlappen sich nicht. Sie bilden zusammen gut 80 Prozent der ausländischen sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigten in Thüringen. Gezeigt werden die Gehälter der sogenannten „Kerngruppe“ in der z. B. Teilzeitbeschäftigte und Auszubildende nicht enthalten sind. Die Zahlen in der unteren Grafik geben die Anzahl der zur „Kerngruppe“ gehörenden Beschäftigten in der jeweiligen Herkunftsgruppe an. Andere Staatsbürgerschaften als die gezeigten können wegen zu niedriger Fallzahlen nicht ausgewiesen werden. Die genannten Staatengruppen wurden von der Bundesagentur für Arbeit gebildet und umfassen folgende Länder: Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn, Zypern (EU-Erweiterung seit 2004); Eritrea, Nigeria, Somalia, Afghanistan, Irak, Islamische Republik Iran, Pakistan, Arab. Republik Syrien (Asylherkunftsländer); Griechenland, Italien, Portugal, Spanien (GIPS Staaten); Republik Moldau, Russische Föderation, Ukraine, Weißrussland (Osteuropäische Drittstaaten).
Quelle: Bundesagentur für Arbeit: Beschäftigte nach Staatsangehörigkeit (Quartalszahlen); eigene Darstellung.

Die Einkommensstatistik der Bundesagentur für Arbeit zeigt, dass die unteren 50 Prozent der monatlichen Bruttoeinkommen ausländischer Beschäftigter in den letzten Jahren fast durchgehend im Bereich der unteren 20 Prozent der monatlichen Bruttoeinkommen deutscher Beschäftigter lagen. Ein Blick auf die Einkommensverteilung bei den EU-Ausländerinnen und Ausländern macht deutlich, dass die niedrigen Gehälter sich nicht durch die hohe Zahl von Geflüchteten seit 2015 erklären lassen: 2016 und 2017 entsprachen bei den Gehältern von EU-Ausländerinnen und Ausländern nur die obersten 20 Prozent mindestens dem mittleren Monatsgehalt der deutschen Beschäftigten. Von allen abgebildeten Gruppen stehen die Personen aus osteuropäischen Drittstaaten wirtschaftlich am besten da. Zwar liegt das Medianeinkommen auch hier unter dem der deutschen Beschäftigten, doch gibt es in dieser Gruppe auch einige Beschäftigte mit überdurchschnittlich hohen Einkommen. Es handelt sich vermutlich vor allem um gezielt auf eine Stelle zugewanderte, hochqualifizierte Arbeitnehmerinnen und

Arbeitnehmer, z. B. Medizinerinnen und Mediziner. Um die Unterschiede in der Einkommensverteilung besser zu verstehen, ist es aufschlussreich, die Beschäftigungssituation nach Herkunftsland und Wirtschaftssektor zu betrachten (siehe Abb. 4.5.3). Im Vergleich zum Bundesgebiet insgesamt zeigt sich zunächst, dass der Thüringer Arbeitsmarkt stärker vom produzierenden Gewerbe geprägt ist. Im produzierenden Gewerbe arbeiteten in Thüringen 2018 gut 33 Prozent aller Beschäftigten mit deutscher Staatsbürgerschaft. Bundesweit liegt der entsprechende Anteil nur bei rund 28 Prozent. In Thüringen arbeiten zwar die meisten beschäftigten Deutschen im Dienstleistungsbereich (65 Prozent), dieser Anteil liegt aber deutlich unter dem bundesweiten Wert von über 70 Prozent. In der Land- und Forstwirtschaft arbeiten in Thüringen wie auch bundesweit deutlich weniger Personen als in den anderen beiden Wirtschaftszweigen. Mit 1,8 Prozent ist der Anteil der dort beschäftigten Deutschen in Thüringen jedoch immer noch mehr als doppelt so groß wie der bundesweite Anteil.

Abbildung 4.5.3: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen und Staatsbürgerschaft



Anmerkung: Die dargestellten Werte beziehen sich jeweils auf den 30.09. eines Jahres.

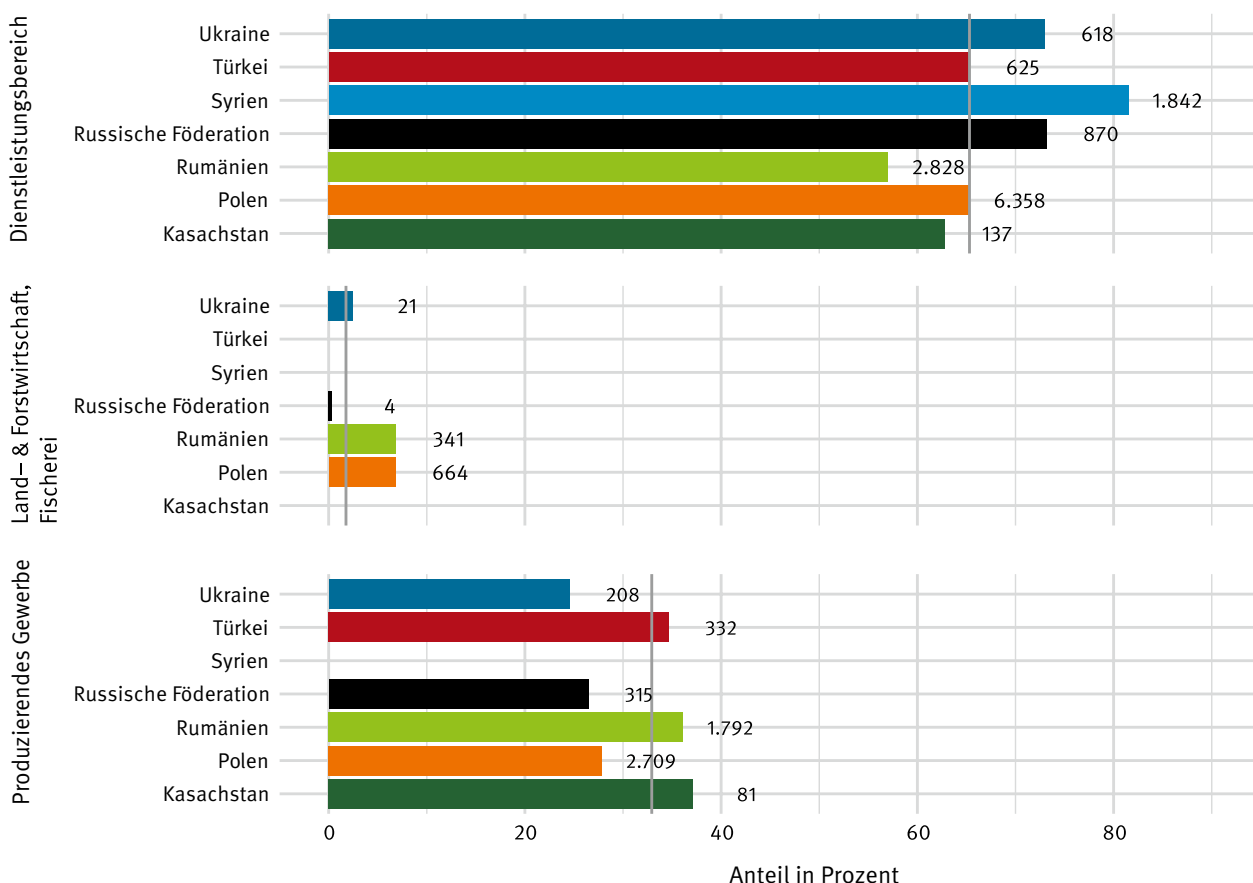
Quelle: Bundesagentur für Arbeit: Migrations-Monitor Arbeitsmarkt, Teil IV; eigene Darstellung.

Ein anderes Bild ergibt sich, wenn man die in Thüringen beschäftigten Ausländerinnen und Ausländer betrachtet: Im Dienstleistungsbereich liegt ihr Anteil deutlich höher als der der Deutschen und nahe am bundesweiten Wert. Im produzierenden Gewerbe ist es umgekehrt: Dort liegt der Anteil der ausländischen Beschäftigten mehr als sechs Prozentpunkte unter dem der deutschen Beschäftigten und damit noch unter dem bundesweiten Anteil. In der Land- und Forstwirtschaft waren in Thüringen bis 2014 noch anteilig deutlich mehr Ausländerinnen und Ausländer als Deutsche beschäftigt. Seit 2014 sinkt ihr Anteil jedoch stetig und nähert sich dem der Deutschen immer mehr an. Im Gegenzug ist der Anteil der im Dienstleistungsbereich beschäftigten Ausländerinnen und Ausländer seit 2014 gestiegen. Die hier beobachteten Muster lassen sich gut mit den in Kapitel 4.4 gezeigten Unterschieden bei der beruflichen Ausbildung erklären. Denn es ist anzunehmen, dass es im Dienst-

leistungsbereich und in der Landwirtschaft leichter ist, auch ohne formale Qualifikation eine Stelle zu finden.

Ein genaueres Bild ergibt sich, wenn man die einzelnen Herkunftsländer betrachtet (vgl. Abb. 4.5.4): Die festgestellte unterdurchschnittliche Beschäftigung von Ausländerinnen und Ausländern im produzierenden Gewerbe traf 2018 für Personen aus der Türkei, Rumänien und Kasachstan nicht zu; die überdurchschnittliche Beschäftigung von Ausländerinnen und Ausländern im Dienstleistungsbereich gilt besonders für Personen aus der Ukraine, Syrien und der Russischen Föderation. Im landwirtschaftlichen Bereich geht der höhere Anteil der ausländischen Beschäftigten auf polnische und rumänische Beschäftigte zurück. Zu beachten ist jedoch, dass selbst bei diesen beiden Herkunftsgruppen der Anteil unter zehn Prozent liegt und damit deutlich unter ihren Anteilen in den beiden anderen Bereichen.

Abbildung 4.5.4: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Thüringen nach Wirtschaftszweigen und Staatsbürgerschaft 2018



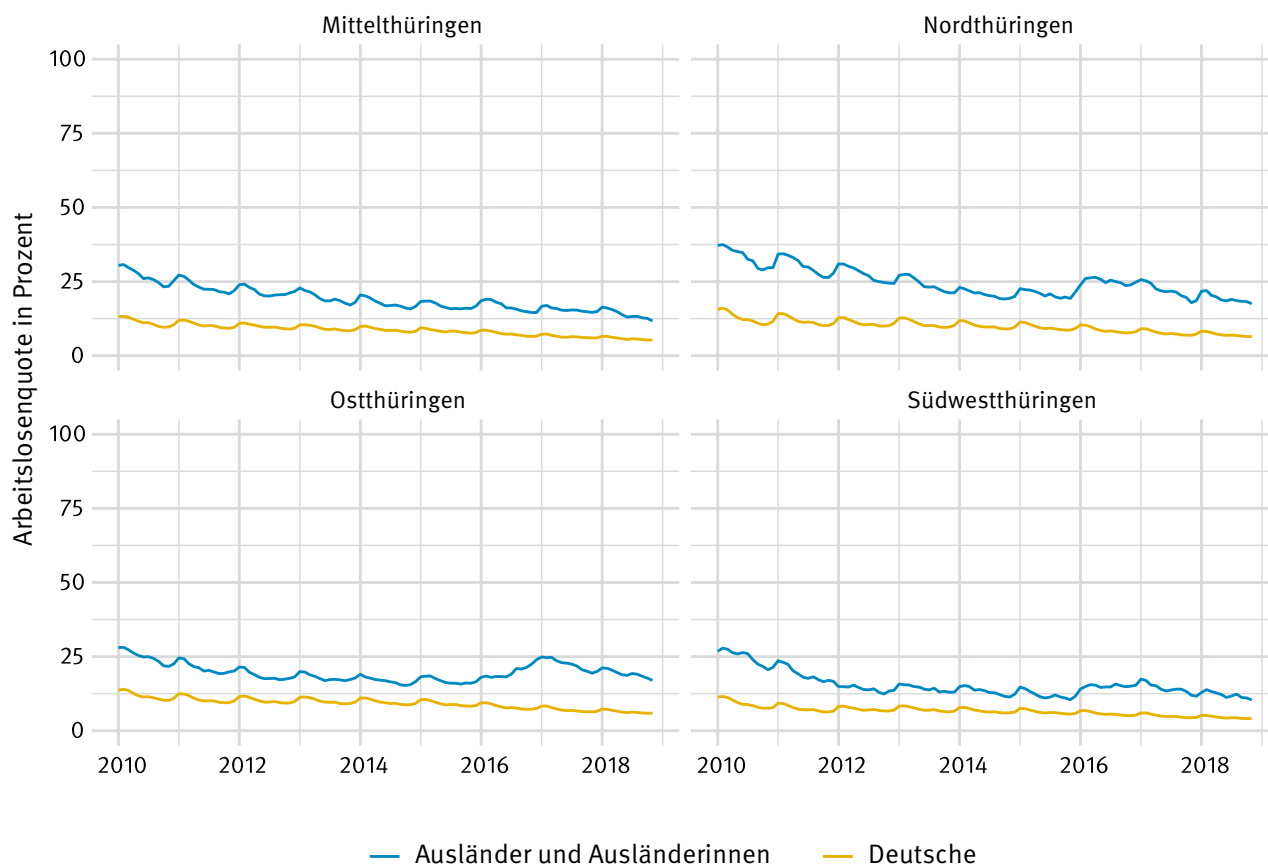
Anmerkung: Stichtag ist der 30.09.2018. Die vertikale graue Linie zeigt jeweils den Anteil aller (also auch deutscher Staatsbürger) sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Thüringen. Die Zahlen hinter den Balken zeigen die absoluten Werte. Die fehlenden Angaben (z. B. Syrer im produzierenden Gewerbe) wurden von der Bundesagentur für Arbeit aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht zur Verfügung gestellt.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit: Migrations-Monitor Arbeitsmarkt, Teil IV, Beschäftigte nach Staatsangehörigkeiten; eigene Darstellung.

Nach der hohen Fluchtzuwanderung in den Jahren 2015 und 2016 stand die Integration der Geflüchteten in den deutschen Arbeitsmarkt immer wieder im Zentrum der öffentlichen Debatte. Der deutliche Anstieg der Arbeitslosenquote bei den Ausländerinnen und Ausländern im Jahr 2016 (siehe Abb. 4.5.5) verdeutlicht die damit verbundene Herausforderung. Mit Ausnahme von Mittelthüringen zeigt sich dieser Anstieg in allen Planungsregionen Thüringens.⁸⁷ Allerdings sank die Arbeitslosenquote der Ausländerinnen und Ausländer in den Jahren 2017 und 2018 Schritt für Schritt. Ende 2018 war sie in Nordthüringen, Ostthüringen und Südwestthüringen fast wieder auf dem gleichen Stand wie 2015. Weiterhin fällt auf, dass die gestiegene Fluchtzuwanderung die Arbeitslosenquote der deutschen Staatsangehörigen nicht erkennbar beeinflusst hat: Diese ist in allen vier Pla-

nungsregionen weiterhin stetig gesunken. Mittelthüringen bildet im Vergleich zu den anderen Planungsregionen in zweierlei Hinsicht eine Ausnahme. Zum einen ist die Arbeitslosenquote der Ausländerinnen und Ausländer hier kaum in einem Maß gestiegen, das über die übliche saisonale Schwankung hinausgeht. Zum anderen ist diese Arbeitslosenquote auch nach 2016 weiter stetig gesunken und lag Ende 2018 deutlich niedriger als 2014 und 2015. Dies erklärt sich am ehesten durch die in Mittelthüringen gelegenen urbanen Zentren Erfurt, Weimar und Gotha. Hier scheint sich ein auch auf Bundesebene zu beobachtendes Phänomen zu zeigen: In Stadtstaaten stieg die Arbeitslosigkeit von Menschen aus den Asylherkunftsländern weniger stark an als in den Flächenbundesländern.

Abbildung 4.5.5: Arbeitslosenquote bezogen auf die eingeschränkte Bezugsgröße nach Staatsbürgerschaft und Thüringer Planungsregionen Januar 2010 bis November 2018



Anmerkung: Abgetragen sind die Arbeitslosenquoten der Planungsregionen bezogen auf die eingeschränkte Bezugsgröße. Aufgrund der anderen Berechnung (siehe Infokasten 4.5A) liegen diese Arbeitslosenquoten leicht über der Arbeitslosenquote aller ziviler Erwerbspersonen und können nicht direkt mit dieser verglichen werden.

Quelle: Migrations-Monitor Arbeitsmarkt – Ausländerarbeitslosenquoten; eigene Darstellung der monatlichen Werte.

⁸⁷ Thüringen gliedert sich in die Planungsregionen Nordthüringen (Landkreise Eichsfeld, Nordhausen, Unstrut-Hainich-Kreis und Kyffhäuserkreis), Mittelthüringen (Landkreise und kreisfreie Städte Erfurt, Weimar, Gotha, Sömmerda, Ilm-Kreis und Weimarer Land), Ostthüringen (Landkreise und kreisfreie Städte Gera, Jena, Saalfeld-Rudolfstadt, Saale-Holzland-Kreis, Saale-Orla-Kreis, Greiz und Altenburger Land) und Südwestthüringen (Landkreise und kreisfreie Städte Suhl, Eisenach, Wartburgkreis, Schmalkalden-Meiningen, Hildburghausen, Sonneberg). In jeder Planungsregion besteht eine Regionale Planungsgemeinschaft, die als Träger der Regionalplanung agiert und Ansprechpartner für raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen ist (siehe Thüringer Landesplanungsgesetz).

4.5.2 Mikrozensus

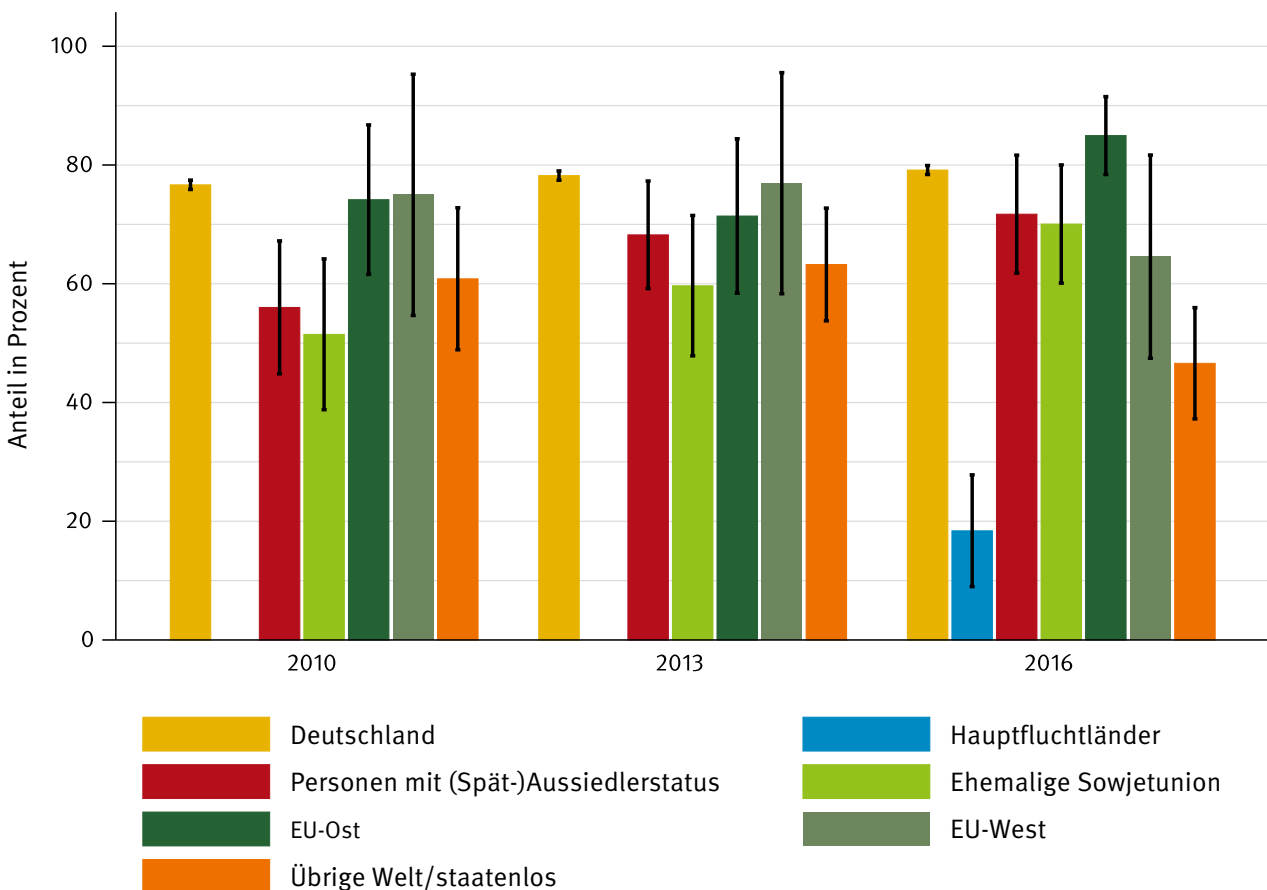
In den bisher dargestellten Arbeitsmarktstatistiken konnte nur nach der aktuellen Staatsbürgerschaft unterschieden werden. Mit den Daten des Mikrozensus lassen sich Arbeitsmarktindikatoren auch nach Migrationshintergrund auswerten (siehe Kap. 2.4.1). Anders als die oben gezeigten Verwaltungsdaten stützen sich solche Angaben allerdings nicht auf eine Vollerhebung, sondern auf Hochrechnungen aus begrenzten Stichproben. Bei der Interpretation der Daten aus dem Mikrozensus muss also immer eine gewisse statistische Unsicherheit berücksichtigt werden.

Weiterhin müssen aufgrund der Datenlage die Begriffe leicht verändert werden. So erhebt der Mikrozensus den Erwerbsstatus nach dem ILO-Konzept (International Labor Organization, Internationale Arbeitsorganisation).⁸⁸ Die folgenden Abbildungen zeigen den Anteil der Erwerbstätigen an allen Personen im Alter von

25 bis 65 Jahren. Unterschiede zur Arbeitslosenquote ergeben sich also hauptsächlich daraus, dass hier Nichterwerbspersonen einbezogen werden.

Abbildung 4.5.6 zeigt den Anteil der Erwerbstätigen mit und ohne Migrationshintergrund nach verschiedenen Herkunftsgruppen. Da die Fallzahlen zum Teil recht niedrig sind, müssen bei der Interpretation der Abbildung große Unsicherheiten berücksichtigt werden. Trotzdem zeigt sich besonders bei den Zugewanderten aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten eine hohe Erwerbstätigenquote. Zudem ist die Erwerbstätigenquote der Personen mit (Spät-)Aussiedlerstatus zwischen 2010 und 2016 merklich gestiegen. Wegen der Unsicherheit lässt sich zwar nicht genau sagen, wie stark der Anstieg war. Doch entspricht dieser Trend auch der Entwicklung in ganz Ostdeutschland (keine Abbildung).

Abbildung 4.5.6: Erwerbstätige (ILO-Konzept) in Thüringen nach Herkunftsgruppen



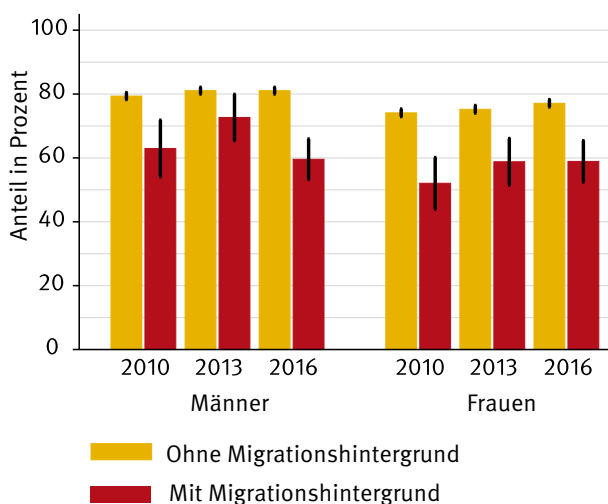
Anmerkung: Wegen zu niedriger Fallzahlen wurden Personen aus den Hauptfluchtländern 2010 und 2013 der Kategorie „Übrige Welt/staatenlos“ zugeordnet. Fallzahl: zwischen 11.001 und 11.526 je nach Jahr.

Quelle: Mikrozensus 2010, 2013, 2016; eigene Berechnungen, eigene Darstellung.

⁸⁸ Das ILO-Konzept unterteilt Erwerbspersonen in erwerbstätige und erwerbslose/arbeitslose Personen und unterscheidet diese von Nichterwerbspersonen (schulpflichtig, arbeitsunfähig etc.). Als erwerbstätig gelten grundsätzlich alle Personen ab 15 Jahren, die in einem Arbeitsverhältnis stehen, selbstständig sind, ein Gewerbe (einschließlich Landwirtschaft) betreiben oder als mithelfende Familienangehörige arbeiten. Dazu gehören auch Personen, die eine geringfügige Tätigkeit (Minijob) ausüben oder nur vorübergehend als Aushilfe beschäftigt sind.

Mit den Daten des Mikrozensus lässt sich die Erwerbstätigenquote auch nach Geschlecht und Migrationshintergrund ausweisen (Abb. 4.5.7). Hier zeigt sich, dass bei den Menschen ohne Migrationshintergrund der Unterschied zwischen Frauen und Männern in Thüringen 2010 bei etwa fünf Prozentpunkten lag und damit deutlich unter dem Bundesmittel von etwa sieben Prozentpunkten (ohne Abbildung). Bei den Menschen mit Migrationshintergrund war dieser Unterschied 2010 stärker ausgeprägt: Er betrug etwa elf Prozentpunkte. Mit der steigenden Fluchtzunwanderung sank dann bis 2016 sowohl der Unterschied bei den Beschäftigungsquoten als auch die Beschäftigungsquote allgemein. Ein Indikator für zukünftige Integrationserfolge wird sein, wenn die Beschäftigungsquote der Thüringerinnen und Thüringer mit Migrationshintergrund wieder steigt, ohne dass sich dabei auch der Unterschied zwischen Frauen und Männern wieder vergrößert.

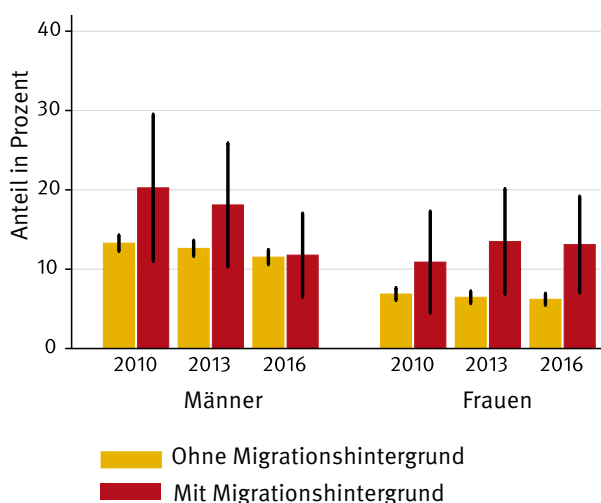
Abbildung 4.5.7: Erwerbstätige (ILO-Konzept) in Thüringen nach Migrationshintergrund und Geschlecht



Anmerkung: Der Anstieg der Erwerbstätigkeit von 2010 bis 2013 bei den Männern mit Migrationshintergrund und ihr Rückgang zwischen 2013 und 2016 zeigen sich in den Vergleichsanalysen für die anderen östlichen Bundesländer nicht. Fallzahl: zwischen 11.001 und 11.526 je nach Jahr. Quelle: Mikrozensus 2010, 2013, 2016; eigene Berechnungen, eigene Darstellung.

Der Mikrozensus erlaubt auch einen genaueren Blick auf den Anteil der Selbstständigen an den Erwerbstätigen. Dieser Anteil wird hier wie die Erwerbstätigenquote bezogen auf alle 25- bis 65-Jährigen dargestellt. Wie Abbildung 4.5.8 zeigt, ist der Anteil der Selbstständigen bei den Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund durchgehend ebenso hoch oder höher als bei jenen ohne Migrationshintergrund. Besonders deutlich zeigt dies der Vergleich zwischen Frauen mit und ohne Migrationshintergrund.

Abbildung 4.5.8: Selbstständige in Thüringen nach Migrationshintergrund und Geschlecht



Anmerkung: Der Rückgang des Anteils von Selbstständigen bei den Männern mit Migrationshintergrund zwischen 2013 und 2016 zeigt sich in den Vergleichsanalysen für die anderen ostdeutschen Bundesländer nicht. Fallzahl: zwischen 8.525 und 9.021 je nach Jahr.

Quelle: Mikrozensus 2010, 2013, 2016; eigene Berechnungen, eigene Darstellung.

4.5.3 Indikatoren auf der Basis von Umfragedaten

Neben objektiven Indikatoren wie Erwerbstätigkeit und Gehalt bezieht sich das Thüringer Integrationskonzept auch auf andere Aspekte von Beschäftigung, etwa soziale Anerkennung und die Zugehörigkeit zu einem sozialen Umfeld. Solche Aspekte können mit Umfragedaten zur Arbeitszufriedenheit untersucht werden. Eine geringe Arbeitszufriedenheit kann zum Beispiel die Produktivität und die Innovationsfähigkeit eines Betriebes hemmen (Page & Vella-Brodrick 2009) oder dazu führen, dass die betreffenden Personen häufiger den Arbeitsplatz wechseln (Böckermann & Ilmakunnas 2009, Freeman 1978, Hanglberger 2010). Außerdem kann sich eine geringe Arbeitszufriedenheit negativ auf die Gesundheit auswirken (Fischer & Sousa-Poza 2008). Allgemein hängt die Arbeitszufriedenheit eng mit der Lebenszufriedenheit zusammen (Lesch et al. 2011). In der SOEP-Befragung wird die Zufriedenheit mit der Arbeit auf einer Skala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden) erfasst.

Bei den Menschen ohne Migrationshintergrund in Thüringen lag die Arbeitszufriedenheit auf der Skala von 0 bis 10 in den Jahren 2009 bis 2017 im Durchschnitt zwischen 6,5 und 7,1. Insgesamt ist sie im Gesamtzeitraum leicht gestiegen. Die Arbeitszufriedenheit von Personen aus anderen Ländern kann für die Jahre 2016 und 2017 abgebildet werden. In beiden Jahren liegt sie leicht über der von Personen ohne Migrationshintergrund. Die Konfidenzintervalle deuten jedoch darauf hin, dass diese Unterschiede auf die kleine Stichprobe zurückzuführen sind und sich die tatsächlichen Werte nicht unterscheiden (ohne Abbildung). Insgesamt ist die Arbeitszufriedenheit in Thüringen auf einem ähnlichen Niveau wie in den anderen ostdeutschen Bundesländern und in Westdeutschland (ohne Abbildung). Für die Menschen aus den Hauptfluchtländern enthalten die SOEP-Daten zu wenig Fälle für eine Auswertung, da die Frage nur erwerbstätigen Personen gestellt wird.

4.5.4 Zwischenfazit zur Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt

Thüringens Arbeitsmarkt war in den letzten zehn Jahren davon geprägt, dass die Arbeitslosenquote – abgesehen von saisonalen Schwankungen – stetig gesunken ist. Zugleich ist sowohl die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer im Freistaat als auch deren Beschäftigungsquote gestiegen. 2018 konnte zudem die Gesamtzahl der Beschäftigten nur durch ausländische Beschäftigte stabil gehalten werden. Bei weiter sinkender Arbeitslosigkeit arbeiteten im September 2018 knapp 5.000 Deutsche weniger in Thüringen. Ausgeglichen wurde dies durch knapp 8.000 neue ausländische Beschäftigte. Auch wenn in den Daten noch kein Trend erkennbar ist, weisen diese Zahlen auf die Bedeutung ausländischer Beschäftigter für den Erhalt der wirtschaftlichen Produktivität in Thüringen hin. Diesen insgesamt positiven Entwicklungen stehen die noch immer erheblichen Gehaltsunterschiede zwischen deutschen und ausländischen Beschäftigten gegenüber.

In den kommenden Jahren wird der Thüringer Arbeitsmarkt zeigen müssen, ob die seit 2015 erzielten Erfolge bei der Beschäftigung von Geflüchteten langfristig gesichert werden können. Dafür – und auch mit Blick auf die gezeigten Gehaltsunterschiede – wird es wichtig sein, dass Ausländerinnen und Ausländer auf dem Thüringer Arbeitsmarkt Perspektiven für eine berufliche Weiterentwicklung sehen können.

Im Vergleich zum restlichen Deutschland zeigt der Mikrozensus in Thüringen einen deutlich geringeren Unterschied zwischen den Beschäftigungsquoten von Frauen und Männern. Auch für Frauen und Männer mit Migrationshintergrund haben sich die Beschäftigungsquoten in den letzten Jahren angeglichen. Die Angleichung ist jedoch hauptsächlich auf den Rückgang der Beschäftigungsquote von Männern mit Migrationshintergrund zurückzuführen. Als Integrationserfolg kann hier gewertet werden, wenn in Zukunft die Beschäftigungsquote von Menschen mit Migrationshintergrund wieder steigt, dabei der Unterschied der Beschäftigungsquoten von Frauen und Männern aber nicht wieder wächst.

Es kann darüber spekuliert werden, inwiefern mangelnde Sprachkenntnisse oder systematische Ausbildungsunterschiede die beobachteten Unterschiede zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund beziehungsweise mit und ohne deutsche Staatsbürgerschaft erklären können. Für ein langfristiges Integrationsmonitoring wäre es also wünschenswert, Einkommensverteilungen und Beschäf-

tigungsquoten nicht nur nach Staatsbürgerschaft aufzuschlüsseln, sondern auch nach der Dauer des Aufenthalts in Thüringen. Mit den derzeit verfügbaren Verwaltungsdaten ist dies nicht möglich. Es wäre jedoch zu prüfen, inwiefern eine Sonderauswertung von Daten der Bundesagentur für Arbeit hier genauer Aufschluss geben kann.

4.6 Gesundheit

Der Gesundheitszustand eines Menschen setzt sich aus verschiedenen Bereichen zusammen: der körperlichen, der funktionalen und der psychischen Gesundheit sowie der subjektiven Bewertung der eigenen Gesundheit. Gesundheit steht mit fast allen anderen Lebensbereichen in Wechselwirkung. Gesundheitliche Probleme können dazu führen, dass eine Person nur eingeschränkt erwerbsfähig ist, und schlechte Arbeitsbedingungen können der Gesundheit schaden. Entsprechend hat Gesundheit auch für Integration große Bedeutung. Sie ist eine wichtige Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe (TMMJV 2017).

Der Gesundheitszustand von Personen mit und ohne Migrationshintergrund kann sich schon durch die Ausgangsbedingungen unterscheiden. Migrantinnen und Migranten sind einerseits oft vergleichsweise jung und somit entsprechend gesünder. Dieses Phänomen wird auch als „healthy migrant“-Effekt bezeichnet, also als „Phänomen des gesunden Migranten“ (Razum & Spallek 2009). Wenn Personen mit Migrationshintergrund ihr Heimatland aufgrund von Krisen (Krieg und Verfolgung) unfreiwillig verlassen, ist es andererseits wahrscheinlicher, dass sie an einem psychischen Leiden erkranken (Böttche et al. 2016). Zusätzlich können sie im Heimatland oder auf der Flucht traumatische Erfahrungen gemacht haben, was zu posttraumatischen Belastungsstörungen führen kann. Nach der Wanderung müssen sich die Mi-

grantinnen und Migranten außerdem in einem neuen Land zurechtfinden. Womöglich haben sie dort schlechteren Zugang zu Gesundheitsleistungen als die ansässige Bevölkerung. Der schlechtere Zugang liegt zum Teil an sprachlichen Barrieren; zum Teil wissen sie auch nicht, wie das Gesundheitswesen im Ankunftsland organisiert ist. Möglicherweise könnte zudem eine hinreichende interkulturelle Kompetenz des medizinischen Fachpersonals fehlen (TMMJV 2017).

Im Folgenden werden zunächst Indikatoren für die Gesundheitsversorgung aus administrativen Daten dargestellt. Anhand von Daten aus der Gesundheitsberichterstattung des Thüringer Landesverwaltungsamts, des Thüringer Landesamts für Statistik und der Thüringer Gesundheitsämter kann analysiert werden, inwieweit die verschiedenen Bevölkerungsgruppen Gesundheitsleistungen in Anspruch nehmen. Anschließend werden anhand von Umfragedaten die subjektive Gesundheitsbewertung und die Lebenszufriedenheit von Menschen in Thüringen analysiert. Abschließend werden noch Ergebnisse aus dem Thüringer-Monitor Integration (Beelmann et al. 2019) zu psychischen Belastungen und traumatischen Erlebnissen vorgestellt.

4.6.1 Indikatoren auf der Basis administrativer Daten

Das Thüringer Landesverwaltungsamt, das Thüringer Landesamt für Statistik und die Thüringer Gesundheitsämter stellen Daten aus der Gesundheitsberichterstattung in Thüringen zur Verfügung. Mit diesen administrativen Daten kann beispielsweise untersucht werden, in welchem Maß verschiedenen Bevölkerungsgruppen in Thüringen ihre Kinder impfen lassen, die Früherkennungsuntersuchungen für Kinder nutzen oder wie das Körpergewicht der Kinder ist. Diese Daten können Aufschluss darüber geben, ob Menschen mit Migrationshintergrund in diesen Bereichen ähnlich gut versorgt sind wie jene ohne Migrationshintergrund.

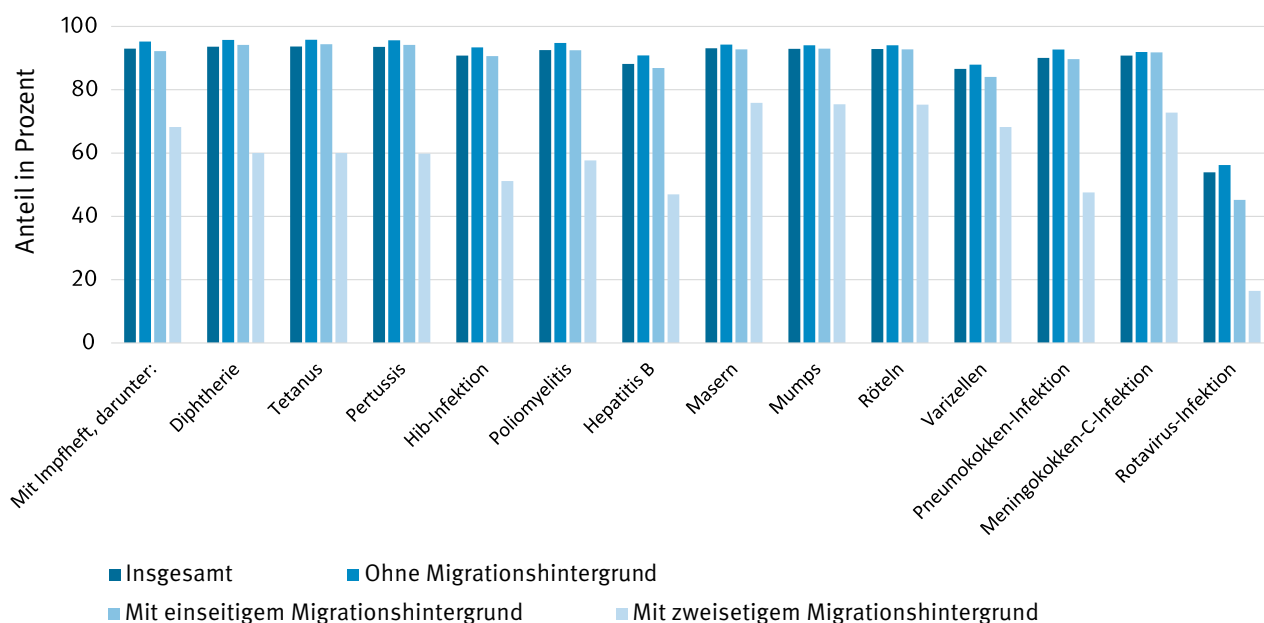
Abbildung 4.6.1 zeigt die Impfquoten von Kindern mit und ohne Migrationshintergrund, die in Thüringen 2018 das erste Mal anlässlich der vorgesehenen Einschulung vom öffentlichen Gesundheitsdienst untersucht wurden. 93,0 Prozent der untersuchten Kinder haben einen Impfpass vorlegt. Von den Kindern mit Impfpass haben insgesamt zwischen 86,6 und 93,7 Prozent die durch die Ständige Impfkommission am Robert-Koch-Institut (STIKO) empfohlenen Standardimpfungen erhalten. Lediglich bei der Impfung gegen die Rotavirus-Infektion liegt der Anteil mit 53,9 Prozent deutlich niedriger. Die niedrige Impfquote gegen die Rotavirus-Infektion kann dadurch erklärt werden, dass die erste Impfung gegen die Rotavirus-Infektion in den

ersten zwölf Wochen nach der Geburt durchgeführt werden sollte. Kinder, die nicht gegen die Rotavirus-Infektion geimpft wurden, können diese Impfung deswegen nicht zu einem späteren Zeitpunkt nachholen.

Die Impfquote von Kindern mit einseitigem Migrationshintergrund liegt ähnlich hoch wie die Impfquote von Kindern ohne Migrationshintergrund. Die Impfquoten von Kindern mit zweiseitigem Migrationshintergrund unterscheiden sich dagegen deutlich von den anderen Kindern. Außerdem konnten nur 68,3 Prozent einen Impfpass vorlegen. Wie der Impfstatus der Kinder ohne vorgelegten Impfpass ist, kann nicht untersucht werden. Die Impfquoten bei Kindern mit zweiseitigem Migrationshintergrund liegen je nach Impfung zwischen 46,9 und 75,8 Prozent, also im Durchschnitt knapp 30 Prozentpunkte unter den Impfquoten der anderen Kinder.

Für eine weitere Gruppe, für die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung vorliegen, ist der Migrationshintergrund nicht bekannt. Insgesamt handelt es sich hier um vier Prozent der untersuchten Kinder. Die Kinder ohne Daten zum Migrationshintergrund sind in der Kategorie „Insgesamt“ enthalten, werden aber nicht separat ausgewiesen. Dies gilt für die Abbildungen 4.6.1, 4.6.2 und 4.6.3.

Abbildung 4.6.1: Impfquoten von Thüringer Kindern, die 2018 erstmalig anlässlich der vorgesehenen Einschulung vom öffentlichen Gesundheitsdienst untersucht wurden



Anmerkung: Insgesamt liegen Daten zu 18.371 Untersuchungen vor. Der Prozentanteil der Untersuchungen mit Impfpass bezieht sich auf alle Untersuchungen. Die Prozentanteile der einzelnen Impfungen beziehen sich auf Untersuchungen, bei denen ein Impfpass vorlag (17.080 Untersuchungen). Bei 736 Kindern liegen keine Daten zum Migrationshintergrund vor. Diese Kinder wurden nicht separat dargestellt, sind aber in der Kategorie „Insgesamt“ enthalten. Fallzahl: 18.371.

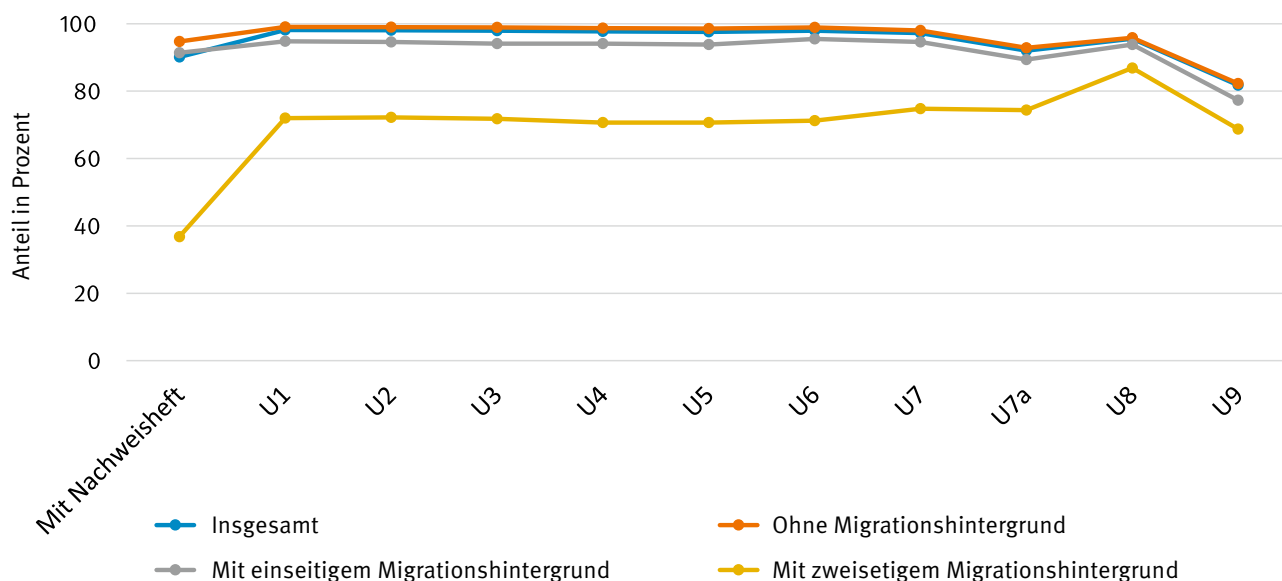
Quelle: Thüringer Landesverwaltungsamt/Thüringer Landesamt für Statistik/Thüringer Gesundheitsämter; eigene Darstellung.

Von 90,1 Prozent der untersuchten Kinder konnte ein Nachweisheft über die Früherkennungsuntersuchungen vorgelegt werden (Abb. 4.6.2). Von diesen Kindern haben insgesamt zwischen 98,3 und 97,2 Prozent die einzelnen U1- bis U7-Untersuchungen in Anspruch genommen. Bei den darauffolgenden Früherkennungsuntersuchungen fallen die Zahlen etwas ab. Die U7a-Untersuchung wurde noch bei 92,0 Prozent, die U8-Untersuchung bei 95,6 Prozent und die U9-Untersuchung bei 81,8 Prozent der Kinder durchgeführt.

Für Kinder mit einseitigem Migrationshintergrund liegen die Anteile der durchgeführten U-Untersuchungen nur geringfügig unter denen der Kinder ohne Migrationshintergrund. Werden Kinder mit zweiseitigem Migrationshintergrund mit den anderen Kindern verglichen, so fällt auf, dass nur 36,8 Prozent der

Kinder mit zweiseitigem Migrationshintergrund das Nachweisheft über die Früherkennungsuntersuchungen vorweisen konnten. Von diesen Kindern haben 70,6 bis 74,8 Prozent die U1- bis U7-Untersuchung in Anspruch genommen. Von allen Früherkennungsuntersuchungen wurde die U8-Untersuchung mit 86,9 Prozent am häufigsten an Kindern mit zweiseitigem Migrationshintergrund durchgeführt. Die U9-Untersuchung wurde dagegen nur von 68,7 Prozent der Kinder wahrgenommen. Hier liegt der Anteil aber auch bei den anderen Kindern deutlich unter dem der anderen Untersuchungen. Anhand der Daten kann nicht nachvollzogen werden, welcher Anteil der Kinder mit zweiseitigem Migrationshintergrund im Ausland geboren wurde und daher deutlich seltener an den frühen U-Untersuchungen teilgenommen hat.

Abbildung 4.6.2: Anteil der Inanspruchnahme von Früherkennungsuntersuchungen der U-Reihe durch Kinder in Thüringen, die 2018 erstmalig anlässlich der vorgesehenen Einschulung vom öffentlichen Gesundheitsdienst untersucht wurden



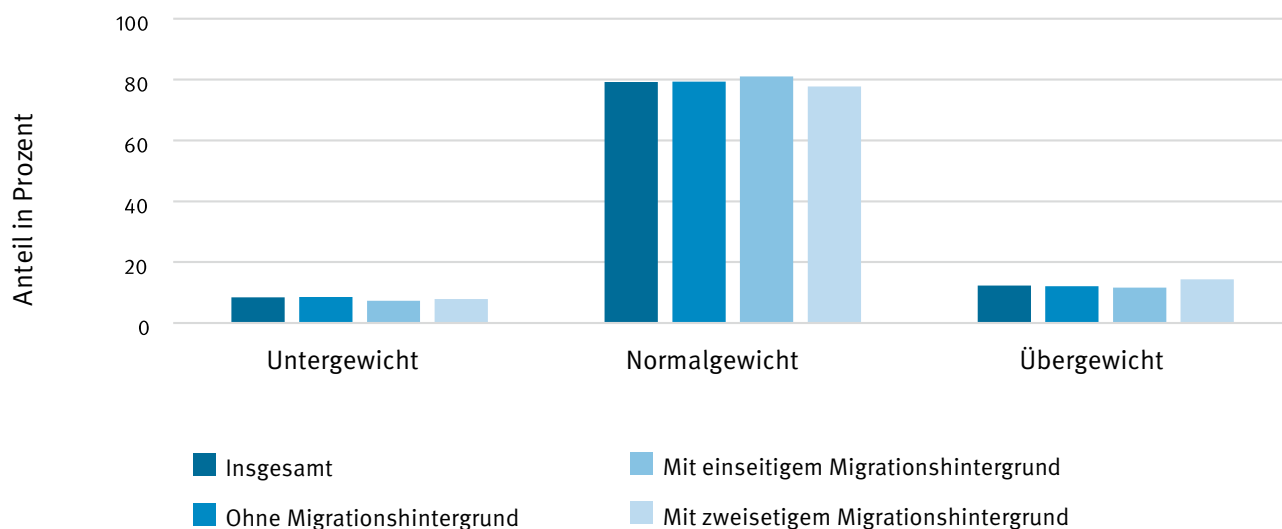
Anmerkung: Insgesamt liegen Daten zu 18.371 Untersuchungen von Kindern vor. Der Prozentanteil der Untersuchungen mit Nachweisheft für Früherkennungsuntersuchungen der U-Reihe bezieht sich auf alle Untersuchungen. Die Prozentanteile der einzelnen Untersuchungen bezieht sich auf Kinder, bei denen ein Nachweisheft vorlag (16.557 Kinder). Bei 736 Kindern liegen keine Daten zum Migrationshintergrund vor. Diese Kinder wurden nicht separat dargestellt, sind jedoch in der Kategorie „Insgesamt“ enthalten. Die einzelnen Untersuchungen werden im folgenden Alter gemacht: U1 und U2 = Neugeborenenalter (überwiegend in Geburtskliniken); U3 bis U6 = Säuglingsalter (1. Lebensjahr); U7 und U7a = Kleinkindalter (2. und 3. Lebensjahr); U8 und U9 = Vorschulalter. Fallzahl: 18.371.

Quellen: Thüringer Landesverwaltungsamt/Thüringer Landesamt für Statistik/Thüringer Gesundheitsämter; eigene Darstellung.

Abbildung 4.6.3 zeigt den Body-Mass-Index (BMI) von Kindern bei der Schuleingangsuntersuchung 2018 in Thüringen. 79,2 Prozent aller untersuchten Kinder sind normalgewichtig. 8,5 Prozent der Kinder sind untergewichtig, während 12,3 Prozent der Kinder übergewichtig sind. Wird der BMI der Kinder nach

Migrationshintergrund aufgeschlüsselt, so zeigen sich kaum Unterschiede. Lediglich Kinder mit zweiseitigem Migrationshintergrund weisen etwas häufiger Übergewicht auf (14,4 Prozent) als Kinder ohne Migrationshintergrund (12,1 Prozent).

Abbildung 4.6.3: Beurteilung des Körpergewichts auf der Grundlage des Body-Mass-Index (BMI) von Kindern in Thüringen, die 2018 erstmalig anlässlich der vorgesehenen Einschulung vom öffentlichen Gesundheitsdienst untersucht wurden



Anmerkung: Insgesamt liegen Daten zu der Körpergröße und dem Körpergewicht von 18.265 untersuchten Kindern vor. Bei 714 Kindern liegen keine Daten zum Migrationshintergrund vor. Diese Kinder wurden nicht separat dargestellt, sind aber in der Kategorie „Insgesamt“ enthalten. Fallzahl: 18.265.

Quelle: Thüringer Landesverwaltungsamt/Thüringer Landesamt für Statistik/Thüringer Gesundheitsämter; eigene Darstellung.

4.6.2 Indikatoren auf der Basis von Umfragedaten

Wie oben beschrieben, ist Gesundheit ein mehrdimensionales Konzept: Sie setzt sich aus verschiedenen Bereichen zusammen. Dazu gehört neben der körperlichen, der funktionalen und der psychischen Gesundheit auch, wie eine Person selbst ihren eigenen Gesundheitszustand einschätzt. Diese sogenannte subjektive Gesundheitsbewertung zeigt, wie eine Person sich gesundheitlich fühlt, unabhängig davon, ob Krankheiten oder Einschränkungen vorliegen (Mii-lunpalo et al. 1997, Spuling et al. 2017). Somit ist die subjektive Gesundheitsbewertung auch ein Indikator für die Lebensqualität. Abbildung 4.6.4 zeigt die Einschätzung des gegenwärtigen eigenen Gesundheitszustands anhand der SOEP-Befragung in Thüringen. Im Zeitraum von 2009 bis 2017 bewerteten Personen ohne Migrationshintergrund ihre eigene Gesundheit im Durchschnitt etwas besser als zufriedenstellend. Bei den Personen aus anderen Herkunftsländern hat sich die subjektive Gesundheitsbewertung zwischen

2013 und 2017 geringfügig verbessert. Ihre Einschätzung liegt teilweise etwas unter und teilweise etwas über der von Personen ohne Migrationshintergrund. Die Konfidenzintervalle legen nahe, dass die Schwankungen auf die niedrige Fallzahl bei dieser Gruppe zurückzuführen sind. Für Ostdeutschland (ohne Thüringen) und Westdeutschland zeigt sich ein sehr ähnliches Bild (ohne Abbildung).

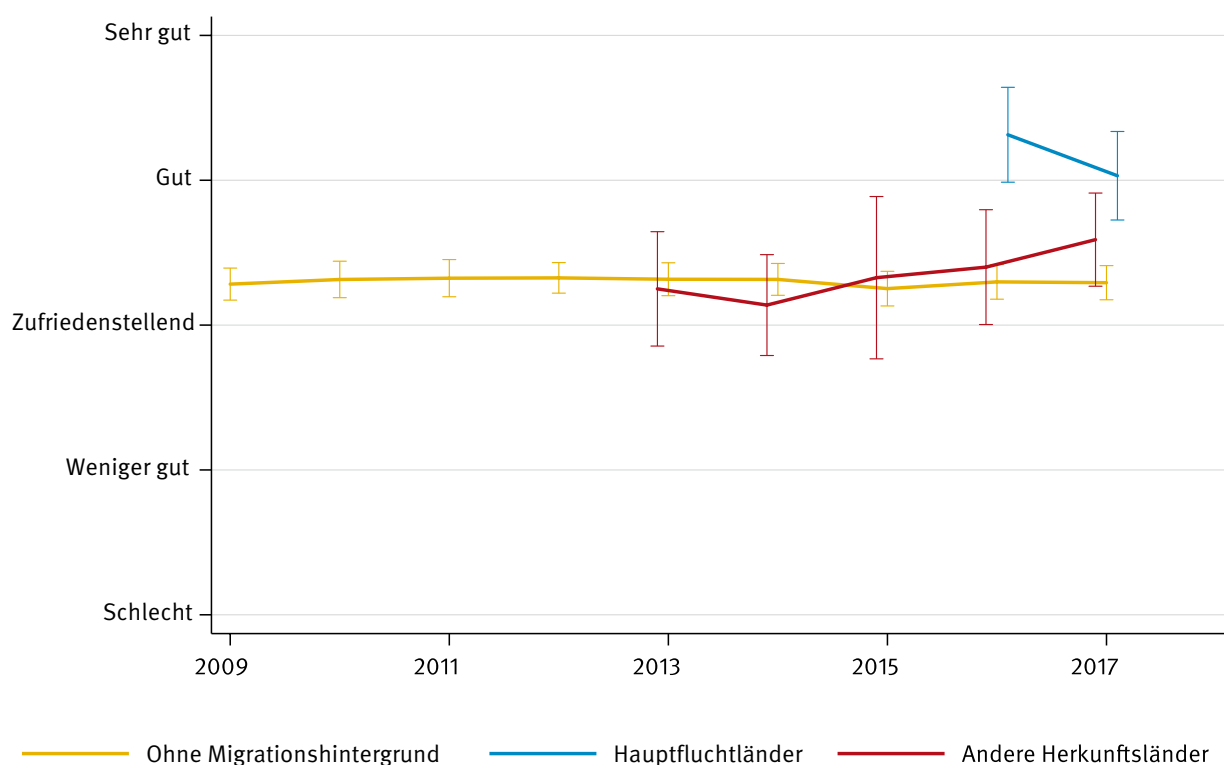
Für die Jahre ab 2016 liegen genügend Daten zu Personen aus den Hauptfluchtländern vor. Diese Befragten schätzten ihren gegenwärtigen Gesundheitszustand durchschnittlich zwischen gut und sehr gut ein. Ihre subjektive Gesundheitsbewertung ist in beiden Jahren deutlich positiver als die der Personen ohne Migrationshintergrund und der Personen aus anderen Herkunftsländern. 2017 ist die Einschätzung des eigenen Gesundheitszustands bei den Personen aus den Hauptfluchtländern geringfügig gesunken.

Geflüchtete sind im Durchschnitt jünger als die Menschen ohne Migrationshintergrund. Darum wurde in einem weiteren Schritt untersucht, ob die subjektive Gesundheitsbewertung mit dem Alter und dem Geschlecht der Befragten zusammenhängt. Wenn man Alter und Geschlecht kontrolliert, fällt die durchschnittliche subjektive Gesundheitsbewertung bei den Personen aus den Hauptfluchtländern in beiden Jahren etwas ab (ohne Abbildung). Für 2016 zeigt sich aber weiterhin ein deutlicher Unterschied zu den Per-

sonen ohne Migrationshintergrund. 2017 wird dieser Abstand geringer, er bleibt aber weiterhin bestehen. Vertiefende Analysen zeigen, dass bei den Geflüchteten in Thüringen, die sowohl 2016 als auch 2017 befragt wurden, keine Verschlechterung eintritt (ohne Abbildung). Die geringfügig schlechtere Einschätzung der eigenen Gesundheit bei den Geflüchteten im Jahr 2017 geht also auf Personen zurück, die 2017 erstmals befragt wurden.

Abbildung 4.6.4: Einschätzung des eigenen Gesundheitszustands in Thüringen

„Wie würden Sie Ihren gegenwärtigen Gesundheitszustand beschreiben?“



Anmerkung: Die Einschätzung des eigenen Gesundheitszustands wird in der SOEP-Befragung jedes Jahr erhoben. Für Personen aus anderen Herkunftsländern in Thüringen enthalten die Daten ab dem Jahr 2013 genügend Fälle für eine Auswertung. Für Personen aus den Hauptfluchtländern in Thüringen ist eine Auswertung ab 2016 möglich. Fallzahl: zwischen 916 und 1.117 je nach Jahr.

Quelle: SOEP v34; eigene Berechnungen, eigene Darstellung.

Lebenszufriedenheit (oder auch Wohlbefinden) hängt mit anderen Aspekten zusammen, z. B. besserer Gesundheit, Langlebigkeit, höherer Leistungsfähigkeit, prosozialem Verhalten und sozialen Beziehungen (De Neve et al. 2013). Abbildung 4.6.5 zeigt die Einschätzung der gegenwärtigen eigenen Lebenszufriedenheit aus der SOEP-Befragung für Thüringen. Bei den

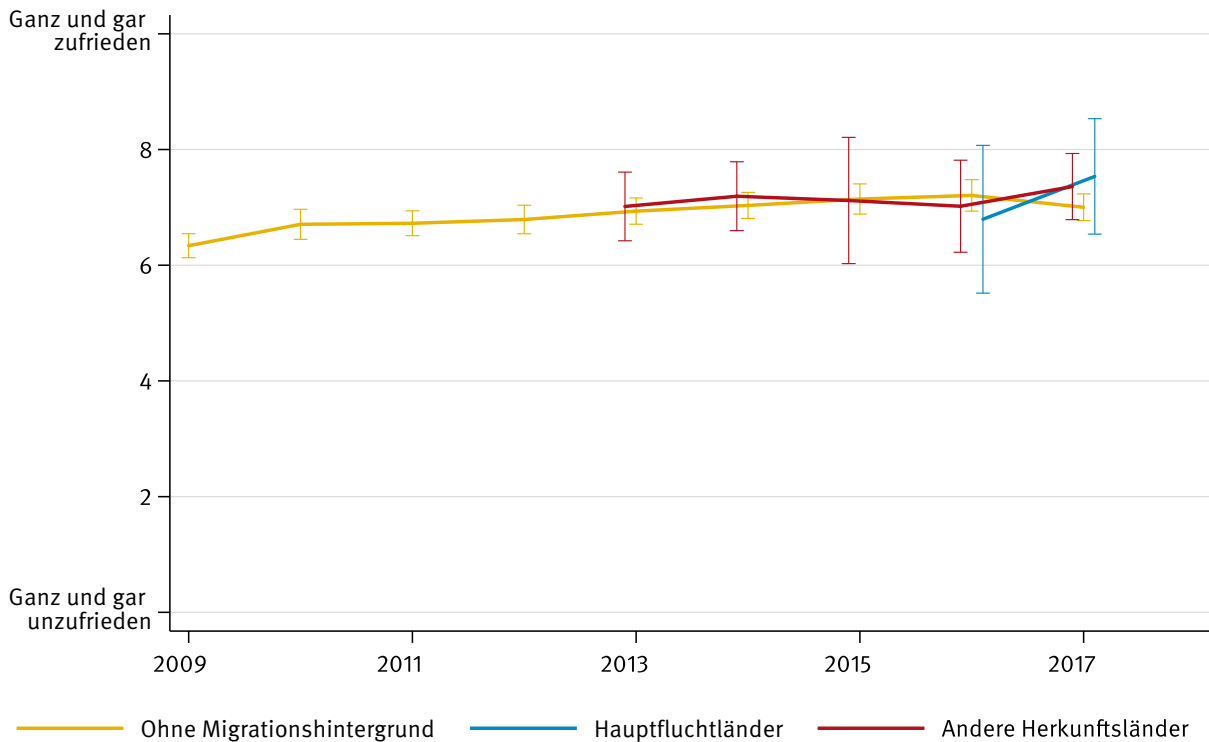
befragten Personen ohne Migrationshintergrund lag die Lebenszufriedenheit auf einer Skala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden) im Durchschnitt zwischen 6 und 7. Zwischen 2009 und 2017 hat die Zufriedenheit leicht zugenommen. Bei den Personen aus anderen Herkunftsländern liegt die durchschnittliche Lebenszufriedenheit zwischen

2013 und 2017 auf einem ähnlichen Niveau und hat einen ähnlichen Verlauf wie bei den Personen ohne Migrationshintergrund. Ab 2016 liegen außerdem Daten für Personen aus den Hauptfluchtländern vor. Diese Personen bewerteten ihre Lebenszufrieden-

heit ebenfalls im Durchschnitt zwischen den Werten 6 und 7. Für Ostdeutschland (ohne Thüringen) und Westdeutschland sind die Ergebnisse zur berichteten durchschnittlichen Lebenszufriedenheit ähnlich (ohne Abbildung).

Abbildung 4.6.5: Einschätzung der gegenwärtigen Lebenszufriedenheit in Thüringen

„Wie zufrieden sind Sie gegenwärtig, alles in allem, mit Ihrem Leben?“



Anmerkung: Die allgemeine Lebenszufriedenheit wird in der SOEP-Befragung jedes Jahr erhoben. Für Personen aus anderen Herkunftsländern in Thüringen enthalten die Daten ab dem Jahr 2013 genügend Fälle für eine Auswertung. Für Personen aus den Hauptfluchtländern in Thüringen ist eine Auswertung ab 2016 möglich. Fallzahl: zwischen 915 und 1.117 je nach Jahr. Quelle: SOEP v34; eigene Berechnungen, eigene Darstellung.

Den im Thüringer-Monitor Integration befragten Geflüchteten wurden Fragen zu akuten psychischen Belastungen und traumatische Erfahrungen gestellt (Beermann et al. 2019). 50 Prozent berichten von einer starken bis sehr starken Symptombelastung durch Heimweh, 35 Prozent von Einsamkeit, 32 Prozent von Angstzuständen, 29 Prozent von Angst vor möglichen Triggersituationen und 27 Prozent von Schwermut. Ein Großteil der Befragten (über 80 Prozent) berichtet, dass sie vor Verlassen der Heimat Krieg in unmittelbarer Nähe erlebt haben. Knapp die Hälfte berichtet außerdem, vor dem Verlassen der Heimat eine gewaltsame Trennung von Familien oder Freun-

den erlebt zu haben. Nach Verlassen der Heimat hat dies fast ein Viertel der Befragten erlebt. Mehr als die Hälfte der Befragten berichtet außerdem, körperliche Gewalt oder Körperverletzungen miterlebt zu haben. Opfer von körperlicher Gewalt oder Folter wurden über 45 Prozent der Männer, bei den Frauen lag der Anteil bei 25,7 Prozent. Andere beängstigende und als lebensbedrohlich wahrgenommene Situationen wurden von über 60 Prozent der Befragten berichtet. Unklar bleibt, wie viele der Befragten aufgrund der traumatischen Erlebnisse eine posttraumatische Belastungsstörung oder andere psychische oder somatische Symptome entwickelt haben.

4.6.3 Zwischenfazit zu Gesundheit

Administrative Daten zur Versorgung mit Gesundheitsleistungen zeigen, dass Kinder mit einem zweiseitigen Migrationshintergrund im Vergleich zu allen anderen Kindern häufiger Impflücken aufweisen und seltener die Früherkennungsuntersuchungen gemacht haben. Was die Gründe für diese Unterschiede sind, lässt sich aus den Daten nicht ableiten. Unklar bleibt außerdem der Impfstatus und die Inanspruchnahme der Früherkennungsuntersuchungen bei den Kindern, deren Impfpass oder das Nachweisheft für die Früherkennungsuntersuchungen nicht vorlagen.

Anhand der SOEP-Daten konnte untersucht werden, wie die erwachsenen Befragten selbst ihre Gesundheit einschätzen. Diese subjektive Gesundheitsbewertung ist bei den befragten Personen aus den Hauptfluchtländern positiver als bei jenen ohne Migrationshintergrund. Zwischen den Personen aus anderen Herkunftsländern und den Personen ohne Migrationshintergrund zeigt sich kein Unterschied. Ein Teil der Unterschiede erklärt sich damit, dass besonders die Menschen aus den Hauptfluchtländern im Durchschnitt jünger sind als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Allerdings bestehen die Unterschiede – etwas abgeschwächt – auch unabhängig vom Alter. Eine weitere Erklärung könnte sein, dass insbesondere Geflüchtete ihre subjektive Gesundheit in Relation zu den Umständen in den Herkunftsländern bewerten. Bei der Lebenszufriedenheit gibt es zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund keinen bedeutsamen Unterschied.

Der Thüringer-Monitor Integration gibt Einblicke zu akuten psychischen Belastungen und traumatischen Erfahrungen von Geflüchteten. Es werden häufig starke Symptombelastungen und traumatische Erlebnisse berichtet. Inwiefern diese in Depressionen oder Belastungsstörungen münden, kann aus den Ergebnissen nicht abgeleitet werden. Es ist aber zu vermuten, dass Geflüchtete, die ihr Heimatland wegen Krisen (Krieg und Verfolgung) verlassen haben und/oder auf der Flucht traumatische Erfahrungen gemacht haben, häufiger an Depressionen oder Belastungsstörungen leiden (Brücker et al. 2019). Die Ergebnisse aus dem Thüringer-Monitor Integration zu psychischen Belastungen von Geflüchteten weichen von der positiven Gesundheitsbewertung in der SOEP-Befragung ab. Es bleibt unklar, ob diese Unterschiede auf die nicht-repräsentative Stichprobe des Thüringer-Monitors Integration zurückzuführen sind oder ob die Befragten bei der subjektiven Gesundheitsbewertung insbesondere ihren physischen und nicht ihren psychischen Gesundheitszustand bewerten.

Die hier präsentierten Daten und Ergebnisse zeigen, dass einerseits verschiedene Gesundheitsbereiche abgedeckt werden. Andererseits sind die jeweiligen Daten nur für Teile der Thüringer Bevölkerung vorhanden. Beispielsweise zeigen die dargestellten administrativen Daten nur die Impfquoten für Kinder, aber nicht für Erwachsene.

4.7 Wohnen

Die Wohnsituation und das Wohnumfeld sind weitere Dimensionen gesellschaftlicher Teilhabe (TMMJV 2017). Wenn Menschen genügend und gut ausgestatteten Wohnraum zur Verfügung haben, können sie sich leichter „zu Hause fühlen“. Durch die gestiegene Zuwanderung von Geflüchteten wird in Thüringen mehr Wohnraum benötigt. Gleichzeitig soll der Bedarf der einheimischen Wohnungssuchenden nicht vernachlässigt und wohnräumliche Segregation⁸⁹ vermieden werden (TMMJV 2017).

Die Wohnungsfrage stellt sich besonders in Bezug auf die in den vergangenen Jahren zugewanderte Bevölkerungsgruppe, die Asylsuchenden und Geflüchteten. Daher beginnt dieses Kapitel mit aktuellen Zahlen zur Unterbringung von Geflüchteten. Danach wird anhand von Daten aus der SOEP-Befragung die durchschnittliche Wohnqualität für alle Bevölkerungsgruppen vergleichend dargestellt. Mit den SOEP-Daten kann die Wohnqualität bis einschließlich 2017 untersucht werden.

89 Segregation bedeutet, dass verschiedene Gruppen innerhalb einer Stadt oder Region in räumlich getrennten Wohngebieten leben. Der Extremfall einer vollständigen Segregation sind Ghettos, in denen eine Bevölkerungsgruppe räumlich vollkommen von allen anderen Bevölkerungsgruppen getrennt wohnt.

Im Mikrozensus gibt es Daten zur Wohnqualität nur für die Jahre 2010 und 2014. Die Jahre nach 2014 sind aber insofern interessant, als ab 2015 der Anteil der Geflüchteten in Thüringen gestiegen ist, auch wenn einige von ihnen noch im Asylverfahren sind und sich deshalb noch nicht frei auf dem Wohnungsmarkt bewegen. Als Indikatoren werden die Entwick-

lung der durchschnittlichen Wohnungsgröße, der durchschnittliche Preis pro Quadratmeter und die Zufriedenheit mit der eigenen Wohnung herangezogen. Aus dem Thüringen-Monitor Integration werden zudem die durch Geflüchtete erlebte Diskriminierung bei der Wohnungssuche sowie Verbesserungswünsche in Bezug auf die Wohnraumangebote berichtet.

4.7.1 Indikatoren auf der Basis administrativer Daten

Anhand von administrativen Daten kann die derzeitige Unterbringung von Geflüchteten betrachtet werden. Es ist davon auszugehen, dass eine dezentrale Unterbringung in einer eigenen Wohnung sich positiv auf den Kontakt und Austausch zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen auswirkt.

Zur Unterbringung von Geflüchteten in Thüringen lie-

gen aktuelle Zahlen zum Stand vom 28.02.2019 vor.⁹⁰ Zu diesem Stichtag gab es in Thüringen 20.276 Unterbringungsplätze; davon waren 11.549 belegt. Etwas mehr als die Hälfte dieser Plätze entfällt auf Gemeinschaftsunterkünfte (5.918 Plätze), die übrigen auf Einzelunterkünfte (5.631 Plätze). Von den vorhandenen Plätzen in Einzelunterkünften waren rund 89 Prozent belegt.

4.7.2 Indikatoren auf der Basis von Umfragedaten

Die Wohnqualität wird anhand der durchschnittlichen Quadratmeterzahl pro Person im Haushalt und der durchschnittlichen Miete pro Quadratmeter erfasst. Abbildung 4.7.1 zeigt die durchschnittliche Wohnfläche pro Person in Thüringen. Die SOEP-Befragung liefert hierzu Daten für den Zeitraum von 2009 bis 2017. Bei den Personen ohne Migrationshintergrund lag die durchschnittliche Wohnfläche 2017 bei 46,1 Quadratmeter pro Person; sie ist ab 2009 von 42,0 Quadratmeter pro Person geringfügig gestiegen. Personen aus anderen Herkunftsländern hatten nach eigenen Angaben 2017 eine Wohnfläche von 36,4 Quadratmeter pro Person. Bei dieser Gruppe ist die durchschnittliche Wohnfläche über den Beobachtungszeitraum gesunken, insbesondere um das Jahr 2015. Die recht großen Konfidenzintervalle für die Jahre 2013 und 2014 deuten jedoch darauf hin, dass die Werte für diese Gruppe nicht sehr genau geschätzt sind; tatsächlich könnte die durchschnittliche Wohnfläche pro Person auch gleichgeblieben sein. 2017 war die Wohnfläche pro Person bei den Personen aus anderen Herkunftsländern in Thüringen jedoch deutlich kleiner als bei jenen ohne Migrationshintergrund. In den anderen ostdeutschen Bundesländern (mit Berlin) unterscheidet sich die Wohnfläche von Personen ohne

Migrationshintergrund und Personen aus anderen Herkunftsländern in ähnlichem Maß. In den westdeutschen Bundesländern ist der Unterschied deutlich größer, mit fast 15 Quadratmeter pro Person (ohne Abbildung).

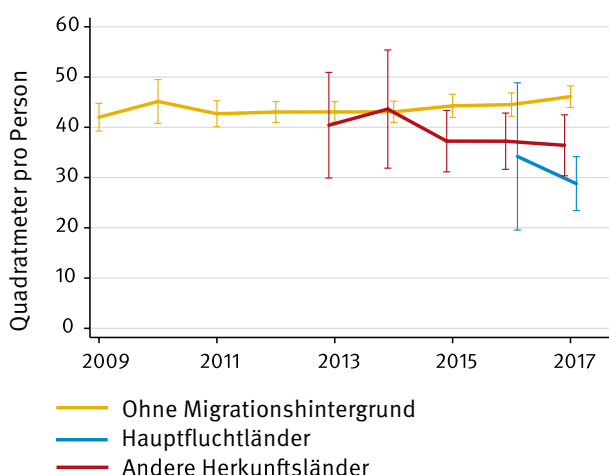
Menschen aus den Hauptfluchtländern, die 2016 und 2017 nicht in einer Gemeinschaftsunterkunft wohnten, hatten ebenfalls weniger Wohnfläche zur Verfügung als Menschen ohne Migrationshintergrund. 2016 betrug die durchschnittliche Wohnfläche bei dieser Gruppe in Thüringen 34,2 Quadratmeter pro Person. 2017 lag sie mit 28,8 Quadratmeter pro Person noch deutlich niedriger. Die recht großen Konfidenzintervalle weisen darauf hin, dass ein eindeutiger Unterschied in der Wohnfläche in Thüringen nur 2017 zwischen Personen aus Hauptfluchtländern und Personen ohne Migrationshintergrund ausgemacht werden kann. In den anderen ostdeutschen Bundesländern und in den westdeutschen Bundesländern ist der Unterschied ähnlich stark ausgeprägt.

Dass Menschen mit Migrationshintergrund in Thüringen (wie auch im übrigen Deutschland) weniger Wohnfläche zur Verfügung haben, kann ganz verschiedene Ursachen haben.

⁹⁰ Thüringer Landesverwaltungsamt unter Einbeziehung der kommunalen Gebietskörperschaften.

Es kann etwa mit der unterschiedlichen Miethöhe, beispielsweise im Vergleich zwischen Stadt und Land, zu tun haben, aber auch mit begrenzten Mitteln oder mit der Angebotsseite, also mit Präferenzen von Vermieterinnen und Vermietern. Anhand der vorliegenden Daten kann dies nicht genauer untersucht werden. Auf jeden Fall leben Menschen mit Migrationshintergrund auch in Thüringen häufig in Haushalten, die im Durchschnitt mehr Personen umfassen, als Menschen ohne Migrationshintergrund (vgl. Spellerberg 2013). Die Bandbreite der Wohnungsgrößen ist für die drei Bevölkerungsgruppen ähnlich groß. Die durchschnittliche Wohnfläche pro Person betrug für Menschen ohne Migrationshintergrund 2017 46,1 Quadratmeter; die Hälfte dieser Personen hat zwischen 32 und 55 Quadratmeter Wohnraum zur Verfügung (ohne Abbildung).

Abbildung 4.7.1: Wohnfläche in Quadratmeter pro Person in Thüringen

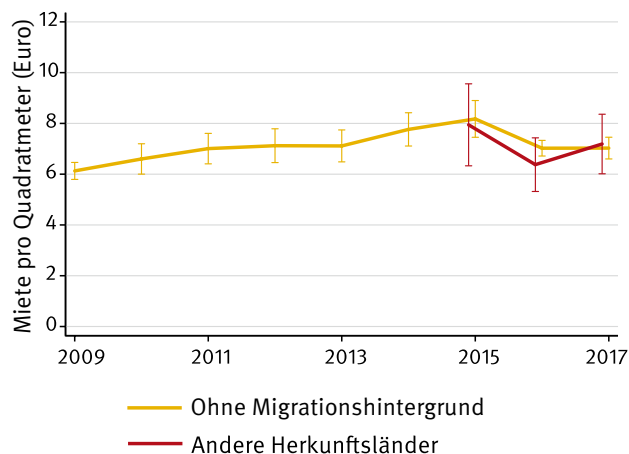


Anmerkung: Die verfügbare Wohnfläche wird in der SOEP-Befragung jedes Jahr erhoben. Für Personen aus anderen Herkunftsländern in Thüringen enthalten die Daten ab 2013 genügend Fälle für eine Auswertung. Für Personen aus den Hauptfluchtländern in Thüringen ist eine Auswertung ab 2016 möglich. Fallzahl: zwischen 915 und 1.111 je nach Jahr.

Quelle: SOEP v34; eigene Berechnungen, eigene Darstellung.

Die Miethöhe kann ein Indikator für Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt sein, wenn Personen mit Migrationshintergrund deutlich höhere Mieten zahlen als Personen ohne Migrationshintergrund. Abbildung 4.7.2 zeigt für Thüringen die Höhe der monatlichen Mieten (pro Quadratmeter) ab 2009. Bei den Menschen ohne Migrationshintergrund ist die durchschnittliche Miete pro Quadratmeter zwischen 2009 und 2017 von 6,13 EUR/qm auf 7,03 EUR/qm gestiegen. Zwischen 2015 und 2016 zeigt sich ein Absinken der Mieten. Ob dieses tatsächlich stattgefunden hat, lässt sich aufgrund der geringen Fallzahlen nicht mit Sicherheit sagen. Laut dem 2. Wohnungsmarktbericht Thüringen (TMIL 2018) sind die Mieten in den letzten zehn Jahren und vor allem seit 2014 stetig gestiegen. Menschen aus anderen Herkunftsländern haben zwischen 2015 und 2017 ähnlich hohe Mieten gezahlt wie jene ohne Migrationshintergrund. In den anderen ostdeutschen Bundesländern (mit Berlin) und den westdeutschen Bundesländern zeigen sich ebenfalls keine ausgeprägten Unterschiede. Somit zeigen sich in Bezug auf diese Gruppen keine Ungleichheiten. Für Personen aus den Hauptfluchtländern in Thüringen liegen nicht genügend Angaben für eine Auswertung vor.

Abbildung 4.7.2: Höhe der monatlichen Miete pro Quadratmeter in Thüringen



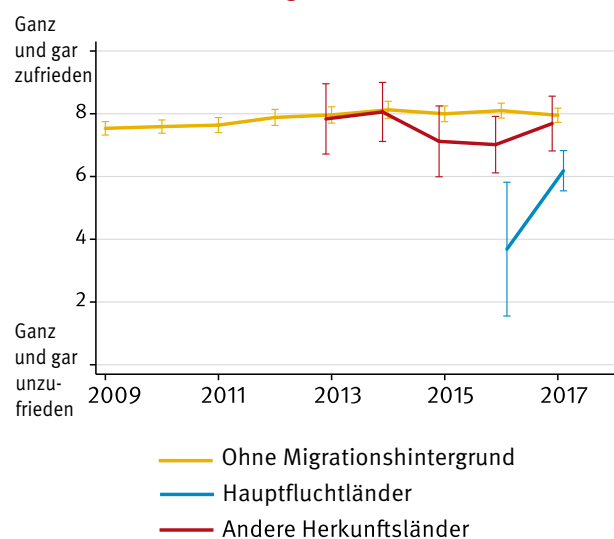
Anmerkung: Angaben zu den Mietkosten werden in der SOEP-Befragung jedes Jahr erhoben. Für Personen aus anderen Herkunftsländern in Thüringen liegen ab dem Jahr 2015 genug Fälle für eine Auswertung vor. Für Personen aus den Hauptfluchtländern in Thüringen erlauben die niedrigen Fallzahlen keine Auswertung. Fallzahl: zwischen 311 und 500 je nach Jahr.

Quelle: SOEP v34; eigene Berechnungen, eigene Darstellung.

Neben Wohnraum und Miethöhe erfasst die SOEP-Befragung auch die Zufriedenheit mit der Wohnsituation. Diese wird als ein wichtiger Indikator für die Lebensqualität angesehen (Nowossadeck & Engstler 2017, Spellerberg 2013). Bei den Menschen ohne Migrationshintergrund war die Zufriedenheit mit der eigenen Wohnsituation im Durchschnitt hoch: Auf einer Skala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (ganz und gar zufrieden) lag sie bei 7,5 bis 8 (siehe Abb. 4.7.3). Zwischen 2009 und 2017 hat sich der Wert geringfügig erhöht. Menschen aus anderen Herkunftsländern waren mit ihrer Wohnsituation ähnlich zufrieden wie jene ohne Migrationshintergrund. In dieser Gruppe ist die Zufriedenheit zwischen 2014 und 2015 etwas gesunken und dann bis 2017 wieder gestiegen. Die Konfidenzintervalle weisen jedoch darauf hin, dass dies ein zufälliger Befund sein könnte, was bedeuten würde, dass es bei der Zufriedenheit mit der eigenen Wohnsituation über den gesamten Zeitraum keinen Unterschied gibt.

Bei den Menschen aus den Hauptfluchtländern lag die Zufriedenheit mit der eigenen Wohnsituation 2016 bei durchschnittlich 5,5. Dieser Wert ist deutlich niedriger als bei den Menschen ohne Migrationshintergrund oder aus anderen Herkunftsländern. Von 2016 zu 2017 ist der Wert zwar gestiegen, lag aber immer noch deutlich niedriger als bei den Personen ohne Migrationshintergrund. In Ostdeutschland (ohne Thüringen) und Westdeutschland liegt die durchschnittliche Zufriedenheit mit der eigenen Wohnsituation bei den drei beobachteten Gruppen auf einem ähnlichen Niveau (ohne Abbildung). Dass die Personen aus den Hauptfluchtländern ihre Wohnsituation schlechter bewerten, könnte darauf zurückzuführen sein, dass sie zum Teil noch in Gemeinschaftsunterkünften leben. Vergleicht man für Gesamtdeutschland die durchschnittliche Bewertung der Wohnsituation von Geflüchteten in Gemeinschaftsunterkünften mit der von Geflüchteten in privaten Wohnungen oder Häusern, zeigt sich ein deutlicher Unterschied: Jene in einer privaten Wohnung oder Haus bewerten ihre Wohnsituation fast ebenso gut wie Personen ohne Migrationshintergrund. Bei den Geflüchteten in Gemeinschaftsunterkünften liegen die Werte dagegen zwischen 4 und 5 (ohne Abbildung).

Abbildung 4.7.3: Zufriedenheit mit der eigenen Wohnsituation in Thüringen



Anmerkung: Die Zufriedenheit mit der eigenen Wohnsituation wird in der SOEP-Befragung jedes Jahr erhoben. Für Personen aus anderen Herkunftsländern in Thüringen enthalten die Daten ab dem Jahr 2013 genügend Fälle für eine Auswertung. Für Personen aus den Hauptfluchtländern in Thüringen ist eine Auswertung ab 2016 möglich. Fallzahl: zwischen 915 und 1.114 je nach Jahr.

Quelle: SOEP v34; eigene Berechnungen, eigene Darstellung.

Von den im Thüringen-Monitor Integration befragten Geflüchteten gaben 2018 27 Prozent an, bei der Wohnungssuche ziemlich stark benachteiligt worden zu sein (Beelmann et al. 2019). Von den verschiedenen Bereichen, in denen Benachteiligungen erlebt werden können, wurden bei der Wohnungssuche mit Abstand am häufigsten eine starke Benachteiligung berichtet. Es wurde außerdem gefragt, was sich an den jetzigen Wohnorten der Befragten ändern müsse, damit die Personen dauerhaft dort leben bleiben. Am häufigsten (36 Prozent) wurden die Wohnraumangebote genannt, die deutlich besser beziehungsweise vielfältiger werden müssen. Allerdings wohnten 80,3 Prozent der im Thüringen-Monitor Integration befragten Personen in einer der drei Thüringischen Großstädte Jena, Erfurt oder Gera. In Mittelstädten (ab 20.000 Einwohner) wohnten 13,8 Prozent. 5,5 Prozent der Befragten wohnten in Kleinstädten oder auf dem Land. Gleichzeitig wird in derselben Publikation angemerkt, dass nur knapp 38 Prozent der Geflüchteten in Großstädten wohnt und dadurch die Geflüchteten aus den Klein- und Mittelstädten in der Stichprobe unterrepräsentiert sind (Beelmann et al. 2019: 15). Das bedeutet, dass die Befunde nicht verallgemeinerbar sind.

4.7.3 Zwischenfazit zum Bereich Wohnen

Die Frage, ob es sowohl für zugewanderte als auch für einheimische Wohnungssuchende genügend Wohnraum gibt, lässt sich mit den hier dargestellten Daten kaum beantworten. Den Daten ist aber zu entnehmen, dass einheimische und zugewanderte Personen einerseits einen vergleichbaren Mietpreis pro Quadratmeter zahlen (für die Personen aus Fluchtländern lässt sich die Miethöhe anhand der vorliegenden Daten nicht einschätzen). Andererseits haben sie aber unterschiedlich viel Wohnfläche zur Verfügung. Die Zufriedenheit mit der eigenen Wohnsituation unterscheidet sich zwischen Einheimischen und Zugewanderten kaum, sofern diese in einer Privatwohnung oder einem Privathaus wohnen. Geflüchtete, die in Gemeinschaftsunterkünften wohnen, sind mit ihrer Wohnsituation dagegen deutlich unzufriedener. Von den Geflüchteten wird außerdem eine starke Benachteiligung bei der Woh-

nungssuche in den Großstädten berichtet und sich ein deutlich besseres Wohnraumangebot gewünscht.

Ob es in Thüringen wohnräumliche Segregation gibt, ist mit den hier genutzten Daten nicht festzustellen. Dafür müssten Daten der Einwohnermeldeämter ausgewertet werden. Offen bleibt auch die Frage, ob die Suche nach geeignetem Wohnraum für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund schwieriger geworden ist. In ländlichen Regionen ist die Wohnungssuche vermutlich einfacher, weil dort mehr Leerstand herrscht, wie der 2. Wohnungsmarktbericht Thüringen festgestellt hat. In den Städten ist der Leerstand dagegen wesentlich geringer. Schließlich geben die Daten auch keinen Aufschluss darüber, inwieweit Personen mit Migrationshintergrund bei der Wohnungssuche Benachteiligung erfahren.

4.8 Integration und gesellschaftliche Teilhabe

Gesellschaftliche Teilhabe bedeutet, dass die Individuen und Organisationen einer Gesellschaft gleichberechtigt in alle wirtschaftlichen, soziokulturellen und politischen Bereiche und in gesellschaftliche Entscheidungs- und Willensbildungsprozesse einbezogen sind (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2013: 1, Valtonen 1999: 470). Entsprechend formuliert das Thüringer Integrationskonzept als Ziel, dass sämtlichen Einwohnerinnen und Einwohnern Thüringens gleichermaßen ermöglicht wird, „sich aktiv an der Gestaltung ihrer eigenen Lebensbedingungen und ihres unmittelbaren Umfelds zu beteiligen“ (TMMJV 2017: 71). Das Thüringer Integrationskonzept hebt hier sechs Lebensbereiche heraus: Sprach- und Integrationsmittlung, bürgerschaftliches Engagement, Religionsausübung, Sport, Kunst und Kultur sowie politische Teilhabe (Infokasten 4.8A).

4.8A

Thüringer Integrationskonzept: Handlungsfeld gesellschaftliche Teilhabe

1. Sprach- und Integrationsmittlung: Verständigungsschwierigkeiten überwinden
2. Bürgerschaftliches Engagement: gemeinsam für ein gutes Miteinander
3. Religion: Glauben in Freiheit leben zu können
4. Sport: Zusammenspiel verbindet
5. Kunst und Kultur: gemeinsam kreativ
6. Politisches Engagement: Teilhabe an politischen Willensprozessen

i

Für manche dieser Lebensbereiche fanden sich nicht genügend Indikatoren, um Stand und Entwicklung der gesellschaftlichen Teilhabe hinreichend zu untersuchen. Vor allem geeignete administrative Daten sind dafür kaum verfügbar. So finden sich im Bereich Sprach- und Integrationsmittlung z. B. keine Daten dazu, wie viele Sprachmittlerinnen und Sprachmittler es in Thüringen gibt und wie sie regional verteilt sind, oder dazu, welche Sprachen die Dolmetscherdienste anbieten. Gleiches gilt etwa für die Frage, wie viele der Personen, die Gutscheine aus dem Teilhabepaket erhalten, einen Migrationshintergrund haben (als Indikator für den Zugang zu Kunst und Kultur). All dies könnte nur mit erheblichem Aufwand recherchiert werden. Daten zur Mitgliedschaft in Sportvereinen gibt es vermutlich bei

den einzelnen Sportvereinen, sie liegen aber nicht zentral bei Verbänden vor.

Angesichts dieser sehr begrenzten Datenlage werden anhand von administrativen Daten beziehungsweise dem Mikrozensus nur die Indikatoren Einbürgerung, Staatsbürgerschaft und Einkommen ausgewertet und dargestellt. Dies beleuchtet also eher die Voraussetzungen für politische und gesellschaftliche Teilhabe. Alle anderen Indikatoren stützen sich auf Umfragedaten. Sie beschreiben das zivilgesellschaftliche Engagement von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, ihre Mitgliedschaft in Vereinen, die sozialen Kontakte zwischen Gruppen mit und ohne Migrationshintergrund und das Gefühl der Zugehörigkeit zu Deutschland.

4.8.1 Indikatoren auf der Basis administrativer Daten

Einbürgerung

Die wichtigste Möglichkeit politischer Mitbestimmung ist die an Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen teilzunehmen. Diese Möglichkeit haben nur deutsche Staatsangehörige, bei Wahlen auf kommunaler Ebene auch andere EU-Staatsangehörige (vgl. Deutscher Bundestag 2018). Für gesellschaftliche Teilhabe ist daher wichtig, wie viele der Personen mit Migrationshintergrund die deutsche Staatsangehörigkeit haben.

Tabelle 4.8.1 zeigt die Einbürgerungsquoten für Personen mit Migrationshintergrund, die seit mindestens acht Jahren in Deutschland leben (dies ist eine Voraussetzung für eine Einbürgerung, § 10 StAG). In Thüringen liegt die Quote seit 2005 zwischen zwei und drei Prozent, also insgesamt recht niedrig. Nach einem leichten Abfall zwischen 2005 und 2009 steigt sie seit 2009 geringfügig, aber stetig an. Im Bundesdurchschnitt sind die Quoten mit 2,0 bis 2,6 Prozent noch etwas niedriger.

Tabelle 4.8.1: Einbürgerungsquoten

Jahr	Einbürgerungsquote (%) Thüringen	Einbürgerungsquote (%) Deutschland
2017	3,3	2,1
2015	2,8	2,1
2013	2,7	2,2
2011	2,6	2,1
2009	2,1	2,0
2005	3,3	2,6

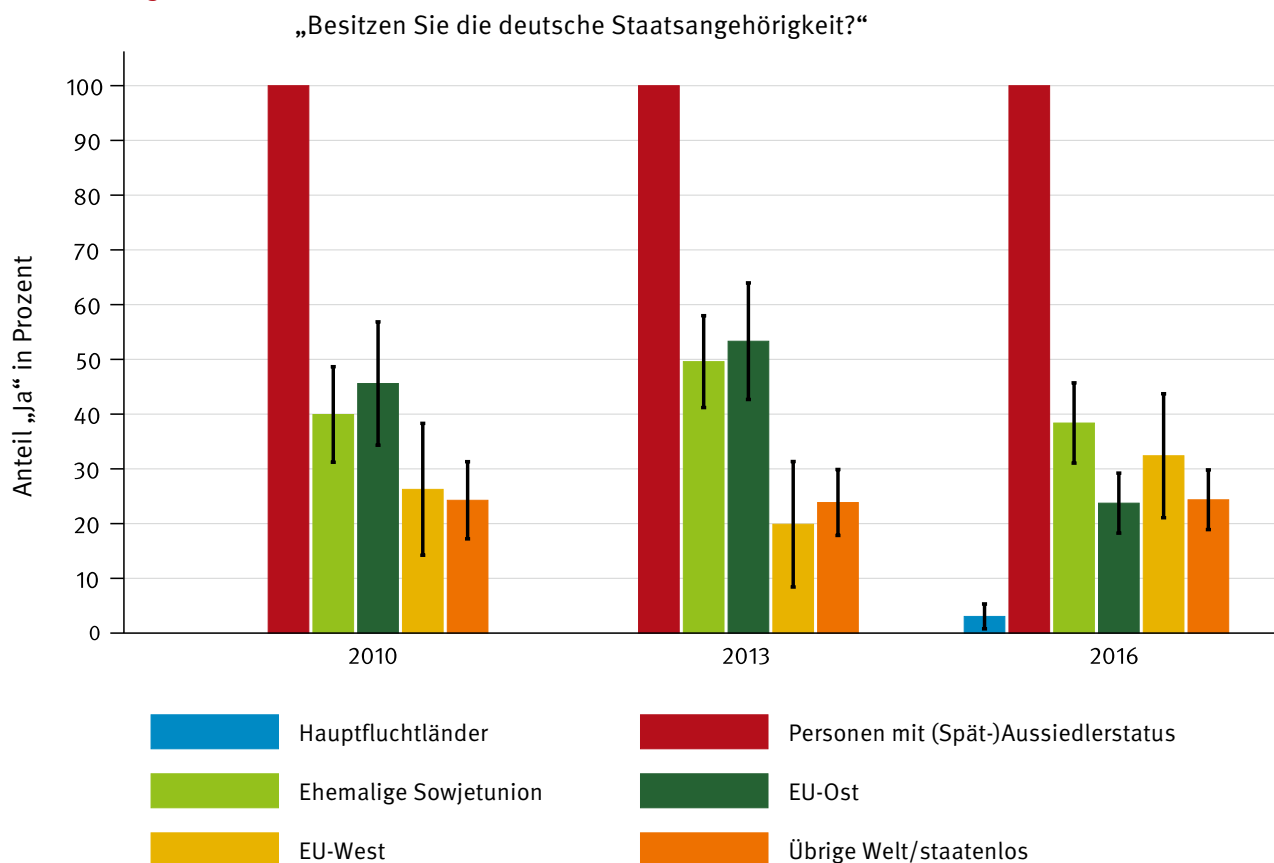
Anmerkung: Zahl der Einbürgerungen im Verhältnis zur Zahl der Ausländerinnen und Ausländer, die zum Ende des Vorjahres schon mindestens acht Jahre in Deutschland lebten. Quelle: Integrationsmonitoring der Länder, Einbürgerungsstatistik, AZR; eigene Darstellung

Die folgenden Abbildungen zeigen den Anteil der Personen mit Migrationshintergrund, die die deutsche Staatsangehörigkeit haben, für 2010, 2013 und 2016 getrennt nach Herkunftsregionen (Abb. 4.8.1) und nach Geschlecht (Abb. 4.8.2).

Die Daten basieren auf dem Mikrozensus. Personen mit (Spät-)Aussiedlerstatus erhalten direkt nach ihrer Wanderung nach Deutschland die deutsche Staatsbürgerschaft (§ 7 StAG), entsprechend sind alle Personen dieser Gruppe Deutsche. Am niedrigsten ist der Anteil der deutschen Staatsangehörigen bei den Personen aus den Hauptfluchtländern. Diese Gruppe lebt aber im Durchschnitt auch erst deutlich weniger als acht Jahre in Deutschland. Bei den Personen mit Wurzeln in der ehemaligen Sowjetunion war der Anteil in allen drei Jahren vergleichsweise hoch, die Quote blieb zudem über den Erhebungszeitraum recht stabil. Veränderungen zeigen sich bei den Personen aus der EU: Bei jenen aus östlichen EU-Län-

dern war der Anteil der deutschen Staatsangehörigen 2013 und 2016 erheblich höher als bei jenen aus westlichen EU-Ländern. Ihre Quote hat sich jedoch zwischen 2013 und 2016 fast halbiert, während sie bei den Personen aus westlichen EU-Ländern leicht gestiegen ist. Auswertungen für alle ostdeutschen Bundesländer zeigen, dass auch dort bei den Personen aus östlichen EU-Ländern der Anteil sinkt, allerdings nicht ganz so stark. Der leichte Anstieg bei den Personen aus westlichen EU-Ländern zeigt sich dort hingegen nicht. Auch die großen Konfidenzintervalle (siehe Kap. 2.3) deuten darauf hin, dass es sich hier unter Umständen nicht um einen tatsächlichen Trend handelt.

Abbildung 4.8.1: Anteil der deutschen Staatsangehörigen mit Migrationshintergrund in Thüringen nach Herkunftsregionen



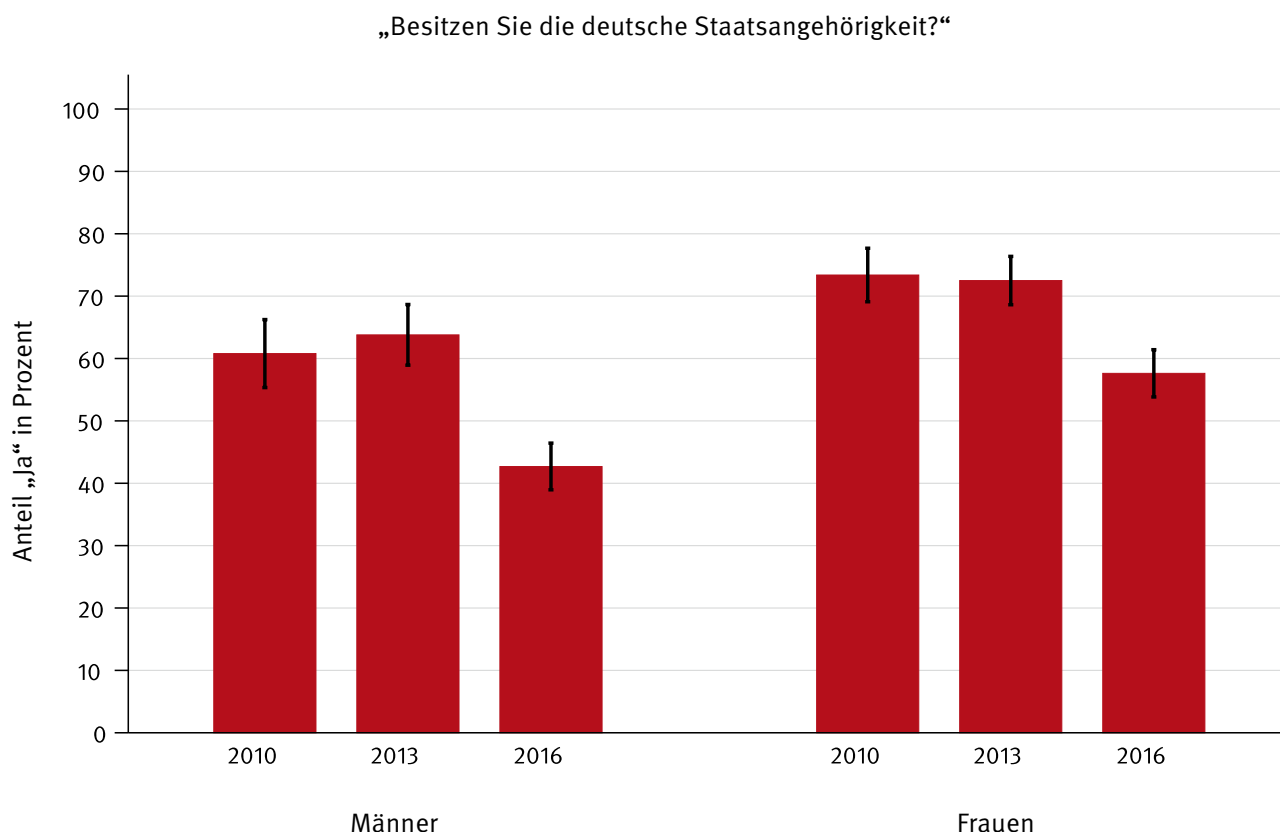
Fallzahl: zwischen 549 und 950 je nach Jahr.

Quelle: Mikrozensus 2010, 2013, 2016; eigene Berechnungen, eigene Darstellung.

Insgesamt ist der Anteil der deutschen Staatsangehörigen bei den Menschen mit Migrationshintergrund in Thüringen zwischen 2013 und 2016 deutlich gesunken (Abb. 4.8.2). Hier wirkt sich aus, dass in diesem Zeitraum viele Geflüchtete neu zugewandert sind. Über die Erhebungsjahre stabil geblieben ist der Ge-

schlechtsunterschied: Bei den Männern mit Migrationshintergrund ist der Anteil der deutschen Staatsangehörigen durchweg deutlich niedriger als bei den Frauen. Ein ähnliches Muster, jedoch weniger ausgeprägt, zeigt sich bei der Auswertung der Daten für alle ostdeutschen Bundesländer.

Abbildung 4.8.2: Anteil der deutschen Staatsangehörigen mit Migrationshintergrund in Thüringen nach Geschlecht



Fallzahl: zwischen 1.055 und 1.399 je nach Jahr.

Quelle: Mikrozensus 2010, 2013, 2016; eigene Berechnungen, eigene Darstellung.

Die Ursachen der niedrigen Einbürgerungsquoten sind vielschichtig. Manche wollen sich vielleicht gar nicht einbürgern lassen (besonders wenn sie dafür die Staatsbürgerschaft des Herkunftslandes aufgeben müssen). Auch die Voraussetzungen für eine Einbürgerung sind hoch. Für nichtdeutsche Staatsangehörige kann es zum Beispiel schwierig sein, ihren Lebensunterhalt selbst zu sichern – das ist eine der Bedingungen für die Einbürgerung – oder den Nachweis der erforderlichen Deutschkenntnisse zu erbringen. Aber auch die Art und Weise, wie die Einbürgerungsberatung und das Verwaltungsverfahren umgesetzt werden, kann eine Einbürgerung erschweren (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2016: 432). Schwierigkeiten ergeben sich auch daraus, dass Herkunftsländer erforderliche Unterlagen verweigern, deren Ausstellung verzögern oder eine persönliche Beantragung vor Ort verlangen.

Einkommen

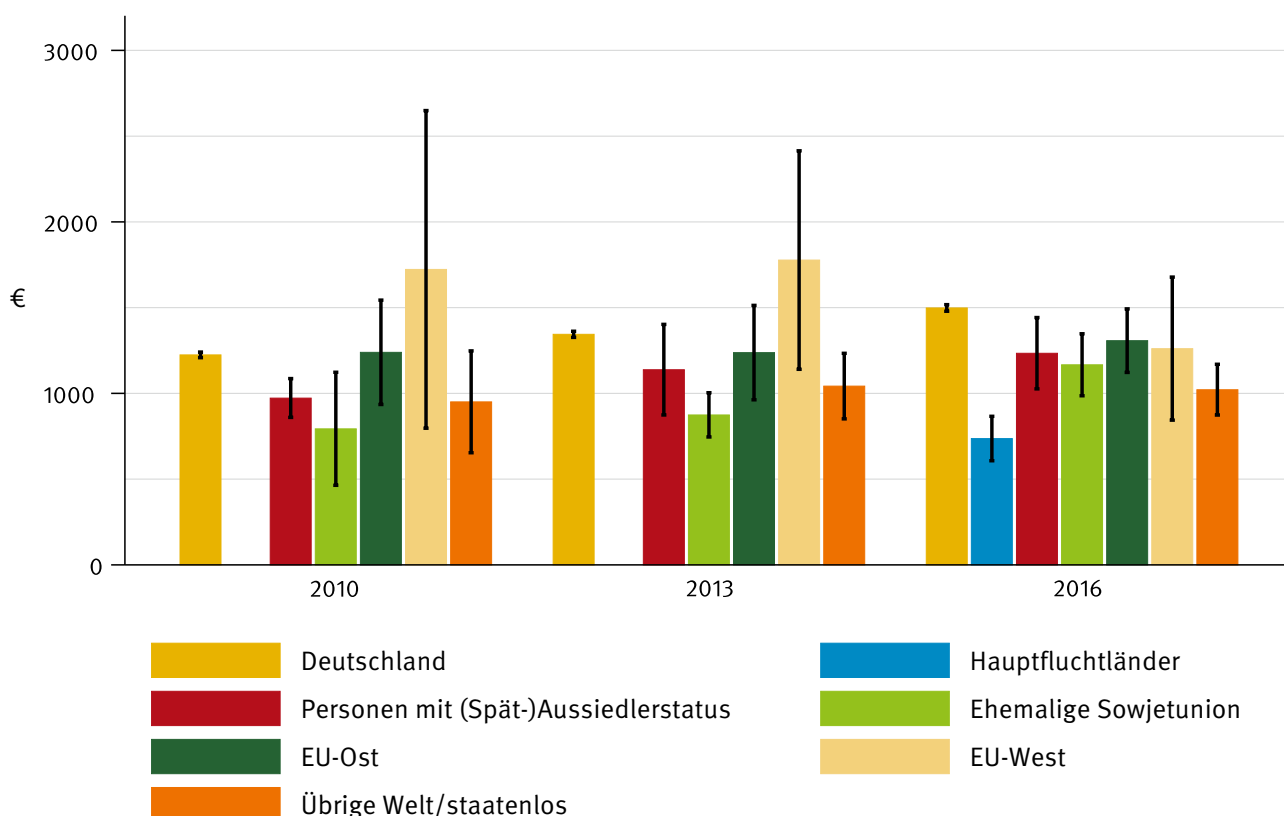
Einkommen ist eine entscheidende Voraussetzung, um gesellschaftlich teilzuhaben und viele Bereiche des eigenen Lebensumfelds selbst gestalten zu können. Während in Kapitel 4.5 (Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt) das Einkommen aus Erwerbsarbeit betrachtet wird, erfasst der Mikrozensus das verfügbare Einkommen einer Person. Dazu gehören neben Arbeitslohn zum Beispiel auch Transferleistungen wie Kindergeld, Wohngeld, Sozialleistungen etc. Gesellschaftliche Teilhabe ist in vielen Bereichen mit Kosten verbunden (etwa für Vereinsbeiträge, Trainingskleidung oder Eintrittskarten für kulturelle Veranstaltungen). Darum ist hierfür entscheidend, welche finanziellen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen.

Im Jahr 2016 war das gesamte Nettoeinkommen⁹¹ bei den Menschen ohne Migrationshintergrund in Thüringen im Durchschnitt höher als bei jenen mit Migrationshintergrund (Abb. 4.8.3). Bei Letzteren unterscheidet es sich nach Herkunftsgruppen, wobei die Konfidenzintervalle jeweils ähnliche Bereiche abdecken. Bei den Gruppen mit Migrationshintergrund sind die Konfidenzintervalle zudem sehr groß. Dies deutet darauf hin, dass bei den ohnehin niedrigen Fallzahlen für Thüringen die Varianz in manchen Herkunftsgruppen sehr hoch ist, die Einkommen sich also sehr stark unterscheiden. Daher werden im Folgenden nur Unterschiede interpretiert, die sich auch in den anderen ostdeutschen Bundesländern zeigen (vgl. die Hinweise des Mikrozensus zu Regionalauswertungen in Kap. 2.4.1).

Personen aus den Hauptfluchtländern können für die Jahre 2010 und 2013 nicht getrennt betrachtet werden; dort sind sie der Kategorie „Übrige Welt/staatenlos“ zugeordnet. 2016 hatten sie erheblich niedrigere Einkünfte als die anderen Gruppen. Die höchsten Einkommen aller Herkunftsgruppen haben Personen aus den westlichen EU-Ländern, sie liegen teilweise über denen der Personen ohne Migrationshintergrund. In den Auswertungen für alle ostdeutschen Bundesländer liegen sie 2016 ebenfalls höher als bei den Personen ohne Migrationshintergrund. Bei allen anderen Herkunftsgruppen ist das Einkommen niedriger. Weiterhin wird sichtbar, dass die Personen aus der ehemaligen Sowjetunion beim verfügbaren Einkommen über den betrachteten Zeitraum aufholen: Zwischen 2010 und 2016 verringert sich der Abstand zu den Personen ohne Migrationshintergrund. Dieser Trend zeigt sich auch in den anderen ostdeutschen Bundesländern.

Abbildung 4.8.3: Nettoeinkommen (aus Erwerbstätigkeit und Transferleistungen) 2010, 2013 und 2016 nach Herkunftsgruppen in Thüringen

„Wie hoch war Ihr persönliches Nettoeinkommen (Summe aller Einkünfte) im letzten Monat insgesamt?“



Anmerkung: Dargestellt ist das mittlere Nettoeinkommen in Euro. Wegen zu geringer Fallzahlen können Personen aus den Hauptfluchtländern in 2010 und 2013 nicht getrennt dargestellt werden. Fallzahl: zwischen 10.547 und 11.443 je nach Jahr. Quelle: Mikrozensus 2010, 2013, 2016; eigene Berechnungen, eigene Darstellung.

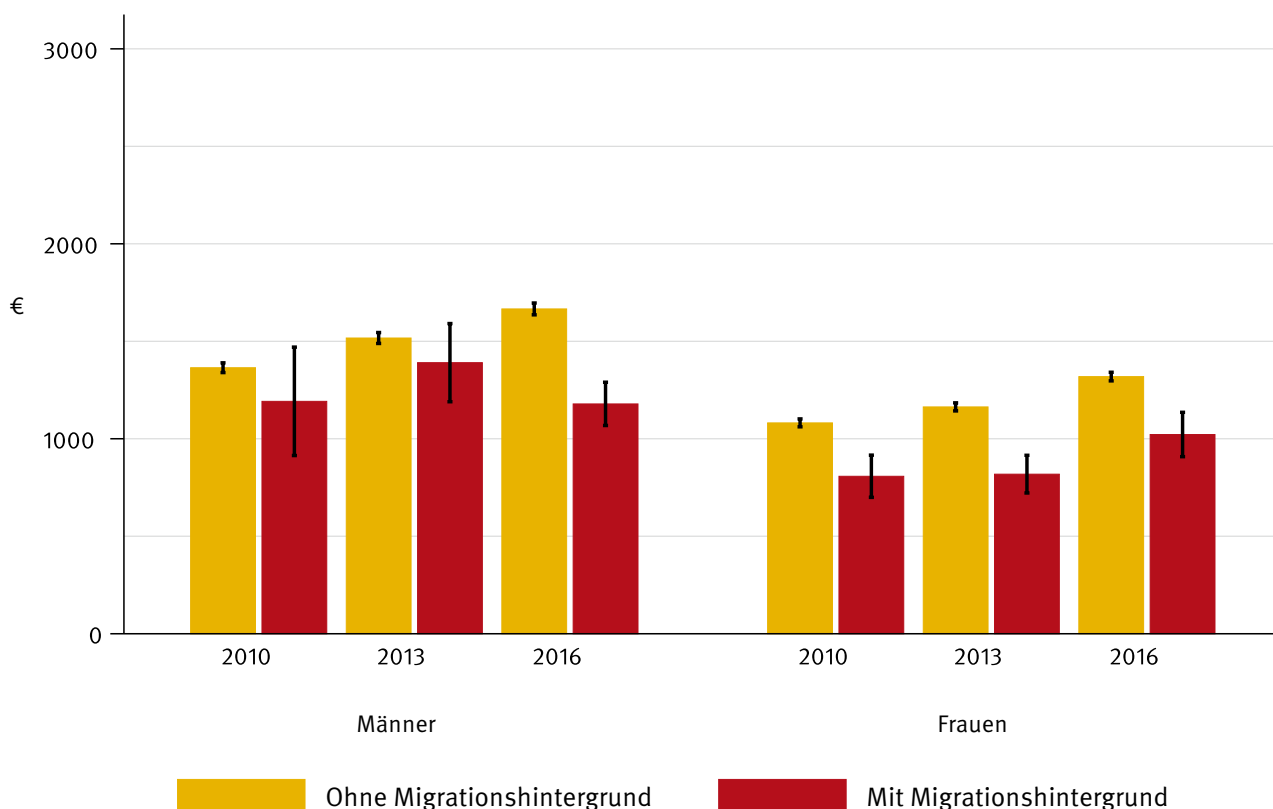
⁹¹ Mit Nettoeinkommen ist das tatsächlich zur Verfügung stehende Einkommen gemeint, dass nach den Abzügen für Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen vom Bruttoeinkommen übrigbleibt.

In allen dargestellten Erhebungsjahren hatten Männer im Durchschnitt höhere Einkünfte als Frauen und Personen ohne Migrationshintergrund höhere Einkünfte als jene mit Migrationshintergrund (Abb. 4.8.4). Die Lücke zwischen den Personen mit und ohne Migrationshintergrund ist bei den Frauen eindeutiger als bei den Männern. Bei Letzteren ist es unwahrscheinlicher, dass diese Unterschiede tatsächlich bestehen, vor allem weil bei den Männern mit Migrationshinter-

grund (besonders 2010 und 2013) die Einkünfte sehr breit gestreut sind (und damit die Konfidenzintervalle recht groß). Über den Erhebungszeitraum ist bei den Männern und Frauen ohne Migrationshintergrund das Durchschnittseinkommen gestiegen. In der Gruppe mit Migrationshintergrund ist lediglich bei Frauen zwischen 2013 und 2016 ein nennenswerter Anstieg zu erkennen.

Abbildung 4.8.4: Nettoeinkommen (aus Erwerbstätigkeit und Transferleistungen) 2010, 2013 und 2016 nach Migrationshintergrund und Geschlecht in Thüringen

„Wie hoch war Ihr persönliches Nettoeinkommen (Summe aller Einkünfte) im letzten Monat insgesamt?“



Anmerkung: Dargestellt ist das mittlere Nettoeinkommen in Euro. Wegen zu geringer Fallzahlen können Personen aus den Hauptfluchtländern in 2010 und 2013 nicht getrennt dargestellt werden. Fallzahl: zwischen 10.547 und 11.443 je nach Jahr. Quelle: Mikrozensus 2010, 2013, 2016; eigene Berechnungen, eigene Darstellung.

4.8.2 Indikatoren auf der Basis von Umfragedaten

Gemeinschaftlich ausgeübte Aktivitäten

Gemeinschaftlich ausgeübte Aktivitäten, freiwilliges Engagement oder die Mitgliedschaft in einem Verein sind Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe. Sie sind ein Indikator für soziale Integration (Vogel et al. 2017a), aber auch für den Zusammenhalt einer Gesellschaft. Gemeinschaftlich ausgeübte Aktivitäten und zivilgesellschaftliches Engagement sind dabei schwer voneinander zu trennen; eine gemeinschaftlich ausgeübte Aktivität kann zum Beispiel auch die Vorstufe eines freiwilligen Engagements sein (Vogel et al. 2017a). Simonson et al. (2017b: 37) verdeutlichen den Unterschied beispielhaft anhand eines Sportfestes: „Eine öffentlich gemeinschaftlich aktive Person nimmt im Rahmen des Sportfestes an Wettkämpfen teil und trägt so zum Gelingen des Festes bei, das jedoch nur stattfinden kann, weil eine freiwillig engagierte Person das Fest vorbereitet und organisiert hat.“

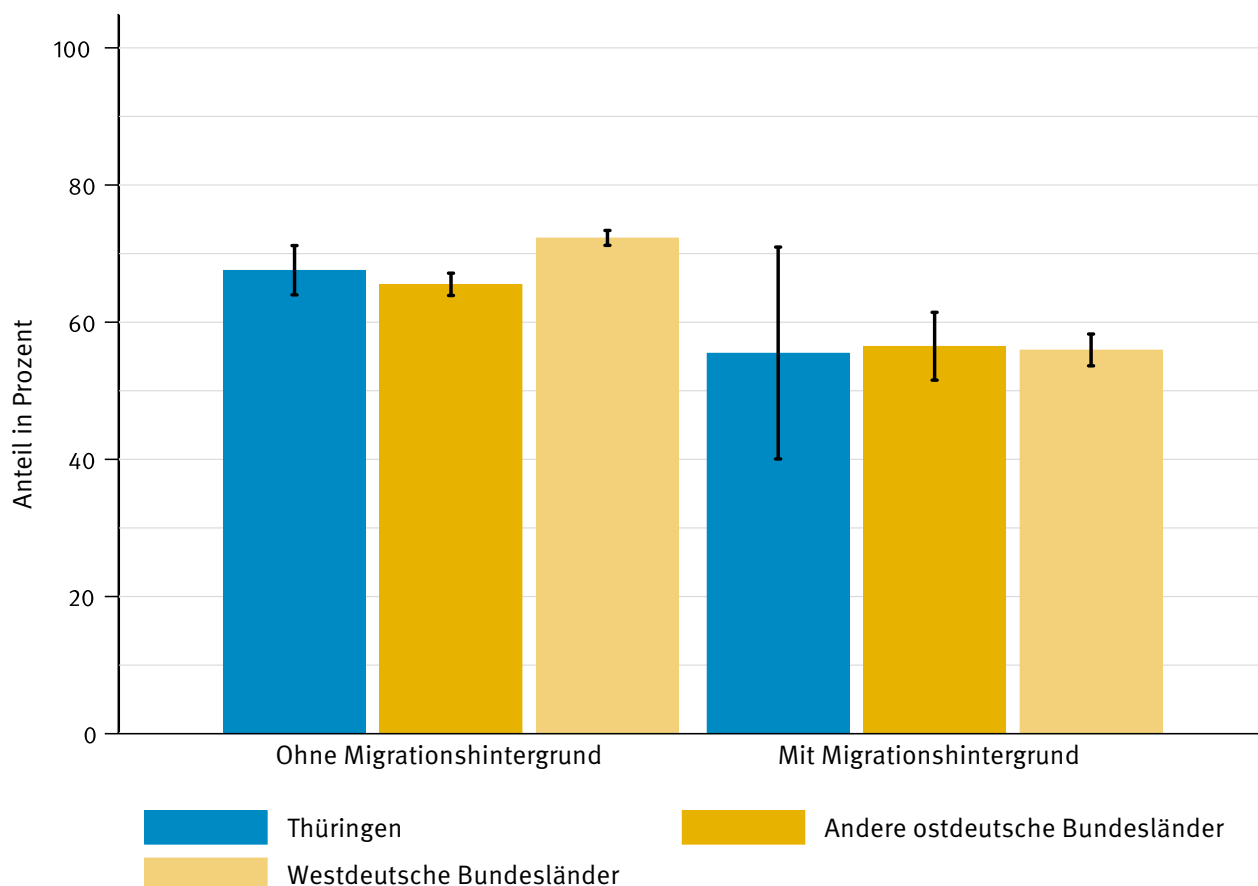
Im Deutschen Freiwilligensurvey (Simonson et al. 2017a) werden die Teilnehmenden gefragt, inwieweit sie sich an öffentlichen gemeinschaftlichen Aktivitäten beteiligen. Vorgegeben werden vierzehn gesellschaftliche Bereiche, darunter beispielsweise Sport, Kultur und Umwelt. Abbildung 4.8.5 zeigt die Anteile der gemeinschaftlich aktiven Personen für das Jahr 2014 nach Migrationshintergrund und Regionen. Bei allen folgenden Analysen, die sich auf den Freiwilligensurvey stützen, ist zu beachten, dass die Stichprobe des Freiwilligensurveys nicht disproportional für Personen mit Migrationshintergrund gezogen wurde. Dadurch sind die Ergebnisse für Personen mit Migrationshintergrund weniger belastbar (vgl. Kap. 2.4.5).

Von den Befragten ohne Migrationshintergrund waren in Thüringen 2014 67,6 Prozent öffentlich gemeinschaftlich aktiv (siehe Abb. 4.8.5). In den anderen ostdeutschen Bundesländern (mit Berlin) lag der Anteil mit 65,5 Prozent etwas niedriger. Die Konfidenzintervalle deuten an, dass sich die tatsächlichen Anteile in Thüringen und den anderen ostdeutschen Bundesländern nicht deutlich unterscheiden. In den westdeutschen Bundesländern sind nach eigenen Angaben 72,3 Prozent der Befragten ohne Migrationshintergrund öffentlich gemeinschaftlich aktiv; das sind deutlich mehr als in Thüringen und den anderen ostdeutschen Bundesländern.⁹² Bei den Menschen mit Migrationshintergrund lag der Anteil der öffentlich gemeinschaftlich aktiven Personen in Thüringen bei 55,5 Prozent. Dieser Anteil entspricht weitgehend denen im übrigen Ostdeutschland und in Westdeutschland. Allerdings deuten die Zahlen darauf hin, dass sich in allen Regionen Menschen mit Migrationshintergrund weniger an öffentlichen gemeinschaftlichen Aktivitäten beteiligen als jene ohne Migrationshintergrund. Zwar ist das Konfidenzintervall bei der Gruppe mit Migrationshintergrund in Thüringen sehr groß, deshalb ist nicht auszuschließen, dass sich der tatsächliche Anteil von dem der Menschen ohne Migrationshintergrund nicht unterscheidet. Vermutlich ist das große Konfidenzintervall in den Thüringer Daten aber lediglich auf die niedrige Zahl der Befragten zurückzuführen (vgl. Kap. 2.3) und zwischen den beiden Gruppen in Thüringen besteht tatsächlich (wie in den anderen beiden Regionen) ein deutlicher Unterschied.

Als Aktivitätsbereiche wurden in Thüringen am häufigsten Sport und Bewegung, Kultur und Musik sowie Freizeit und Geselligkeit genannt. Dies gilt für Personen ohne und mit Migrationshintergrund gleichermaßen (ohne Abbildung).

92 Dieser Unterschied ist auch historisch bedingt. Während der DDR Zeit war in den ostdeutschen Bundesländern der Freiraum zur Gründung von Vereinen deutlich eingeschränkt und Vereine wurden staatlich kontrolliert (Quelle: <https://www.mdr.de/zeitreise/ddr/vereine-frueher-und-heute-100.html>, letzter Aufruf: 11.09.2019).

Abbildung 4.8.5: Öffentliche gemeinschaftliche Aktivitäten 2014 nach Migrationshintergrund und Region



Anmerkung: Dargestellt ist der Anteil der Personen, die nach eigenen Angaben in einem der folgenden vierzehn gesellschaftlichen Bereiche öffentlich gemeinschaftlich aktiv sind: Sport und Bewegung; Kultur und Musik; Freizeit und Geselligkeit; sozialer Bereich; Gesundheitsbereich; Schule und Kindergarten; Bildungsarbeit; Umwelt, Natur, Tiere; Politik; berufliche Interessenvertretung; Kirche, Religion; Justizbereich, z. B. als Schöffin oder Schöffe, Ehrenrichterin oder Ehrenrichter oder in der Betreuung von Straffälligen oder Verbrechensoffern; Rettungsdienst, freiwillige Feuerwehr; sonstiger Bereich. Fallzahl: 28.518.

Quelle: Freiwilligensurvey 2014; eigene Berechnungen, eigene Darstellung.

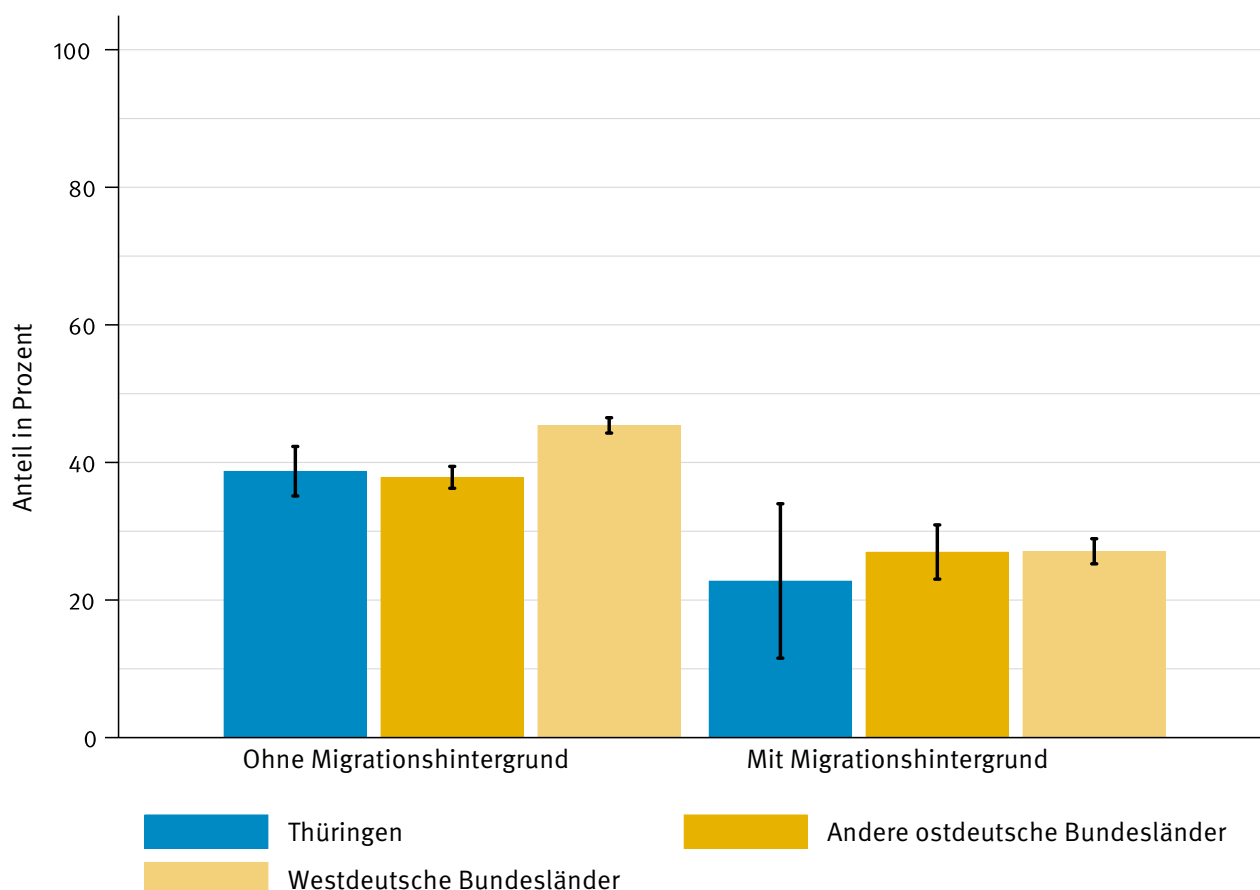
Ehrenamt

Die Teilnehmenden wurden im Freiwilligensurvey außerdem gefragt, ob sie in einem der vierzehn gesellschaftlichen Bereiche auch ehrenamtlich tätig sind. Damit ist gemeint, dass sie freiwillig Aufgaben und Arbeiten übernehmen, für die sie nicht bezahlt werden oder nur eine geringe Aufwandsentschädigung erhalten (Vogel et al. 2017a: 96). Hier zeigt sich bei den Menschen ohne Migrationshintergrund ein – wenn auch kleiner – Ost-West-Unterschied (Abb. 4.8.6): In Westdeutschland wurde diese Frage im Jahr 2014 von

45,4 Prozent der Teilnehmenden bejaht, das sind etwas mehr als in Thüringen (38,7 Prozent) und in den anderen ostdeutschen Bundesländern (mit Berlin, 37,8 Prozent).

Bei den Befragten mit Migrationshintergrund ist ehrenamtliches Engagement in allen drei Regionen deutlich seltener als bei jenen ohne Migrationshintergrund: In Thüringen betrug der Anteil 2014 22,8 Prozent, in den anderen ostdeutschen Bundesländern (mit Berlin) 27,0 Prozent und in den westdeutschen Bundesländern 27,1 Prozent.

Abbildung 4.8.6: Freiwilliges Engagement 2014 nach Migrationshintergrund und Regionen



Anmerkung: Dargestellt ist der Anteil der Personen, die nach eigenen Angaben ehrenamtlich tätig sind. Fallzahl: 28.518.
Quelle: Freiwilligensurvey 2014; eigene Berechnungen, eigene Darstellung.

Vereinsmitgliedschaft

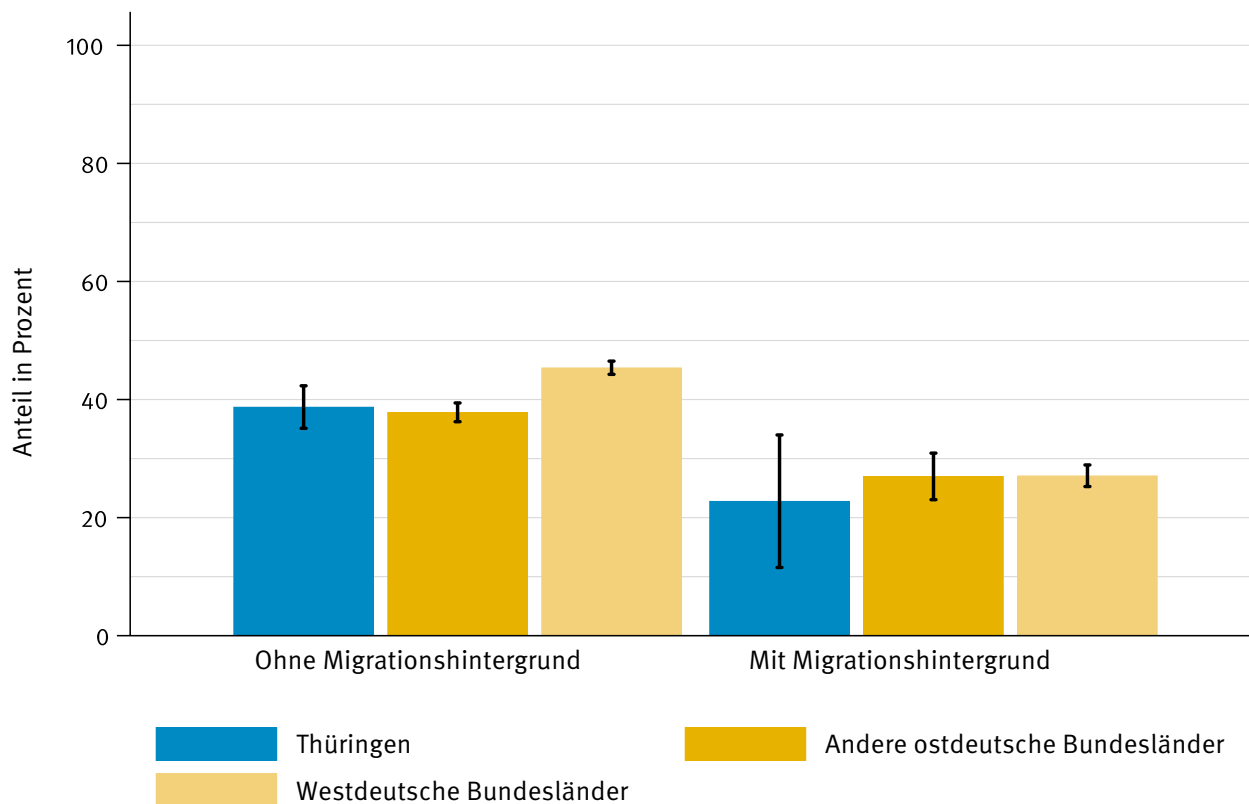
In Deutschland gibt es seit Langem eine ausgeprägte Vereinskultur. Öffentliche gemeinschaftliche Aktivitäten und zivilgesellschaftliches Engagement finden zu einem großen Teil in Vereinen, Verbänden oder in anderen organisierten Gruppen statt.⁹³ Die Mitgliedschaft in Vereinen ist somit ein weiterer Indikator für gesellschaftliche Teilhabe. Nach den Daten des Freiwilligensurveys waren in Westdeutschland 2014 deutlich mehr Personen ohne Migrationshintergrund Mitglied in einem Verein oder einer gemeinnützigen Organisation als in Ostdeutschland: Dort betrug der Anteil 50,7 Prozent; in Thüringen lag er mit 40,7 Pro-

zent deutlich niedriger, zugleich aber höher als in den übrigen ostdeutschen Bundesländern (mit Berlin, 35,0 Prozent) (Abb. 4.8.7). Menschen mit Migrationshintergrund waren in allen Regionen seltener Mitglieder in Vereinen oder gemeinnützigen Organisationen als jene ohne Migrationshintergrund: In Thüringen waren es 20,0 Prozent, im übrigen Ostdeutschland (mit Berlin) 22,4 Prozent und in den westdeutschen Bundesländern 26,0 Prozent. Die Konfidenzintervalle deuten darauf hin, dass sich die tatsächlichen Anteile bei dieser Gruppe zwischen den Regionen nicht deutlich unterscheiden.

⁹³ Allerdings zeigen sich hier durchaus strukturelle Veränderungen. Beispielsweise geht die Tendenz zunehmend zu informellen Vereinigungen (Schiefer et al. 2012: 33).

Abbildung 4.8.7: Mitgliedschaft in einem Verein oder einer gemeinnützigen Organisation 2014 nach Migrationshintergrund und Regionen

„Sind Sie Mitglied in einem Verein oder einer gemeinnützigen Organisation?“



Anmerkung: Abgebildet sind alle Personen, die nach eigenen Angaben Mitglied in einem Verein oder einer gemeinnützigen Organisation sind. Nicht dazuzählen sollten die Befragten Mitgliedschaften in einer Kirche oder Religionsgemeinschaft. Fallzahl: 28.490.

Quelle: Freiwilligensurvey 2014; eigene Berechnungen, eigene Darstellung.

Auch der Thüringen-Monitor Integration erfasst gemeinschaftlich ausgeübte Aktivitäten sowie Engagement von Geflüchteten (Beelmann et al. 2019: 92). Geflüchtete sind demnach am meisten in Sportvereinen (19,5 Prozent), Wohltätigkeitsvereinen und sozialen Verbänden (10,0 Prozent) sowie religiösen Gemeinschaften beziehungsweise Vereinen (8,0 Prozent) aktiv. Diese Anteile liegen deutlich unter denen des Freiwilligensurvey 2014. Hier ist jedoch zu beachten, dass die im Thüringen-Monitor Integration befragten Personen erst wenige Jahre in Thüringen sind. Außerdem wurden hauptsächlich Personen in Großstädten befragt, was die Vergleichbarkeit der Ergebnisse mit den anderen Umfragedaten erschwert.

Die vergleichsweise niedrige Einbindung in Vereine und Verbände und das geringere gesellschaftliche Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund spie-

geln das bundesweite Bild wider (Alscher et al. 2009, Gensicke et al. 2005). Sie könnten zum Beispiel auf konservative Verbandsstrukturen zurückgehen, die interkulturell noch zu wenig offen sind. Dies kann Menschen mit Migrationshintergrund das Gefühl geben, dass sie in Vereinen nicht erwünscht sind (Gensicke et al. 2005: 396, Schiefer et al. 2012: 33-34). Allerdings spielen in diesem Befund noch andere Merkmale hinein, etwa die Aufenthaltsdauer, das Alter, der Bildungshintergrund und die Einkommenssituation. Somit ist der Befund nicht zwangsläufig auf die Herkunft zurückzuführen (Alscher et al. 2009: 49, Gensicke et al. 2005).

Eine Ursache kann aber auch sein, wie Merkmale empirisch erfasst werden. Der Begriff Ehrenamt oder freiwilliges Engagement etwa könnte von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund unterschiedlich verstanden werden.

In anderen Ländern wird ehrenamtliche Tätigkeit vielleicht weniger stark von einem allgemeinen Einsatz für das Gemeinwohl abgegrenzt, der als selbstverständlicher Teil des Soziallebens gesehen wird (vgl. auch Anheier & Salamon 1999, Gensicke et al. 2005: 388).

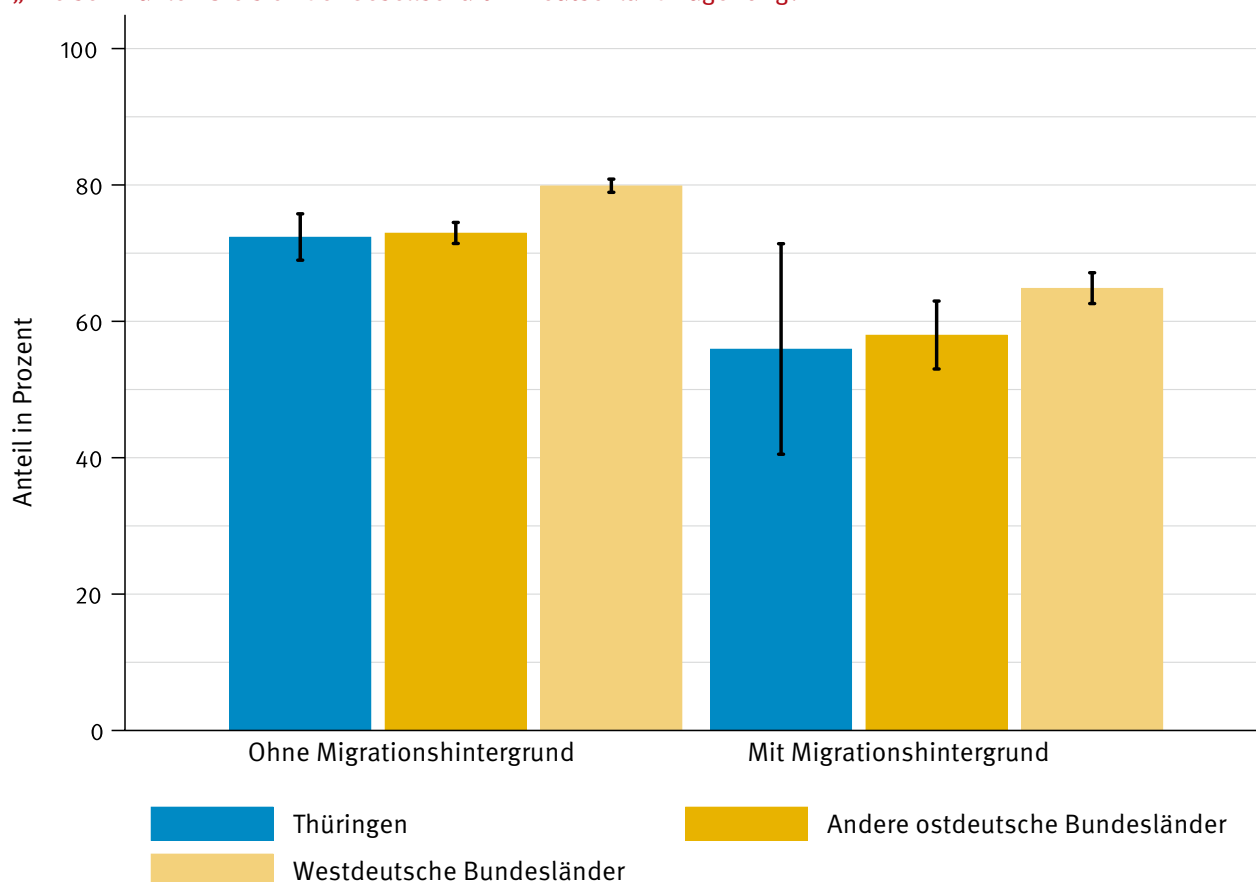
Zugehörigkeitsgefühl

Inwieweit Menschen Teil des gesellschaftlichen Lebens oder im Gegenteil davon ausgeschlossen sind, kann sich auch darin ausdrücken, wie sehr sie sich der Gesellschaft zugehörig fühlen. Ein Gefühl der Zugehörigkeit stärkt nicht nur das Wohlbefinden und die Selbstwirksamkeit⁹⁴ einer Person. Es bewirkt auch, dass sie sich der Gemeinschaft stärker verbunden fühlt und sich mehr für sie einsetzt (z. B. Albanesi et al. 2007, David & Bar-Tal 2009).

In Abbildung 4.8.8 sind aus dem deutschen Freiwilligensurvey 2014 die Anteile der Personen zusammengefasst, die sich der deutschen Gesellschaft „voll und ganz“ oder „eher“ zugehörig fühlen. Diese

Personen äußern sich zur Zugehörigkeit zu Deutschland also eindeutig positiv. Insgesamt gilt das für die Mehrheit der Befragten ohne Migrationshintergrund und für über die Hälfte der Personen mit Migrationshintergrund, sowohl in Thüringen als auch in den Vergleichsregionen. Von der Gruppe ohne Migrationshintergrund in Thüringen fühlen 72,4 Prozent sich nach eigenen Angaben mindestens „eher“ zugehörig. Dieser Wert entspricht fast genau dem der übrigen ostdeutschen Bundesländer (mit Berlin, 73,0 Prozent), liegt aber unter dem für Westdeutschland (79,9 Prozent). Menschen mit Migrationshintergrund fühlen sich weniger zugehörig. Das gilt für alle Regionen, aber besonders für Thüringen (55,9 Prozent, übriges Ostdeutschland mit Berlin: 58,0 Prozent, Westdeutschland: 64,9 Prozent). Allerdings ist die Schätzung bei der Gruppe mit Migrationshintergrund in Thüringen nicht sehr präzise. Insofern könnte der tatsächliche Wert des Zugehörigkeitsgefühls für die Menschen mit Migrationshintergrund in Thüringen ähnlich hoch sein wie in den anderen Regionen. Der Unterschied zu den Menschen ohne Migrationshintergrund ist jedoch deutlich.

Abbildung 4.8.8: Gefühl der Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft nach Migrationshintergrund und Regionen „Wie sehr fühlen Sie sich der Gesellschaft in Deutschland zugehörig?“



94 „Unter Selbstwirksamkeit (self-efficacy beliefs) versteht die kognitive Psychologie die Überzeugung einer Person, auch schwierige Situationen und Herausforderungen aus eigener Kraft erfolgreich bewältigen zu können.“ (<https://www.psychomeda.de/lexikon/selbstwirksamkeit.html>, letzter Aufruf: 17.07.2019).

Anmerkung: Abgebildet sind alle Personen, die sich der deutschen Gesellschaft nach eigenen Angaben „voll und ganz zugehörig“ oder „eher zugehörig“ fühlen. Die anderen möglichen Antworten lauteten „teils/teils“, „eher nicht zugehörig“ und „ganz und gar nicht zugehörig“. Fallzahl: 28.249.

Quelle: Freiwilligensurvey 2014; eigene Berechnungen, eigene Darstellung.

Interkulturelle Kontakte

Kontakte zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund sind ein Indikator für soziale Integration. Durch Kontakt und Begegnung werden Vorurteile gegen andere Personengruppen abgebaut (Weins 2011). In Kapitel 4.1.3 wurde der Kontakt der Mehrheitsbevölkerung mit Geflüchteten als Indikator für interkulturelle Offenheit erörtert. Daneben wurden auch Kontakt und Empfindungen aus dem Blickwinkel von Geflüchteten anhand der Daten des Thüringen-Monitor Integration analysiert. Dieses Kapitel nimmt ebenfalls die Perspektive der Menschen mit Migrationshintergrund ein und betrachtet Kontakt als Indikator für deren gesellschaftliche Teilhabe.

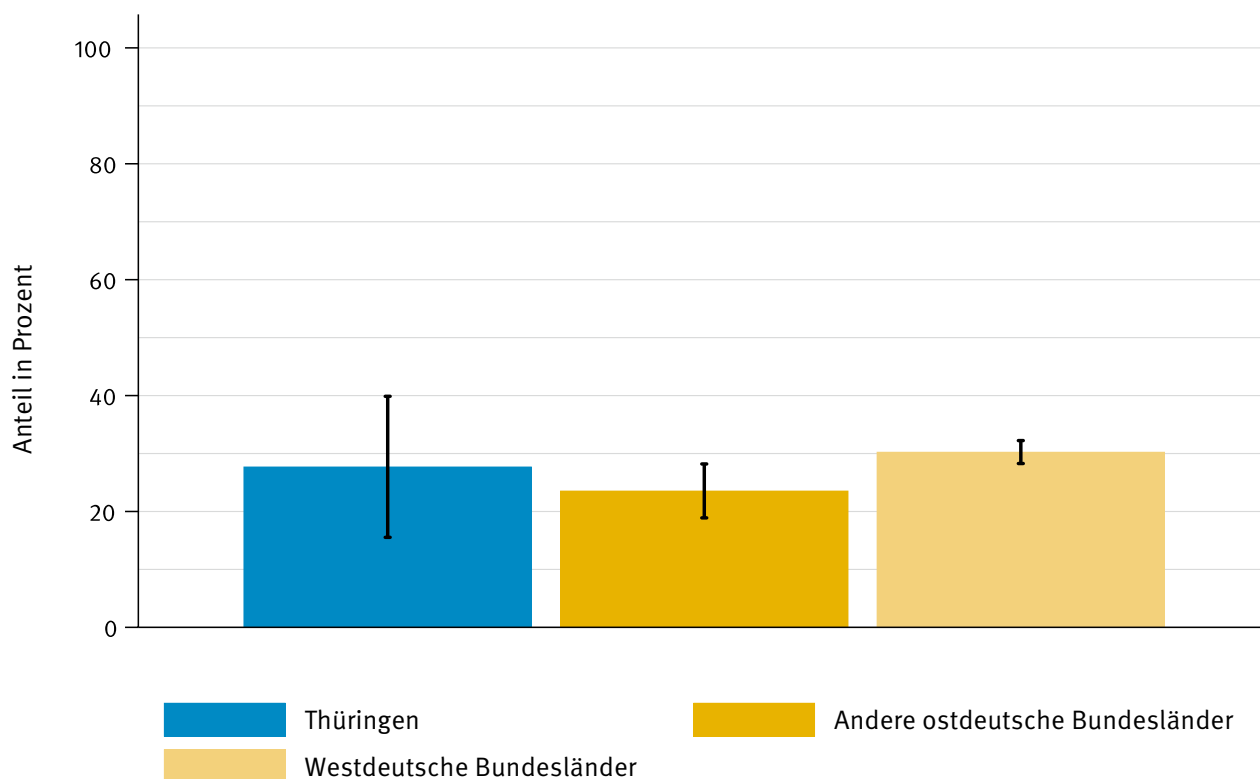
In der IAB-BAMF-SOEP-Befragung 2017 wurden Geflüchtete gefragt, wie oft sie in ihrem Freundeskreis Kontakt zu „Deutschen“⁹⁵ haben. Es geht hier also um eine Form von Kontakt, die über zufällige, unpersönliche Begegnungen (etwa an der Kasse im Supermarkt) und bloßen „Grußkontakt“ (z. B. in der Nachbarschaft) hinausgeht und zum Beispiel auch persönliche Gespräche oder gemeinsame Aktivitä-

ten umfasst. Im Jahr 2017 gaben 27,7 Prozent der befragten Geflüchteten in Thüringen an, dass sie im Freundeskreis täglich oder mehrmals pro Woche Kontakt zu Deutschen haben (Abb. 4.8.9). In den anderen ostdeutschen Bundesländern (ohne Berlin) waren es 23,5 Prozent, in den westdeutschen Bundesländern 30,3 Prozent. Etwa ein Viertel bis ein Drittel der Befragten pflegt demnach häufig persönliche Kontakte zu Deutschen ohne Migrationshintergrund. Hinzu kommen in Thüringen rund 20 Prozent, die im Freundeskreis „jede Woche“ Kontakt zu Deutschen ohne Migrationshintergrund haben. Im übrigen Ostdeutschland und in Westdeutschland sind es etwas weniger (15,5 bzw. 13,8 Prozent, ohne Abbildung). Auf der anderen Seite gibt auch rund die Hälfte (45,6 Prozent) der Befragten an, im Freundeskreis selten oder nie Kontakt zu Deutschen zu haben, wobei das in Thüringen etwas seltener ist als in den anderen Regionen (andere ostdeutsche Bundesländer mit Berlin: 55,7 Prozent, westdeutsche Bundesländer: 50,4 Prozent). Auch hier sind aber durch die niedrigen Fallzahlen in Thüringen die Konfidenzintervalle recht groß. Deswegen ist auch denkbar, dass es gar keine regionalen Unterschiede gibt.

⁹⁵ Gemeint sind hier Deutsche ohne Migrationshintergrund. Die Bezeichnung ist etwas irreführend, denn es gibt auch deutsche Staatsangehörige mit Migrationshintergrund.

Abbildung 4.8.9: Täglich oder mehrmals pro Woche Kontakt von Geflüchteten zu Deutschen im Freundeskreis 2017 nach Regionen

„Wie oft haben Sie Kontakt zu Deutschen in Ihrem Freundeskreis?“
Täglich oder mehrmals pro Woche



Anmerkung: Dargestellt ist der Anteil der befragten Geflüchteten, die nach eigenen Angaben im Freundeskreis täglich oder mehrmals pro Woche Kontakt zu Deutschen haben. Die Frage wurde nur den Teilnehmenden an der IAB-BAMF-SOEP-Befragung 2017 gestellt, deshalb umfasst die Stichprobe fast nur Personen aus den Hauptfluchtländern. Daher wird zwischen Hauptfluchtländern und anderen Ländern nicht unterschieden. Fallzahl: 5.530.

Quelle: SOEP v34; eigene Berechnungen, eigene Darstellung.

Da die IAB-BAMF-SOEP-Befragung nur Geflüchtete in den Blick nimmt, wird in diesem Kapitel ergänzend eine Frage zur Kontakthäufigkeit aus dem SOEP herangezogen. Hier wurden Personen mit Migrationshintergrund allgemein befragt, aber auch Personen ohne Migrationshintergrund. Soziale Kontakte wurden hier etwas anders erfasst: Statt allgemein nach Kontakten zu Deutschen zu fragen, wurden die Teilnehmenden (mit und ohne Migrationshintergrund) gefragt, ob von ihren drei besten Freundinnen und Freunden oder Bekannten mindestens eine Person „aus Deutschland“ beziehungsweise „aus einem anderen Land oder Ausländer“ ist. Betrachtet werden hier also Kontakte

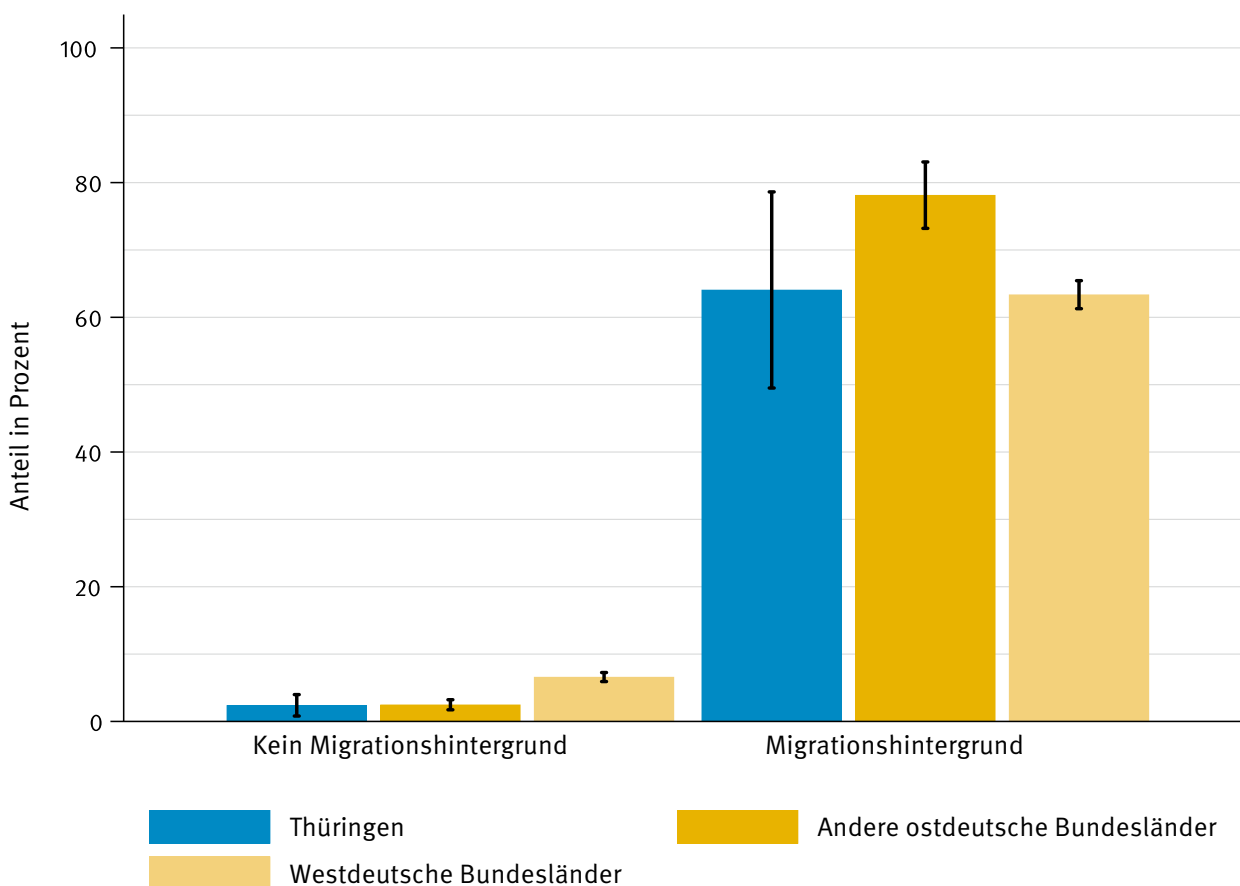
zu Menschen außerhalb der eigenen Gruppe, die in den Sozialwissenschaften als bridging social capital beschrieben werden. Für Menschen mit Migrationshintergrund sind solche gruppenübergreifenden Kontakte zur Mehrheitsbevölkerung ein wichtiges Kapital (im Sinne von Ressource) für gesellschaftliche Teilhabe (Putnam 2000).

Von den Befragten ohne Migrationshintergrund in Thüringen gaben im Erhebungsjahr 2016 nur 2,4 Prozent an, dass unter ihren drei besten Freunden und Freunden oder Bekannten eine Person „aus einem anderen Land“ ist (Abb. 4.8.10). Im übrigen Ostdeutschland

war dieser Anteil sehr ähnlich (2,5 Prozent), in Westdeutschland war er mit 6,6 Prozent mehr als doppelt so hoch. Bei diesem Vergleich ist zu beachten, dass in Westdeutschland auch der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund mehr als doppelt so hoch ist wie in Ostdeutschland. Befragte in Thüringen und Ostdeutschland haben folglich weniger Gelegenheit, unter ihren drei besten Freundinnen und Freunden oder Bekannten eine Person aus einem anderen Land zu haben. Die Quote unterscheidet sich also in West und Ost vermutlich nicht.

Bei den Personen mit Migrationshintergrund lagen die Anteile deutlich höher: In Thüringen hatten nach eigenen Angaben 64,1 Prozent unter ihren drei besten Freunden und Freundinnen oder Bekannten mindestens eine Person deutscher Herkunft. In den anderen ostdeutschen Bundesländern (mit Berlin) war der Anteil noch höher (78,1 Prozent). In den westdeutschen Bundesländern lag er mit 63,4 Prozent etwas niedriger. Aufgrund der Konfidenzintervalle lässt sich jedoch nicht eindeutig sagen, ob die Werte für Thüringen und die anderen ostdeutschen Bundesländer tatsächlich so stark voneinander abweichen.

Abbildung 4.8.10: Freundschaften zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund 2016 nach Regionen



Anmerkung: Dargestellt ist der Anteil der Personen, die angeben, dass unter ihren drei besten Freunden und Freundinnen oder Bekannten mindestens eine Person deutscher Herkunft (bei Befragten mit Migrationshintergrund) beziehungsweise aus einem anderen Land ist (bei Befragten ohne Migrationshintergrund).⁹⁶ Die Herkunft der Freunde und Freundinnen wurde über die Zuordnung zu zwei Kategorien erfasst: a) Die betreffende Person stammt aus Deutschland. b) Die betreffende Person stammt aus einem anderen Land oder ist Ausländerin/Ausländer. Die Stichprobe von 2016 enthält für Thüringen genügend Fälle, um Personen mit und ohne Migrationshintergrund zu vergleichen. Für eine Unterscheidung zwischen Hauptfluchtländern und anderen Ländern sind die Fallzahlen jedoch zu niedrig. In der IAB-BAMF-SOEP-Befragung wurde die Frage nicht gestellt. Fallzahl: 23.274.

Quelle: SOEP v34; eigene Berechnungen, eigene Darstellung.

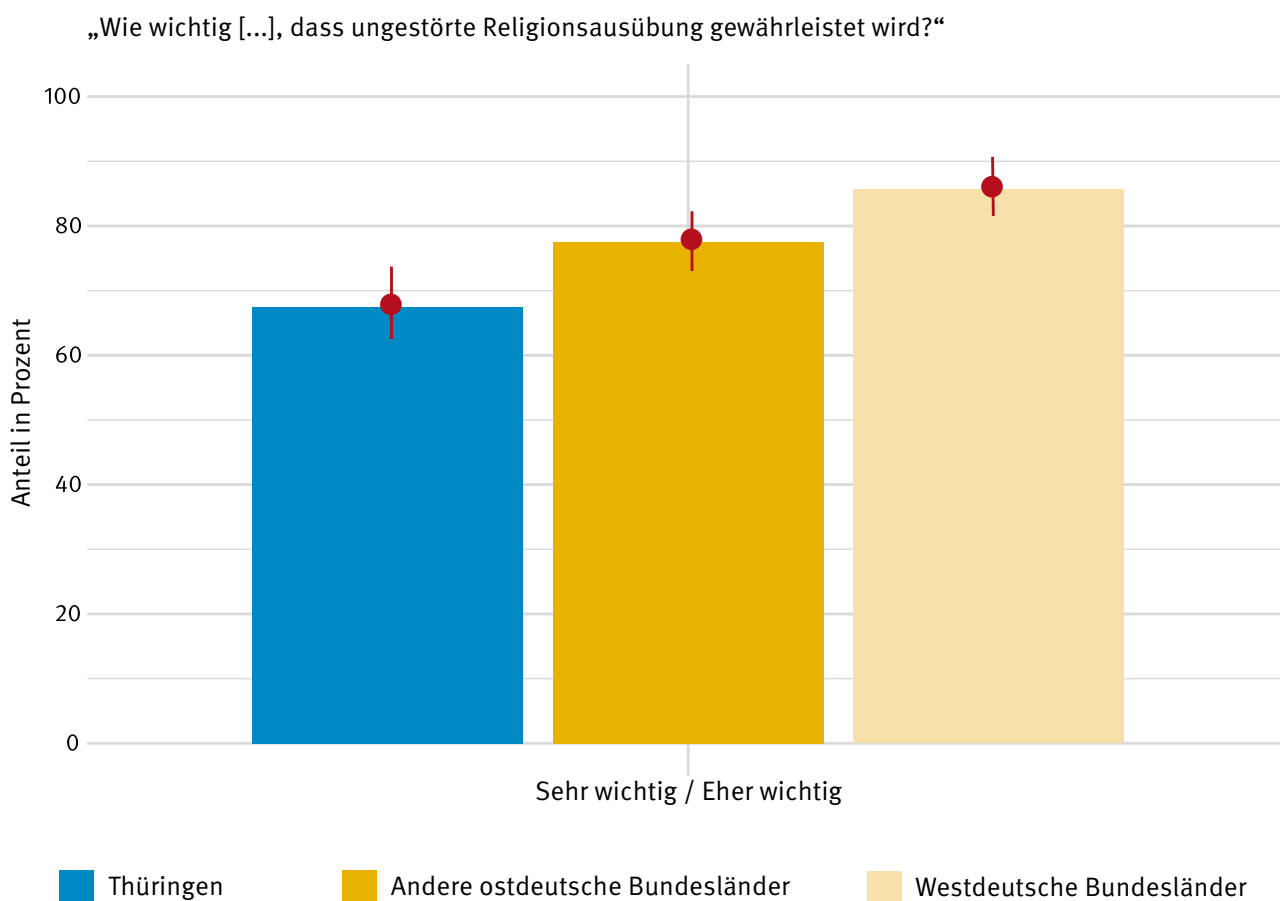
⁹⁶ Die genaue Frage lautete: „Nun eine Frage zu Ihrem Bekannten- und Freundeskreis: Denken Sie bitte an drei Personen außerhalb Ihres Haushalts, die für Sie persönlich wichtig sind. Es kann sich dabei sowohl um Verwandte als auch um Nicht-Verwandte handeln. Sagen Sie uns bitte zur ersten [zur zweiten, zur dritten] Person: Welche Nationalität oder Herkunft hat er oder sie?“

Wie Abbildung 4.8.10 deutlich macht, pflegen Menschen mit Migrationshintergrund deutlich mehr interkulturelle Kontakte als jene ohne Migrationshintergrund. Daraus kann jedoch nicht geschlossen werden, dass Menschen mit Migrationshintergrund für interkulturelle Kontakte offener sind. Denn hier spielt hinein, dass in Thüringen vergleichsweise wenig Menschen mit Migrationshintergrund leben. Für die Mehrheitsbevölkerung ergeben sich also deutlich weniger Gelegenheiten für solche Kontakte, besonders in ländlicheren Regionen. Durch die starke Fluchtzuwanderung in den letzten Jahren hat sich dies aber auch in ländlichen Regionen geändert (vgl. dazu die Einführung in Kap. 4.1). Es bleibt abzuwarten, inwieweit es für Geflüchtete, die im ländlichen Räumen leben, langfristig auch zu mehr interkulturellen Kontakten führt. Denn Gründe für das unterschiedliche Ausmaß an interkulturellen Kontakten könnten auch in der Wohn- und Lebenssituation begründet sein.

Religionsausübung

Für den Bereich der Religionsausübung liegen wenig verwendbare Daten vor. Was sich anhand von Daten zumindest ansatzweise untersuchen lässt, ist die Haltung der Bevölkerung zu diesem Thema. In der Studie OstMig des DeZIM-Instituts wurden die Teilnehmenden gefragt, wie wichtig sie es finden, dass Menschen ihre Religion ungestört ausüben können. Knapp 70 Prozent der Thüringerinnen und Thüringer (unabhängig vom Migrationshintergrund) halten dies für wichtig; das sind deutlich weniger als in Westdeutschland und auch etwas weniger als im übrigen Ostdeutschland (Abb. 4.8.11). Die Unterschiede zwischen den westdeutschen und ostdeutschen Bundesländern können auch mit der deutlich geringeren Zugehörigkeit zu Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften zusammenhängen.

Abbildung 4.8.11: Zustimmung zur Wichtigkeit ungestörter Religionsausübung nach Regionen



Anmerkung: Dargestellt ist der Anteil der Personen, denen es nach eigenen Angaben „sehr wichtig“ oder „eher wichtig“ ist, freie Religionsausübung zu gewährleisten. Die anderen möglichen Antworten waren „eher nicht wichtig“ und „überhaupt nicht wichtig“. Die Befragten konnten auch mit „weiß nicht“ oder gar nicht antworten; diese Fälle wurden in die Auswertung nicht einbezogen. Fallzahl: 7.093.

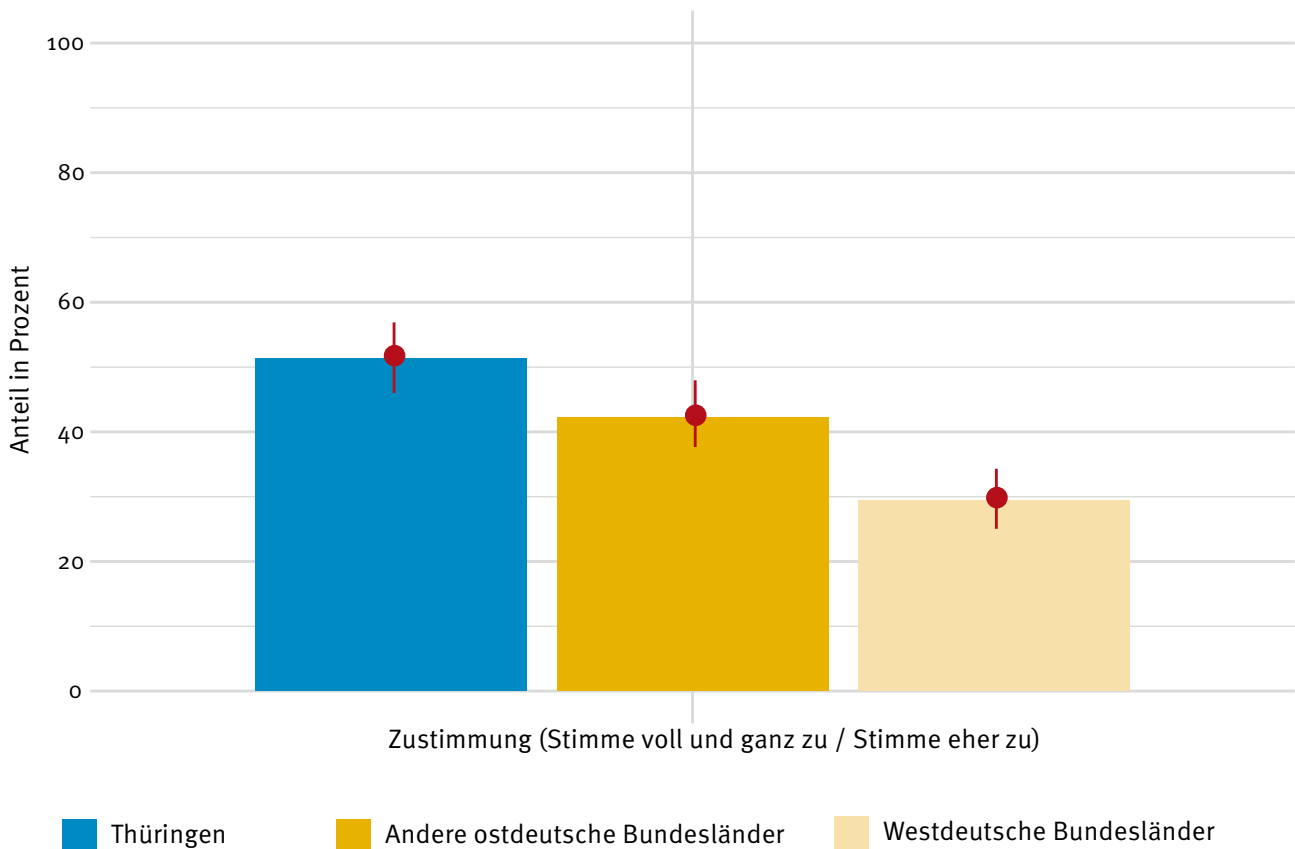
Quelle: DeZIM-Institut, OstMig; eigene Auswertung, eigene Darstellung.

Wie die Thüringer Bevölkerung zum Islam steht, wird in Abbildung 4.8.12 dargestellt. Etwa die Hälfte der befragten Thüringerinnen und Thüringer ist der Ansicht, dass die Ausübung des islamischen Glaubens in Deutschland eingeschränkt werden sollte. Dieser Anteil liegt deutlich über dem entsprechenden Wert für Westdeutschland und tendenziell auch über dem

für die übrigen ostdeutschen Bundesländer. Ein Vergleich mit Abbildung 4.8.11 macht deutlich, dass die Bevölkerung freier Religionsausübung zwar grundsätzlich offen gegenübersteht; bestimmten Religionsgruppen gesteht sie ihre freie Religionsausübung jedoch nur eingeschränkt zu.

Abbildung 4.8.12: Akzeptanz des islamischen Glaubens nach Regionen

„Die Ausübung des islamischen Glaubens in Deutschland sollte eingeschränkt werden.“



Anmerkung: Dargestellt ist der Anteil der Personen, die der Aussage entweder „voll und ganz“ oder „eher“ zustimmen. Die anderen möglichen Antworten waren „stimme eher nicht zu“ und „stimme überhaupt nicht zu“. Die Personen konnten auch mit „weiß nicht“ oder gar nicht antworten; diese Fälle wurden in die Auswertung nicht einbezogen. Fallzahl: 7.000.

Quelle: DeZIM-Institut, OstMig; eigene Auswertung, eigene Darstellung.

4.8.3 Zwischenfazit zu Integration und gesellschaftlicher Teilhabe

Gesellschaftliche Teilhabe im Kontext von Integration bedeutet, dass Menschen mit Migrationshintergrund am öffentlichen sozialen Leben der Gesellschaft aktiv teilnehmen, soziale Kontakte zur Mehrheitsbevölkerung pflegen, dass sie sich im gleichen Maß für die Gesellschaft einsetzen und den politischen Willen mitbestimmen (können) wie Menschen ohne Migrationshintergrund. Die Diskussion zu diesem Handlungsfeld ist zwar breit, die Datenlage jedoch „dünn“. Es besteht großer Erhebungsbedarf. Dieser betrifft auch umfragebasierte, aber insbesondere administrative Daten. Die empirische Sozialforschung hat in den letzten Jahrzehnten den Schwerpunkt zwar ebenfalls auf strukturelle Integrationsbereiche gelegt, aber zumindest ansatzweise auch die soziokulturelle Integration in den Blick genommen. Statistiken aus der Verwaltung hingegen stehen für diesen Themenbereich praktisch nicht zur Verfügung.

In diesem Kapitel wurden zwei administrative Indikatoren betrachtet, die sich der Messung gesellschaftlicher Teilhabe zumindest annähern: die deutsche Staatsbürgerschaft als Grundlage für politische Mitbestimmung und das Gesamteinkommen als finanzielle Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Die Einbürgerungsquote ist in Thüringen (wie in ganz Deutschland) seit langer Zeit sehr niedrig. Die Gründe dafür sind vielschichtig. Sowohl die Einbürgerungsquoten als auch der Anteil deutscher Staatsangehöriger an allen Menschen mit Migrationshintergrund werden aber auch von der Zusammensetzung bestimmter Herkunftsgruppen bestimmt, die sich über die Zeit verändern kann. In den letzten Jahren sind zum Beispiel verstärkt Geflüchtete und Menschen aus den östlichen EU-Ländern nach Thüringen gezogen (siehe Kap. 3). Durch den gestiegenen Anteil von Neuzugewanderten, die die Voraussetzungen noch nicht erfüllen, sinkt automatisch der Anteil der eingebürgerten oder als deutsche Staatsangehörige geborenen Menschen aus diesen Ländern.

Das Gesamteinkommen der Menschen mit Migrationshintergrund ist insgesamt niedriger als das der Menschen ohne Migrationshintergrund. Sie sind also bezüglich der wirtschaftlichen Voraussetzungen für gesellschaftliche Teilhabe im Nachteil. Hier zeigt

sich auch, wie die verschiedenen Integrationsbereiche miteinander verbunden sind: Eine stärkere Einbindung in frühkindliche, allgemeine und berufliche Bildung bereitet den Weg für einen besseren Erwerbsstatus, der wiederum gesellschaftliche Teilhabe erleichtert. Die Entwicklung der Einkommenssituation – auf der Gruppenebene betrachtet – wird ihrerseits wiederum beeinflusst von Veränderungen in den Zuwanderungsbewegungen, etwa wenn zu einem bestimmten Zeitpunkt mehr (oder weniger) Menschen aus bildungsferneren sozialen Schichten zuwandern. Menschen mit Migrationshintergrund in Thüringen nehmen im Vergleich zur Mehrheitsbevölkerung insgesamt weniger an öffentlichen sozialen Aktivitäten teil, sind weniger gesellschaftlich engagiert, gehören seltener einem Verein oder Verband an und fühlen sich Deutschland weniger zugehörig. Das zeigen die Indikatoren für gesellschaftliche Teilhabe, die hier anhand von Umfragedaten analysiert wurden. Die Gründe für diese Unterschiede sind ausgesprochen vielschichtig.

Wenn Menschen mit Migrationshintergrund sich Deutschland weniger zugehörig fühlen, kann dies zum einen daran liegen, dass sie sich noch stark mit dem Herkunftsland verbunden fühlen. Dies dürfte vor allem auf Personen zutreffen, die einen Großteil ihres Lebens im Herkunftsland verbracht haben und erst kurze Zeit in Deutschland leben. In Deutschland geborenen Menschen mit Migrationshintergrund fällt es dagegen in der Regel leichter, sich mit der Herkunftskultur und der Aufnahmekultur zugleich verbunden zu fühlen (Berry 1997, LaFromboise et al. 1993). Wenn Menschen andererseits Ausgrenzung und Diskriminierung erfahren, dürfte es ihnen schwerer fallen, sich der Gesellschaft zugehörig zu fühlen. Sowohl die Aufenthaltsdauer als auch die in Deutschland gemachten Erfahrungen können also Ursachen dafür sein, dass die Menschen mit Migrationshintergrund in Thüringen sich weniger zugehörig fühlen als etwa in Westdeutschland: Zum einen ist die Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Thüringen zu einem großen Teil später zugewandert als jene in Westdeutschland (siehe Kap. 3), zum anderen trifft sie in Thüringen auf stärkere Ablehnung (siehe Kap. 4.2).

Soziale Kontakte zwischen Gruppen mit und ohne Migrationshintergrund helfen, gegenseitige Vorurteile abzubauen. Sie können einerseits als Indikator für die Offenheit der Bevölkerung gesehen werden, andererseits bezogen auf die Menschen mit Migrationshintergrund auch als Indikator für gesellschaftliche Teilhabe. Für Thüringen zeigen die betrachteten Indikatoren ein widersprüchliches Bild: Die befragten Personen mit Migrationshintergrund haben nach eigenen Angaben öfter Kontakt zu Deutschen als in den anderen ostdeutschen Bundesländern, zugleich sind aber unter ihren drei besten Freundinnen und Freunden weniger Deutsche. Beide Indikatoren sind schwierig zu interpretieren. Kontakt und Freundschaft hängen in hohem Maß davon ab, wie viel Gelegenheit sich dazu im Alltag bietet (etwa in der Schule, bei der Arbeit, in der Nachbarschaft etc.). Insofern ist es nicht überraschend, dass die Menschen mit Migrationshintergrund in Westdeutschland unter ihren drei besten Freundinnen und Freunden oder Bekannten noch etwas seltener Deutsche haben. Sie leben zwar schon deutlich länger in Deutschland, oft sogar in zweiter oder dritter Generation. Gleichzeitig leben dort aber auch deutlich mehr Menschen mit Migrationshintergrund. Um einen aussagekräftigen Indikator zu entwickeln, müsste – auf einer geeigneten regionalen oder gar lokalen Ebene – der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund in den typischen Alltagskontexten zu den Kontakten und Freundschaften zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund in Beziehung gesetzt werden. Dies war im Rahmen des vorliegenden Berichts nicht möglich. Eine Alternative ist, die vorgestellten Indikatoren und ihre Entwicklung künftig weiter zu beobachten und dabei zugleich

Veränderungen in den Gruppengrößen zu beachten. Gesellschaftliche Teilhabe umfasst auch die freie und ungestörte Ausübung der eigenen Religion. In Bezug auf Religionsausübung allgemein und besonders den Islam zeigen die Befragten in Thüringen sich ablehnender als jene in den westdeutschen Bundesländern und tendenziell auch als die Befragten in den anderen ostdeutschen Bundesländern. Dies schließt an die Befunde zur interkulturellen Öffnung in Kapitel 4.1 an: Auch dort zeigten sich für die Thüringer Bevölkerung Einstellungen, die im Vergleich zu den anderen Bundesländern auf weniger Offenheit hindeuten. Drei Teilbereiche des Handlungsfelds „Gesellschaftliche Teilhabe“ konnten im Rahmen dieses ersten Zuwanderungs- und Integrationsberichts für Thüringen nicht abgebildet werden: Trotz intensiver Bemühungen fanden sich zu Sprach- und Integrationsmittlung, Sport sowie Kunst und Kultur keine geeigneten Daten. Entsprechende Fragen könnten für zukünftige Berichte in Umfragen mit ausreichender Fallzahl von Personen mit Migrationshintergrund aufgenommen werden. Vorstellbar sind auch administrative Daten etwa zu Vereinsmitgliedschaften oder Fördermittel für interkulturelle Veranstaltungen oder Vereinsmitgliedschaften – diese liegen nach den für diesen Bericht angestellten Recherchen jedoch nicht systematisch und an zentraler Stelle vor. Die Lücken in der Datenlage werden zusammen mit denen, die sich bei anderen Handlungsfeldern gezeigt haben, im Fazit in Kapitel 5 diskutiert. Besonders in Bezug auf gesellschaftliche Teilhabe, die hauptsächlich vor Ort stattfindet, wird offensichtlich, wie wichtig es ist, auch Daten auf der lokalen Ebene zu sammeln.

Der Thüringer Zuwanderungs- und Integrationsbericht trägt erstmals zentrale Fakten über den Stand von Zuwanderung und Integration zusammen. Damit bietet er eine wichtige Grundlage, um zu erkennen, in welchen Handlungsfeldern und bei welchen Bevölkerungsgruppen noch Herausforderungen bestehen und

was erreicht wurde. Zudem werden die Bereiche aufgezeigt, die mit den vorhandenen Daten noch nicht ausreichend erfasst werden können. Hier erscheint eine zukünftige Berichterstattung auf der Grundlage ergänzender oder erweiterter Befragungen sinnvoll.

5.1 Zu- und Abwanderung

Die Zusammensetzung der Thüringer Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist vor allem durch die Zuwanderung seit der Wiedervereinigung bestimmt. Im Vergleich zum Bundesgebiet sind die Personen mit Migrationshintergrund, die in Thüringen leben, häufiger erst seit Kurzem in Deutschland, sind mehrheitlich selbst eingewandert und haben seltener die deutsche Staatsangehörigkeit. Auch die Zusammensetzung nach Herkunftsländern unterscheidet sich für Thüringen deutlich vom Gesamtbild in Deutschland. Dies liegt an zwei großen Trends, die die Zusammensetzung maßgeblich beeinflussen: Zum einen ist die Fluchtzuwanderung ab 2008 stetig, zwischen 2014 und 2016 sogar sprunghaft gestiegen. Zum anderen ist auch die Zuwanderung aus den östlichen EU-Ländern (mit einem zwischenzeitlichen Abfall 2016) stetig gestiegen. Beide Trends entsprechen der bundesweiten Entwicklung der vergangenen Jahre.

Die Zuwanderung aus den östlichen EU-Ländern und die folgenden Trends werden mit großer Wahrscheinlichkeit die Zusammensetzung der Bevölkerung auch in den nächsten Jahren beeinflussen:

- Nach wie vor ziehen mehr Menschen – mit und ohne Migrationshintergrund – aus Thüringen fort, als nach Thüringen zuziehen. Besonders in die alten Bundesländer wandern viele ab. Vor allem Personen im jüngeren Erwerbsalter ziehen aus dem Freistaat in andere Regionen Deutschlands.
- Innerhalb Thüringens zogen in den letzten Jahren insgesamt weniger deutsche Staatsangehörige aus ländlichen Regionen in städtische Räume als zuvor. Allerdings sind viele Landkreise, die eher an der Thüringer Landesgrenze und weniger im Einzugsbereich der kreisfreien Städte gelegen sind, nach wie vor von Abwanderung betroffen. Wanderungen nichtdeutscher Staatsangehöriger innerhalb Thüringens sind dagegen vorwiegend von der Verteilung von Geflüchteten im Rahmen des Aufnahmeprozesses bestimmt.

- Die meisten Geflüchteten sehen ihre Zukunft in Deutschland.
- Nicht zu unterschätzen ist die Bedeutung der Familie, sowohl für Geflüchtete als auch für andere Zuwanderergruppen: Das Wohlergehen und Zusammenhalt der Familie ist für viele Menschen ein wichtiges Wandermotiv.

Fazit: Zuwanderung und Integration sind für Thüringen besonders relevante Themen und werden es weiterhin bleiben. Denn viele Personen mit Migrationshintergrund leben erst seit Kurzem in Deutschland, und die Wanderungsstatistiken deuten darauf hin, dass der Freistaat unter dem Strich immer noch viele Menschen an andere Bundesländer verliert.

Datenlage: Die Zu- und Abwanderung über die Grenzen des Freistaats Thüringen hinweg wie auch innerhalb von Thüringen kann mit verschiedenen administrativen Datenquellen detailliert und getrennt nach Regionen betrachtet werden. Für Wandermotive und insbesondere Bleibeabsichten stehen einige Umfragedaten zur Verfügung; diese lassen sich jedoch nicht regional und nur sehr grob nach Herkunftsgruppen auswerten. Beispielsweise kann nicht unterschieden werden, ob Personen mit Bleibeabsichten in Thüringen oder an ihrem momentanen Wohnort in Thüringen bleiben oder in andere Bundesländer ziehen wollen.

5.2 Integration in Thüringen

Die Ergebnisse dieses Berichts zeigen ein vielschichtiges Bild der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund im Freistaat Thüringen. An vielen Stellen können die im Rahmen des Berichts durchgeführten Analysen Erfolge, aber auch Herausforderun-

gen identifizieren und sie auf bestimmte Handlungsfelder und Gruppen beziehen. Daraus abgeleitete Handlungsbedarfe werden im Fazit zu jedem Bereich zusammengefasst.

5.2.1 Interkulturelle Öffnung, Willkommens- und Anerkennungskultur: hin zu einer offenen Gesellschaft

- **Öffnung staatlicher Organisationen:** Personen mit Migrationshintergrund sind seltener im öffentlichen Dienst beschäftigt als Personen ohne Migrationshintergrund. Ihr Anteil ist in Thüringen aber tendenziell höher als in den anderen Bundesländern. Im Beobachtungszeitraum von 2010 bis 2016 hat er sich kaum erhöht.
- **Öffnung nicht staatlicher Organisationen:** Die Charta der Vielfalt, ein explizites Bekenntnis von Unternehmen und anderen Organisationen zu Diversität, wird in Thüringen erst seit 2013 von einer nennenswerten Anzahl an Organisationen unterschrieben. Das ist deutlich später als vor allem in den westdeutschen Bundesländern und Berlin.
- **Offenheit der Bevölkerung:** In der Thüringer Bevölkerung sinkt tendenziell der Anteil derjenigen, die Menschen mit Migrationshintergrund positive Einstellungen und Empfindungen entgegenbringen. Im Vergleich mit anderen Bundesländern deuten die Angaben auf weniger Offenheit hin.
- **Wirkung von Kontakt:** Thüringerinnen und Thüringer, die mit Geflüchteten Kontakt hatten, berichteten positivere Empfindungen, als Thüringerinnen und Thüringer, die keinen Kontakt hatten.

Fazit: In Bezug auf die Offenheit und die Einstellung der Thüringer Bevölkerung gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund sowie bei der Öffnung nicht-staatlicher Organisationen steht der Freistaat noch vor großen Herausforderungen. Bei den staatlichen Organisationen ist die interkulturelle Öffnung vergleichsweise gut, jedoch sind Personen mit Migrationshintergrund dort immer noch verhältnismäßig weniger vertreten als Personen ohne Migrationshintergrund. Kontakt verbessert die Einstellungen und Empfindungen gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund. Entsprechende Aktivitäten und Initiativen sollten daher weiterhin unterstützt werden.

Datenlage: Administrative Daten für ein regelmäßiges Monitoring stehen für dieses Handlungsfeld nicht zur Verfügung. Die Daten des Mikrozensus und anderer Umfragen erlauben keine regionale Analysen. Auch gruppenspezifische Analysen sind nicht möglich; so lässt sich etwa nicht ermitteln, welche Herkunftslandgruppen im öffentlichen Dienst besonders selten beschäftigt sind.

5.2.2 Bekämpfung von Ausgrenzung, Diskriminierung, Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit

- Fremdenfeindliche Straftaten nehmen in Thüringen seit 2014 zu. Besonders in den Jahren 2015 und 2016 ist ein Anstieg zu verzeichnen, und auch 2018 ist ihre Zahl immer noch knapp doppelt so hoch wie 2014. Diese Straftaten sind überwiegend politisch rechts motiviert.
- Ausländerinnen und Ausländer sind in Thüringen im Vergleich zu deutschen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern stärker gefährdet, Opfer einer Straftat zu werden.
- Der Zuspruch zu rechtspopulistischen beziehungsweise rechtsextremen Parteien bei Wahlen und Wahlumfragen ist zwischen 2004 und 2019 von 1,6 Prozent auf 20 Prozent gestiegen.
- Die Zustimmung zu abwertenden Aussagen über Ausländerinnen und Ausländer, Jüdinnen und Juden sowie Musliminnen und Muslime hat sich zwischen 2008 und 2018 kaum verändert. Im Vergleich zu den westdeutschen Bundesländern vertreten Befragte in Thüringen häufiger abwertende Einstellungen zu muslimischen Glaubensangehörigen.

Fazit: Die analysierten Indikatoren verweisen auf große Herausforderungen in diesem Handlungsfeld. Während sich der Anteil mit abwertenden Einstellungen zu Ausländerinnen und Ausländern kaum verändert, zeigen die anderen Indikatoren eine Zunahme von Ausländerfeindlichkeit in den vergangenen Jahren.

Datenlage: Administrative Daten sind durch die Kriminalstatistik und durch Wahldaten regelmäßig verfügbar. Die Kriminalstatistik kann jedoch nur die aktuelle Staatsangehörigkeit abbilden. Für die Ursachenforschung ist sie nur bedingt von Nutzen; Tätergruppen oder Motive etwa lassen sich damit kaum untersuchen. Die verwendeten Umfragedaten erlauben kaum regionale Analysen.

5.2.3 Sprache als Schlüssel zu Integration

- Angebot an Sprachkursen: Die wichtigste Maßnahme des Bundes, um die Sprachkompetenz von Neuzugewanderten zu fördern, sind die Integrationskurse des BAMF, die auch in Thüringen angeboten werden. Der Freistaat Thüringen stellt mit dem Landesprogramm „Start Deutsch“ auch Sprachkurse für Neuzugewanderte zur Verfügung, die keinen Zugang zu den Integrationskursen des BAMF haben. Darüber hinaus gibt es in Thüringen eine Reihe weiterer Angebote zur Vermittlung deutscher Sprachkenntnisse für verschiedene Zielgruppen.
- Teilnahme an Sprachkursen: Menschen aus bestimmten Herkunftsländern sind im Verhältnis zu ihrer Gesamtzahl in Thüringen in den Sprachkursen zum Teil unter- oder überrepräsentiert.
- Erfolg der Teilnahme an Sprachkursen: Zwischen 40 und 60 Prozent der teilnehmenden Personen schließen die Kurse mit der vorgesehenen Prüfung ab. Die Teilnehmenden bewerten die Kurse überwiegend positiv.
- Die Einschätzung der eigenen Sprachkompetenz ist bei Geflüchteten zwischen 2016 und 2017 gestiegen.

Fazit: Die Analyse des Sprachkursangebots sowie die Indikatoren für die Teilnahme von Geflüchteten und deren Selbsteinschätzung bezüglich ihrer Sprachkompetenz zeigen den erfolgreichen Einsatz der Maßnahmen, die in diesem zentralen Bereich durchgeführt wurden.

Datenlage: Zu den Teilnehmenden an den verschiedenen Kursangeboten liegen prinzipiell ausreichend Informationen vor. Allerdings gibt es keine administrative Datenquelle oder ausreichend große Umfrage, mit der analysiert werden könnte, ob bestimmte Personen nicht an Kursen teilnehmen und welche das gegebenenfalls sind. Diese Datenlücke könnte mit einer Befragung behoben werden. Prinzipiell wäre auch ein individueller Abgleich der Teilnahmedaten möglichst aller Anbieter denkbar. Eine solche Datenweitergabe wäre jedoch nur mit Einwilligung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer möglich.

5.2.4 Bildung als Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe

- Leistungsstand von Schülerinnen und Schülern im vierten Schuljahr: Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund erreichen seltener die Leistungsanforderungen als Schülerinnen und Schüler ohne Migrationshintergrund. Im Fach Mathematik beträgt der Unterschied acht Prozentpunkte und in Deutsch elf Prozentpunkte.
- Allgemeine Schulabschlüsse junger Erwachsener (18 bis 25 Jahre alt): Sowohl in Deutschland als auch im Ausland geborene Personen mit Migrationshintergrund erwerben häufiger die (Fach-)Hochschulreife und etwas seltener den Realschulabschluss als Personen ohne Migrationshintergrund. Jene, die nicht in Deutschland geboren sind, erlangen überwiegend den Hauptschulabschluss oder verlassen die Schule ohne Abschluss, vor allem in den letzten Jahren. Insgesamt ergibt sich für Personen mit Migrationshintergrund also ein zweigeteiltes Bild: Auf der Skala der allgemeinen Schulabschlüsse konzentrieren sie sich sowohl im obersten als auch im untersten Bereich.
- Allgemeine Schulabschlüsse bei der Gesamtbevölkerung: Noch deutlicher zeigt sich diese Zweiteilung bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund insgesamt: Je nach Herkunftsland benennen zwischen zehn Prozent und über 50 Prozent keinen allgemeinen Schulabschluss oder geben an, dass sie keinen Abschluss haben. Bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund beträgt dieser Anteil ca. 15 Prozent. Einen (Fach-) Hochschulabschluss geben in dieser Bevölkerungsgruppe knapp 20 Prozent an. Dieser Anteil ist bei den Personen mit Migrationshintergrund mit 27 bis 47 Prozent teilweise höher.
- Berufliche Bildung und akademische Abschlüsse: Auch hier ist das Muster sehr ähnlich: Während Personen ohne Migrationshintergrund am häufigsten berufliche Bildungsabschlüsse vorweisen können, haben Personen mit Migrationshintergrund öfters entweder einen akademischen oder aber gar keinen beruflichen beziehungsweise akademischen Abschluss.

Fazit: Ein Teil der Menschen mit Migrationshintergrund verfügt über sehr hohe Bildungsabschlüsse; unberücksichtigt bleibt dabei, inwieweit diese in Deutschland anerkannt wurden oder werden. Eine große Herausforderung ergibt sich daraus, dass zugleich viele Personen mit Migrationshintergrund keine adäquaten Schulbeziehungsweise weiterführenden Abschlüsse haben. Das Landesprogramm „Start Bildung“ ist daher ein richtiger Ansatz. Dieser Anteil ist je nach Herkunftsgruppe unterschiedlich groß. Besonders die in Deutschland üblichen Berufsabschlüsse sind äußerst selten.

Datenlage: Die Datenlage für das Handlungsfeld ist vergleichsweise gut im Hinblick auf Schul- und weiterführende Abschlüsse. Bei Daten zum Leistungsstand – auch den hier genutzten – ist die Fallzahl von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund jedoch sehr niedrig. Daten des Nationalen Bildungspanels können nicht für bundeslandspezifische Analysen eingesetzt werden.

5.2.5 Beschäftigung und Arbeitsmarkt: Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben

- Abgesehen von saisonalen Schwankungen zeichnet sich der Thüringer Arbeitsmarkt durch eine seit 2010 stetig sinkende Arbeitslosenquote aus. Zeitgleich ist sowohl die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer in Thüringen als auch deren Beschäftigungsquote gestiegen.
- Die Arbeitslosenquoten der Ausländerinnen und Ausländer liegen höher als die der Deutschen, wobei der Abstand im betrachteten Zeitraum von 2010 bis 2018 kleiner geworden ist.
- Durch die hohe Fluchtzwanderung ist die Arbeitslosenquote der Ausländerinnen und Ausländer zwar in den Jahren 2016 und 2017 vorübergehend gestiegen. Bereits 2018 sank sie aber wieder auf den Wert von 2015. Die Arbeitslosenquote der Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit wurde dadurch nicht beeinflusst.
- Auswertungen mit dem Mikrozensus zeigen ein zu den auf administrativen Daten basierenden Befunden ähnliches Bild: Die Unterschiede in der Beschäftigungsquote zwischen Personen ohne Migrationshintergrund und Personen mit Migrationshintergrund sind in Bezug auf viele Herkunftsgruppen eher klein. Allerdings ist der Unterschied zwischen Frauen und Männern bei den Personen mit Migrationshintergrund stärker ausgeprägt als bei jenen ohne Migrationshintergrund.
- Ein Vergleich der monatlichen Bruttoeinkommen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zeigt, dass die Gehälter der ausländischen Beschäftigten deutlich niedriger sind als die der deutschen.
- Ausländische Beschäftigte sind im Vergleich zu deutschen häufiger im Dienstleistungsbereich zu finden und seltener im produzierenden Gewerbe.
- Eine Analyse der Arbeitszufriedenheit von Erwerbstätigen zeigt, dass das Niveau bei Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in Thüringen sehr ähnlich ist.

Fazit: Im zentralen Handlungsfeld Beschäftigung und Arbeitsmarkt sind die Entwicklungen in Thüringen in den letzten Jahren bei Personen mit wie ohne Migrationshintergrund positiv. Trotzdem verbleiben Unterschiede bei der Beschäftigung als auch beim Bruttoeinkommen; das betrifft insbesondere Frauen mit Migrationshintergrund.

Datenlage: Administrative Daten für ein regelmäßiges, regionales, gruppenspezifisches und sehr zeitnahe Monitoring sind verfügbar. Mit diesen Daten kann jedoch nur nach aktueller Staatsangehörigkeit und nicht nach Migrationshintergrund unterschieden werden. Mikrozensusdaten können ergänzend genutzt werden.

5.2.6 Gesundheit: ein Wert an sich

- Administrative Daten zur Versorgung mit Gesundheitsleistungen zeigen, dass Kinder mit zweiseitigem Migrationshintergrund (beide Elternteile sind im Ausland geboren) häufiger Impflücken aufweisen und seltener an den Früherkennungsuntersuchungen teilgenommen haben.
- Erwachsene Personen aus den Hauptfluchtländern bewerten ihre Gesundheit besser im Vergleich zu Personen aus anderen Herkunftsländern und Personen ohne Migrationshintergrund. Dies erklärt sich nur zum Teil dadurch, dass sie im Schnitt jünger sind.
- Bei der Lebenszufriedenheit, die eng mit Gesundheit zusammenhängt, unterscheiden sich (erwachsene) Personen mit Migrationshintergrund nicht von Personen ohne Migrationshintergrund.

Fazit: Die Ursachen für die Impflücken und die seltenere Teilnahme an Früherkennungsbesuchen von Kindern mit zweiseitigem Migrationshintergrund sollten geklärt und gegebenenfalls behoben werden. Im Hinblick auf die subjektive Einschätzung von Gesundheit und Lebenszufriedenheit bei Erwachsenen finden sich zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen keine nennenswerten Unterschiede.

Datenlage: Die Datenlage bei den administrativen Daten wird sich künftig durch die Einführung des Merkmals „Migrationshintergrund“ als Standardkategorie in die Berichterstattung des Thüringer Landesverwaltungsamts weiter verbessern. Die eingesetzten Umfragedaten erlauben keine regionalen und nur sehr grobe gruppenspezifische Analysen. Bezüglich der physischen, funktionalen und psychischen Gesundheit waren die Fallzahlen in den Umfragedaten zu gering, um eine Auswertung durchzuführen.

5.2.7 Wohnen: sich zu Hause fühlen

- Personen mit und ohne Migrationshintergrund zahlen in Thüringen ähnliche Mietpreise pro Quadratmeter und sind mit ihrer Wohnsituation in etwa gleich zufrieden (zu Geflüchteten siehe unten).
- Personen mit Migrationshintergrund haben pro Person etwas weniger Wohnfläche zur Verfügung als Personen ohne Migrationshintergrund.
- Bei Geflüchteten hängt die Zufriedenheit sehr eng mit der Art der Unterbringung zusammen. Mit Stand Ende Februar 2019 ist fast die Hälfte der Geflüchteten dezentral, also in Wohnungen untergebracht. Dies dürfte auch erklären, dass die Wohnzufriedenheit dieser Gruppe zwischen 2016 und 2017 gestiegen ist.

Fazit: Beim Wohnen zeigen sich auf den zentralen Indikatoren Preis und Zufriedenheit keine Unterschiede. Geflüchtete wohnen teilweise noch in Gemeinschaftsunterkünften, insofern ist es erklärbar, dass die Zufriedenheit niedriger ist. Sie steigt jedoch im Zeitverlauf an.

Datenlage: Prinzipiell sind bei den einzelnen Einwohnermeldeämtern administrative Daten abrufbar, aus denen beispielsweise die Durchmischung von Stadtteilen und die Qualität der Wohnlagen abgeleitet werden können. Für die Erstellung eines Berichts ist der Aufwand jedoch sehr hoch. Die verfügbaren Umfragedaten lassen sich nicht nach Regionen auswerten und nur ansatzweise nach Gruppen. Für detaillierte Analysen, etwa um Regionen oder Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Wohnorten zu untersuchen, wären Befragungen mit größeren Stichproben für Thüringen notwendig.

5.2.8 Integration und gesellschaftliche Teilhabe: sein Lebensumfeld gestalten

Für die Teilbereiche Sprach- und Integrationsmittlung sowie ungestörte Religionsausübung fanden sich keine geeigneten Datenquellen. Die Bereiche Sport sowie Kunst und Kultur konnten nur punktuell untersucht werden. Die im Thüringer Integrationskonzept behandelten Teilbereiche dieses Handlungsfelds wurden ergänzt durch Analysen zu sozialen Netzwerken und zum verfügbaren Einkommen, das für viele Bereiche gesellschaftlicher Teilnahme entscheidend ist.

- **Bürgerschaftliches Engagement:** Personen mit Migrationshintergrund sind in Thüringen seltener ehrenamtlich tätig als Personen ohne Migrationshintergrund (und tendenziell auch seltener als Personen mit Migrationshintergrund in anderen ost- und westdeutschen Bundesländern).
- **Religion; Sport; Kunst und Kultur:** Personen mit Migrationshintergrund sind in Thüringen (wie auch in den anderen west- und ostdeutschen Bundesländern) tendenziell seltener öffentlich gemeinschaftlich aktiv als Personen ohne Migrationshintergrund.
- **Politisches Engagement:** Staatsbürgerschaft ist die Grundlage für politische Mitbestimmung. Die Einbürgerungsquote ist in Thüringen (wie in ganz Deutschland) seit langer Zeit sehr niedrig.
- **Soziale Netzwerke:** Die befragten Personen mit Migrationshintergrund in Thüringen haben nach eigenen Angaben öfter Kontakt zu Deutschen als die in den anderen ostdeutschen Bundesländern. Zugleich sind aber unter ihren drei besten Freunden und Freundinnen weniger Deutsche.
- **Verfügbares Einkommen:** Das verfügbare Einkommen von Personen mit Migrationshintergrund ist in einigen Herkunftsgruppen niedriger als das von Personen ohne Migrationshintergrund. Bei Personen aus westeuropäischen und osteuropäischen Ländern ist es tendenziell ähnlich hoch.

Fazit: In allen Teilbereichen gesellschaftlicher Teilhabe zeigen sich (tendenziell) Unterschiede zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund und damit entsprechende Herausforderungen. Allerdings konnten hier nur Indikatoren für organisierte Aktivitäten und Engagement untersucht werden.

Datenlage: Geeignete administrative Daten waren für das gesamte Handlungsfeld nicht verfügbar, was hauptsächlich daran liegt, dass solche nicht zentral vorgehalten werden, etwa bei Verbänden etc. Die verwendeten Umfragedaten lassen keine regionalen Analysen zu, und Auswertungen nach Gruppen sind nur ansatzweise möglich.

5.3 Langfristiges Monitoring von Zuwanderung und Integration

Wie in der Einleitung ausgeführt, markiert der vorliegende Bericht den Startpunkt dafür, Zuwanderung und Integration im Freistaat Thüringen langfristig zu beobachten. Die Grundstruktur ist so angelegt, dass Indikatoren, die mit administrativen Daten zu berechnen sind, durch Indikatoren ergänzt werden, die sich aus Umfragedaten ableiten lassen. Langfristig könnte so mit geringem Aufwand in regelmäßigen Abständen über einen Kernsatz von administrativen Indikatoren berichtet werden. Indikatoren aus Umfragedaten könnten dann gegebenenfalls in einem anderen Turnus hinzugenommen werden, je nach den Integrationsprozessen in den verschiedenen Handlungsfeldern und ihrer zum Teil unterschiedlichen Geschwindigkeit.

Die Analyse und Aufbereitung von Befragungsdaten erfordert einen höheren Aufwand. Der vorliegende Bericht macht jedoch deutlich, dass ein Monitoring, welches nur administrative Daten einbezieht, in bestimmten Handlungsfeldern sehr viele Lücken hätte. Das betrifft insbesondere die Bereiche interkulturelle Öffnung (Kap. 4.1) und gesellschaftliche Teilhabe (Kap. 4.8). Zu manchen Bereichen sind sehr gute administrative Daten verfügbar, etwa für abhängige Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt. Doch auch hier sind der Analyse Grenzen gesetzt, etwa wenn bestimmte Personengruppen mit Migrationshintergrund nicht mehr systematisch über ihre Staatsangehörigkeit zu identifizieren sind. Ein weiteres Problem besteht darin, dass manche administrativen Datenbestände keine Rückschlüsse auf Individuen erlauben (zum Beispiel bei der Teilnahme an Sprachkursen, vgl. Kap. 4.3).

Die vorliegenden Befragungsdaten decken inhaltlich eine größere Bandbreite von Handlungsfeldern und Teilbereichen ab. Doch auch hier ist eine Auswertung nur begrenzt möglich. So ist es oft schwierig, in der Analyse nach einzelnen Herkunftslandgruppen zu

unterscheiden oder Regionen zu vergleichen oder gar beides in einer Darstellung zu verbinden. Für ein Bundesland mit einer vergleichsweise niedrigen Einwohnerzahl und einem niedrigen Ausländeranteil ist in deutschlandweiten Befragungen die Fallzahl für Thüringen in den Stichproben oft zu klein für genauere Analysen. Einige der ursprünglich für den Bericht eingeplanten Umfragen konnten aus diesem Grund nicht genutzt werden. Manche Umfragen können nicht für länderspezifische Analysen verwendet werden, etwa das nationale Bildungspanel.

Ein umfassendes Monitoring aller Handlungsfelder, die im Thüringer Integrationskonzept aufgeführt sind, ist also mit den zur Verfügung stehenden Daten nicht möglich. Zur Ergänzung sind verschiedene Strategien denkbar. Erstens könnten bestehende Umfragen in gewissen Abständen um eine zusätzliche Stichprobe von Personen mit Migrationshintergrund und spezifische Fragen zu einzelnen Handlungsfeldern ergänzt werden. Zweitens findet Integration vor Ort statt, also in den Kommunen und Städten. Gerade für diese so bedeutsame lokale Ebene gibt es jedoch kaum aussagekräftige Daten. Hier wäre zum Beispiel denkbar, eine zufällig ausgewählte Anzahl Akteure gezielt zu bestimmten Themen zu befragen, etwa Verantwortliche in Sportvereinen oder Kulturbeauftragte. Dadurch würden Aufwand und Kosten relativ niedrig gehalten. Beide Strategien erlauben allerdings nur Vergleiche von verschiedenen Regionen innerhalb Thüringens und über die Zeit. Es hat sich schon in diesem ersten Bericht an verschiedenen Stellen gezeigt, dass ein Vergleich mit anderen Bundesländern sehr hilfreich ist, etwa um Ergebnisse einzuordnen. Dazu sind deutschlandweite Statistiken und Umfragen nötig. Hier sollten die Bemühungen verstärkt werden, entsprechendes Datenmaterial zugänglich zu machen und bei Erhebungen eine einheitliche Definition des Migrationshintergrunds zu verwenden.

5.4 Aktuelle und zukünftige Herausforderungen

Die zentralen aktuellen und auch zukünftigen Herausforderungen ergeben sich aus den oben dargestellten Ergebnissen: Sie betreffen Handlungsfelder, in denen sich die Teilhabe der Personen mit Migrationshintergrund von der der Personen ohne Migrationshintergrund noch unterscheidet (etwa Arbeitsmarkt), Handlungsfelder, in denen etwas darauf hindeutet, dass diese Teilhabe von einem Teil der Gesellschaft noch nicht anerkannt wird (etwa interkulturelle Öffnung, Willkommens- und Anerkennungskultur), und Handlungsfelder, die die Grundlagen – und damit die Chancen – für ein erfolgreiches Leben und Zusammenleben bestimmen (etwa Bildung). Dabei sind einige Bereiche wegen der offensichtlichen Wechselwirkungen besonders wichtig.

Die interkulturelle Öffnung, Willkommens- und Anerkennungskultur ist zentral, weil angenommen werden kann, dass diese Aspekte und die Teilhabe der Zugewanderten am Arbeitsmarkt sich gegenseitig beeinflussen. Dasselbe gilt aber auch für ihre gesellschaftliche Teilhabe etwa in Vereinen und bei sonstigen Aktivitäten. Es liegt nahe, dass die Mitgliedschaft in Vereinen und ähnliche Aktivitäten für Personen mit Migrationshintergrund attraktiver werden, wenn die Menschen, auf die sie dort treffen, ihnen gegenüber offener sind. Auch mit Blick auf die Abwanderung in andere Bundesländer ist zu vermuten, dass Thüringens Attraktivität für Menschen mit Migrationshinter-

grund maßgeblich davon abhängt, wie die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund ihnen gegenüber eingestellt ist.

Auch die Unterbringung von Geflüchteten kann Einfluss auf die interkulturelle Öffnung haben. Von den Personen aus den Hauptfluchtländern lebt inzwischen schon fast die Hälfte in Einzelunterkünften. Grundsätzlich sind die Rahmenbedingungen für Integration bei dieser Art der Unterbringung besser, etwa um den Kontakt mit der Mehrheitsbevölkerung zu steigern und Konflikte zu vermeiden (siehe auch Söhn et al. 2017).

Bildung als Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe ist in Deutschland besonders wichtig für die Teilhabe am Arbeitsmarkt, die wiederum die Wohnsituation, die Gesundheit und andere Bereiche gesellschaftlicher Teilhabe maßgeblich beeinflusst. Besondere Aufmerksamkeit sollte daher den Personen gewidmet werden, die gar keinen allgemeinbildenden Schulabschluss oder weiterführenden Bildungsabschluss haben. Deren Anteil ist in manchen Herkunftsgruppen sehr hoch, vor allem bei den Menschen aus den Hauptfluchtländern, die vergleichsweise jung sind. Sehr viele von ihnen wollen langfristig in Deutschland bleiben (siehe Kap. 3.3). Maßnahmen, mit denen der Freistaat die Integration dieser Menschen fördert, sind eine Investition in die Zukunft Thüringens.

- ADM Arbeitskreis Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e. V. 2014:* Stichproben-Verfahren in der Umfrageforschung. Eine Darstellung für die Praxis. Springer, Wiesbaden.
- Albanesi, Cinzia/Cicognani, Elvira/Zani, Bruna 2007:* Sense of Community, Civic Engagement and Social Well-being in Italian Adolescents. In: *Journal of Community & Applied Social Psychology* 17(5), 387-406.
- Alscher, Mareike/Dathe, Dietmar/Priller, Eckhard/Speth, Rudolf 2009:* Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).
- Anheier, Helmut K./Salamon, Lester M. 1999:* Volunteering in cross-national perspective: Initial comparisons. In: *Law and Contemporary Problems* 62, 43-65.
- Bade, Klaus J./Oltmer, Jochen 2004:* Normalfall Migration. Bundeszentrale für politische Bildung, Zeitbilder, Bd. 15, 90-96, Bonn.
- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Integration und Flüchtlinge 2007:* Der Nationale Integrationsplan, Berlin.
- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2013:* „Soziale Teilhabe“. Handlungsempfehlungen des Beirats der Integrationsbeauftragten, Berlin.
- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2016:* Teilhabe, Chancengleichheit und Rechtsentwicklung in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland. 11. Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Berlin.
- Beelmann, Andreas/Noack, Peter/Dingfelder, Juliane/Schmidtke, Fransiska/Lutterbach, Sebastian/Schulz, Angelika 2019:* Thüringen-Monitor Integration. Lebenslagen, Einstellungen und Perspektiven von Geflüchteten. Projektbericht: Friedrich-Schiller-Universität Jena.
- Berry, John W. 1997:* *Immigration, acculturation, and adaptation*. In: *Applied Psychology: An International Review* 46, 5-34.
- Böckermann, Petri/Ilmakunnas, Pekka 2009:* *Job Disamenities, Job Satisfaction, Quitintentions, and Actual Separations*: Putting the Pieces Together. In: *Industrial Relations* 48, 73-96.
- Böttche, Maria/Stammel, Nadine/Knaevelsrud, Christine 2016:* Psychotherapeutische Versorgung traumatisierter geflüchteter Menschen in Deutschland. In: *Der Nervenarzt* 87, 1136-1143.
- Bratsberg, Bernt/Ragan, Jr, James F./Nasir, Zafar M. 2002:* The effect of naturalization on wage growth: A panel study of young male immigrants. In: *Journal of Labor Economics*, 20(3), 568-597.
- Brücker, Herbert/Croisier, Johannes/Kosyakova, Yuliya/Kröger, Hannes/Pietrantuono, Giuseppe/Rother, Nina/Schupp, Jürgen 2019:* Zweite Welle der IAB-BAMF-SOEP-Befragung: Geflüchtete machen Fortschritte bei Sprache und Beschäftigung, IAB-Kurzbericht 3/2019.
- Brücker, Herbert/Rother, Nina/Schupp, Jürgen (Hrsg.) 2016:* IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten: Überblick und erste Ergebnisse. Forschungsbericht 29, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit Mai 2019:* Glossar der Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA), 10.
- Charta der Vielfalt (2019):* Für Diversity in der Arbeitswelt. Für den Wortlaut der Charta siehe <https://www.charta-der-vielfalt.de/ueber-uns/ueber-die-initiative/urkunde-charta-der-vielfalt-im-wortlaut/>, letzter Aufruf 08.07.2019.
- Chiswick, Barry R. 1991:* Speaking, Reading, and Earnings among Low-skilled Immigrants. In: *Journal of Labor Economics* 9, 149-170.
- David, Ohad/Bar-Tal, Daniel 2009:* A sociopsychological conception of collective identity: The case of national identity as an example. In: *Personality and Social Psychology Review* 13(4), 354-379.

- Deutscher Bundestag 2018*: Drucksache WD 3 - 3000 - 164/18. Sachstand. Wahlrecht für Ausländer auf nationaler Ebene, Berlin.
- De Vroome, Thomas/Van Tubergen, Frank 2014*: Settlement intentions of recently arrived immigrants and refugees in the Netherlands. In: *Journal of Immigrant & Refugee Studies*, 12(1), 47-66.
- Di Saint Pierre, Francesca/Martinovic, Borja/De Vroome, Thomas 2015*: Return wishes of refugees in the Netherlands: The role of integration, host national identification and perceived discrimination. In: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 41(11), 1836-1857.
- Eppenstein, Thomas/Kiesel, Doron 2012*: Migration und Integration. Herausforderungen für Thüringen. Hrsg: Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit – Die Ausländerbeauftragte. Erfurt.
- Esser, Hartmut 2000*: Soziologie. Spezielle Grundlagen. Band 2: Die Konstruktion der Gesellschaft. Campus, Frankfurt.
- Esser, Hartmut 2006*: Sprache und Integration. Die sozialen Bedingungen und Folgen des Spracherwerbs von Migranten. Campus, Frankfurt.
- Euwals, Rob/Dagevos, Jaco/Gijsberts, Mérove/Roodenburg, Hans 2010*: Citizenship and labor market position: Turkish immigrants in Germany and the Netherlands. In: *International Migration Review*, 44(3), 513-538.
- FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder*, Mikrozensus 2010, 2013, 2016. <https://www.forschungsdatenzentrum.de/de>.
- Fischer, Justina A. V./Sousa-Poza, Alfonso 2008*: Does Job Satisfaction Improve the Health of Workers? New Evidence Using Panel Data and Objective Measures of Health. SOEP-Papers 76, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin.
- Forschungsdatenzentrum des Deutschen Zentrums für Altersfragen (FDZ-DZA)* herausgegebenen Daten des Deutschen Freiwilligensurveys (FWS). DOI: 10.5156/FWS.2014.M.004.
- Franke, Silke/Magel, Holger 2016*: Flüchtlinge aufs Land? In: *Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen (AMZ)* 106, München: Hanns-Seidel-Stiftung.
- Freeman, Richard B. 1978*: Job satisfaction as an economic variable. In: *The American economic review* 68(2), 135-141.
- Gensicke, Thomas/Picot, Sybille/Geiss, Sabine 2005*: Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement. Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin.
- Granato, Nadia/Kalter, Frank 2001*: Die Persistenz ethnischer Ungleichheit auf dem Deutschen Arbeitsmarkt. Diskriminierung oder Unterinvestition in Humankapital? In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 53, 497-520.
- Hanewinkel, Vera/Oltmer, Jochen 2017*: Focus Migration. Länderprofil Deutschland. Osnabrück/Bonn: Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück, Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). <https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/laenderprofile/208594/deutschland>, letzter Aufruf: 12.09.2019.
- Hanglberger, Dominik 2010*: Arbeitszufriedenheit und flexible Arbeitszeiten: empirische Analyse mit Daten des Sozio-oekonomischen Panels. SOEP-Papers 304, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin.
- De Neve, Jan-Emmanuel/Diener, Ed/Tay, Louis/Xuereb, Cody 2013*: The objective benefits of subjective well-being. In: Helliwell, John/Layard, Richard/Sachs, Jeffrey (Hrsg.): *World Happiness Report 2013*. UN Sustainable Development Solutions Network, New York.
- Integrationsgeschäftsstatistik 2018*: <http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Integration/2019/2018-gesamt-integrationskursgeschaeftsstatistik-laender.html?nn=1694492>, letzter Aufruf: 23.09.2019.

- Kalter, Frank 2006:* Auf der Suche nach einer Erklärung für die spezifischen Arbeitsmarktnachteile von Jugendlichen türkischer Herkunft. Zugleich eine Replik auf den Beitrag von Holger Seibert und Heike Solga: „Gleiche Chancen dank einer abgeschlossenen Ausbildung?“ (ZFS 5/2005). In: Zeitschrift für Soziologie 35, 144-160.
- Kalter, Frank/Granato, Nadia 2007:* Educational Hurdles on the Way to Structural Assimilation in Germany. In: Heath, Anthony/Cheung, Sin Yi (Hrsg.): Unequal Chances. Ethnic Minorities in Western Labour Markets (Proceedings of the British Academy 137) (271-319). Oxford University Press, Oxford.
- Kalter, Frank 2008:* Stand, Herausforderungen und Perspektiven der empirischen Migrationsforschung. In: Kalter, Frank (Hrsg.): Migration und Integration. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 48/2008. VS Verlag, Wiesbaden.
- Kalter, Frank/Granato, Nadia 2018:* Migration und ethnische Ungleichheit auf dem Arbeitsmarkt. In: Abraham, Martin & Hinz, Thomas (Hrsg.): Arbeitsmarktsociologie (S. 355-387), Wiesbaden: Springer VS.
- Knabe, Susanne und Kuhnt, Alexander 2018:* Die Thüringer Außenwanderungen unter besonderer Berücksichtigung der methodischen und technischen Neuerungen in der Wanderungstatistik. Statistisches Monatsheft Dezember 2018, Thüringer Landesamt für Statistik.
- Kroh, Martin/Fetz, Karolina 2016:* Das Profil der AfD-AnhängerInnen hat sich seit Gründung der Partei deutlich verändert. DIW Wochenbericht Nr. 34/2016 vom 24. August 2016.
- Kühnel, Steffen-M./Krebs, Dagmar 2004:* Statistik für die Sozialwissenschaften. Grundlagen, Methoden, Anwendungen. Rohwohlt, Hamburg.
- Küpper, Beate/Schröter, Franziska/Zick, Andreas 2019:* Alles nur ein Problem der Ostdeutschen oder Einheit in Wut und Hass? Rechtsextreme und menschenfeindliche Einstellungen in Ost- und Westdeutschland. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm (Hrsg.): Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19 (S. 243-282). Bonn: Dietz.
- Länderoffene Arbeitsgruppe "Indikatorenentwicklung und Monitoring" der Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister/Senatorinnen und Senatoren der Länder 2019:* Fünfter Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder 2015-2017, Berlin/Düsseldorf.
- LaFromboise, Teresa D./Coleman, Hardin L. K./Gerton, Jennifer 1993:* Psychological impact of biculturalism: Evidence and theory. In: Psychological Bulletin 114, 395-412.
- Landmann, Helen/Aydin, Anna Lisa/van Dick, Rolf/Klocke, Ulrich 2017:* Die Kontakthypothese: Wie Kontakt Vorurteile reduzieren und die Integration Geflüchteter fördern kann. Flucht und Migration – Interventionen. In: In-Mind. The Inquisitive Mind Magazin 3/2017.
- Lesch, Hagen/Schäfer, Holger/Schmidt, Jörg 2011:* Arbeitszufriedenheit in Deutschland: Messkonzepte und empirische Befunde. IW-Analysen 70, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln.
- Mediendienst Integration 2017:* Ausländerzentralregister: Leben wirklich zehn Millionen „Ausländer“ in Deutschland?, Berlin. <https://mediendienst-integration.de/artikel/statistik-auslaenderzentralregister-wie-viele-auslaender-leben-in-deutschland.html>, letzter Aufruf: 12.09.2019.
- Mehl, Peter/Meschter, Diana/Neumeier Stefan/Osigus, Torsten 2017:* Aufnahme und Integration von Geflüchteten: Wo liegen die Spezifika und die größten Herausforderungen für ländliche Räume. In: Mehl, Peter (Hrsg.): Aufnahme und Integration von Geflüchteten in ländliche Räume: Spezifika und (Forschungs-)herausforderungen. Beiträge und Ergebnisse eines Workshops am 6. und 7. März 2017 in Braunschweig. Thünen-Report 53 (S. 7-24), Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut.
- Miilunpalo, Seppo/Vuori, Ilkka/Oja, Pekka/Pasanen, Matti/Urponen, Helka 1997:* Self-rated health status as a health measure: The predictive value of self-reported health status on the use of physician services and on mortality in the working-age population. In: Journal of Clinical Epidemiology 50(5), 517-528.
- Möller, Joachim 1999:* Die Entwicklung der qualifikatorischen Lohn- und Beschäftigungsstruktur in Deutschland. Eine empirische Bestandsaufnahme. In: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 219, 8-31.

- Müller, Walter/Gangl, Markus 2003:* The Transition From School to Work: a European Perspective. In: Müller, Walter/Gangl, Markus (Hrsg.): Transitions from Education to Work in Europe. The Integration of Youth into EU Labour Markets (1-19). Oxford University Press, Oxford.
- Nowossadeck Sonja/Engstler Heribert 2017:* Wohnung und Wohnkosten im Alter. In: Mahne, Katharina/Wolff, Julia K./Simonson, Julia/Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.): Altern im Wandel: zwei Jahrzehnte Deutscher Alterssurvey (DEAS) (287-300). Springer VS, Wiesbaden.
- Ohliger, Rainer/Schweiger, Raphaela/ Sharifov, Amil 2019:* Kommunales individuelles Integrationsmonitoring (KiIM) als Instrument kommunalpolitischer Gestaltung: Daten vernetzen, Integrationsverläufe individuell erfassen und begleiten. Kurzexpertise. Robert Bosch Stiftung, Stuttgart.
- Ost-Migrantische Analogien 2018/19. OstMig. Berlin:* DeZIM-Institut.
- Page, Kathryn M./Vella-Brodrick, Dianne A. 2009:* The 'What', 'Why' and 'How' of Employee Well-Being: A New Model. In: Social Indicators Research 90(3), 441-458.
- Pettigrew, Thomas F./Tropp, Linda R. 2006:* A Meta-Analytic Test of Intergroup Contact Theory. In: Journal of Personality and Social Psychology 90(5), 751-783.
- Pettigrew, Thomas F./Tropp, Linda R. 2008:* A How does intergroup contact reduce prejudice? Meta-analytic tests of three mediators. In: European Journal of Social Psychology 38(6), 922-934.
- Pollak, Reinhard/Otte, Gunnar/Scherer, Stefani/Gangl, Markus 2007:* Introduction. In: Scherer, Stefani/Pollak, Reinhard/Otte, Gunnar/ Gangl, Markus (Hrsg.): From Origin to Destination. Trends and Mechanisms in Social Stratification Research (9-34). Campus, Frankfurt a. M..
- Putnam, Robert 2000:* Bowling Alone. Simon & Schuster, New York.
- Psychomedia* <https://www.psychomedia.de/lexikon/selbstwirksamkeit.html>, letzter Aufruf: 17.07.2019.
- Razum, Oliver/Spallek, Jacob 2009:* Erklärungsmodelle zu Migration und Gesundheit. Bundeszentrale für politische Bildung. In: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb): <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdossiers/57308/erklarungsmodelle?p=all>, letzter Aufruf: 15.07.2019.
- Schiefer, David 2017:* Wie gelingt Integration? Asylsuchende über ihre Lebenslagen und Teilhabe-Perspektiven in Deutschland. Eine Studie des SVR-Forschungsbereichs und der Robert Bosch Stiftung, Berlin.
- Schiefer, David 2018:* Viele Fragen, zu viele Antworten? Die Transparenz des Asyl- und Aufnahmesystems für Flüchtlinge. Policy Brief des SVR-Forschungsbereichs und der Robert Bosch Stiftung, Berlin.
- Schiefer, David/van der Noll, Jolanda/Delhey, Jan/Boehnke, Klaus 2012:* Kohäsionsradar: Zusammenhalt messen. Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland – ein erster Überblick. Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.
- Schmitt, Karl/Best, Heinrich/Reiser, Marion 2019:* Thüringen-Monitor 2000-2018. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA6345 Datenfile Version 3.0.0, doi:10.4232/1.13311.
- Schupp, Jürgen/Burkhardt, Luise 2017:* Impulspapier für den Workshop zum Fünften Deutschen Freiwilligensurvey (2019). Vorschlag zur Prüfung der Konstruktvalidität der zentralen Frage zur Messung der Engagementquoten im Rahmen eines Multitrait-Multimethod-Experiments. Deutsches Zentrum für Altersfragen, Berlin.
- Simonson, Julia/Hameister, Nicole/Vogel, Claudia 2017a:* Daten und Methoden des Deutschen Freiwilligensurveys. In: Simonson, Julia/Vogel, Claudia/Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Empirische Studien zum bürgerschaftlichen Engagement (51-88). Springer VS, Wiesbaden.
- Simonson Julia/Vogel, Claudia/Ziegelmann, Jochen P./Tesch-Römer, Clemens 2017b:* Einleitung: Freiwilliges Engagement in Deutschland. In: Simonson, Julia/Vogel, Claudia/Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Empirische Studien zum bürgerschaftlichen Engagement (31-49). Springer VS, Wiesbaden.

- Söhn, Janina/Birke, Peter/Bluhm, Felix/Marquardsen, Kai/Prekodravac, Milena/ Vogel, Berthold/ Prahms, Alicia 2017:* Erfolgsfaktoren für die Integration von Flüchtlingen. (Forschungsbericht / Bundesministerium für Arbeit und Soziales, FB484). Bundesministerium für Arbeit und Soziales; Soziologisches Forschungsinstitut an der Universität Göttingen e.V. (SOFI), Göttingen.
- Sozio-oekonomisches Panel (SOEP), Daten für die Jahre 1984-2017, Version 34, SOEP, 2017, doi:10.5684/soep.v34.*
- Spellerberg, Anette 2013:* Wohnen. In: Mau, Steffen & Schöneck, Nadine M. (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands (996-1010). VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.
- Spuling, Svenja M./Wurm, Susanne/Wolff, Julia K./Wünsche, Jenna 2017:* Heißt krank zu sein sich auch krank zu fühlen? Subjektive Gesundheit und ihr Zusammenhang mit anderen Gesundheitsdimensionen. In: Mahne, Katharina/Wolff, Julia K./Simonson, Julia/Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.): Altern im Wandel: zwei Jahrzehnte Deutscher Alterssurvey (DEAS) (157-170). Springer VS, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt 1990:* Statistik der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik auf dem Weg zur Einheit. Wirtschaft und Statistik 08/1990, Verlag Metzler-Poeschel, Stuttgart.
- Statistisches Bundesamt 2012:* Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2011, Fachserie 1, Reihe 2.2.
- Statistisches Bundesamt 2018a:* Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2017, Fachserie 1, Reihe 2.2.
- Statistisches Bundesamt 2018b:* Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2017. Landesergebnisse Thüringen, Fachserie 1, Reihe 2.2.
- Statistisches Bundesamt 2018c:* Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung 2017. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters, Fachserie 1 Reihe 2.
- Statistisches Bundesamt 2018d:* Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Schutzsuchende. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters 2017, Fachserie 1, Reihe 2.4.
- Statistisches Bundesamt 2019a:* Sozialleistungen. Leistungen an Asylbewerber 2017, Fachserie 13, Reihe 7.
- Statistisches Bundesamt 2019b:* Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung 2018. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters, Fachserie 1 Reihe 2.
- Statistisches Bundesamt/Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) 2018:* Datenreport 2018. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden/Berlin.
- SVR - Sachverständigenrat Deutscher Stiftungen für Integration und Migration 2014:* Integration von Zuwanderern im Freistaat Sachsen – Situationsbeschreibung und Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Integrationsmaßnahmen im Rahmen der Umsetzung des Sächsischen Zuwanderungs- und Integrationskonzeptes (ZIK). Berlin.
- SVR - Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration 2018:* Steuern, was zu steuern ist: Was können Einwanderungs- und Integrationsgesetze leisten? Jahresgutachten 2018, Berlin.
- SVR - Forschungsbereich - Forschungsbereich beim Sachverständigenrat Deutscher Stiftungen für Integration und Migration 2016:* Ankommen und Bleiben – Wohnsitzauflagen als integrationsfördernde Maßnahme? Policy-Brief 2016/6. Berlin.
- Thüringer Landesamt für Statistik:* Landtagswahlen – Wahlergebnisse 2004, 2009 und 2014. https://wahlen.thueringen.de/landtagswahlen/lw_wahlergebnisse.asp, letzter Aufruf: 11.07.2019.
- Thüringer Landesamt für Statistik 2018:* Statistischer Bericht A III, A I - j / 17. Wanderungen und Bevölkerung in Thüringen 2017, Erfurt. https://statistik.thueringen.de/webshop/pdf/2017/01301_2017_00.pdf, letzter Aufruf: 20.09.2019.
- Thüringer Landesamt für Statistik 2019:* Statistischer Bericht A III, A I - j / 18. Wanderungen und Bevölkerung in Thüringen 2018, Erfurt. https://statistik.thueringen.de/webshop/pdf/2018/01301_2018_00.pdf, letzter Aufruf: 20.09.2019.

- TMIL - Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft 2016*: Demografiebericht 2016. Teil 1: Bevölkerungsentwicklung des Freistaats Thüringen und seiner Regionen, Erfurt.
- TMIL - Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft Abteilung 2 – Städte- und Wohnungsbau, Staatlicher Hochbau (Hrsg.) 2018*: 2. Wohnungsmarktbericht Thüringen. Erfurt.
- TMMJV - Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz (Hrsg.) 2017*: Thüringer Integrationskonzept – für ein gutes Miteinander. Erfurt.
- Thüringer Volkshochschulverband 2018*: Anlage zum Verwendungsnachweis. Sachbericht. Projektname: Landesprogramm Start Deutsch 01.01.2017 – 31.12.2017. Az.: 210.41-2075-52/17, Jena.
- Thüringer Volkshochschulverband 2019*: Anlage zum Verwendungsnachweis Sachbericht. Projektname: Landesprogramm Start Deutsch
- Trim, John/North, Brian/Coste, Daniel/Sheils, Joseph 2001*: GeR – Gemeinsamer europäischer Referenzrahmen für Sprachen: Lehren, lernen, beurteilen (Übersetzung: Quetz, Jürgen/Schieß, Raimund/Sköries, Ulrike/Schneider, Günther), Straßburg: Europarat.
- Valtonen, Kathleen 1999*: The Societal Participation of Vietnamese Refugees: Case Studies in Finland and Canada. In: Journal of Ethnic and Migration Studies, 25(39), 469–491.
- Vogel, Claudia/Hagen, Christine/Simonson, Julia/Tesch-Römer, Clemens 2017a*: Freiwilliges Engagement und öffentliche gemeinschaftliche Aktivität In: Simonson, Julia/Vogel, Claudia/Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Empirische Studien zum bürgerschaftlichen Engagement (91-150). Springer VS, Wiesbaden.
- Vogel, Claudia/Simonson, Julia/Tesch-Römer, Clemens 2017b*: Freiwilliges Engagement und informelle Unterstützungsleistungen von Personen mit Migrationshintergrund. In: Simonson, Julia/Vogel, Claudia/Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Empirische Studien zum bürgerschaftlichen Engagement (601-634). Springer VS, Wiesbaden.
- Wälde, Marie/Evers, Katalin 2018*: Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern im Familiennachzug. Ergebnisse der BAMF-Familiennachzugsstudie 2016. Forschungsbericht 32. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
- Weins, Cornelia 2011*: Gruppenbedrohung oder Kontakt? Ausländeranteile, Arbeitslosigkeit und Vorurteile in Deutschland. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 63, 481-499.
- Weiss, Karin/Dennis, Mike 2005*: Erfolg in der Nische? Vietnamesen in der DDR und in Ostdeutschland. Münster: LIT Verlag.
- Winkelmann, Rainer 1993*: Vocational Training and the Transition to the Labor Market. In: Münchner Wirtschaftswissenschaftlichen Beiträge. Ludwig-Maximilians-Universität, München.
- Zentrum für empirische Sozialforschung 2019*: Methodenbericht. Ost-Migrantisches Analogien. Humboldt-Universität zu Berlin.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Hövermann, Andreas 2011*: Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.

Impressum

Herausgegeben von:

Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz (TMMJV)

Werner-Seelenbinder-Straße 5

99096 Erfurt

Tel.: +49 361 573511-0

www.justiz.thueringen.de

Erarbeitet von:

DeZIM-Institut

Mauerstraße 76

101117 Berlin

In Auftrag gegeben von:

Thüringer Beauftragte für Integration, Migration und Flüchtlinge (BIMF) beim TMMJV

E-Mail: bimf@tmmjv.thueringen.de

Satz und Gestaltung:

Werbeagentur Kleine Arche GmbH, Erfurt

Stand: Erfurt, Oktober 2019

gedruckt auf Recyclingpapier aus 100 % Altpapier